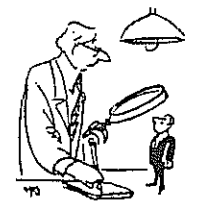


Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie

10. Jg. Nr. 1/2
Januar 1996



Herausgegeben im Auftrag der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft
für Soziologie von Wendelin Strubelt, Bonn

Vorweg

Dieses Nachrichtenblatt ist umfangreich, aber es ist auch das einzige, das für den Jahrgang 1995 erscheinen wird. Der Grund ist einfach. Das Nachrichtenblatt lebt von Nachrichten, wenn keine neuen kommen, kann darüber nicht berichtet werden. In diesem Falle fiel die Frühjahrstagung der Sektion mit dem Soziologietag in Halle zusammen. Die dort auf Veranstaltungen der Sektion gehaltenen Referate wurden aber bereits in der Herbstsitzung 1994 vorgetragen und in der Nummer 2 des Jahrgangs 1994, die deswegen auch erst im Februar 1995 erscheinen konnte, dokumentiert. Umso größer jetzt die "Ernte" der Herbsttagung 95.

Die geneigten Leserinnen und Leser bitte ich um Verständnis für dieses verspätete und umfangreiche Leseangebot. Ich würde mich freuen, wenn die Kontinuität der Informationen aus der Sektion es mir ermöglicht, das Nachrichtenblatt wieder regelmäßig erscheinen zu lassen.

Anregen möchte ich auch, wie ich es bereits vor einem Jahr getan habe, mir vermehrt Beiträge zur Publikation einzureichen, die außerhalb der Sitzungen der Sektion, aber im Umfeld von Stadt- und Regionalsoziologie entstehen oder entstanden sind. Das Nachrichtenblatt ist ein Forum zur Diskussion. In diesem Sinne würde ich mich auch auf Reaktionen über unsere Veröffentlichungen freuen, die ich gerne abdrucken würde. Diesem Heft liegt auch die Abrechnung für Abonnenten bei. Da es sich diesmal nur um ein Heft handelt und wir Ausgaben für das Porto nur einmal haben, liegt der Betrag unter dem, den wir Ihnen letztes Mal für Druck und Porto in Rechnung stellen mußten.

Der Redaktionsschluß für das nächste Heft ist der **31. Mai 1996**.

Herzliche Grüße aus Bonn

Wendelin Strubelt

Bonn, Januar 1996

Bitte schicken Sie Ihre Beiträge an meine Adresse:

Wendelin Strubelt
c/o Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
Postfach 20 01 30
53131 Bonn

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion	
Schreiben von Thomas Krämer-Badoni an die Mitglieder der Sektion: Neuer Vorstand; wichtige Mitteilungen; neue Themenvorschläge für die nächsten Sitzungen	3
Offener Brief an den Vorstand der Sektion	14
Programm der Herbsttagung 1995	16
Protokolle der Herbsttagung 1995	19
Dokumentation der Herbsttagung 1995	
- Annette Harth, Ulfert Herlyn, Gitta Scheller: Soziale Ausdifferenzierung und räumliche Segregation in Städten der neuen Bundesländer - Theoretische Überlegungen und qualitative Befunde	36
- Heinz Sahner: Ostdeutsche Großstädte: Bevölkerungsentwicklung, Migration und Suburbanisierung - mit besonderer Berücksichtigung der Stadt Halle und dem Saalkreis	49
- Eva Mnich: Potentielle Migration und Suburbanisierungstendenzen am Beispiel der Stadt Halle und ihres Umlandes - Quantitative Analysen	67
- Gabriele Sturm: Zur Wiederbelebung von Privatem und Öffentlichem	85
- Martina Löw: Umbruch, Transformation oder alles wie gewohnt? Kategoriale Überlegungen am Beispiel der Geschlechtertheorie	96
- Maritta Bernien: Zusammenbruch und Verwerfungen des Arbeitsmarktes im Zuge der Transformation in Ostdeutschland - Perspektiven für den Aufbau neuer Arbeitsplätze	109
- Frank-Dieter Grimm: Der Wandel des Städteneetzes im östlichen Europa	123
- Felicitas Hillmann: Jenseits der Kontinente - Migrationsstrategien als eine Antwort auf Transformationsprozesse	131
II. Berichte / Informationen	
- D. Läßle, W. Siebel, Sektion Stadt- und Regionalsoziologie, DGS; Wolfgang Krumbein, Sektion Politik und Ökonomie, DVPW; Hellmut Wollmann, Lokale Politikforschung, DVPW: Call for Statements zur Tagung Industrieregionen in Europa	141
- Sigrun Kabisch: UFZ-Sommerschule '96; Thema: Umweltverhalten und Lebensqualität in urbanen Räumen	144
- Fortbildungsprogramm der Universität Hannover: "Moderation in der Umwelt- und Raumplanung"	145
III. Literaturhinweise	
- Diverse Literaturhinweise	146
- Auszug aus den "Schnellinformationen" der BfLR über neu erworbene Literatur für die Bibliothek	174

I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion

Prof. Dr. Thomas Krämer-Badoni	Tel.:	0421/218-2295
Universität Bremen (KUA)	Sekretariat:	0421/218-3290
ZWE "Arbeit und Region"	Telefax:	0421/218-2680
Postfach 33 04 40	e-mail:	tkb@kua.uni-bremen.de
28334 Bremen		

Prof. Dr. Thomas Krämer-Badoni, Universität Bremen (KUA)

An die
Mitglieder der Sektion
„Stadt- und Regionalsoziologie“

Bremen, den 13.12.1995

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auf der Herbstsitzung der Sektion „Stadt- und Regionalsoziologie“ in Frankfurt a.d. Oder wurde am 11. November 1995 ein neuer Vorstand gewählt:

Sprecher: **Prof. Dr. Thomas Krämer-Badoni**
Adresse siehe Briefkopf

Stellvertr. Sprecherinnen: **Prof. Dr. Ingrid Breckner**
TU Hamburg-Harburg
AB 1-06: Stadt- und Regionalökonomie
Woellmerstr. 1
21075 Hamburg
Tel: 040 7718 3010
Fax: 2794

Dr. Gabriele Sturm
Wg. bevorstehender beruflicher
Veränderung die Privatadresse:
Sonnenstr. 118
44139 Dortmund
Tel: 0231 134546

Ich danke im Namen des neugewählten Vorstandes für das Vertrauen und hoffe, daß wir die in uns gesetzten Erwartungen werden erfüllen können.

Nachfolgend einige wichtige Mitteilungen:

1. Wie Sie bereits wissen, wird auf dem Kongreß für Soziologie in Dresden (7.-11. Oktober 1996) eine gemeinsame Sitzung der Sektionen „Stadt- und Regionalsoziologie“ und „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“. Sie trägt den vorläufigen Arbeitstitel: **„Lokalisierung und Globalisierung sozialer Ungleichheit - Mechanismen der Differenzverstärkung oder der sozialen Integration?“** Beiliegend (Anlage 1) finden Sie ein von Peter A. Berger und Klaus M. Schmals verfaßtes Exposé, das Sie als Call

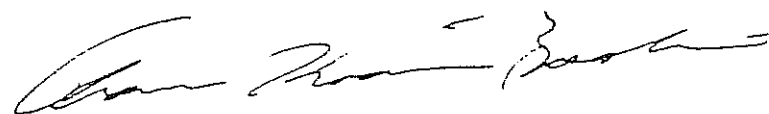
for Papers verstehen sollten. Wer zu dieser Thematik einen Vortrag in Dresden halten möchte, wird gebeten, mir bis zum **15. Januar 1996** einen **Titel** und ein **Exposé** zukommen zu lassen. Der Vorstand wird dann gemeinsam mit dem Vorstand der anderen Sektion darüber entscheiden, welche Vorträge ausgearbeitet werden sollen. Ich weise vorsorglich darauf hin, daß der Vorstand der DGS alle Exposés haben möchte, um - wie Yvonne Schütze es formuliert hat - „sicher(zu)stellen, daß niemand ungerechtfertigt abgewiesen wurde.“ Die Referenten, für die wir uns dann entschieden haben werden, sollen einen ersten Entwurf ihres Vortrages auf der Frühjahrssitzung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie Ende März in Stuttgart zur Diskussion stellen.

2. Die Frühjahrssitzung der Sektion findet entsprechend dem Beschluß der Mitgliederversammlung am **29. und 30. März 1996 in Stuttgart** statt (Anreise am 28.3.96). Johann Jessen hat sich dankenswerterweise bereit erklärt, die Organisation vor Ort mit zu übernehmen. Ein Programm liegt noch nicht vor, da die Mitgliederversammlung sich noch nicht auf ein Thema festlegen konnte. Der Vorstand wird das Programm nach Möglichkeit bis Ende Januar aufstellen und mit der Aufforderung zur Anmeldung verschicken.
3. Auf der Mitgliederversammlung sind mehrere Themenvorschläge für die Arbeit auf den nächsten Sitzungen gemacht worden. Einige Mitglieder hatten es übernommen, die Themenvorschläge zu präzisieren. Diesem Rundschreiben liegen alle Vorschläge bei, die hier bis zum 18.12. eingegangen sind. Folgende Themen wurden vorgeschlagen:
 - Stadt und Kultur (Anlage 2)
 - Ethnische Konflikte in Großstädten (Anlage 3)
 - Suburbanisierung: Ein neues Verhältnis von Stadt und Region? (Anlage 4)
 - Stadtkultur
 - Stadttheorie

Ich bitte nun alle, die zu einem dieser Themen auf der nächsten Sektionssitzung ein Referat halten wollen, mir dies ebenfalls bis zum 15. Januar 1996 mitzuteilen (mit Titel und **kurzem** Exposé). Danach wird der Vorstand entscheiden, welches der Themen zusätzlich zum Thema „soziale Ungleichheit“ im März bearbeitet werden soll. Die Themen, zu denen Meldungen kommen und die nicht im März behandelt werden, können wir für die nächsten Sitzungen vorsehen.

Ich hoffe nun auf rege Beteiligung und wünsche allen ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 1996.

Mit freundlichen Grüßen



Sprecher der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie

Bremen, den 17.01.1996

WICHTIGE MITTEILUNG AN DIE SEKTIONSMITGLIEDER TERMINÄNDERUNG

Aufgrund von Terminverschiebungen seitens der DGS und in meiner eigenen Forschungssemesterplanung ergeben sich hinsichtlich der Anmeldung von Texten für das von den beiden Sektionen „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“ sowie „Stadt- und Regionalsoziologie“ organisierte Plenum „Lokalisierung und Globalisierung sozialer Ungleichheiten - Mechanismen der Differenzverstärkung oder der sozialen Integration?“ neue Spielräume. Der letzte Anmeldetermin bei mir ist nicht, wie im Rundschreiben vom Dezember 1995 angegeben, der 15.1.96, sondern der **10. März 1996**

Danach gehen die Exposés in die Begutachtung, sodaß die Entscheidung des Vorstandes und der hinzugezogenen Juroren bis zum 20. März gefallen sein dürfte. Der Anmeldeschluß für die detaillierten Programme der Sektionen ist nicht mehr der 1.3.1996, sondern nunmehr der 15. April 1996. Das Plenum ist übrigens auf den 10.10.1996 verlegt worden.

Aus dieser Verschiebung ergeben sich für uns Probleme, da wir ja die für Dresden ausgesuchten Referate auf unserer Frühjahrssitzung in **Stuttgart, 29./30. März 1996**

in ihrer ersten Fassung diskutieren wollen. Für das Programm in Stuttgart bedeutet dies, daß wir noch nicht detailliert aufführen können, wer dort referieren wird. Wir werden deshalb im Programm für die Frühjahrssitzung der Sektion den noch nicht bestimmten Referenten ausreichend Platz einräumen müssen.

Aus den bislang eingegangenen Textanmeldungen für den zweiten Themenschwerpunkt in Stuttgart ergibt sich vorläufig noch keine eindeutige Priorität. Über den zweiten Themenschwerpunkt kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht entschieden werden, da immer noch Vorschläge eingehen. Das Programm für Stuttgart wird im Februar verschickt werden. Die vorgeschlagenen Themenschwerpunkte, auf die sich die Textanmeldungen beziehen sollen, werden im Anschluß an diese Mitteilung nochmals abgedruckt wie der „call for papers“ für die Planarveranstaltung. Auch hierzu möchte ich eine Nachfrist setzen. Zusätzliche Anmeldungen bitte bis spätestens 16. Februar 1996 an den Sprecher der Sektion. Danach müssen wir das Programm für Stuttgart erstellen.

Rainer Neef hat darum gebeten, den von ihm vorgeschlagenen Themenschwerpunkt „Ethnische Konflikte in Großstädten“ nicht schon in Stuttgart auf die Tagesordnung zu setzen. Vielleicht könnten wir daraus das Thema für unsere Sektionssitzung (nicht mit der Planarveranstaltung zu verwechseln) in Dresden machen. Dafür spräche die thematische Nähe zum Thema des Soziologentages in Dresden: „Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften“.

gez. Thomas Krämer-Badoni

Thomas Krämer-Badoni

Suburbanisierung: Ein neues Verhältnis von Stadt und Region?

Mit dem Thema Suburbanisierung möchte ich anregen, sich unter theoretischen und unter methodischen Gesichtspunkten mit der Frage zu befassen, welche Folgen die weiterhin anhaltende Suburbanisierung von Bevölkerung und Gewerbe jeweils für

- die Einnahmen- und Ausgabensituation von Kernstädten und Umlandgemeinden,
- für die Konstituierung von Kooperationsverbänden und/oder neuen territorialen Einheiten,
- für die Konstituierung und Legitimation von grenzüberschreitenden Politiken,
- für die Sozialstruktur und die Verteilung von Armut und Wohlstand bei der Bevölkerung von Kernstadt und Umlandgemeinden und letztlich
- für den Begriff und soziologischen Sachverhalt Stadt hat.

Alle diese (und andere Fragen zum Gegenstand) sind natürlich nicht neu. Dennoch hat es den Anschein, als ob der Prozeß der Suburbanisierung (in Verbindung mit anderen sozialen Prozessen wie z.B. dem steigenden Wohnflächenverbrauch, der Verkleinerung der Haushalte usw.) inzwischen eine Dimension erreicht hat, die zu einem qualitativen Sprung im Verhältnis von Kernstadt und Umland führt. Je nach Perspektive wird dies unter dem Stichwort „Auflösung der Stadt“ oder als Bedarf nach größeren - auch politisch legitimierten - Planungs- und Verwaltungseinheiten diskutiert.

Zugleich scheint aber auch das Wissen über die Qualität des Suburbanisierungsprozesses und die tatsächlichen funktionalen Verflechtungsräume von Stadt und Umland nicht hinreichend genau zu sein, was auch an dem Aggregationsniveau der verfügbaren Daten liegt. Hier besteht ein erheblicher Forschungsbedarf.

Schließlich scheinen die genannten Prozesse nicht nur das Verhältnis von Kernstadt und Umland und die Dimension und Qualität von Verflechtungsräumen (und damit die Regionsabgrenzung) zu beeinflussen, sondern auch den Begriff der Stadt und die Stadt selbst zu tangieren. Dies zumindest wäre eine untersuchenswerte Frage wenn die Annahme stimmt, daß sozialstrukturelle und Wohlstandsdifferenzen zunehmend zwischen Kernstadt und Umland und weniger in den Städten selbst verortbar sind. Hier ließe sich auch eine Verknüpfung zum Themenschwerpunkt „Ethnische Konflikte in Großstädten“ herstellen.

Die in dieser Skizze genannten Themen und Fragestellungen sind keineswegs vollständig. Sie sollen dazu anregen, die Thematik weiter zu strukturieren und dadurch zu einem Themenschwerpunkt für die Sektionsarbeit zu machen.

Peter A. Berger/Klaus M. Schmals

„Lokalisierung und Globalisierung sozialer Ungleichheiten – Mechanismen der Differenzverstärkung oder der sozialen Integration?“ (Arbeitstitel)

Exposé für eine gemeinsame Plenarveranstaltung der DGS-Sektionen „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“ und „Stadt- und Regionalsoziologie“ auf dem 28. Deutschen Kongreß für Soziologie in Dresden im Herbst 1996

Im Zuge der vermehrten Aufmerksamkeit, die die Sozialstruktur- und Ungleichheitsforschung während der letzten Jahre den „feinen Unterschieden“ zwischen Lebensweisen, Lebensstilen und Subkulturen gewidmet hat, hat auch der *Milieubegriff* eine bemerkenswerte Renaissance erfahren. Einerseits wurde dabei freilich der Raumbezug sozialer Milieus und (alltags-)kultureller Differenzierungslinien, der unter dem Stichwort „residentielle Segregation“ ein klassisches Thema stadt- und regionalsoziologischer Forschungen ist, in der Regel ebenso vernachlässigt wie die mehr oder weniger heftigen Abgrenzungskonflikte zwischen oftmals territorial gebundenen Lebensstilgruppierungen, die kleinräumigen Prozesse der Verdrängung „alter“ durch „neue“ Milieus oder die offenen und verdeckten Konflikte um Aneignung und Nutzung von Wohn-, Verkehrs- und Freizeiträumen (z.B. Männer vs. Frauen; Junge vs. Alte; Familien mit Kindern vs. „double income-no kids“-Lebensabschnittsgemeinschaften), die man auch als Mechanismen der „Differenzverstärkung“ begreifen könnte. Andererseits zieht das stadtsoziologische Konzept der „Segregation“ meist nur einen (oder höchstens: wenige) der „klassischen“ Ungleichheitsindikatoren (Einkommen oder Beruf oder Bildung) heran und erweist sich so angesichts vielfältiger „alter“ und „neuer“ Ungleichheiten, angesichts des Bedeutungsgewinns *kultureller Differenzen* und angesichts der lebensphasenspezifischen Ausformung von Raumbedürfnissen und Raumbedarf häufig als „unterkomplex“.

In der gemeinsamen Plenarsitzung der Sektionen „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“ und „Stadt- und Regionalsoziologie“ sollen deshalb in einem ersten Block von 2(-3) Referaten zunächst Berührungspunkte zwischen den beiden Forschungstraditionen ausgelotet und Schnittmengen umrissen werden. Im Zentrum könnten dabei einerseits Fragen nach den Formen und Mechanismen (*selektiver*) *räumlicher Mobilität* stehen, die Menschen mit ähnlichen Lebensstilen mehr oder weniger dauerhaft in räumliche Nähe zueinander bringen und dadurch zu ihrer Integration in sozialräumlich abgrenzbare „Milieus“, aber auch zur verstärkten Abgrenzung „nach außen“ beitragen können. Von Interesse wären dabei u.a. auch Erkenntnisse zum Verhältnis von Segregation und Integration in ostdeutschen Plattenbaugroßsiedlungen, in denen ja Prozesse der sozialräumlichen „Entmischung“ anscheinend erst nach der „Wende“ in Gang gekommen sind. Andererseits – und vielleicht wichtiger – sollte nach Möglichkeit auch diskutiert werden, inwieweit die räumliche Nähe – sei sie eher längerfristiger Art (wie etwa beim benachbarten Wohnen), sei sie eher kurzfristig (wie z.B. bei Zufallsbegegnungen im „öffentlichen Raum“ von Plätzen, Straßen und Verkehrsmitteln) – zu einer wenigstens partiellen Überwindung von Einstellungs- und Geschmacksdifferenzen oder zu fortgesetzten Interaktionen zwischen Menschen mit ungleichen Ressourcenausstattungen führen kann, also auf „lokaler“ Ebene auch so etwas wie eine „Integration trotz (oder vielleicht sogar: wegen) Differenz“ denkbar ist.

Während sich also ein erster Block mit der „Lokalisierung“ sozialer Ungleichheiten und kultureller Differenzen (im Sinne einer Rückbindung an konkrete „soziale Räume“, „Orte“ und „Plätze“) beschäftigen und dabei mit Blick auf Fragen der „Differenzverstärkung“ und der sozialen Integration gewissermaßen eine „Mikro-Makro“-Perspektive einnehmen sollte, sollte in einem zweiten Block von ebenfalls 2(-3) Referaten eher ein „Makro-Mikro“-Blickwinkel gesucht werden. Folgt man nämlich z.B. den Gesellschaftsdiagnosen Anthony Giddens', scheinen vor allem Prozesse der „systemischen“ Integration einer fortschreitenden, aber auch widerspruchsvollen „Globalisierung“ zu unterliegen: Waren-, Geld- und Informationsströme, aber auch Geschäftsreisende und Touristen können die Grenzen von Nationalgesellschaften immer leichter und schneller überwinden. Gleichzeitig verstärken sich aber in vielen westlichen Gesellschaften auch Tendenzen einer „Abschottung“ gegenüber potentiellen Immigranten (aus Osteuropa, aus den sog. „Entwicklungsländern“), deren Wunsch nach Teilhabe am Reichtum der fortgeschrittenen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften von vielen Wohlstandsbürgern als „Bedrohung“ und „Überforderung“ der internen Integrationsfähigkeit wahrgenommen wird.

„Grenzen“ als räumliche „Differenzmarkierungen“ werden dabei durchlässiger und undurchlässiger zugleich, so daß beispielsweise zu fragen wäre, welche *selektiven* Prozesse räumlicher Mobilität durch diese Art der „Globalisierung“ gefördert, welche Mobilitätsvorgänge unterdrückt werden – dies hat ja u.U. unmittelbare Folgen für die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung in bestimmten Regionen –, in welchem Verhältnis die gestiegene Mobilität von *Waren, Geld und Informationen* zur Mobilität von *Menschen* steht (etwa: wechselseitiges Steigerungsverhältnis vs. Substitution), ob diese Formen einer „globalisierten“ Mobilität die soziale Integration im Sinne einer *Relativierung* traditionaler kultureller Differenzen generell befördern oder ob sie eher zur „Marginalisierung“ und zu einem neuen „Fundamentalismus“ bei jenen führen, die von diesen Globalisierungsprozessen ausgeschlossen sind. Mitbehandelt werden könnten dabei auch Fragen nach den Mechanismen einer *(welt-)systemischen* Integration über weite räumliche Entfernungen hinweg und danach, wie sich diese vorzugsweise in den „großen Städten“ räumlich „niederschlagen“ (z.B. in Form der „postmodernen Glaspaläste“ von international operierenden Banken, Industrie- und Medienkonzernen), dort freilich neue *Verdrängungsprozesse* auslösen und dadurch wiederum *raumbezogene Ungleichheiten* verstärken können. Dies verweist zugleich auf globale Ungleichgewichte, internationale Abhängigkeiten und zwischengesellschaftliche Ungleichheiten (etwa: zwischen dem Zentrum und den Peripherien eines „Weltsystems“), die der in der Regel auf Nationalgesellschaften fixierten Sozialstruktur- und Ungleichheitsforschung leicht entgehen – Reinhard Kreckel hat auf diese „nationalstaatliche“ Blickverengung immer wieder hingewiesen –, jedoch unter dem Titel „Globalisierung sozialer Ungleichheiten“ und unter Heranziehung neuerer stadt- und regionalsoziologischer Ansätze (z.B. David Harvey) nach Möglichkeit ebenfalls Gegenstand des zweiten Blocks der gemeinsamen Plenarsitzung sein sollten.

Je nach Angebot könnte schließlich noch versucht werden, in einem *Eröffnungs-* oder in einem *Schlußreferat* das hier skizzierte, durchaus widerspruchsvolle und spannungsreiche Zusammenspiel von *Lokalisierung* und *Globalisierung* sozialer Ungleichheiten einerseits, von raumbezogenen Prozessen der *Differenzverstärkung* und der *sozialen Integration* andererseits im Überblick und als allgemein-theoretisches, soziologisches Problem zu behandeln. Unter der Voraussetzung, daß die beiden thematischen Blöcke mit jeweils zwei Referaten besetzt werden können, ergibt sich daraus eine Gesamtanzahl von maximal fünf Referaten für die geplante Plenarveranstaltung der Sektionen „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“ und „Stadt- und Regionalsoziologie“.

STADT UND KULTUR

1.

Mit dem Begriff Kultur werden heute sehr unterschiedliche Phänomene bezeichnet. Wird der Begriff Kultur auf Stadt bezogen, dann meint man in der Regel entweder das, was Kulturdezernate, Sponsoren oder Künstlergruppen in der und für die Stadt tun - aus welchen Gründen auch immer -, oder bestimmte städtische Lebensstile und Milieus einschließlich deren materielle Seite. Von beiden Phänomenen soll hier nicht die Rede sein, oder besser: nicht auf diese Art und Weise.

2.

Die hier angestrebte Verbindung von Stadt und Kultur basiert auf einem Verständnis von Kultur, das aus der verstehenden Soziologie (M. Weber), der Kulturphilosophie (E. Cassirer) und der Ethnologie (C. Geertz) stammt. Ihnen allen ist gemeinsam, daß sie Kultur als ein "selbstgesponnenes Bedeutungsgewebe" (C. Geertz) ansehen. Der intersubjektive, prinzipiell öffentliche Träger von Bedeutungen sind "symbolische Formen" (E. Cassirer). Cassirer nennt folgende große Symbolsysteme: Sprache, Mythos, Religion, Recht, Wissenschaft, Technik, Kunst, Bild. Diese Liste kann und muß erweitert werden, z.B. durch die großen symbolischen Formen Architektur und Stadtgestalt. Auch sie "sprechen" eine "Sprache", besser: auch sie sind Träger von selbstgesponnenen Bedeutungen, mit denen dann ein "sozialer Diskurs" (C. Geertz) geführt wird.

3.

Die Funktion symbolischer Formung, die Bedeutung enthält bzw. konstituiert, ist Vermittlung: zwischen Mensch und Materie/Natur, zwischen Mensch und Mensch. Im Begriff des Kultus klingt noch eine dritte Vermittlung an: die zwischen Mensch und Gott/Transzendenz. Diese Funktion, die der kulturelle Bereich der repräsentierenden und bedeutungsträchtigen Symbolisierung der natürlichen, sozialen und transzendenten Wirklichkeit hat, kann nur analytisch von den materiellen Umgangsweisen mit der Natur und den Menschen getrennt werden. Das "Was" des Erfahrungsinhaltes ist niemals ohne das "Wie" seiner repräsentierenden Symbolisierung (E. Cassirer). Materielle städtische, wirtschaftliche oder soziale Entwicklung enthält immer auch kulturelle Muster, mit denen und durch die sie formiert/formuliert wird. Und kulturelle Muster werden immer auch in den und mit den sozialen und materiellen Formen ausgedrückt. Die Regulationstheorie hat diesen Zusammenhang gewürdigt: Das kapitalistische Akkumulationsregime bedarf bestimmter regulierender Institutionen (Regulationsweisen) und bestimmter kultureller Regeln, Werte und Normen, die die Interaktionen der Akteure steuernd vermitteln (Regulationsformen). Erst so macht es echten analytischen Sinn, eine bestimmte Produktionsform (Fordismus)

auch auf andere Bereiche, z.B. Stadtentwicklung, zu übertragen. Was zwischen beiden vermittelt, sind kulturelle Werte, Normen, Standards etc.

4.

Kultur ist kein Überbau ökonomischer oder sozialer Prozesse, sondern ein Bestandteil von ihnen. Es gibt keinen ökonomischen oder sozialen Prozeß, der nicht in sinnvolle "Sprache" (symbolische Formen) "übersetzt" werden müßte. Genausowenig ist Kultur der Überbau städtischer Entwicklung. Es gibt keine städtische Entwicklung, die nicht auch kulturelle Entwicklung wäre. Stadtgestalt, Architektur, städtische Lebensformen und Umgangsweisen mit Natur und Menschen sind notwendig kulturell vermittelt. Die Rede vom Wertewandel, von der Fragmentierung der Lebensbereiche oder von der Kulturalisierung der Städte im Rahmen von Städtekonkurrenz signalisiert einen Prozeß tiefergelegenen kulturellen Wandels, der zusammen mit ökonomischen und sozialen Prozessen städtische Entwicklung vorantreibt.

5.

Der Zusammenhang von städtischer Entwicklung und kulturellem Wandel soll an drei Beispielen gezeigt werden:

- Für die periphere Verstädterung im südeuropäischen Raum haben wir (S. Chtouris, E. H., D. Ipsen) am Beispiel der Stadt Athen deutlich machen können, daß es u.a. die kulturellen Muster und Werte der traditionellen ländlichen Gesellschaft sind, durch die und mit denen die extensive und intensive Stadtentwicklung vorangetrieben wurde, und zwar sowohl in ökonomischer wie in stadtgestalterischer Hinsicht.

- Die technische Versorgung unserer westeuropäischen Städte mit Wasser, Energie und heute auch Information basiert auf einem kulturellen Wandel, der seine Vorläufer in der Aufklärung hat und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts medizinische Theorien, technische Entwicklung, soziale, ökonomische und politische Umwälzungen zu einem bedeutungsvollen kulturellen Muster aus (Sozial)Hygiene, Wohlstand, Ordnung, Gesundheit, Komfort und Sicherheit für alle verband. Dieses kulturelle Muster für die Stadt wirkte weiter in den Umgestaltungen der klassischen städtebaulichen und architektonischen Moderne und gilt eigentlich bis heute.

- Das diesem Muster inhärente Naturverhältnis wird seit einiger Zeit in Frage gestellt. Materielle Umweltbelastungen, technische Risiken und Versorgungsprobleme führen auf der einen Seite zu weiterführenden technischen Lösungen und auf der anderen Seite zur Infragestellung bzw. Modifikation der überlieferten kulturellen Werte und Ordnungsprinzipien. Wer sich heute Gedanken über eine ökologische Umgestaltung der Städte macht, ist unweigerlich auch mit den kulturellen Systemen konfrontiert, auf der sie basieren: sei es das Rechtssystem, seien es die orientierenden Werte, seien es die Vorstellungen von Krankheitsentstehung und Gesundheit, die sich - technisch umgesetzt -, als Leitungsnetz im Boden unserer Städte befinden.

Vorankündigung eines Vorschlages für einen Themenschwerpunkt
"Stadt und Kultur"
in Sektion

Unter dem umfassenden Titel "Stadt und Kultur" sollte sich die Sektion erneut dem Problem der kulturellen Dimension von Stadt und Stadtpolitik zuwenden.

(1) Zum einen könnte das Thema unter dem Gesichtspunkt der stadtplanerischen und wirtschaftlichen Instrumentalisierung der populären und popularisierten Hochkultur im *städtischen* Raum behandelt werden. Die Tendenz dazu hat seit der Veröffentlichung Häußermanns und Siebels eine neue Qualität angenommen; insbesondere verwischen sich heute angesichts der kommunalen Finanzmisere die Grenzen zwischen kommerzieller Vergnügungsindustrie und subventionierter Hochkultur. Es wäre zu fragen, ob sich damit der öffentliche Charakter von Stadtkultur prinzipiell gewandelt hat. In der v.a. durch die Ökonomisierung geprägten kommunalen Kulturdebatte (z.B. Standortdebatte) muß die Stadtsoziologie die genuin *soziale Funktion von Stadtkultur* thematisieren.

(2) *Architektur und Städtebau* als Vergegenständlichung städtischer Kultur sollten ein zweites spezifisches Thema dieses Schwerpunkts sein. Beispielsweise verweist die Bedeutungszunahme baulicher Images für das Stadtmarketing auf ein geändertes Verhältnis von Politik, Ökonomie und Baukultur.

(3) "Stadt und Kultur" müßte auch die *Privatisierung des öffentlichen Raumes* durch kulturelle Investitionen zum Gegenstand haben. Dazu gibt es gerade in diesem Jahr einige Veröffentlichungen u.a. von Zukin, Molotch und anderen Vertretern der *political economy of space*. In ihrer ethnischen, ästhetischen und marketing-orientierten Multidimensionalität beeinflussen kulturelle Investitionen immer stärker Stadtbild und Stadtentwicklung und bilden damit auch einen weiteren Konflikttraum städtischer Bevölkerungsgruppen, die mit dem Begriff "Stadtkultur" unterschiedliche Interessen verbinden. Diese thematische Perspektive (*wer kann welche Kultur in der Stadt nutzen?*) wäre auch auf das Oberthema des Dresdner Soziologenkongresses "*Differenz und Integration*" beziehbar (wenn es weiteres Interesse von Sektionsmitgliedern an diesem Thema gibt).

(4) Sowohl für die breitere Diskussion der kulturellen Dimension (siehe Punkt 3) als auch für die spezielle Diskussion der Funktionen von Kultur in der Stadt (siehe Punkte 1 und 2) bedarf es einer verstärkten Theoriediskussion (Vergleich der theoretischen Konzepte zu Privatheit-Öffentlichkeit, zu städtischen Lebenswelten, zur Politischen Ökonomie des Raumes). Darüber hinaus muß die theoretische Debatte stärker realanalytisch und empirisch geführt werden. So bedürfte etwa die Übernahme amerikanischer Ansätze für Deutschland und Europa dringend einer sachhaltigen Überprüfung.

verantwortlich: Volker Kirchberg (kirchberg@uni-lueneburg.de)
unter Mitwirkung von Christine Hannemann und Werner Sewing (hannemann@sowi.hu-berlin.de)

Rainer Neef

Vorschlag für einen Schwerpunkt "Ethnische Konflikte in Großstädten
und Einladung für Beiträge

Ich stelle mir eine Behandlung einiger der folgenden Themen vor:

- Räumlich-soziale Segregation von Immigranten
Fragestellung: Zusammenhänge mit Erwerbslage, Wohnbedingungen und sozialen Kontakten. Verschärfungen seit den 80er Jahren?
- Immigranten auf großstädtischen Arbeitsmärkten
Fragestellung: wie entwickelt sich die berufliche Integration? welche Gruppen werden ökonomisch und sozial ausgeschlossen? entwickelt sich eine Unterklasse von ethnisch-sozial Marginalisierten?
- 3. Immigranten im Unterschichts-Quartier: Insel - Einwandererkolonie - Getto?
Fragestellung: kulturelle Integration in die Mehrheitsgesellschaft oder Stärkung ethnischer Identität? Werden sie Teil einer Marginalisierten-Schicht? Konflikte in Quartier zwischen Immigrantengruppen, mit eingeborenen Bewohnergruppen, mit der staatlichen Ordnungsmacht.
 - a) in deutschen Großstädten
 - b) in französischen banlieues und/ oder
 - c) in britischen inner cities
- Gibt es "Türkengettos" in Deutschland?
Fragestellung: ethnische Ökonomie, ethnische Gemeinschaften - ethnische Sozialisation? Soziale Stabilisierung oder sozialer Ausschluß?
- Osteuropäische Immigranten im Stadtviertel
Fragestellung: wie effektiv ist bundesdeutsche Integrationspolitik bezüglich Erwerbsperspektiven und Wohnsituation? wie entwickeln sich die Sozialbeziehungen in der Siedlung?
- Flüchtlinge, informelle Zuwanderung und prekäre Beschäftigung
Fragestellung: wie ist die Wohn- und Lebenssituation in Unterkünften? wie entwickelt sich die Beschäftigungslage von Flüchtlingen und von illegalen Zuwanderern? entsteht im Zusammenhang mit prekärer Beschäftigung eine Untergrund-Ökonomie?
- Lokale Ausländerpolitik
Fragestellung: wie wirken repressive, wie integrative Maßnahmen, insbesondere auf Quartiersebene? Beispiele aus einigen Städten.

Die "Fragestellungen" sind nur ein Vorschlag, die Themen auf gemeinsame und dadurch leichter diskutierbare Punkte zu beziehen. Die Themen selbst stehen zur Wahl - mehr als 4 können wir meist nicht auf einem Sektionstreffen behandeln. Wer auch immer aus der Sektion zu einem oder mehreren dieser Themen arbeitet und Zeit für einen Beitrag hat, sollte sich melden bei Krämer-Badoni oder Neef. Ansonsten könnte ich mir, aus punktuellen Vorwissen, als Vortragende vorstellen: zu 1 etwa J. Dangschat oder J. Friedrichs; zu 2 etwa H. Häußermann oder H. Heimelt; zu 3a etwa V. Waltz, 3b etwa H. Vieillard-Baron oder R. Neef, 3c etwa S. Baringhorst; zu 4. etwa P. Geiersbach; zu 5. etwa H. Heimelt oder K. Veith; zu 6 etwa F. Blahusch; zu 7 etwa T. Schwarz. - Evtl. können auch Themen durch Vortragende verbunden werden - etwa 2 und 3b durch Vieillard-Baron, 2 und 5 durch Heimelt, 3c und 7 durch Baringhorst.

Was beschreibt und was erklärt mir welche stadt- und regionalsoziologische Theorien-Schule?

Nachdem Saunders (1987) verschiedene Ansätze der Allgemeinen Soziologie sowie der Stadt- und Regionalsoziologie nach deren Beitrag zur Identifikation des Städtischen abgeprüft und dabei kaum einen nennenswerten Beitrag ermittelt hat, ist es um die "Theorie des Städtischen" relativ still geworden. Auch sein eigener Vorschlag einer "unräumlichen Stadtsoziologie" war kaum mehrheitsfähig. Das war das letzte Mal, daß sich innerhalb unserer Sektion (eine Arbeitsgruppe) mit einer grundlegenden Theoriediskussion auseinandersetzte (wenn man von der Raum-Diskussion absieht, s.u.). Seither hat Friedrichs (1988), in Orientierung an dem us-amerikanischen Trend, das Ende einer eigenständigen Stadt- und Regionalsoziologie verkündet, was von Herlyn (1990) eine entschiedene Entgegnung fand. Auch Krämer-Badoni (1991) - obwohl Saunders wohl prinzipiell zugetan - empfindet die Fragestellung bei Saunders als zu rigide. Und eine feministische Stadt- und Regionalsoziologie? Diese scheint noch in spezifischen Fragestellungen und Blickwinkeln verhaftet; was bedeutet aus dieser Sicht das Städtische?"

Es gab sicherlich noch die kurz erwähnte Raum-Diskussion, angeregt durch den Essay von Läßle (1991), der in Sektionssitzungen verschiedentlich aufgegriffen und weitergeführt wurde (Pieper 1993(?), Dangschat 1994, Sturm 1995). Schließlich die Siedlungssoziologie - in der Sektion kaum diskutiert - von Hamm (1982), die er gerade überarbeitet und erweitert hat (Hamm 1995, ein weiterer Band soll 1996 folgen).

Die theoretische Auseinandersetzung zwischen Sozialökologie und polit-ökonomischem Ansatz, zwischen wertfreiem Positivismus und parteiischem (Neo-)Marxismus, zwischen Handlungs-/Verhaltenstheorien und strukturellen und institutionellen Ansätzen fand in den 70er und 80er Jahren sehr konflikthaft statt, verbunden mit persönlichen Angriffen. Aus dieser Zeit stammen Aufsätze, die in der Sektion erlebbar waren (was die Mehrheit der heute aktiven Mitglieder nicht selbst miterlebt hat). Die späten 80er Jahre waren eher durch den Vorwurf einseitiger Sichtweisen auf stadtsoziologische seitens der feministischen Ansätze geprägt, die in ihren Pros und Kontras innerhalb der Sektion kaum an- oder gar ausdiskutiert worden sind.

Heute ist die "Sektionskultur" eher durch ein postmodernes Nebeneinander gekennzeichnet, was sich durch mehr oder weniger deutlich abgegrenzte "Zitierkartelle" dokumentiert. Man redet zwar (wieder) miteinander, aber man streitet sich nicht mehr oder man bleibt gleich ganz weg. Dabei sind stadtsoziologische Theorien in der Soziologie weitgehend bedeutungslos geworden; sie haben kaum noch einen Einfluß über die Bindestrich-Grenzen hinweg - und das trotz der Tatsache, daß die Soziologentage in Frankfurt am Main und in Düsseldorf Stadt- und Regionalthemen als generelle Kategorien hatten.

Dennoch: Das "Städtische" ist ein unübersehbares sozialwissenschaftliches und belletristisches Thema, wenn auch in ihrem kulturalistischen Gewand. Stadt ist wieder der Ort, an dem die gegenwärtigen gesellschaftlichen Friktionen besonders gut sichtbar werden - immer ein Anlaß für einen Schub soziologischer Theoriebildung. Doch was ist "Stadt" im (stadt-)soziologischen Sinne? Was ist es mehr als gesellschaftliche Entwicklung in einer hochgradig und zunehmend verstädterten Gesellschaft?

Vor diesem Hintergrund ist mein Vorschlag zu einer weiteren Sektionsarbeit:

Die generelle Fragestellung lautet:

Was will/kann heute noch der Ansatz zu einer Theorie der Stadt- und Regionalsoziologie beitragen?

Wobei unter "Ansatz" größere Wissenschaftstraditionen verstanden werden sollten (Sozialökologie, polit-ökonomischer Ansatz, feministischer Ansatz, Siedlungssoziologie, ...).

Für jeden Ansatz bräuchte man eine Person, die "pro domo" redet, sich also der Mühe unterzieht, das Gute und Bewahrenswerte, Erhellende und Erklärende zusammenzutragen. Dieses kann und soll nicht geschehen, ohne die historischen, wissenschaftstheoretischen und methodologischen Wurzeln dieses Ansatzes zu benennen - vielleicht ist eine Einbindung in allgemeine soziologische Theorien möglich. Hierfür braucht man Platz der Darstellung. Das sollte in einem längeren Papier möglich sein, zu dem ein zuspitzender Vortrag von vielleicht 30 Minuten gehört. Als "Gegenschnitt" wären ein, zwei konstruktiv-kritische Kommentare (jeder etwa zehn Minuten) denkbar, die auf bestimmte Aspekte eingehen. Danach müßte sich eine Pro-und-Kontra-Diskussion entwickeln lassen. Für jeden Ansatz müßte man einen halben Tag ansetzen, d.h. pro Sektionstreffen wären zwei Ansätze diskutierbar.

Zur Auswahl der ReferentInnen ist denkbar, die "pro domo"-RednerInnen durch gezieltes Ansprechen seitens des Vorstandes der Sektion festzulegen, während die Rolle der KommentatorInnen als "Call for Papers" ausgehandelt werden könnte. Unabdingbar ist, daß das Pro-domo-Papier den KommentatorInnen rechtzeitig (!) vorliegt und an alle angemeldeten TeilnehmerInnen mit den Kommentaren verschickt wird. Alle Vortragenden sollten davon ausgehen, daß die Papiere gelesen wurden, also selbst nicht vorlesen - es geht auch darum, in relativ freier Rede von der eigenen Position zu überzeugen.

Offener Brief an den Vorstand der DGS-Sektion Stadt- und Regionalsoziologie

Wir, die Unterzeichnenden, halten folgende Aspekte für die weitere Arbeit der Sektion für bedeutsam und hoffen, durch diese konstruktive Kritik einen Beitrag zu einer erfolgreicheren und effizienteren Arbeit zu leisten:

Bei zukünftigen Sitzungen der Sektion sollte mit mehr Sorgfalt darauf geachtet werden, daß Referate, deren schriftliche Ausarbeitung den Sektionsmitgliedern im Vorfeld zugänglich gemacht wurde, nicht noch einmal umfassend paraphrasiert werden, sondern daß die vorhandene Zeit für inhaltliche Diskussionen verwendet wird. Dies setzt allerdings einen realistischen Zeitplan voraus, d.h. die Tagesordnung muß entsprechende Zeitfenster für Diskussionen anbieten. Generell sollten lediglich die zentralen Punkte der Ausarbeitung kurz skizziert und dadurch Diskussionen generiert werden.

Es ist zu erwarten, daß spannendere, inhaltliche Diskussionen nur dann geführt werden, wenn die Sektion sich auf übergeordnetere Fragestellungen einigen würde. Das bisherige Frage- und Antwortspiel nach einem Referat darf nicht mit einer inhaltlichen Diskussion verwechselt werden. Diese ist aber nach unserem Verständnis unverzichtbar und sollte eine Kernfunktion der Sektionsarbeit darstellen. An diesem Punkt sind alle Sektionsmitglieder aufgefordert, eine Diskussionskultur zu entwickeln. Förderlich wäre es, wenn schon im Rahmen der schriftlichen Ausarbeitung der Beiträge der Bezug zur und die Bedeutung für die Stadt- und Regionalsoziologie deutlich gemacht würde.

Desweiteren fordern wir mehr Transparenz bei der Themenauswahl und Themenbestimmung der jeweiligen Sektionssitzungen. Die Themenfindung per Mitgliederbefragung ist nur dann ein sinnvoller Weg, wenn alle Sektionsmitglieder die Gelegenheit haben, ihre inhaltlichen Vorstellungen einzubringen. Unser Vorschlag wäre, im Rahmen einer, von vielen eingeforderten Selbstverständnisdiskussion der Sektion ein mittelfristiges Themenkonzept zu erarbeiten, welches insbesondere den jüngeren oder weniger etablierten Mitgliedern die Möglichkeit einräumt, aktiv die Sektionsarbeit mit zu gestalten.

Darüber hinaus fordern wir die Sektionsleitung auf, für die nächste Sitzung eine Geschäftsordnung der Sektion vorzulegen, in der wichtige Verfahrensfragen wie beispielsweise das Wahlverfahren geregelt werden, damit zukünftig nicht bei jeder Wahl unterschiedliche Verfahren zum Einsatz kommen. Notwendig ist, daß jegliche Kandidaturen für die Vorstandsposten der Sektion mit programmatischen Aussagen verbunden werden, um die inhaltliche

Zielsetzung und thematische Ausgestaltung der Arbeit im Falle der Wahl deutlich zu machen.

Wir fordern den Vorstand der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie auf, sich im Lichte dieser Kritik Gedanken über die Gestaltung der zukünftigen Arbeit der Sektion zu machen und durch geeignete Vorgehen die erläuterten strukturellen und organisatorischen Defizite abzustellen.

Januar 1996

Karin Baumert
Susanne Heeg
Sigrun Kabisch
Eva Mnich
Andreas Rieper
Jens Sambale
Thomas Wüst

Christine Hannemann
Walter Jahn
Volker Kirchberg
Mark Nerlich
Dieter Rink
Wolfgang Serbser

Habilitationsstipendien für Graduierte ostdeutscher Universitäten

Das Fachgebiet Stadtsoziologie an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar - Universität unterstützt die Initiative der Volkswagenstiftung zur Förderung des Hochschullehrer(innen)-Nachwuchses in den neuen Bundesländern. Vorgesehen ist die Vergabe von Habilitationsstipendien mit einer Laufzeit von 4 Jahren, Tarifgruppe BAT IIa. Die Vergabe erfolgt nur an Kandidatinnen und Kandidaten, die an ostdeutschen Universitäten promoviert haben. Die Begutachtung und Betreuung wird angeboten für folgende Themenkomplexe:

1. Suburbanisierungs- und Deurbanisierungsprozesse seit der Wende
2. Rekonstruktion und Erfindung von Regionen in den neuen Bundesländern

Interessenten, die die fachlichen und formalen Voraussetzungen erfüllen melden sich bitte bei:

Prof. Dr. Dieter Hassenpflug
HAB Weimar - Universität
Marienstr. 5
99421 Weimar

Tel: 03643/583324
Fax: 03643/583307

Programm und Protokolle der Herbsttagung 1995

**Herbstsitzung der Sektion
Stadt- und Regionalsoziologie
an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder**

(vgl. Wegweiser am Eingang)

vom 09.11.1995 bis 11.11.1995

Große Scharrnstraße 59, D-15230 Frankfurt/Oder,

Hauptgebäude, Raum 109 (Senatssaal), Tel.: 0335/5534-640 (Stefan Krätke)

I. Anreise

am Donnerstag, den 09.11.1995 gegen 19.30 Uhr können wir uns im Ratskeller in Frankfurt/Oder treffen (vgl. beiliegende Skizze. Eine Liste mit Hotels, Pensionen, Gästehäusern und Privatunterkünften liegt ebenfalls bei).

II. Programm für Freitag, den 10.11.1995

1. 9.15 Uhr Beginn: **Begrüßung und Organisatorisches** durch Klaus M. Schmals (Dortmund).
2. 9.25 Uhr Einführung zum Arbeitsschwerpunkt **"TRANSFORMATION DER LEBENSVERHÄLTNISSE IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN"** durch Stefan Krätke (Frankfurt/Oder): **"Transformationsprozesse im europäischen Grenzraum - Das Beispiel der Euro-Region Viadrina"**.
3. 10.00 - 11.00 Uhr Annette Harth/Ulfert Herlyn/Gitta Scheller (Hannover): **"Soziale Ausdifferenzierung und räumliche Segregation in Städten der neuen Bundesländer - Theoretische Überlegungen und qualitative Befunde"**.
4. 11.00 - 11.15 Uhr Kleine Kaffeepause.
5. 11.15 - 12.15 Uhr Eva Mnich/Heinz Sahner (Halle): **"Potentielle Migration und Suburbanisierungstendenzen am Beispiel der Stadt Halle und ihres Umlandes - Eine quantitative Analyse"**.

6. 12.15 - 13.30 Uhr Mittagspause.
7. 13.30 - 14.30 Uhr Gabriele Sturm (Dortmund): **"Ist eine Wiederbelebung von Privatem und Politischem möglich? Folgerungen aus der Betrachtung weiblicher Lebenswelten in Ost- und Westdeutschland"**
8. 14.30 - 15.30 Uhr Martina Löw (Halle): **"Umbruch, Transformation oder alles wie gewohnt? Kategoriale Überlegungen am Beispiel der Geschlechtertheorie"**.
9. 15.30 - 16.15 Uhr Kaffeepause.
10. 16.15 - 17.30 Uhr **BERICHT AUS DER FORSCHUNG**: Sabine Schenk (KSPW-Halle): **"Transformation der Arbeitsverhältnisse in den neuen Bundesländern - Eine Diskussion an ausgewählten Beispielen des Dienstleistungssektors"**.
11. Der Abend steht zur freien Verfügung.

III. Programm für Freitag, den 11.11.1995

1. 9.15 - 10.15 Uhr Beginn: Frank-Dieter Grimm (Institut für Länderkunde Leipzig): **"Wandel des mittel- und osteuropäischen Städteneetzes - Geographische Überlegungen aus deutscher Sicht"**.
2. 10.15 - 11.15 Uhr **AKADEMISCHE QUALIFIZIERUNG VON SEKTIONS-MITGLIEDERN**: Felicitas Hillmann (Berlin): **"Jenseits der Kontinente - Migrationsstrategien als eine Antwort auf Transformationsprozesse"**.
3. 11.15 - 12.30 Uhr **MITGLIEDERVERSAMMLUNG**
In diesem Rahmen soll(en)
 - die Neuwahl der Sprecher(innen) stattfinden;
 - der Kongreß für Soziologie 1996 in Dresden resp. die Kooperationen der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie mit anderen Sektionen der DGS diskutiert werden. Der nächste Kongreß für Soziologie steht unter dem Motto "Integration und Differenz". Kooperationen sind geplant mit der Sektion Frauenforschung, Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse sowie Landsoziologie/Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie. Ein „call for paper“ für den Kongreß für Soziologie in Dresden wird im Herbst ergehen;
 - die nächsten Arbeitsschwerpunkte der Sektion erarbeitet werden und abschließend
 - über die Einrichtung eines Diskussionskreises für Doktorand(inn)en und Habilitand(inn)en in der Sektion gesprochen werden.

4. 13.00 - 14.00 Uhr Mittagessen
5. 14.15 - 18.00 Uhr **Exkursion in den deutsch-polnischen Grenzbereich.** Frau S. Albeshausen (Stabstelle Stadtentwicklung der Stadt Frankfurt/Oder) hat uns eine Führung angeboten. Ein Bus für 40 Personen steht zur Verfügung.
6. Abreise ca. 18.00 Uhr aus Frankfurt/Oder.

Ich wünsche Ihnen/Euch angenehme (Semester-)Ferien und verbleibe mit freundlichen Grüßen,

Klaus M. Schmals

HERBSTSITZUNG DER SEKTION STADT- UND REGIONALSOZIOLOGIE AN DER
EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA IN FRANKFURT/ODER
09.11.1995 bis 11.11.1995

Protokoll, Freitag 09.11.1995: Vormittag 09.15 Uhr bis 13.00 Uhr

Ort: Große Scharrnstraße 59
15230 Frankfurt/Oder
Raum 109

Teilnehmer: Siehe Liste

Programm: Liegt bereits vor

TOP 1

Klaus Schmals begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und gibt einen kurzen Überblick über Themen und Referate.

Martina Löw stellt den Prozeß der Themenfindung dieser Sitzung dar. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen stellen sich anschließend kurz vor.

TOP 2

Diskussion des Vortrages "Transformationsprozesse im europäischen Grenzraum - Das Beispiel der Euro-Region Viadrina" von Stefan Krätke:

Herr Jahn fragt nach Zahlenmaterial, z.B. bezüglich der Migrationsströme von Ost nach West.

Zahlen und Angaben, so Stefan Krätke, liegen vor, das Material ist jedoch nur bedingt aussagekräftig. Der Migrationsprozeß verläuft vielmehr im "Dunkeln", offizielle Daten bilden nicht die Realität ab.

Ulrich Herlyn kommt auf das Grundkonzept der Europa-Universität zu sprechen (europäische Ausrichtung, enge Kooperation mit Polen), und fragt nach, wie die Lehre landessprachlich gestaltet wird. Die meisten Veranstaltungen werden in deutsch, einige in englisch durchgeführt, erklärt Stefan Krätke.

Ingrid Breckner macht auf die Tatsache aufmerksam, daß es innerhalb des Transformationsprozesses geschlechtsspezifische Entwicklungsunterschiede gibt. Die Grenzöffnung hat differente

Folgen für Frauen und Männer. Zweitens fragt sie nach Ausmaß und Möglichkeiten der EU-Förderung für die Euro-Region Viadrina. Die Frage der Geschlechterdifferenzierung innerhalb der Transformationsprozeßforschung wird, so Stefan Krätke, aufgegriffen. ist jedoch im Forschungsansatz ungenügend integriert. Bezüglich der EU-Förderung stellt er einen unreflektierten Antragsaktivismus fest. über den eigentlichen Sinn der Förderung (Verwendung, Einsatz, Folgen) wird nicht hinreichend diskutiert.

* Politik und Maßnahmen innerhalb des Transformationsprozesses hätten allenfalls symbolischen Gehalt, konstatiert Jürgen Krämer. Die Grenzöffnung mobilisiert seiner Meinung nach eher Ressentiments, zumindest besteht die Gefahr, daß es zu solchen Folgen kommen könnte.

* Innerhalb des Transformationsprozesses bestehen auch verschiedene Kommunikations- und Kooperationsstrukturen zwischen unterschiedlichen sozialen Teilgruppen, so Karin Baumert. Z.B. zwischen Interlektuellen oder zwischen "postsozialistischen" Netzwerken beider Länder. D.h. Kommunikation und Kooperation verlaufen innerhalb des Transformationsprozesses in Bezug auf Richtung und Intensität höchst unterschiedlich.

* In Deutschland werden Konkurrenzängste künstlich "hochgekocht", entgegnet Stefan Krätke. Aber auch auf polnischer Seite gibt es zum Teil starke Vorbehalte, insbesondere im Umweltbereich (z.B. gegenüber grenznahen Industrien). Die Grenzöffnung generiert bzw. konstruiert nicht nur Vorbehalte und Mißtrauen, sondern auch, und dies im viel stärkerem Umfang, Vertrauen und Kooperation.

TOP 3 Diskussion des Vortrages "Soziale Ausdifferenzierung und räumliche Segregation in Städten der neuen Bundesländer - Theoretische Überlegungen und qualitative Befunde, von Annette Harth, Ulfert Herlyn und Gitta Scheller:

* Herr Anelt (?) (Berlin) stellt fest, daß es nicht leicht sei, für die Kategorie "Status" die richtigen Maßstäbe zu finden. Um bestimmte städtische Teilgebiete mit einem Status zu belegen, sind weitere Differenzierungen notwendig. Gerade bei der Betrachtung

ostdeutscher Städte sind die Kriterien "Belegung" und "Baugeschichte" bzw. "Bauqualität" in die Statusfestlegung einzubeziehen.

* Nach dem theoretischem Verständnis von Modernisierung innerhalb der vorgestellten Untersuchung fragt Klaus Schmals.

* Jürgen Krämer stellt fest, daß "soziale Mischung" fast immer von der befragten Bevölkerung preferiert wird. Und dies sei nicht außergewöhnlich und überraschend. Er konstatiert u.a. auch, daß durch Entmischung andere Formen der Sozialversorgung wichtiger werden, z.B. Elemente der Marktversorgung. Zu fragen ist auch nach Tendenzen der Gettoisierung ostdeutscher Wohngebiete.

* Die Statusfrage, so Ulfert Herlyn, wurde im Forschungsteam umfassend diskutiert. Unterschiede wurden herausgearbeitet und Statusgruppen gebildet, denen bestimmte Kriterien zugeordnet wurden. Die Gebiete sind höchst heterogen zu betrachten, insbesondere die Plattenbaugebiete sind differenziert zu kategorisieren.

* Daß Platte nicht gleich Platte ist, unterstreicht auch Gitta Scheller. Bezüglich der theoretischen Verortung des Modernisierungsbegriffes lehnt sich die Forschungsgruppe an Ulrich Beck's Individualisierungsthese an. Modernisierung ist hier zu verstehen als "Optionssteigerung" möglicher Handlungen bzw. Handlungsketten. Personen, so Gitta Scheller, müssen auch individuell planen. Die Präferenzen, die diesen Planungen zu Grunde liegen, müssen näher untersucht werden. Die Verbindung zwischen Präferenzbildung und Segregation muß gezogen werden.

Gitta Scheller geht auch auf das Statuskonzept kurz ein: Es wurde im Pretest getestet und versprach doch nicht das, was sich erhofft wurde. eine bessere Operationalisierung des theoretischen Begriffes Status ist nötig.

* Annette Harth merkt an, daß soziale Mischung nicht unbedingt Zuspruch in der Bevölkerung erfährt.

* Herr Ring konstatiert, daß in Ostdeutschland ein Segregationsprozeß sich vollzieht, der besonders in Bezug auf soziale Merkmale und weniger bezogen auf ökonomische Variablen.

wie z.B. Einkommen, determiniert ist. Zu beobachten ist eine Überlagerung verschiedener Segregationsmuster ("Ost- und Westmuster"). Die soziale Mischung wird eine andere sein, als im Westen vorzufinden. Es stellt sich auch die Frage, welche Faktoren die Segregation fördern. Besonders hervorzuheben ist auch die Gleichzeitigkeit von Suburbanisierung und Gentrification in ostdeutschen Städten.

* Herr Schwarzer merkt an, daß klarer zwischen "Nivellierung" und "Unterschiedlichkeit" im Vortrag getrennt werden muß.

* Für eine umfassendere mikrosoziologische Überprüfung der Fragestellung des oben genannten Vortrages tritt Jens Dangschat ein. Makrobegriffe kann man nicht mit ein oder zwei Mikrobegriffen operationalisieren.

* Frau Schäfer stellt ebenfalls fest, daß der Begriff "Status eines Wohngebietes" schwer zu operationalisieren sei. Der Begriff ist äußerst fluide. Die Stadt, so Frau Schäfer, ist im Vortrag als ein abgeschlossenes System dargestellt worden. Aspekte des Zuzuges finanzstarker Gruppen (z.B. aus dem Westen) müssen beachtet werden.

* Ulfert Herlyn entgegnet Herrn Ring. Zu fragen ist doch, wer Segregation will, nämlich die Betroffenen selbst. Umfang und Art der Segregation wird jedoch unterschiedlich von den Menschen bewertet. Auf den Prozeß der Modernisierung zurückkommend, führt Ulfert Herlyn aus, daß sich dort, wo sich die Sozialstruktur ausdifferenziert, sich die Modernisierung in alltäglichen Bereichen zeigt, wie z.B. in der Wohnumstandortwahl, die wiederum zur Segregation führt.

* Frau Albeshausen führt an, daß Segregation zur Zeit auch in der Stadt Frankfurt/Oder beobachtet und diskutiert wird. Sie stellt fest, daß eine Durchmischung der Bevölkerung erst jetzt passiert (nach der "Wende").

* Oder die Durchmischung wird erst nach der "Wende" bewußt, merkt Reiner Neef an (als Anmerkung: Was die Diskutanten mit

"Durchmischung" meinen ist nicht ganz klar, ist nicht "Entmischung" gemeint?)

* Frau Albeshausen verneint dies. Segregation nach Einkommen ist in der Stadt deutlich zu registrieren.

* Reiner Neef äußert zwei Anmerkungen/Fragen: Wird innerhalb der Segregationsforschung auch die Kategorie "DDR-Lebensstil" bedacht (Segregation nach Lebensstilen)? Und was bedeutet eigentlich die Kategorie "Status" und welche Rolle spielt sie für das Verhalten der Menschen? Wird der Status überhaupt wahrgenommen?

* Dieter Keim macht auf einen Zweiphasenverlauf innerhalb der Segregationsforschung bezüglich ostdeutscher Städte aufmerksam. In einer ersten Phase gab es kaum Fortzüge, in einer zweiten Phase jedoch massive. Diese zweite Phase ist nicht hinreichend diskutiert. Die internationale Diskussion scheint weiter zu sein: Hier bildet der Begriff der "Sozialen Fragmentierung" eine Basis unterschiedlicher Forschungsansätze. Die Forschungsbefunde aus diesem Themenbereich sind sicherlich auch fruchtbar für die Segregationsforschung zu nutzen.

* Frau Baumert betont eindringlich die notwendige Betrachtung realer Problemlagen der Menschen innerhalb der Segregationsprozesse. Sie habe den Eindruck, als ob hier Segregation als eine Art "Naturprozeß" betrachtet wird. Segregation ist aber immer mit ganz konkreten Einschnitten für die Betroffenen verbunden.

* Sicherlich ist Segregation kein Naturprozeß, so Ulfert Herlyn. Zu dem betrachtet die Forschungsgruppe die Stadt nicht isoliert, ab von der "Restgesellschaft" abgeschnitten (Antwort auf Frau Schäfer).

* Frau Scheller merkt an, daß Merkmale für die Kategorie "Status" im Pretest und innerhalb qualitativer Interviews generiert wurden. Bestimmte Statuseinheiten konnten so gebildet werden.

TOP 5 Diskussion des Vortrages "Potentielle Migration und Suburbanisierungstendenzen am Beispiel der Stadt Halle und ihres Umlandes - Eine quantitative Analyse" von Eva Mnich und Heinz Sahner:

* Herr Jahn merkt an, daß der Ostteil Berlins erhebliche Zuwanderungen aus den neuen Ländern zu verzeichnen hat. Warum wurde Berlin in der Untersuchung ausgeklammert?

* Das Kriterium zur Auswahl der untersuchten Städte war die Einwohnerzahl, führt Herr Sahner aus. Es wurden alle ostdeutschen Städte ab 100.000 Einwohnern betrachtet. Berlin ist ein "Spezialfall" und wurde deshalb nicht berücksichtigt.

* Fortzüge, so Herr Ring, werden in der Diskussion immer etwas negativ gesehen. Für ihn sind die Suburbanisierungsprozesse nicht überraschend, finden wir doch gerade in den Innenstädten katastrophale Wohnverhältnisse und Bausubstanzen. Der Fortzug stellt meist einfach eine Verbesserung der Lebensverhältnisse dar.

* Jürgen Krämer nennt drei Fragen/Anmerkungen: Inwieweit kommt es im Umland zu einer Zersiedelung durch Einzelhausbau? Er sieht bezüglich der Suburbanisierung keine großen Unterschiede zum Westen. Suburbanisierung sei vielmehr ein Kennzeichen des Fordismusses.

* Ulfert Herlyn betont, daß mit einem standardisierten Fragebogen einige Merkmale/Variablen, wie z.B. "Stadtteilbindung", nur schwer zu fassen bzw. zu ermitteln sind. Andere Forschungswege müßten zur Anwendung gelangen.

* Insgesamt, so Eva Mnich, wurden 6.000 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Halle und Umgebung angeschrieben. Der Rücklauf der Fragebögen betrug rund 50%.

* Dennoch insistiert Ulfert Herlyn, sei eine standardisierte, schriftliche Befragung zur Beantwortung der Fragestellungen, die der Untersuchung zu Grunde liegen, höchst problematisch.

* Heinz Sahner betont, daß die Repräsentativität der Untersuchung gegeben sei. Er geht auch auf die anderen Fragen ein: Durch eine einheitliche Planung und Abstimmung kommt es innerhalb des Suburbanisierungsprozesses zur Ausbildung bestimmter Umlandregionen, die die städtischen Fortzüge aufnehmen. Dennoch kann auch im Osten von einem Zersiedelungsprozeß gesprochen werden.

* Reiner Neef fragt nach dem Besonderen der Untersuchung. Welche Schlüsse können aus den Ergebnissen gezogen werden?

* Herr Burkhard (?) (Berlin) interessiert die Entwicklung der Innenstädte Ostdeutschlands, besonders unter dem Aspekt Einzelhandel.

* Thomas Krämer-Badoni betont -und geht damit auf vorherige Äußerungen der Diskutanten ein-, daß generell zu jeder Arbeit methodisch etwas zu sagen wäre. Begriffe wie z.B. Segregation und Suburbanisierung sind meist keine festen und unumstößlichen Kategorien. Vielmehr basieren sie auf Vermutungen. Dies gilt auch für Kategorien der Ungleichheitsforschung, auch sie sind "eigentlich" ungeklärt. Fazit: Die theoretischen Voraussetzungen einer Untersuchung sollten deutlicher expliziert werden, eine vorherige Klärung der Begriffe ist Grundvoraussetzung theoriegeleiteter Forschung.

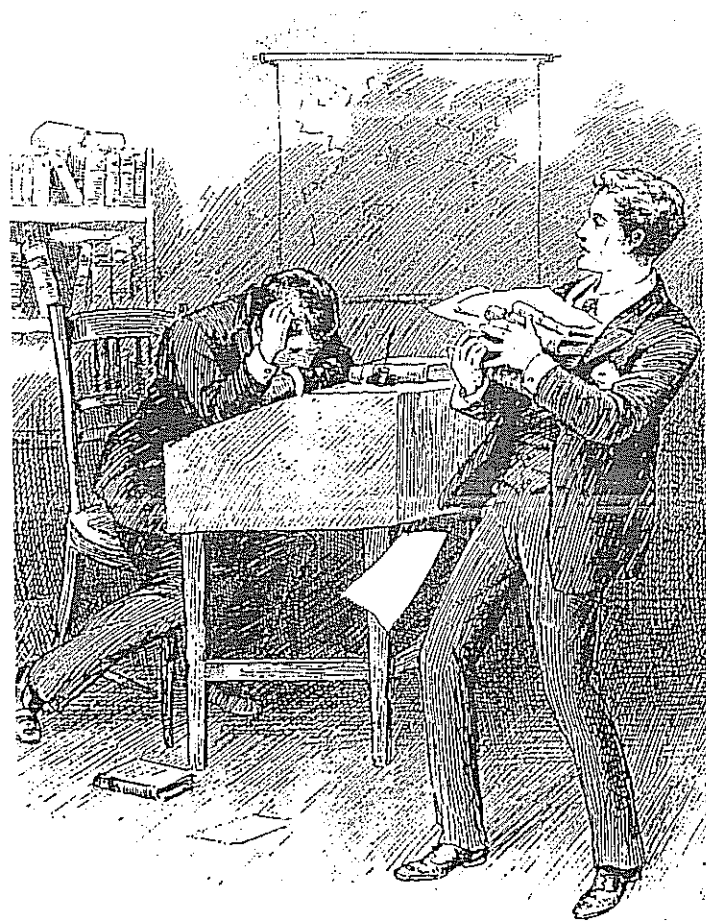
* Wo eigentlich das Problem der Arbeit liegt, fragt -ähnlich wie Reiner Neef- Jens Dangschat. Er betont, daß die Gefahr der Überinterpretation der Ergebnisse gegeben sei, bei schriftlichen Befragungen sollte man nicht zu viel erwarten. Fragwürdig bleibt auch die Repräsentativität.

* Die Verdeutlichung der Entwicklungstendenzen ist, so Heinz Sahner, ein genereller Aspekt der Untersuchung. Wenn man sich einen Teilbereich herausgreift, wie z.B. "Wohnen", kann man Konsequenzen aus den Ergebnissen ableitend aufzeigen. Es können z.B. Wohngebiete neu bewertet werden. Für die Landkreise wird das Zugangspotential deutlich, eine frühzeitige Planung (soziale Infrastruktur) ist möglich. Zum anderen kann ein Vergleich zwischen west- und ostdeutschen Suburbanisierungsprozessen in

Bezug auf Ablauf und Ausmaß vorgenommen werden. Damit die Innenstadtverödung ihr Ende nimmt, sind unterschiedliche Wege zur Innenstadtbelebung zu suchen.

Andreas Rieper,
Hamburg

This year
be prepared for summer research



with a noteworthy
research & writing assistant

HERBSTSITZUNG DER SEKTION STADT- UND REGIONALSOZIOLOGIE
AN DER EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA IN FRANKFURT/ODER
PROTOKOLL VOM NACHMITTAG

Diskussion über den Vortrag: „Ist eine Wiederbelebung von Privatem und Politischem möglich? Folgerungen aus der Betrachtung weiblicher Lebenswelten in Ost- und Westdeutschland“ von Gabriele Sturm

Es wurde diskutiert, daß die 'antike Öffentlichkeit' vor dem Hintergrund einer Sklavenhaltergesellschaft zu sehen sei. Deshalb könne der Raumbegriff von Hannah Arendt nur als Metapher, nicht jedoch für einen konkreten sozialen Raum benutzt werden. Der Idealtypus antiker Öffentlichkeit sei aber dienlich, um vor diesem Hintergrund das Geschlechterverhältnis zu diskutieren.

Dagegen stand die Auffassung, daß die 'antike Öffentlichkeit' nicht einmal idealtypisch als Modell für 'wahre Öffentlichkeit' benutzt werden könne, weil aus ihr keine politischen Handlungen für die Basis der Gesellschaft abgeleitet werden sollten. Darüber hinaus sei es wissenschaftlich unproduktiv, wenn der Geschlechterunterschied am Begriff der Öffentlichkeit und des öffentlichen Raums lediglich aus weiblicher Sicht dargelegt wird.

G. Sturm erklärte, daß Hannah Arendt zwischen politischer und gesellschaftlicher Öffentlichkeit unterscheidet. Aus dieser Unterscheidung kann abgeleitet werden, daß politische Öffentlichkeit zu Handlungen und gesellschaftliche Öffentlichkeit zu Strukturveränderungen z.B. durch Planung führen kann. Da Planen fälschlicherweise oft mit Handeln gleichgesetzt wird, entstehen Mißverständnisse, wenn über (nicht weiter definierte) Öffentlichkeit gesprochen wird. Tatsächlich kann der/die Planer/in nicht direkt handeln, sondern agiert auf der Staatsebene. Wenn also über diese Ebene Öffentlichkeit(en) hergestellt werden soll(en), ist die gesellschaftliche (und nicht die politische) Öffentlichkeit gemeint.

Das Ziel des Vortrags war eben nicht, das Modell der Antike für die Gegenwart zu übernehmen, sondern eine Begriffsbildung, Begriffsdefinition zu initiieren. Ein Beispiel: In der griechischen Polis war Öffentlichkeit an Eigentum und persönliche Frei-

heit gebunden. Die Bedeutung von Eigentum als Voraussetzung für die Teilnahme an Öffentlichkeit in unserer Zeit wäre zu untersuchen.

Die griechische Polis als Modell könnte ein Erklärungsmuster bieten, das aufzeigt, wie der Dualismus von „öffentlich“ und „privat“ aufgelöst werden könnte. Diese Erklärung hat G. Stum bei Hannah Arendt abgeleitet und Parallelen zu ihrem eigenen, viergliedrigen Modell (siehe Vortrag) für die Gegenwart gezogen.

Fazit der Diskussion war, daß in der Sektion ein großer Bedarf an solch theoretischen Überlegungen vorhanden ist.

Diskussion zum Vortrag: „Umbruch, Transformation oder alles wie gewohnt? Kategoriale Überlegungen am Beispiel der Geschlechtertheorie“ von Martina Löw

Die Analyse muß über die Abgleichung von Transformation, Umbruch und Wandel hinausgehen. Die Frage wie Westdeutsche „Wandel“, „Umbruch“ und „Transformation“ analysieren, wenn sie sie überhaupt zur Kenntnis nehmen, müsse beantwortet werden. Interessiert Westdeutsche die ostdeutsche Realität überhaupt? Anhand des Merkmals „Geschlechtlichkeit“ den Transformationsprozeß zu beschreiben, wurde positiv diskutiert. Dies sei aber eine Aufgabe für westdeutsche Forscherinnen, denn angstfreie öffentliche Räume für Frauen oder öffentlich-kindgerechte Räume stellen für ostdeutsche Planerinnen kein besonderes Thema dar. In den Planungssämtern sind sehr viele Frauen vertreten, die diese Gesichtspunkte seit Jahren beachtet hätten.

Den TeilnehmerInnen war unklar, wie der erste Teil des Vortrags über die theoretischen Implikationen von Transformation, Umbruch und Wandel mit dem zweiten Teil über Kontinuität und Wandel am Beispiel der Geschlechtertheorie zusammengehörte. Nicht verstanden wurde, daß Geschlechtertheorie als Beispiel diene, um zu erläutern, daß nur die Kategorie Wandel die Veränderungen in Ostdeutschland treffend bezeichnet, und daß dies nur gilt, wenn gleichzeitig Kontinuitäten mitgedacht werden.

Diskussion zum Vortrag: „Zusammenbruch und Verwertungen des Arbeitsmarktes im Zuge der Transformation in Ostdeutschland - Perspektiven für den Aufbau neuer Arbeitsplätze“ von Frau M. Bernien

Der Vortrag wurde so verstanden, daß die Transformation für Ost- und Westdeutschland die gleichen Auswirkungen gehabt habe aber gleichzeitig Unterschiede festgestellt werden müssen. Welcher Art sind dann diese Unterschiede, sind sie nur struktureller Art? Frau Bernien erklärte, daß sie den Annäherungsprozeß von Ost an West ökonomisch betrachtet hat und somit nur strukturelle Unterschiede finden konnte. Die Ostspezifik in der Transformation war nur zur Transformationszeit aktuell.

Die lokale Ökonomie als analytischer Ansatz wurde kritisiert. Frau Bernien, daß dies der einzige Ansatz sei, der zu sinnvollen Aussagen führe. Ihr Institut habe schon sehr früh aufgezeigt, daß der Glaube vom wirtschaftlichen Aufschwung in Ostdeutschland sich nicht bewahrheiten werde. Denn schon sehr bald nach der Wiedervereinigung war zu erkennen, daß der Ost-West-Wettbewerb durch den Standortwettbewerb abgelöst werde. Einige Regionen im Osten werden durch Standortnachteile wenig bis nichts gewinnen. Dennoch bleibt der regionale Ansatz bei der Wirtschaftsförderung die einzige Chance für wirtschaftlichen Aufschwung.

Als Zukunftsprognose gab Frau Bernien an, daß keine Großunternehmen mehr in die neuen Bundesländer gehen werden. Vielmehr sei es so, daß Großbetriebe ihre Investitionen bereits bereuten.

Frau Bernien schloß die Diskussion mit der Feststellung, daß seit '92 die Ursachen der Stagnation bekannt seien und trotzdem keine Änderungsansätze zu erkennen seien. Das derzeitige Wirtschaftssystem sei, ähnlich dem der DDR, zu unflexibel.

Christine Ahrend (Berlin)

Herbstsitzung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie in der Viadrina Universität Frankfurt/Oder

Protokoll der Vormittagssitzung am Samstag, den 11.11.1995

Die den Vorträgen zugrundeliegenden Manuskripte wurden den TeilnehmerInnen vorab zugesandt, und das Protokoll gibt daher lediglich die sich anschließenden Fragen und Antworten wieder. Wegen des gedrängten Programmes kam es nicht zu einer Diskussion, sondern es wurde jeweils eine beschränkte Zahl von Fragen aus dem Auditorium gesammelt, auf welche die ReferentInnen dann eingingen.

1. Teil: "Wandel des mittel- und osteuropäischen Städtennetzes - Geographische Überlegungen aus deutscher Sicht" (Vortrag von Frank-Dieter Grimm, Institut für Länderkunde, Leipzig)

Klaus Schmals wollte vom Referenten wissen, welche Erkenntnisse aus seinem Vortrag über die Entwicklungen in Osteuropa für die Transformationsdebatte über Ostdeutschland abgeleitet und fruchtbar gemacht werden können.

F.-D. Grimm konstatierte, daß er keine detaillierten Informationen darüber hat, wie sich der Transformationsprozeß in Osteuropa tatsächlich vollzieht. Er vertrat die Auffassung, daß man Aussagen nur über solche Merkmale treffen solle, die räumlich erfaßbar sind, und warnte davor, alles zu untersuchen, da man dann hinterher gar nichts mehr wisse.

Stefan Krätke erläuterte, daß sich ein neues Gefüge räumlicher Arbeitsteilung herausbilde, und fragte, wie sich die Zuweisung in einzelne Gebiete strukturiere. Er kritisierte die rein deskriptive Ebene, auf der sich die vorgestellte geographische Analyse bewegt. Es müsse die Frage geklärt werden, wie man mit Studien den neuen, asymmetrischen Arbeitszusammenhängen näher kommen könne. Darüber hinaus monierte er, daß die in der vorgestellten Studie gesammelten Indikatoren nicht dazu geeignet seien, die Entwicklung osteuropäischer Städte aus der Perspektive internationaler Arbeitsteilung und globaler ökonomischer Umstrukturierungen zu betrachten. Hierzu müßten vielmehr eher generell-strukturelle Überlegungen angestellt werden.

F.-D. Grimm entgegnete, daß die Untersuchung der Auswirkungen internationaler Arbeitsteilung wegen der Probleme der Sammlung und Messung geeigneter Indikatoren nahezu unmöglich sei. Seine Aufgabe sei es in der Regel, Investoren zu beraten, die wissen wollen, wie und wo sie ein profitables Marktnetz etablieren können oder entlang welcher Linien der

Bau von Trassen für Hochgeschwindigkeitszüge in östlicher Richtung sinnvoll sei. Insofern seien die in seiner Studie verwendeten Indikatoren wie Bevölkerungsdichten oder Hauptstadtfunktionen eben doch sinnvoll und mit Erklärungsgehalt besetzt.

Jens Dangschat unterstützte die Kritik von Stefan Krätke und erhob zusätzlich die Frage, in welchem Tempo sich die von globalen Einflüssen induzierten sozialen Prozesse in den verschiedenen osteuropäischen Regionen vollziehen.

F.-D. Grimm ging auf den Kern der Frage nicht ein, sondern verteidigte nochmals seine Auffassung, daß es auch in Osteuropa 'global cities' gäbe. Was man als 'global city' bezeichne, sei doch nur eine Frage der Definition. So sei etwa Moskau sehr wohl eine 'global city', da sich hier sehr viel politische und militärische Macht konzentriere. Allerdings müsse man Osteuropa mit anderen Maßstäben messen, so daß man zum Beispiel Moskau als "global city, zur Zeit nicht aktionsfähig" bezeichnen könne. Diese Meinung sorgte für Unmutsäußerungen aus dem Auditorium.

Ulfert Herlyn hob auf die Probleme ab, die sich aus der Nicht-Akzeptanz freundschaftlicher russisch-lettischer Beziehungen auf Seiten der Letten ergeben könnten.

F.-D. Grimm führte aus, daß sich alle baltischen Staaten nach Westen orientieren. Aus hiesiger Sicht sei deren Aufgabe die Herstellung von Verbindungen nach Osten, speziell nach Rußland. Er sehe keine größeren Schwierigkeiten oder Gefahren für die Zukunft, da die baltischen Staaten als "Schicksal der Kleinen" keine andere Alternative hätten, als sich zu arrangieren.

2. Teil: "Jenseits der Kontinente - Migrationsstrategien als eine Antwort auf Transformationsprozesse" (Vortrag von Felicitas Hillmann, WZB, Berlin)

Jochen Schulz zur Wiesch stellte die Frage, ob undocumented immigrants bei längerem Aufenthalt in einem Land diesen Status verlieren und sich dann 'illegal' in einem Land aufhalten oder ob ihr Aufenthalt irgendwann 'legal' wird, ohne daß sie gezwungen wären, sich durch bürgerlich-rechtlich akzeptierte Eheschließungen zu legalisieren.

Felicitas Hillmann erläuterte, daß auch unter den von ihr befragten Migrantinnen zwei Frauen über Eheschließung mit Einheimischen einen legalen Status erreicht hätten. In der Regel hegten MigrantInnen jedoch die Hoffnung, im Zuge einer umfassenden staatlichen Legalisierung einen legalen Status zu erhalten - in der Vergangenheit habe es in Italien meh-

rere solcher globalen Legalisierungen gegeben. Allerdings werde ein legaler Status von den Migrantinnen oftmals auch gar nicht angestrebt, weil sich wegen der damit verbundenen Sozialversicherungspflicht ihre Chancen für einen Arbeitsplatz erheblich verschlechterten.

Harald Bodenschatz fragte, ob die Untersuchung zu anderen Ergebnissen gelangt wäre, wenn nicht in Mailand, sondern etwa in Palermo Migrantinnen befragt worden wären sowie welchen Einfluß der Zeitraum der Befragung habe, da in früheren Jahren auch in den Herkunftsländern andere Verhältnisse geherrscht hätten.

Felicitas Hillmann räumte ein, daß Mailand wegen der im nationalen Vergleich überdurchschnittlich positiven wirtschaftlichen Entwicklung und der Vielzahl dort bereits lebender MigrantInnen schon in der Vergangenheit ein bevorzugtes Migrationsziel gewesen sei.

Martina Löw interessierte, ob es hinsichtlich der Wahl des Zuwanderungslandes unter MigrantInnen geschlechtsspezifische Unterschiede gäbe.

Felicitas Hillmann erläuterte, daß es in nordeuropäischen Ländern organisiertere Verfahren der Verwaltung von MigrantInnen gäbe, was speziell für männliche Migranten attraktiv sei. Die Frauen der Migranten verblieben dagegen häufig im Heimatland und verrichteten dort die Reproduktionsarbeit. Allerdings beziehe sich ihre Untersuchung ausschließlich auf Migrantinnen, Vergleiche zu Migranten unter dem Aspekt geschlechtsspezifischer Besonderheiten waren also nicht Forschungsgegenstand.

Frank-Dieter Grimm übte Kritik an der geringen Fallzahl der befragten Migrantinnen und an der qualitativen Methoden als solcher. Davon unabhängig wollte er wissen, ob es ähnliche Ergebnisse auch für vietnamesische Migrantinnen gäbe. Außerdem wies er darauf hin, daß der Umfang von Migrationsströmen in Rußland - wenn auch aus anderen Gründen - weltweit am größten sei und daß dies häufig verkannt werde.

Felicitas Hillmann stellte klar, daß die weltweit umfangreichsten Migrationsströme nicht in Rußland, sondern in der 'Dritten Welt' stattfänden. Spezielle Untersuchungen über vietnamesische Migrantinnen seien ihr nicht bekannt.

Rainer Neef lobte ausdrücklich den von der Referentin in ihrer Untersuchung gewählten Netzwerk-Ansatz als "sehr fruchtbar", da er ein hohes Maß an "Lebensnähe" aufweise. Er plädierte für eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Thema und rief zu entsprechenden Untersuchungen auch in deutschen Städten auf.

Sigrun Kabisch deutete die Ergebnisse der vorgestellten Untersuchung dahingehend, daß gewisse Merkmale interkulturell gleich seien.

Felicitas Hillmann hielt dem entgegen, daß aus ihrer Untersuchung sehr wohl Unterschiede deutlich würden. Andererseits gäbe es aber auch viele Gemeinsamkeiten und es ließen sich Generalisierungen ableiten, allerdings nicht ohne dabei die spezifischen Hintergründe in den jeweiligen Herkunftsländern sehr genau zu betrachten.

Volker Kirchberg wies darauf hin, daß bei der Untersuchung auch die Erkenntnisse von Patricia Fernandez-Kelly über lateinamerikanische Migrantinnen in den USA hätten berücksichtigt werden sollen.

Karin Baumert stellte die Frage, auf welcher Ebene - Entwicklungshilfe (internationale Ebene, Legalisierung von MigrantInnen (nationale Ebene), Unterstützung von Netzwerken (lokal-individuelle Ebene) - man am sinnvollsten und wirkungsvollsten mit dem Thema Migration respektive den MigrantInnen umgehen solle.

Felicitas Hillmann wußte um keine einschlägigen und endgültigen Erkenntnisse, wies aber darauf hin, daß mehr Entwicklungshilfe unter Umständen auch mehr Migration induzieren könne, eine Lösung allein auf internationaler Ebene also nicht zu erwarten sei. Die Stärkung lokaler Netzwerke in den Ländern Kerneuropas könne jedoch die Situation der MigrantInnen verbessern helfen.

Mark Nerlich

Thomas Wüst

Uta Schäfer

**Protokoll über die
Mitgliederversammlung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie am
11.11.1995**

TOP 1 Reflexion der Herbsttagung

Es wurde positiv vermerkt, daß das vorherige Verschicken der Referate die Vorbereitung erleichtert. Allerdings bringt dies keine Vorteile, wenn - bei engem Zeitrahmen - die verschickten Papiere noch einmal vorgelesen werden. Für künftige Sitzungen wurde deshalb vorgeschlagen, die Redezeit zugunsten einer ausführlicheren Diskussionsmöglichkeit auf eine prägnante Darstellung der Kernthesen zu begrenzen (Neef).

Die ReferentInnen sollten durch die Vorbereitungsgruppe in Richtung eines Themas "gedrängt" werden. Dabei sollten stärker als bisher theoretische und methodische Aspekte der eigenen Arbeit sowie Begrifflichkeiten reflektiert werden (Breckner, Dangschat).

ReferentInnen von außen sollten nur dann eingeladen werden, wenn der Blickwinkel aus einer anderen Disziplin für die Sektionsarbeit bereichernd wirkt (Dangschat, Terlinden).

TOP 2 Vorbereitung des Kongresses für Soziologie in Dresden

Der nächste Kongreß für Soziologie findet vom 7.-11.10.1996 in Dresden statt. Die Sektion wird gemeinsam mit der Sektion "Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse" ein Plenum zum Thema "Lokalisierung und Globalisierung sozialer Ungleichheiten - Mechanismen der Differenzverstärkung oder der sozialen Integration?" durchführen. Die Veranstaltung der Sektion wird unter dem Thema "Städtische Lebenswelten zwischen Integration und Differenz" stehen. Ein Call for Papers für beide Veranstaltungen erfolgt in einem Mitgliederrundbrief des neuen Vorstandes.

Die Anmeldung von ad-hoc-Gruppen sollte mit dem Vorstand abgesprochen werden, um inhaltliche und zeitliche Überschneidungen zu vermeiden. Bisher liegen folgende Vorschläge vor:

- Sozialplanung und Stadterneuerung (Baumert)
- Körper - Raum - Geschlecht (Löw, Sturm)

TOP 3 Vorbereitung der nächsten Sektionssitzung

Die Frühjahrssitzung der Sektion findet am 29./30. März 1996 in Stuttgart statt. In Vorbereitung des Kongresses für Soziologie werden erste Fassungen der ausgewählten Referate vorgestellt. Darüber hinaus wurden folgende Themenschwerpunkte für die nächsten Sitzungen vorgeschlagen:

- Stadt und Kultur/Stadtkultur (Hannemann, Heidenreich, Kirchberg)
- Stadtsoziologische Theorien (Dangschat)
- Migration und ethnische Konflikte in Städten (Neef)
- Suburbanisierung: Ist unser Begriff von Stadt noch zutreffend? (Krämer-Badoni)
- Frauenforschung in der Stadt- und Regionalsoziologie (Breckner)

Von den Vorschlagenden werden die Themengebiete präzisiert und in einem Mitgliederrundbrief durch den Vorstand verschickt. Nach Eingang von Referatsvorschlägen im Januar wird der Vorstand entscheiden, welches dieser Themen auf der nächsten Sektionssitzung behandelt wird.

J. Dangschat regte an, Themenschwerpunkte über mehrere Sitzungen zu bearbeiten, günstigstenfalls bis hin zu einer Publikation. Die von mehreren Mitgliedern der Sektion eingeforderte Selbstverständnisdebatte sollte in die bearbeiteten Themen im Sinne einer theoretischen und methodischen Reflexion integriert werden (Breckner).

TOP 4 Nachwuchsförderung

K. Schmals berichtete über die Einrichtung eines Diskussionskreises für PromovendInnen/HabilitantInnen, der sich im Frühjahr 1996 erstmals in Hannover treffen soll (Themenschwerpunkt: Modernisierung). Interessierte werden gebeten, sich mit K. Schmals in Verbindung zu setzen, da bei einer Nennung durch die betreuenden HochschullehrerInnen wahrscheinlich nicht alle erfaßt werden können.

I. Breckner regte an, im Nachrichtenblatt als ständige Rubriken über laufende Forschungsarbeiten und Qualifikationsarbeiten zu berichten.

TOP 5 Wahl des neuen SprecherInnenrates

Thomas Krämer-Badoni kandidierte als einziger für die Position des Sektionssprechers. Als StellvertreterInnen kandidierten Ingrid Breckner, Jens Dangschat, Gabriele Sturm.

Es wurden gewählt:

Thomas Krämer-Badoni (Sprecher) 22 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung
Ingrid Breckner (Stellvertreterin) 16 Ja-Stimmen
Gabriele Sturm (Stellvertreterin) 14 Ja-Stimmen
Auf Jens Dangschat entfielen 12 Ja-Stimmen.

Die Gewählten nahmen die Wahl an.

TOP 6 Öffentlichkeitsarbeit der Sektion, gemeinsame Publikationen

J. Dangschat regte die Einrichtung einer Publikationsreihe der Sektion bei Leske + Budrich an, in der die gesamte Bandbreite der in der Sektion diskutierten Themen zum Ausdruck kommen sollte. Es konnte keine Einigkeit darüber erreicht werden, inwieweit in der Vielzahl von Publikationsreihen zur Stadtforschung eine solche Reihe der Sektion Sinn macht.

Das Thema gemeinsame Publikationen der Sektion wird deswegen auf die nächste Mitgliederversammlung verschoben. Der SprecherInnenrat wird beauftragt, ein Konzept für die Diskussion zu entwickeln.

TOP 7 Sonstiges

S. Kabisch berichtete über die Planung einer Sommerschule am Umweltforschungszentrum Halle-Leipzig zum Thema "Umweltverhalten und Lebensqualität in urbanen Räumen".

Dokumentation der Herbsttagung

Annette Harth, Ulfert Herlyn, Gitta Scheller

Beitrag zur Herbstsitzung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie in Frankfurt/Oder

„Soziale Ausdifferenzierung und räumliche Segregation in Städten der neuen Bundesländer - Theoretische Überlegungen und qualitative Befunde“

Dieser Beitrag elaboriert die folgenden 6 Thesen:

1. Aufgrund der bereits sichtbaren und noch erwartbaren sozialstrukturellen und räumlichen Differenzierungsprozesse in den neuen Bundesländern ist eine Zunahme residentieller Segregationsprozesse zu erwarten.
2. Dieser Prozeß verläuft in Abhängigkeit von der Entwicklung von Präferenzen, Ressourcen und Opportunitäten:
 - Je mehr sich die Sozialstruktur ausdifferenziert und damit die Statussensibilität zunimmt, desto eher werden sich Distinktions- und Abgrenzungswünsche herausbilden, die den Segregationsprozeß als intendierte Folge befördern.
 - Je mehr stathomogene Sozialgruppen ähnliche Wohn(standort)präferenzen ausbilden, desto eher werden im Rahmen bestimmter Kontextbedingungen gleiche Wohnstandorte gewählt, was den Segregationsprozeß als unintendierte Folge befördert.
 - Je stärker sich die Ressourcenausstattung der Haushalte differenziert, desto größer werden die Unterschiede hinsichtlich der Chancen, diese Präferenzen im Rahmen gegebener Möglichkeiten zu realisieren.
 - Je mehr sich das Wohnungsangebot zwischen den Stadtvierteln differenziert, desto größer werden die Gelegenheiten, daß sich vorhandene Präferenzen eher in bestimmten Quartieren realisieren lassen als in anderen.
3. Die bislang vorliegenden empirischen Belege zeigen, daß der Segregationsprozeß in den Städten der neuen Bundesländer zwar in Gang gekommen ist, aber noch lange nicht so weit fortgeschritten ist, wie zunächst erwartet wurde.
4. Der Segregationsprozeß wird retardiert, weil 1) auf der Ebene der Ressourcen der Anstieg und die Differenzierungen noch nicht so stark sind, 2) auf der Ebene der Opportunitäten die Differenzierung des Wohnungsangebots und die Entwicklung eines Wohnungsmarktes erst langsam erfolgt und 3) auf Ebene der Präferenzen Barrieren bestehen, da eine Distanzierungsneigung erst ansatzweise besteht, von einer Segregation von den BewohnerInnen vielfach negative Folgen erwartet werden und es teilweise eine Persistenz ostspezifischer Wohnverhaltensmuster gibt.
5. Selbst bei abnehmender Mobilität kann die Segregation im Zeitverlauf zunehmen, weil auch Selbsthaftigkeit eine Entmischung begünstigen kann. Idealtypisch lassen sich vier verschiedene Handlungsmuster unterscheiden: 1. segregationsfördernd durch Mobilität, 2. segregationsfördernd durch Selbsthaftigkeit, 3. segregationsbremsend durch Mobilität und 4. segregationsbremsend durch Selbsthaftigkeit.

6. Es ist damit zu rechnen, daß der Segregationsprozeß in den Städten der neuen Bundesländer zukünftig an Schubkraft gewinnen wird, weil die sozialen und räumlichen Ungleichheiten weiter wachsen und weil diejenigen Einstellungs- und Verhaltensmuster, die zur Zeit noch segregationsbremsend sind, eine geringere zeitliche und ressourcenbezogene Stabilität aufweisen. Der zeitliche Aufschub gibt Zeit für eine frühzeitige Gegensteuerung zur Prävention negativer Folgewirkungen des Segregationsprozesses.

Einleitung:

Wie bei vielen Fragestellungen der Soziologie, insbesondere in ihren angewandten Feldern erleben wir seit dem gesellschaftlichen Umbruch in der ehemaligen DDR eine Renaissance verschiedener Themen, die im Verlauf der bundesrepublikanischen Entwicklung schon ausführlich behandelt und z.T. abgehandelt worden sind. Es ist zu erinnern an Sozialplanung im Rahmen der Stadterneuerung, an sozialelektiven Suburbanisierung, an die Partizipationsfrage und auch das Thema der sozialgruppenspezifischen Segregation. Sie alle hatten gewissermaßen ihre Zeit in den 60er, 70er und 80er Jahren und kehren nun unter veränderten Vorzeichen wieder zurück, da viele Problematiken sich in der ehemaligen DDR erst nach dem gesellschaftlichen Umbruch in den letzten Jahren entwickeln konnten. Häufig genug gelingt es jedoch den überwiegend westdeutschen Forschern und Forscherinnen nicht, ihre westliche Brille abzusetzen, sodaß die Beschreibung und Erklärung gesellschaftlicher Phänomene häufig genug an westlichen Standards gemessen werden, was insgesamt eine Hypothek für die angemessene Einschätzung ostdeutscher Verhältnisse darstellt.

Die Tatsache, daß in marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften die Bevölkerung mehr oder weniger sortiert in bürgerlichen bzw. Arbeitervierteln wohnt mit einem Rattenschwanz an sozialökonomischen und sozialkulturellen Problemen war immer eine zentrale Fragestellung der Stadtforschung. Von daher liegt es nahe, die Segregationsforschung, d.h. die Erforschung des Musters bzw. des Prozesses der räumlichen Sortierung und Separierung sozialer Schichten wieder aufzugreifen just in dem historischen Moment, in dem das soziale Ungleichheitsgefüge in der ehemaligen DDR aus den Fugen geraten und eine räumliche Entflechtung von Personengruppen möglich geworden ist. So formuliert Grundmann: „Die Veränderung der sozialräumlichen Struktur der Städte... ist von herausragendem Interesse“ (in: BJfS H. 3-4, 1992). Er hatte zusammen mit anderen 1985 die Untersuchung „Sozialstruktur und Lebensweise in Städten“ durchgeführt, die als parteiinternes Material nicht publiziert wurde. In Band 3 wird konstatiert, daß „die vom Kapitalismus übernommenen sozial trennenden sozialräumlichen Segregationstendenzen schrittweise überwunden wurden“ (S. 152). Die Entfesselung der Sozialstruktur führt zu verschiedenartigen sozialen Differenzierungen, die in einem auffälligen Kontrast zu einer „traditional sozial vermischten Bewohnerstruktur“ in verschiedenen Teilen der Stadt in der DDR stehen. Die Beschäftigung mit diesem Thema hat die spezifischen Gleichheits- bzw. Ungleichheitserfahrungen in der ehemaligen DDR zu berücksichtigen.

Grundlage für unseren Beitrag sind außer der jedermann zugänglichen Literatur:

1. ein vor einem halben Jahr begonnenes DFG-Projekt über „Modernisierung und Segregation“, in dem vor allem die Abschätzung des Segregationspotentials in den Städten der ehemaligen DDR geleistet werden soll.

2. eine gerade beendete Expertise zum Thema „Soziale Differenzierung und räumliche Segregation in der ehemaligen DDR“ im Rahmen der Arbeiten der Berichtsgruppe V „Regionaler und lokaler Wandel“ bei der Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern.

Zu These 1:

In der Literatur besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß es nach dem Umbruch in den Städten der neuen Bundesländer zu einer räumlichen Sortierung sozialer Gruppen kommen wird (Friedrichs, Kahl 1991; Herlyn 1994; Häußermann 1995; Friedrichs 1995; Rink 1995; Weiske, Fabian 1995). Einigkeit besteht auch im Hinblick auf die Bedingungen, die diesen Prozeß maßgeblich vorantreiben. Residentielle Segregation ist - so lautet die Annahme - auch in den neuen Bundesländern an die Bedingungen der sozialen Ungleichheit einerseits und der physischen Ungleichheit also die Art und Verteilung der Wohngebäude in einem bestimmten abgrenzbaren Gebiet andererseits (Herlyn 1974, S. 16; Friedrichs 1995, S. 79;) gebunden. Als 'Motoren' der sozialen Entmischung werden somit die Einkommensdifferenzierung und die Entwicklung von zusätzlichen Wohnungsangeboten genannt (Häußermann 1995, S. 14; Herlyn 1994, S. 25; Friedrich, Kahl 1991, S. 192). Dementsprechend wird auch angenommen, daß sich die räumliche Sortierung in erster Linie nach Einkommens-, aber auch nach Lebensstilgruppen herausbilden wird (Häußermann 1995, S. 14; Friedrichs, Kahl 1991). Übereinstimmung besteht auch im Hinblick auf die Frage, inwieweit die einzelnen Quartierstypen vom Segregationsprozeß betroffen sein werden. Erwartet wird eine "Aufwertung innerstädtischer Wohngebiete mit gründerzeitlicher Bausubstanz" (Friedrichs, Kahl 1991, S. 192), die mit einer Verdrängung insbesondere einkommensschwacher Gruppen aus diesen Wohngebieten einhergehe (ähnlich Häußermann 1995, S. 14). Aus den Großwohnsiedlungen, in denen jeder vierte Ostbürger wohnt, würden langfristig vor allem sozioökonomisch starke Gruppen (jüngere Familien, BerufsaufsteigerInnen u.a.) ausziehen, während Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen und ältere Menschen mit geringer Rente, also insgesamt eher Menschen mit vergleichsweise niedrigen Einkommen, entweder in diesen Gebieten wohnen bleiben (müßten) oder dorthin verdrängt würden (Friedrichs, Kahl 1991, S. 192; für Ost-Berlin: Krätke 1991, S. 328f.; Friedrichs 1995, S. 57; Häußermann 1995, S. 12). Diese selektiven Zu- und Fortzüge hätten langfristig Abwertungsprozesse zur Folge (Rink 1995), wie wir sie aus der alten Bundesrepublik kennen. Die Rede ist sogar von einer Verslumung oder Ghettoisierung. Darüber hinaus wird wegen des Wohnungsmangels, der großen Nachfrage nach Wohneigentum sowie der Ausweisung von Bauland im Umland mit einem Suburbanisierungsprozeß auch in den Städten der neuen Bundesländer gerechnet (Friedrichs 1995).

Während man sich also über die grobe Richtung des Wandels weitgehend einig zu sein scheint, so ist zur Zeit aber noch völlig unklar, wie groß die "Divergenz in der Konvergenz" (Schneider, Tölke, Nauck 1995, S. 15) ist und ob es tatsächlich zu einer reinen 'nachholenden' Segregationsentwicklung kommen wird oder ob durch die Spezifika des Transformationsprozesses sowie die 'ostspezifischen Muster' (sowohl was die Mentalitäten als auch die baulichen Strukturen betrifft) langfristig mit Modifikationen oder gar abweichenden Entwicklungen zu rechnen ist (vgl. Häußermann 1995, S. 9). Keine Einigkeit besteht somit im Hinblick auf die Frage, welche Geschwindigkeit und welche Durchschlagskraft den Entmischungsprozessen beizumessen ist. Einige Prognosen unterstellen eine Entwicklung nach westlichem Vorbild, die jedoch nicht im Zeitraffertempo die Entwicklung in den alten Bundesländern nachholt. Vielmehr wird von einem Überspringen bestimmter Phasen ausgegangen und davon, daß die Entwicklung in den Städten der DDR gleich bei der gegenwärtigen Phase in den Städten der BRD einsetzt (Friedrichs/Kahl 1991;

Friedrichs 1995, 68). Häußermann prognostiziert gar eine "Stadt neuen Typs", die in Ostdeutschland angesichts der besonderen Bedingungen des Transformationsprozesses schneller entstehe als im Westen, und deren Strukturen wahrscheinlich auch die Zukunft der westlichen Städte prägen würden (1995, S. 15). Ein anderer Ansatz ist der von der "Persistenz der Strukturen" (vgl. Ipsen u.a. 1992; Fuchs, Ipsen 1993; Weiske, Fabian 1995; vgl. auch Häußermann 1995, S. 15). Er besagt, daß die städtischen Strukturen sich entweder schlichtweg den sozialistischen Nivellierungsversuchen widersetzt und die DDR-Zeit überlebt hätten (Fuchs, Ipsen 1993, S. 269f.) oder aber im kollektiven Gedächtnis und im materiellen Substrat konserviert worden seien und nun - nach dem Umbruch - wiederbelebt würden. Letzteres würde bedeuten, daß Stadtviertel (wenn sie überhaupt heute und vor 1945 existieren) zu ihrer vormaligen Bedeutung zurückkehren würden. Demgegenüber vermutet Rink (1995), daß die sozialräumlichen Segregationsvorgänge nur langsam den raschen sozialen Veränderungen folgen, daß die Gentrifizierungs-, Suburbanisierungs- und die Abwertungsprozesse der randstädtischen Großwohnsiedlungen zwar erfolgen würden, aber in viel langsamerer und abgeschwächerter Form als im Westen Deutschlands.

Zu These 2:

Wenn also übereinstimmend nicht nur ein Segregationsprozeß prognostiziert, sondern z.T. auch ähnliche Folgen für die Quartiere erwartet werden, dann stellt sich die Frage nach den ursächlichen Bedingungen: Wie kommt es, daß die räumliche Sortierung nach sozialen Gruppen, die in der DDR nur schwach ausgeprägt war, nach dem Umbruch zunimmt? Und über welche 'Transmissionsriemen' wird der sozial-räumliche Sortierungsvorgang in den neuen Bundesländern vermittelt? Damit komme ich zu den forschungsleitenden Annahmen, von denen wir in dem Projekt 'Modernisierung und Segregation' ausgehen. Auch wir erwarten, daß sich im Zusammenhang mit den bereits sichtbaren und noch erwartbaren Prozessen der sozialstrukturellen Differenzierung sowie den tiefgreifenden Umbrüchen im Wohnbereich die sozialen Ungleichheiten auch in räumlicher Hinsicht niederschlagen werden. Auf der einen Seite differenzieren sich die sozialen Lagen aus. Auf der anderen Seite haben sich die Opportunitäten und Handlungsoptionen auf dem Wohnungsmarkt erweitert. Einmal hat sich durch die umfassenden Modernisierungen und Instandsetzungen, durch die Verbesserung der Wohn(umfeld)qualität sowie durch die verbesserten Möglichkeiten, Wohneigentum zu erwerben, die Vielfalt im Wohnungsbestand vergrößert. Während die Wohnungsvergabe in der DDR der staatlichen Lenkung unterlag und - einmal abgesehen vom informellen Wohnungstausch - nicht von persönlichen Präferenzen und individuellen Ressourcen abhängig war (Marcuse 1991), sind zum anderen die individuellen Wohn(stand)ortpräferenzen des Einzelnen bei der Verteilung der Menschen auf die Wohnlagen nach der Wende wichtiger geworden.

- Je mehr sich die Sozialstruktur differenziert - nicht nur hinsichtlich der objektiven Lebenslagen, sondern auch der subjektiven Wahrnehmung - desto stärker - so unsere Vermutung - wird sich ein Statusbewußtsein und desto eher werden sich Distinktions- und Abgrenzungspotentiale ausbilden. In diesen Fällen wäre die Segregation eine *intendierte Folge sozialen Handelns*, d.h. Resultat eines bewußten Wahlaktes. Man möchte nicht mit bestimmten sozialen Gruppen im gleichen Stadtviertel wohnen oder man möchte in einem Stadtteil wohnen, dessen Gebietsstatus dem eigenen Sozialstatus entspricht.
- Angesichts der hohen Bedeutung des sozial gemischten Wohnens in der DDR ließe sich aber umgekehrt auch die These formulieren, daß das gemischte Wohnen nach der Wende nach

wie vor einen hohen Stellenwert hat und die Menschen auch dann - wenn sie sich zunehmend materiell und auch in anderer Hinsicht unterscheiden - weiterhin sozial gemischt wohnen wollen. Doch selbst wenn niemand sich bewußt von anderen sozial distanzieren will, kann Segregation als unintendierte Folge sozialen Handelns entstehen. In diesen Fällen ist es so, daß Leute mit ähnlichem Sozialstatus aufgrund bestimmter gleichgelagerter Wohn(standort)präferenzen gleiche Wohnstandorte auswählen. Das sozial homogene Wohnen wird also nicht bewußt angestrebt, sondern ergibt sich als Folge gleichgelagerter Präferenzen. Gerade die zu erwartende Pluralisierung der Lebensformen könnte z.B. zu ähnlichen Wohnansprüchen führen, wobei die unflexiblen Zuschnitte in der Platte ebenso wie die baulich-monotonen Strukturen abgelehnt, gleich große Räume sowie innerstädtische oder innenstadtnahe Wohnlagen dagegen bevorzugt werden.

Auch wenn keinerlei Zweifel daran bestehen, daß die individuellen Wohn(standort)präferenzen des Einzelnen an Bedeutung gewinnen, so vollzieht sich ihre Realisierung immer auch in Abhängigkeit von den ökonomischen Ressourcen des Einzelnen sowie unter vorgegebenen institutionellen Rahmenbedingungen (wie die Ausweisung von Bauland, die spezifischen Raumstrukturen in den Städten der neuen Bundesländern: der sehr viel höhere Anteil an industriell gefertigten Wohneinheiten sowie der höhere Anteil an 'gemischten' Stadtteilen gerade im Innenstadtbereich, die Sanierungen sowie die Restitutionsansprüche). So ist eine zentrale Voraussetzung dafür, daß gleichgelagerte individuelle Präferenzen 'segregationswirksam' werden, daß der Wohnungsbestand unterschiedlich und ungleich über die Quartiere der Stadt verteilt ist, so daß sich bestimmte Präferenzen in einzelnen Quartieren eher verwirklichen lassen als in anderen. Eine andere Voraussetzung dafür, daß Präferenzen ihre selektive Wirkung entfalten können, sind die Ressourcen, über die die einzelnen Haushalte verfügen. Bei gleichen Präferenzen und ungleich über die Stadt verteilten Opportunitäten im Wohnbereich regulieren sie die Vermittlung zwischen Wohn- und Soziallage, wobei bekanntlich Wohlhabendere bessere Chancen in der Konkurrenz um begehrte Standorte haben. Residentielle Segregation kann darüber hinaus sogar durch staatliche oder andere institutionelle Eingriffe auf dem Wohnungsmarkt (z. B. Wohnungszuweisung) erzwingen oder verordnet und der individuellen Entscheidung entzogen sein. Dies betrifft zumeist statusniedere Bevölkerungsgruppen.

Zu These 3:

Angesichts der hier vorgetragenen Annahmen zu den ursächlichen Bedingungen sowie zum Verlauf des Segregationsprozesses stellt sich nun die Frage, wie es mit empirischen Belegen aussieht. Welche der vorstehend genannten Annahmen lassen sich bereits bestätigen, welche nicht? Oder anders formuliert: Gibt es bereits Hinweise auf manifeste Segregationsvorgänge in den neuen Bundesländern? Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Es gibt zur Zeit mehr Vermutungen als empirische Belege. Eines aber scheint sicher: Der Segregationsprozeß ist zwar in Gang gekommen, aber noch lange nicht so weit fortgeschritten, wie erwartet wurde. Insbesondere die für die Plattenbaugebiete entworfenen Krisenszenarien haben sich bislang nicht bestätigt. Es gibt zur Zeit noch keine Hinweise, die auf eine Ghettoisierung oder Verslumung dieser Wohngebiete schließen lassen (vgl. für Erfurt: Weiske, Fabian 1995, S. 54; für Halle-Neustadt: Schmidt, Schäfer, Schindheim 1993, S. 174). Allerdings läßt sich bereits ein leichter Imageverlust der Großwohnsiedlungen feststellen.

Wenn residentielle Segregation das Ergebnis und Selbsthaftigkeit und Mobilität diejenigen Mechanismen sind, die sie herstellen, dann sind hier vor allem Studien zur Mobilitätsentwicklung relevant. Dabei zeigt sich nach den Ergebnissen der BfLR-Umfrage in der Umbruchsituation eine außergewöhnliche Bereitschaft zur räumlichen Mobilität, die seitdem kontinuierlich zurückgeht und sich dem 'Westniveau' angleicht. Während noch kurz vor der Wende ein Viertel der Befragten Umzugspläne in den nächsten 2 Jahren angab, sind es 1993 nur noch 16% (Böltken 1994, S. 759f., ähnlich auch Mnich 1993, S. 49). Was nun die Umzugsmotive betrifft, so lassen die vorliegenden Studien relativ übereinstimmend erkennen, daß die Bereitschaft zur räumlichen Mobilität in hohem Maße von der Zufriedenheit mit der Wohnung abhängt, wobei als Hauptgründe qualitative Mängel der jetzigen Wohnung sowie die zu kleine Wohnung im Vordergrund stehen. Interessant sind aber vor allem die Veränderungen im Zeitverlauf, die erkennen lassen, daß die schlechte Ausstattung ebenso wie die Qualität der Wohnumgebung (Belastung, Lärm, Luft, kein Grün) sowie die Zusammensetzung der Nachbarschaft als Umzugsmotive an Bedeutung gewinnen (Böltken 1994, S. 766; vgl. auch Mnich 1983, S. 52). Die vorstehenden Ergebnisse faßt Böltken (1994) in der Prognose zusammen, daß selbst bei abnehmender Mobilität die Segregation im Zeitverlauf zunehmen wird.

Für Segregationsprozesse ist es weiterhin entscheidend, ob die Umzugswilligen im Quartier wohnen bleiben wollen oder nicht. Die Ergebnisse von Böltken zeigen hierzu, daß Umzugswillige in hohem Maße anstreben, "eine Wohnung in der Nähe der bisherigen zu beziehen. Weiträumige Wanderungen bilden eher die Ausnahme, und zwar mit von 1990 zu 1993 abnehmender Tendenz. Es zeigen sich aber vor allem im Osten verstärkt Tendenzen, den unmittelbaren Nahbereich zu verlassen und sich entweder in anderen Stadt- bzw. Ortsteilen oder aber im Umfeld des bisherigen Wohnortes anzusiedeln, was auf Segregations- und Suburbanisierungsprozesse hindeutet" (Böltken 1994, ähnlich auch Harth 1994, S. 85). Zugleich wird deutlich, daß die Wanderungen in's Umland selektiv sind: Dorthin ziehen bevorzugt Familien mit kleinen Kindern (Stat. Informationen Leipzig).

Auch für den vermuteten Wandel der sozialen Zusammensetzung der Quartiere gibt es bereits empirische Belege. So stellen bspw. Weiske und Fabian in ihrer Erfurt-Studie einen Austausch der Bevölkerung fest, der im Gründerzeitgebiet am weitesten fortgeschritten ist. In dieses Gebiet, wo vor der Wende in der Tendenz eher Leute mit problembeladenen Lebensumständen dauerhaft ansässig waren, zögen nun die alten Eigentümer zurück und begännen, ihre Wohnungen zu renovieren (Weiske, Fabian 1995, S. 1). Interessant sind hier auch die Befunde über Mobilitätsabsichten, die quartiersspezifisch variieren: Aus dem Neubaugebiet wollen tendenziell eher jüngere Menschen bis 35 Jahre, Kernfamilien in der Expansionsphase, Personen mit einer stabilen Beschäftigungsperspektive und Angehörige der höheren und mittleren Sozialstatusgruppen ausziehen. Im Gründerzeitgebiet bestehen eher bei älteren Menschen und bei den Angehörigen der unteren Sozialgruppen Umzugsüberlegungen. Im Altstadtgebiet haben dagegen sowohl diejenigen mit einem niedrigeren sozio-ökonomischen Status als auch expandierende Kernfamilien Umzugspläne (Harth 1994, S. 94).

Auch wenn die vorliegenden Befunde noch keinesfalls ausreichen, um die These einer Freisetzung aus den ehemals 'sozialschichtneutralen Wohnmilieus' (Herlyn 1994, S. 25) zu bestätigen, so zeigen sie aber immerhin, daß der Segregationsprozeß in Gang gekommen ist. Weil er aber - wie betont - noch nicht so weit fortgeschritten ist, wie erwartet wurde, bleibt zu klären, welche Barrieren den Segregationsprozeß bremsen und mit welcher Entwicklung zukünftig in den Städten der neuen Bundesländer zu rechnen ist.

zu These 4:

Neben den Barrieren auf der Ebene der Ressourcen (so sind die Einkommensdifferenzierungen längst noch nicht so ausgeprägt wie erwartet, vgl. Weick 1995) und auf der Ebene der Opportunitäten (so verlangsamt z.B. die sukzessive Privatisierung und Sanierung die Differenzierung des Wohnungsangebots und die Entstehung von Teilwohnungsmärkten) gibt es auch auf der Ebene der Präferenzen Barrieren, die den Segregationsprozeß zur Zeit noch verzögern. Von diesen werden nun drei herausgegriffen und dargestellt, wobei als Datengrundlage 27 wohnbiografische Intensivinterviews, die im Rahmen der KSPW-Expertise im Frühjahr 1995 in Halle geführt worden sind, dienen.

Erstens besteht eine Distanzierungsneigung gegenüber anderen Sozialschichten bei den StadtbewohnerInnen erst in Ansätzen. Wie ausgeführt lassen sich residentielle Segregationsprozesse als eine Konsequenz von sozialen Distinktionen bezüglich anderer Lebenslagen bzw. Annäherungen an Personen mit ähnlichen Lebensstilen auffassen. Bei den Interviews fällt aber auf, daß von einer verbalen Distanzierung gegenüber anderen Sozialstatusgruppen nahezu keine Rede sein kann. Man kann drei Einstellungsmuster unterscheiden:

Die weitaus größte Gruppe von InterviewpartnerInnen spricht sich vorbehaltlos für eine Mischung unterschiedlicher Sozialgruppen im Wohnquartier und im Haus aus. Häufig wird hier auf die positiven Erfahrungen verwiesen, die man zu DDR-Zeiten mit einer solchen Mischung gemacht habe.

Eine zweite, kleinere Gruppe spricht sich ebenfalls für eine sozialstrukturelle Mischung im Wohngebiet aus - allerdings nicht ohne Einschränkungen. Es sollen alle gemischt wohnen - außer den sog. „Assis“ (von „asozial“). Mit diesem Begriff werden Personen bezeichnet, die sich durch ihr Verhalten oder ihren Lebensstil von dem unterscheiden, was vom Großteil der Menschen als normal definiert wird: „Assis“ werden z.B. als „*laut und unordentlich*“, „*primitiv*“, „*aggressiv*“ bezeichnet, sie hätten oft sehr viele Kinder, tranken zu viel Alkohol, forderten durch ihr Verhalten Polizeieinsätze heraus und seien sogar manchmal kriminell. Diese Beurteilungen sind scheinbar recht weit verbreitet und führen dazu, daß man diese Personengruppen aus der ansonsten breit gewünschten sozialstrukturellen Mischung ausgrenzt. Die Distanzierung von Personen mit abweichenden Verhaltensmustern ist aber keineswegs eine Bestätigung der These, daß in den neuen Bundesländern umfängliche schichtbezogene Attribuierungsprozesse stattfinden. Es handelt sich nämlich dabei nicht um Statuszuschreibungen und daraus folgenden Abgrenzungen, sondern um Distanzierungen gegenüber abweichendem Verhalten. So formuliert ein Leitender Angestellter prototypisch: „*Solche sozialen Unterschiede, die jetzt ganz normal geartet sind, ob das nun ein Arbeiter ist, 'n Professor oder so, das find ich eigentlich nicht schlimm - zumal man auch zu DDR-Zeiten festgestellt hat, die verstehen sich untereinander ganz gut. Wenn sie sich zusammensetzen und unterhalten, dann haben sie keine Probleme. Dieses Pack von Assis aber, die können von mir aus auch räumlich woanders wohnen, die stören nur.*“

Demgegenüber bestehen bei der dritten Einstellungsgruppe durchaus Distanzierungsmuster, die sich auf die Soziallage beziehen. Eine explizite Abgrenzung gegenüber sozial Schwächeren findet sich aber nur bei sehr wenigen Personen, die alle in bestimmter Weise aus dem Rahmen fallen. So formuliert eine Rentnerin mit großbürgerlichen Hintergrund sehr deutlich, daß es generell nicht gut sei, wenn es eine Vermischung unterschiedlicher Altersgruppen, Sozial- und Interessenlagen im Wohnbereich gebe. Ein mittelalter „Aufsteiger“ mit einer starken Westorientierung formuliert ebenfalls sehr deutlich seinen Wunsch unter Seinesgleichen zu wohnen, was für ihn ein wesentliches Umzugsmotiv ist. Ein anderer hat gerade sein seit Generationen im Familienbesitz be-

findliches Haus in vormals sehr privilegierter Lage zurückerhalten und will in jedem Falle in einer Gegend mit „*Mittelstand*“ bis „*gutsituierten*“ Leuten wohnen, eine gezielte Ausgrenzung von Sozialschwächeren befürwortet er.

Festzuhalten ist also, daß weithin nach wie vor eine sozialstrukturellen Mischung in den Wohnquartieren gewünscht wird, auch wenn es partielle Ausgrenzungsansätze gibt. Diese scheinen sich aber eher gegenüber Personen mit anderen Lebensweisen zu äußern als gegenüber anderen Sozialstatusgruppen.

Mit der erwarteten Segregation werden - und dies ist das zweite Retardierungsmoment - von den Menschen vielfach sehr negative Folgen verknüpft bzw. die positiven Aspekte der Mischung sozialer Gruppen in den Quartieren werden betont. Während nur von wenigen Befragten negative Folgen einer Mischung angegeben werden, sind die positiven Folgen, die genannt werden, sehr vielseitig. Eine Mischung sei „*gesünder*“ und „*natürlich*“ für die Gesellschaft, Segregation bedeute dagegen eine „*Verarmung*“. Da man in anderen Lebensbereichen doch auch mit den unterschiedlichsten Menschen zusammenkomme, schärfe ein gemischtes Wohnen den Blick für die Realität und deren Probleme. Ein junger Assistenzarzt faßt einige Aspekte zusammen: „*Ich find's gut, wenn 'n Trabi neben 'nem Mercedes parkt. 'Ne Gegend mit lauter Mercedesen find' ich genauso schlimm wie 'n Viertel mit lauter Trabis wegen des Ausgleiches. Weil es auch für die Entwicklung der Kinder ganz wichtig ist, daß Kinder aus sozial schwachen Familien mit Kindern aus sozialstärkeren Familien, bildungshöheren Familien zusammen sind, zusammen spielen, zusammen auch in die Schule gehen. Wo sich einfach Unterschiede mischen, damit die Gesellschaft insgesamt stärker wird, daß man mit Gegensätzen umzugehen lernt. Das merkt man hier, wo arm und reich miteinander leben, da gibt's weniger Konflikte, und es ist alles irgendwo gesünder.*“ Es habe sich zu DDR-Zeiten gezeigt, daß die Mischung zu mehr Kommunikation, gegenseitigem Respekt, Zusammenhalt und gegenseitiger Hilfe geführt habe. Demgegenüber vergrößere sich nun die Kluft zwischen den verschiedenen Schichten der Gesellschaft auch durch das getrennte Wohnen. Die Mischung habe das „*Gesamtniveau*“ eines Gebietes gehoben, dadurch daß auch einfache Menschen in Berührung mit geistig Hochstehenden gekommen seien. Überhaupt wird der Erziehungseffekt und die soziale Kontrolle durch eine Mischung positiv hervorgehoben. Dies würde bei Personen mit abweichendem Verhalten dazu führen, daß sie sich schämen und sich bessern, wogegen sie in einem Gebiet mit Ihresgleichen völlig „*verlottern*“. Positiv wird auch eine Mischung verschiedener Altersgruppen hervorgehoben: Wegen der unterschiedlichen Lebensweisen sei dann immer jemand zu Hause, die Wohngebiete hätten „*viel mehr Flair*“.

Es zeigt sich also, daß von einer Mischung überwiegend positive Folgen für das Gemeinwesen und für sich selbst erwartet werden, wobei genau diejenigen Konsequenzen von den BewohnerInnen genannt werden, die auch in der sozialplanerischen Diskussion häufig als Ziele der Integration formuliert werden. Man kann daraus schlußfolgernd, daß die Mischung, die zu DDR-Zeiten ja nicht entscheidungsabhängig war, nichts war, was vordergründig als drückend und mit negativen Konsequenzen belastet angesehen wurde und insofern nun sofort geändert werden muß.

Daraus hat sich möglicherweise vielmehr - und dies ist das dritte Retardierungsmoment von Segregation - ein ostspezifisches Wohnverhalten ausgeprägt, bei dem die Statusfrage nachrangiger war. So kann vermutet werden, daß in der DDR wohntypische Verhaltensweisen und Nachbarschaftsbeziehungen entwickelt wurden, die nicht von heute auf morgen über Bord geworfen werden (vgl. dazu auch Herlyn/Hunger, Hg. 1994). Von einer Reihe von Interviewten wird betont, daß es bestimmt noch eine Generation dauern werde, bis die Segregation wirklich ausgeprägt sei.

Dies wird auf das soziale Klima und den Umgang miteinander zurückgeführt, der noch stärker durch „Solidarität“ bestimmt sei, so ein Elektrotechniker: „Also 'ne Einstellung - Nee, mit solchen Leuten möchte ich nicht zusammenwohnen - die müßte man schon haben, aber das sind sicherlich Ausnahmen. Weil doch - ich weiß nicht, ob man das mit dem Wort Solidarität richtig beschreibt - aber sowas ähnliches wie Solidarität ist schon noch da. Also mein Gott, wir sind noch nicht so weit auseinander, und da wird diese Kluft nicht so schnell aufgebaut.“ Es gebe durchaus in vielen Häusern noch enge „Hausgemeinschaften“. Ein anderer Interviewpartner betont, daß eine spezifische „Ost-Mentalität“ die Segregation zunächst verhindere, und zwar würden Menschen im Osten alles tun, um ihren Standard nach außen hin zu halten. Dies sei auch der Grund, daß dem Erhalt der Wohnung erste Priorität zukomme. Man würde eher an anderen Dingen sparen oder notfalls Schulden machen, als durch einen Umzug einen Abstieg zu dokumentieren. Momentan sei auch das Statusbewußtsein noch nicht so stark ausgebildet, die Ostdeutschen blieben noch auf dem Teppich, seien noch „bodenständiger“. Eine Dozentin führt aus: „Man merkt, daß Statussymbole wohl sehr wichtig sind. Und ich freu' mich immer, daß wir uns da wohl noch 'n bißchen mehr ausklinken können. Nicht wir persönlich, sondern wir Ossi. Weil eben so'n Stück Normalität auch durch 'ne derbere Art immer noch da ist, so'n Austausch, der einen auf den Teppich läßt.“ Diese Aussagen zeigen, daß es durchaus sozialisierte Einstellungsmuster und alltagskulturelle Verhaltensweisen im Wohnbereich gibt, die auch unter veränderten Rahmenbedingungen weiter fortbestehen und als Segregationshindernis wirksam werden können.

zu These 5:

Wenn also festgestellt werden kann, daß zur Zeit noch Barrieren bestehen, die den Segregationsprozeß in seiner Durchschlagskraft bremsen, so stellt sich abschließend die Frage, mit welcher Entwicklung zu rechnen ist bzw. welche Segregationspotentiale es gibt. Zunächst zeigt sich, daß die Befragten ausgesprochen einhellig davon ausgehen, daß residentielle Segregationsprozesse kommen werden bzw. bereits stattgefunden haben. Eine weitere Segregation sei, so wird ausgeführt, „normal“ und „unvermeidbar“. Darüber, in welcher Weise sich die allseits erwartete Segregation auf die unterschiedlichen Stadtquartiere auswirken wird, besteht ebenfalls weithin Einigkeit unter den Befragten. In den Gründerzeit- und anderen Altbauvierteln in zentraler Lage mit großen Wohnungen werden Verdrängungsprozesse je nach dem Fortschritt der Sanierung erwartet, die dem entsprechen, was als Gentrification beschrieben wird (vgl. Blasius/Dangschat, Hg. 1990). Als sehr attraktiv gelten Viertel mit Siedlungscharakter, kleinteiliger Bebauung und Nähe zum Grün, ebenfalls in relativ innenstadtnaher Lage. Weil diese Gebiete jedoch nur eingeschränkt auf dem Markt erhältlich sind und dann auch für die meisten Portemonnaies viel zu teuer, findet das städtische Umland hohe Zustimmung. Dort finde man nicht nur günstigen Baugrund, sondern das Leben sei dort aufgrund der selektiven Bewohnerstruktur einfacher, sicherer und kinderfreundlicher, außerdem seien die Entwicklungschancen „rosig“. Auch der als Suburbanisierung bezeichnete Stadtentwicklungsprozeß wird also deutlich von den Befragten reflektiert. Negative Entwicklungen werden dagegen für Großwohnsiedlungen in Plattenbauweise erwartet. Auch wenn die Kritik momentan noch recht verhalten ist, wird die zukünftige Entwicklung weithin sehr negativ gesehen: Die Plattenbausiedlungen würden „abgewertet“ und zu „Auffangorten für sozial Schwächere und Assis“ werden, der „soziale Abstieg“ komme und teilweise würden sogar „Ghettos“ entstehen. So betont ein Leitender Angestellter, der mittlerweile mit seiner Familie in den Saalkreis gezogen ist: „Es wird mit Sicherheit 'ne Polarisierung passieren. Wer begütert ist, der zieht aus, und wer nicht, der bleibt.“ Es wird in den Gesprächen aber auch deutlich, daß man die Großwohnsiedlungen keinesfalls über einen Kamm scheren kann: So wird differenziert zwischen und innerhalb der unterschiedlichen Siedlungen. Da auch durchaus Vorteile der Groß-

wohnsiedlungen genannt werden, unterstützen die Befragtenmeinungen die Vermutung eines langsamen „filtering-down-Prozesses“ (vgl. Rink 1995) eher als die eines rapiden Abstiegs. Dieser deutet sich aus Sicht der Befragten eher in den maroden, einfach gebauten Althausvierteln - vielfach traditionelle Arbeiterviertel - in Gemengelagen und mit hoher Verkehrsbelastung. Hier haben bereits zu DDR-Zeiten niedrigere Bildungsgruppen gelebt - ein Trend, der sich jetzt fortsetze, da sich aufgrund des vorwiegend verfallenen und billigen Wohnraums besonders ärmere Schichten dort ansiedeln würden.

Wenn also einerseits allgemein mit einer zunehmenden Segregation gerechnet wird, andererseits aber die Distinktionsneigungen bislang eher gering ausgeprägt sind, so stellt sich die Frage, inwieweit sich Segregation als unintendierte Folge von sozial und räumlich selektiver Mobilität und Seßhaftigkeit ergibt. Dabei geht es darum, welchen Beitrag die Befragten selbst durch ihr soziales und räumliches Mobilitätsverhalten, unabhängig von ihrer Bewertung der Segregationsfolgen, zur weiteren Entwicklung leisten. In einer ersten groben Annäherung lassen sich vier idealtypische Handlungsmuster unterscheiden, die jeweils intern zu differenzieren sind.

Das erste Handlungsmuster kann als „segregationsfördernd durch Mobilität“ bezeichnet werden. Es ist dadurch gekennzeichnet, daß die betreffende Person umzieht oder dies beabsichtigt und zwar in ein Gebiet, das ihrem Status mehr entspricht als das jetzige. Dazu gehören einerseits diejenigen, die sich selbst hinsichtlich ihres Sozialstatus verbessert haben und dies durch einen Umzug in ein statushöheres Wohngebiet dokumentieren. Dabei ist es vom Ergebnis her unwichtig, ob sie dies mit dem expliziten Motiv einer sozialen Distanzierung tut oder nicht. So erzählt ein Befragter, dessen Ressourcen sich seit der Wende extrem verbessert haben, sogar, daß er es als ausgesprochen störend empfindet, an seinem neuen exklusiven Wohngebiet nur mit anderen Aufsteigern zusammenzuwohnen. Hierbei ist die Segregation nicht als intendierte, sondern als unintendierte Folge selektiver Wohnstandortwechsel anzusehen. Der Umzugswunsch ist bei diesen Befragten aus anderen Gründen motiviert, z.B. eine größere Wohnung zu erlangen, etwas Eigenes zu haben oder in einer schöneren Wohnumgebung zu leben. Da aber derartige Wünsche nur von den Personengruppen realisiert werden können, die über die ausreichende Ressourcengrundlage verfügen, sich erweiterte Opportunitäten zu erschließen und nur an den attraktiveren Wohnstandorten, ist Segregation die - zunächst unbeabsichtigte - Folge.

Andererseits gehört hierher die Gruppe, die aus einem Gebiet verdrängt wird, das einen Aufstieg mitmacht. Sie können sich aufgrund ihrer unzureichenden Ressourcen keine Mietsteigerungen leisten und sind gezwungen, einen Wohnstandort zu akzeptieren, der ihren finanziellen Möglichkeiten entspricht.

Das zweite Handlungsmuster wird als „segregationsfördernd durch Seßhaftigkeit“ bezeichnet, d.h. ohne daß man umzieht, verändert sich das Gebiet entsprechend dem eigenen Sozialstatus. Zum einen sind dies diejenigen, die sich ein Wohnquartier weiterhin leisten können, aus dem sie andere wegen Mietsteigerungen infolge von Sanierungen hinausgedrängt sehen. Dieses Aspekt könnte auch als „passive Segregation“ bezeichnet werden. Auch dieses Muster ist nicht unbedingt an einen expliziten Distanzierungswunsch gebunden. Nur eine Befragte dieses Typus' äußert sich in diese Richtung. Sie hofft auf einen Aufstieg ihres Gebietes, der dann auch ihrem subjektiven Status gerecht wird. Die anderen GesprächspartnerInnen sind ausdrücklich gegen eine räumliche Entmischung sozialer Gruppen. Gemeinsam ist diesen Befragten also nicht ihre Distanzierungspräferenz, sondern daß sie über ausreichende Ressourcen verfügen, die ihnen einen Verbleib in ihrem - aufsteigenden - Wohnviertel ermöglichen. Auch wenn sie die Entmi-

schung nicht unbedingt begrüßen, ist der Wunsch nach Heterogenität der Sozialstruktur im Gebiet keineswegs so stark, daß er als Motiv für einen Umzug infrage käme.

Gegenüber diesen ressourcenstarken Selbsthaften in einem als aufsteigend angesehenen Wohngebiet gibt es zum anderen eine Gruppe, die aufgrund unzureichender Ressourcenausstattung in einem Gebiet verharret, aus dem Finanzstärkere ausziehen. Auch diese sind passiv, aber nicht unbedingt freiwillig. Ihre Optionen sind gering und ihre Präferenzen eigentlich unerheblich, da sie diese aufgrund der fehlenden Ressourcen kaum verwirklichen können. Sie verhalten sich zwar ebenfalls passiv, können aber in einer Strukturbetrachtung durchaus als segregationsfördernd angesehen werden, da sie als Sozialschwache in einem Gebiet selbsthaft sind, das als abstiegsgefährdet angesehen wird. Sie unterliegen dem Risiko, nicht nur in sozialer, sondern auch in räumlicher Hinsicht ausgegrenzt zu werden.

Das dritte Handlungsmuster wird als „segregationsbremsend durch Mobilität“ bezeichnet. Es wird durch Befragungspersonen repräsentiert, die in ein Gebiet gezogen sind bzw. ziehen werden, welches in seiner Sozialstruktur ihrem eigenen Sozialstatus nicht unbedingt entspricht. Diese Personen nehmen deutlich wahr, daß an ihrem neuen Wohnstandort eine viel stärkere Homogenität der Bewohnerschaft vorhanden ist als an ihrem vorherigen. Gleichzeitig bemerken sie, daß sie selbst eigentlich nicht dazu passen. Die theoretisch vorhandene Möglichkeit, als ökonomisch starke Person in ein absteigendes Gebiet zu ziehen, existiert nicht unter den von mir Befragten, sondern nur der umgekehrte Fall, daß Einkommensschwächere in ein als aufsteigend wahrgenommenes Gebiet, nämlich ins Umland, gezogen sind. Ihnen ist gemeinsam, daß sie die fehlenden finanziellen Ressourcen durch andere Mittel, besonders Selbsthilfe, ausgleichen konnten.

Das vierte und letzte Handlungsmuster läßt sich als „segregationsbremsend durch Selbsthaftigkeit“ bezeichnen. Einerseits handelt es sich um Personen, die in einem als absteigend wahrgenommenen Gebiet wohnen, selbst aber eher eine Lageverbesserung, zumindest aber einen Statuserhalt mitmachen. Prototypisch ist eine Angestellte in gehobener Position, deren Mann ebenfalls in gesicherter Stellung ist. Sie würde am allerliebsten in ihrer Plattenbauwohnung bleiben, befürchtet aber eine negative soziale Entwicklung in ihrem Gebiet. Noch sind ihre Aktivitäten zum Wohnstandortwechsel nicht sehr zielgerichtet und intensiv, so daß sie den Segregationsprozeß zur Zeit noch bremst. Sollte sie aber bemerken, daß sich in dem Gebiet weitere selektive Zu- und Abwanderungen zeigen, wird sie ihre Pläne schnell konkretisieren und umsetzen. Dieser Aspekt ist als „tipping point“ (vgl. Schelling 1971) bezeichnet worden: Ab einem bestimmten Grenzwert, bis zu dem hin man noch tolerant gegenüber vermeintlich andersartigen Zuziehenden ist, steigen die Abwanderungen exponentiell an. Dieses „Verweilen bis auf weiteres“ bleibt aber nicht ohne Konsequenzen für die betreffenden Wohngebiete. So führt dies bei einigen Befragten bereits zu einem sozialen Rückzug aus dem Wohnumfeld, weil - so eine Gesprächspartnerin - man „gedanklich schon weg“ ist. Kennzeichnend für dieser Gruppe ist, daß sie prinzipiell über die Ressourcen und Opportunitäten verfügen, die ihnen den Wechsel, aber auch das Bleiben erlauben, je nachdem, ob ihre Präferenzen am alten Wohnstandort erfüllt sind. Außerdem würde diese Gruppe möglicherweise auch einen anderen Wohnstandort innerhalb des alten Quartiers anstreben, wenn dieser anspruchsgerechter ist.

Dies unterscheidet sie von denjenigen, die einen Aufstieg ihres Gebietes sehen, den sie selbst nicht mitmachen können. Sie sind verdrängungsgefährdet. Momentan können sie ihren Wohnstandort noch halten, aber wenn die Entwicklung ihres Wohngebietes so weiter geht, wie sie befürchten, dann werden sie zu einem Wohnstandortwechsel gezwungen sein. Noch bremsen diese

Personen mit ihrem Wohnstandortverhalten die Durchschlagskraft des Segregationsprozesses. Ob sie dies auch weiterhin tun werden, hängt auch davon ab, wo sie im Falle eines notwendigen Umzugs ihren neuen Wohnstandort finden bzw. zugewiesen bekommen.

zu These 6:

Es lassen sich also bei den Befragten sowohl segregationsfördernde als auch segregationsbremsende Handlungsmuster feststellen. Auch wenn das Distanzierungsmotiv bei den mobilen Segregationsförderern (Muster 1) keine sehr ausgeprägte Haltung zu sein scheint, so ist doch der Wunsch einem neuen Wohnstandort bzw. die finanzielle Notwendigkeit umzuziehen so stark, daß ein statusadäquateres Wohngebiet angestrebt wird. Das Handlungsmuster ist in sich konsistent, ebenso wie das der selbsthaften Segregationsförderer (Muster 2), die überhaupt keine Aktivitäten entfalten müssen. Dagegen scheint es sich bei den mobilen Segregationsbremsern (Muster 3) kaum um ein weit verbreitetes Handlungsset zu handeln. Am interessantesten für den weiteren Verlauf des Prozesses der sozialräumlichen Sortierung werden die (noch?) selbsthaften Segregationsbremsen (Muster 4) sein. Es stellt sich nämlich die Frage, wann und unter welchen Bedingungen sie mobil werden und in das Muster 1 übergehen, so daß sie dem Prozeß weitere Dynamik geben. Auf der einen Seite läßt sich bei ihnen ein - oftmals mit einer geringeren Ressourcenverfügbarkeit gekoppeltes - Handlungsmuster feststellen, das als Verharren so lange wie möglich oder auch als Verdrängungsgefährdung charakterisiert werden kann. Auf der anderen Seite gibt es ein Handlungsset, das als „Verweilen bis auf weiteres“ eingeordnet wurde; dies trifft besonders für Personen mit einer ausreichenden Ressourcengrundlage zu, sie bleiben bis ein bestimmter „tipping point“ erreicht ist. Wenn sie also bis dahin segregationsbremsend gewirkt haben, geben sie dann dem ganzen Prozeß zu diesem Zeitpunkt noch einmal eine stärkere Schubkraft.

Als Fazit läßt sich also festhalten: Auch wenn die faktische Segregation - trotz eines nicht unerheblichen Umzugsgeschehens - keineswegs bislang so erheblich zu sein scheint, so zeigt sich doch, daß diejenigen Handlungs- und Einstellungsmuster, die segregationsbremsend sind, eine geringere zeitliche und ressourcenbezogene Stabilität aufweisen und in Zukunft mit einer weiteren Zunahme des sozialräumlichen Entmischungsprozesses gerechnet werden muß. Der bislang noch verzögerte Verlauf des Segregationsprozesses in den neuen Bundesländern stellt sich aus planerischer Sicht als Chance dar, die möglicherweise negativen Folgen für bestimmte Sozialgruppen und Quartiere präventiv zu vermeiden. Da die Wirksamkeit solcher Maßnahmen mit dem Wissen über die Ursachen und Bedingungen von Segregation in den neuen Bundesländern steht und fällt, ist hierzu weitere Forschung dringend notwendig. Es kann erwartet werden, daß die Segregationsforschung durch die besonderen Bedingungen der Transformation einen innovativen Schub erfährt.

Literatur

- Böllken, F. 1994: Umzugspläne und Mobilitätspotentiale in Ost- und Westdeutschland. Eine Untersuchung von Umzugsabsichten und -motiven 1990 - 1993 unter besonderer Berücksichtigung der Wohnsituation. In: Informationen zur Raumentwicklung. Wohnungsbestand, Wohnungsversorgung, Wohnkosten. Ergebnisse der BfLR-Forschung zur Entwicklung der Wohnbedingungen in Ost und West, Heft 10/11. 1994, S. 759 - 779.
- Ebert, E. (1993): Probleme der Einkommensentwicklung, -differenzierung und -verwendung im Transformationsprozeß. In: Berliner Journal für Soziologie, S. 319 - 341.
- Frick, J.; Krause, P.; Schwarze, J. (1991): Haushalts- und Erwerbseinkommen in der DDR. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43. Jg., S. 334-343.
- Friedrichs, J. (1995): Stadtsoziologie. Opladen.
- Friedrichs, J.; Kahl, A. (1991): Strukturwandel in der ehemaligen DDR - Konsequenzen für den Städtebau. In: Archiv für Kommunalwissenschaften, S. 169 - 197.
- Fuchs, Th.; Ipsen, D. 1993: Die Zukunft der Vergangenheit. Persistenz und Potential in den Städten der neuen Bundesländer. In: Die unsichtbaren Hände. Kultur und Mentalität im wirtschaftlichen Transformationsprozeß Ost- und Westdeutschlands. Loccumer Protokolle 20(93, S. 267 - 271.
- Grundmann, S. (1992): Sozialstruktur und Lebensweise in Städten und Dörfern - Ein Forschungsbericht aus dem Jahre 1989. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 3/4, S. 399 - 416.
- Harth, A. 1994: Lebenslagen und Wohnumilieus. In: U. Herlyn, B. Hunger (Hg.): Ostdeutsche Wohnumilieus im Wandel. Basel, Boston, Berlin, S. 47 - 212.
- Häußermann, H. (1995): Von der "sozialistischen" zur "kapitalistischen" Stadt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/95, März, S. 3-15
- Herlyn, U. (1974): Einleitung: Wohnquartier und soziale Schicht. In: U. Herlyn (Hg.): Stadt- und Sozialstruktur. München, S. 16 - 41.
- Herlyn, U. (1974): Vorbemerkung des Herausgebers. In: U. Herlyn (Hg.): Stadt- und Sozialstruktur. München, S. 7 - 14.
- Herlyn, U. (1994): Wohnumilieus als Ressource der Lebensbewältigung. In: U. Herlyn, B. Hunger (Hg.): Ostdeutsche Wohnumilieus im Wandel. Basel, Boston, Berlin, S. 14 - 33.
- Herlyn, U. (Hg.) (1974). Stadt- und Sozialstruktur. München.
- Hinrichs, W. (1992): Wohnungsversorgung in der ehemaligen DDR - Verteilungskriterien und Zugangswege. Paper B92 -105 der AG Sozialberichterstattung. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin.
- Ipsen, D./H. Helbig/T. Fuchs/K. Rempel (1992): Die Zukunft der Vergangenheit. Persistenz und Potential der Raumstruktur in Stadt und Umland von Erfurt, Halle.
- Marcuse, P. (1991): Die Zukunft der "sozialistischen" Städte, in: Berliner Journal für Soziologie, H. 2, S. 203-210
- Mnich, E. 1993: Bürgerumfrage Halle 1993. Der Hallesche Graureiher. 93-1.
- Nauck, B.; Schneider, N.; Tölke, A. 1995: Familie und Lebensverlauf im gesellschaftlichen Wandel. Stuttgart.
- Rink, D. 1995: Hypothesen zur sozialräumlichen Entwicklung in Leipzig. Papier für Workshop 'Sozial-Atlas Leipzig'. 10.3.1995.
- Schelling, T. C. (1971): Dynamic Models of Segregation, in: Journal of Mathematical Sociology, 1, - 1971, S. 143-186.
- Schmidt, H./Schäfer, U./Schindhelm, B. (1993): Soziale Anforderungen an die Erneuerung großer Neubaugebiete - Das Beispiel Halle-Neustadt, Dessau
Statistische Informationen Leipzig
- Weick, St. 1995: Unerwartet geringe Zunahme der Einkommensungleichheit in Ostdeutschland. Analysen zur Einkommensverteilung in den alten und neuen Bundesländern. In: ISI Nr. 14, Juli 1995, S. 6 -9.
- Weiske, C.; Fabian, J. 1995: Differenzierungen im sozial-räumlichen System der Wohnumilieus. KSPW-Forschungsbericht 1994.

Herbstsitzung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder vom 9.11.-11.11.1995

Ostdeutsche Großstädte: Bevölkerungsentwicklung, Migration und Suburbanisierung - mit besonderer Berücksichtigung der Stadt Halle und dem Saalkreis.

"Einleitendes Statement zum Thema "Potentielle Migration und Suburbanisierungstendenzen am Beispiel der Stadt Halle und ihres Umlandes - Eine quantitative Analyse"

Heinz Sahner

Vorbemerkung

1. Bevölkerungsentwicklung, regionale und natürliche Bevölkerungsbewegungen in Ostdeutschland
2. Die Bevölkerungsentwicklung der ostdeutschen Großstädte vor und nach der Wende - Verlagerung der Wanderungsströme ins Umland
3. Stadt-Umland-Wanderungen anhand ausgewählter Beispiele
 - 3.1 Was sind die Zielorte?
 - 3.2 Wer wandert?
 - 3.3 Was sind die Quellorte/-viertel?
4. Der Wechsel der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen führt zu Suburbanisierung und wachsender Entmischung
5. Kooperationsprobleme zwischen Stadt und Umland

Vorbemerkung

Wissenschaft lebt vom Vergleich. Migrations- und Suburbanisierungsprozesse der Stadt Halle sind eingebettet in bestimmte gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und sie erhalten ihr Gewicht erst in Relation zu diesen Prozessen und auch erst im Vergleich zu der Situation, in der sich andere vergleichbare Städte befinden. Soweit das mit Statistiken möglich ist, möchte ich deshalb einen Blick auf die Entwicklung der Wanderung zwischen Ost- und Westdeutschland werfen und außerdem versuchen, die Bevölkerungsentwicklung, die Migration und die Suburbanisierungstendenzen in den ostdeutschen Großstädten einschließlich der daraus resultierenden Probleme kurz zu umreißen.

1. Bevölkerungsentwicklung, regionale und natürliche Bevölkerungsbewegungen in Ostdeutschland

Die Situation in Ostdeutschland ist durch zwei Charakteristika zu kennzeichnen. Erstens sind die Wanderungsströme zwischen Ost- und Westdeutschland zum ersten Mal seit dem zweiten Weltkrieg ausgeglichen. Jahrzehntlang hat Ostdeutschland, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, Bevölkerung an Westdeutschland verloren (Sahner 1995d: 22f). Die Abbildung 1: 1 zeigt die Entwicklung der Ab- und Zuwanderung seit 1990. Rechnerisch ergibt sich für 1994 noch ein Wanderungsdefizit von 28 000 Personen. Betrachtet man aber die Vierteljahressalden, dann ergibt sich für das letzte Vierteljahr nur noch ein Wanderungsdefizit von 2400 Personen und geht man zur monatlichen Betrachtung über, dann ist für den Dezember 1994 erstmals ein Wanderungsgewinn von 1594 Personen zu verzeichnen (Nachricht des Stat. B.A. vom 2. 10. 1995).

Insgesamt nahm die Bevölkerung Ostdeutschlands seit 1990 um 3,6% ab. Stärker noch als auf den Wanderungsverlust (2,1%) geht das auf die natürliche Bevölkerungsbewegung zurück. Die Geburtenraten gingen drastisch zurück und zwar von ungefähr 15 auf etwa fünf tausend Einwohner. Die Stadt Halle macht hier keine Ausnahme (Kommunalstatistik der Stadt Halle 4/1994: 1). Durch Sterbeüberschuß hat die Bevölkerung in Ostdeutschland gegenüber 1990 um 2,57% abgenommen. Daß die Bevölkerung nicht um 4,67%, sondern nur um die angeführten 3,6% abnahm, ist auf den Außenwanderungsgewinn zurückzuführen.

2. Die Bevölkerungsentwicklung der ostdeutschen Großstädte vor und nach der Wende - Verlagerung der Wanderungsströme ins Umland

Gegenüber dem Landesdurchschnitt verzeichnen die dreizehn ostdeutschen Großstädte mit fast sechs Prozent (5,92%) einen deutlich höheren Bevölkerungsverlust (Abb. 2: 1; Tab. 2: 1). Lediglich Jena (3,6%) erreicht den Landesdurchschnitt, und Potsdam liegt mit einem Verlust von 2,6% sogar noch deutlich darunter. Die Verluste sind in der Stadt Zwickau am stärksten. Unter den vier Städten, die unterdurchschnittliche Verluste aufweisen (Dresden, Jena, Magdeburg, Potsdam) befinden sich drei Landeshauptstädte, damit könnte sich eine Erklärung für die vergleichsweise günstige Bevölkerungsentwicklung andeuten.

Damit zeichnet sich für alle ostdeutschen Großstädte ein Bevölkerungsverlust seit 1989 ab. Die Entwicklung bis dahin verläuft aber sehr unterschiedlich. Es ist durchaus nicht so, daß die Zeit vorher durchgängig durch Bevölkerungswachstum gekennzeichnet war und z. B. "noch bis 1989 durch den Einwohnerzustrom aus ländlichen Regionen angewachsen waren" (Franz 1995: 7). Das Bild ist vielmehr sehr heterogen und auch durch Bevölkerungsverluste in der Vorwendezeit zu akzentuieren.

So können wir für die Stadt Chemnitz in der Vorwendezeit zwei Schrumpfungsphasen beobachten, nämlich eine in den Jahren zwischen 1950 und 1960 und eine die im Jahre 1982 (!) beginnt und bis heute anhält (Stat. Jb. Chemnitz 1994: 32). In Dresden schrumpfte die Bevölkerung in den Jahren 1952 bis 1961 und 1965 bis 1967 (Stat. Jb. Dresden 1993: 15). In Halle (sieht man von der Eingemeindung von Halle-Neustadt im Jahre 1990 ab) schrumpft die Bevölkerung seit dem Jahre 1956 (284 754 Einwohner) bis heute fast durchgehend. Lediglich in den achtziger Jahre waren leichte Zuwächse zu verzeichnen (Stat. Jb. Halle 1993: 24). Ähnliches gilt auch für Leipzig. Die Bevölkerungsentwicklung verläuft bis 1983 leicht schwankend, um dann kontinuierlich abzunehmen (Stat. Jb. Leipzig 1994: 21, 23), der Wanderungssaldo ist in diesem Zeitraum negativ (Stat. Jb. Leipzig 1994: 41), ein Wanderungsdefizit, das offensichtlich durch den in der DDR in diesem Zeitraum üblichen Geburtenüberschuß nicht aufgefangen werden konnte. In Magdeburg nimmt die Wohnbevölkerung seit 1985 ab (Stat. Jb. Magdeburg 1993: 25). Andere Großstädte wie Rostock, Potsdam und Schwerin kennen für diese Vorwendezeit wiederum eine positive Bevölkerungsentwicklung.

Man wird für diese unterschiedlichen Entwicklungen verschiedene Ursachen zur Erklärung heranziehen müssen, wie z. B. die industrielle Entwicklung (Schwerpunktprogramme) oder auch den Wohnungsbau, aber auch singuläre Ereignisse, wie z. B. den Aufbau einer neuen Stadt (Halle-Neustadt) in unmittelbarer Nachbarschaft

einer Großstadt (Halle). Keinesfalls ist aber durchgängig ein Bevölkerungswachstum in den Großstädten zu beobachten. Das schließt eine kontinuierliche Land-Stadt-Wanderung und eine zunehmende Urbanisierung der DDR nicht aus. Suburbanisierungsprozesse jedoch, wie wir sie von Westdeutschland kennen, fanden in der DDR nicht statt, jede Fahrt durch die Nahbereiche von Großstädten macht das noch heute augenfällig. Sie beginnen jedoch jetzt, nachdem die Wanderungsströme sich neu formieren. An die Stelle der Ost-West-Wanderung tritt zunehmend eine Stadt-Umland-Wanderung. Immer mehr Bürger verlassen die Stadt, um sich in ihrer Nachbarschaft niederzulassen. Diese Entwicklung folgt zeitlich der Verlagerung des Handels auf die grüne Wiese. Die daraus resultierenden Probleme verschärfen sich.

3. Stadt-Umland-Wanderungen anhand ausgewählter Beispiele

3.1 Was sind die Zielorte

Daß die uns bekannten Suburbanisierungsprozesse nun mit Macht einsetzen, läßt sich anhand unterschiedlicher Daten feststellen. Da ist zuerst der Augenschein zu nennen. Eine Fahrt durch die umliegenden Gemeinden großer Städte zeigt überall neu ausgewiesene Flächen für den Neubau von Einfamilienhäusern. Mit der Umsetzung wurde mittlerweile begonnen, wie sich an den in diesem Zusammenhang relevanten Indikatoren feststellen läßt. So erhebt sich unmittelbar am Stadtrand von Halle nach Salzmünde hin ein wahrer Kranwald, um in einem ersten Bauabschnitt etwa 500 Eigenheime ("Seepark") zu errichten (Hallesches Tageblatt v. 11. 10. 1995). Es besteht nicht nur ein starker Wunsch nach einem Eigenheim im Grünen (Mnich 1993 und 1995), sondern es wächst auch ein entsprechendes Angebot heran. Neben Puschfaktoren gibt es also auch Pullfaktoren. Zur Zeit ist im Kragenkreis von Halle (Saalkreis) der Bau von knapp 10 000 Wohnungen genehmigt (Hallesches Tageblatt 11. 10. 1995; cf. auch Sahner 1995a: 5, 16). Diese Entwicklung wird im Landratsamt nicht ungerne gesehen, hofft man z. B. doch so, rasch auf die Einwohnermindestzahl von 80.000 Einwohner zu kommen. Gegenwärtig hat der Saalkreis etwa 60.500 Einwohner, was deutlich unter der Planungsvorgabe liegt, die man für die Lebensfähigkeit eines Kreises als erforderlich ansieht. Ziehen auch nur drei Personen in jede Wohnung ein, so könnte sich die Bevölkerungszahl des Saalkreises in kurzer Zeit um ca. 50% erhöhen. Man kann sich leicht vorstellen welche infrastrukturellen Belastungen daraus erwachsen. Den größten Teil dieser Neubürger dürfte Halle stellen. Da diese Wanderung selektiv erfolgt, dürften sich auch hier vermehrt Probleme ergeben, von dem mit dem Aderlaß

verbundenen Problemen ganz abgesehen (vgl. detaillierter hierzu Pkt. 4). Von den mit der Größe verbundenen Transferzahlungen abgesehen, ist hier die weitere Renovierung vorhandener Alt- und Neubausubstanz zu nennen. Bei negativer Wanderungsbilanz und einem Gestorbenenüberschuß wird die Nachfrage nach Wohnraum geringer. Ab wann lohnt es sich nicht mehr, die verbliebenen und stark renovierungsbedürftigen herrlichen Altbaubestände des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts herzurichten?

Vergleichbare Entwicklungen lassen sich aber mit unterschiedlicher Ausprägung für alle ostdeutschen Großstädte konstatieren, wie ich in meinen Gesprächen mit verschiedenen Vertretern der statistischen Ämter der ostdeutschen Großstädte feststellen konnte. Nicht alle statistischen Ämter verfügen über ausreichend große Ressourcen, um diese Veränderungen auch dokumentieren zu können. Für Chemnitz und Potsdam lassen sich diese Veränderungen der Wanderungsströme und der Beginn von Suburbanisierungsprozessen jedoch veranschaulichen.

Wie aus Abbildung 3.1: 1 hervorgeht nimmt in Chemnitz die Abwanderung in die neuen Bundesländer absolut und relativ zu. 1992 waren es 2242 Personen (57% der Abwanderer), 1993 waren es schon 3430 Personen (62%) und 1993 waren es 7157 (72%) Einwohner von Chemnitz, von denen allein 3873 in das unmittelbare Umland zogen, also mehr als im Vorjahr in die gesamten neuen Bundesländer verzogen. Bevorzugt werden die unmittelbar angrenzenden Gemeinden. In die Abbildung 3.1: 2 wurden die Städte und Gemeinden des Umlandes gekennzeichnet, deren Wanderungsgewinn durch Chemnitz mindestens 50 Personen beträgt.

Nicht viel anders sieht es in Potsdam aus. Von 1992 bis 1994 haben insgesamt 3613 (Tab. 3.1: 1) ehemalige Potsdamer einen neuen Wohnsitz im Umland gefunden (Quartalsbericht der Stadt Potsdam, II/1995: 3). Die Tendenz ist steigend (Abb. 3.1: 3). Hingegen hat die Wanderung in die alten Bundesländer stark abgenommen (ebd.: 2).

Die Probleme, die aus der Stadt-Umland-Wanderung den ostdeutschen Großstädten erwachsen dürften denen ähneln, die wir für Halle aufgezählt haben (vgl. auch unten Pkt. 4 und 5).

3.2 Wer wandert?

Mit dem Zielort wechseln die individuellen Merkmale der Wanderer. Die Ost-West-Wanderer rekrutieren sich aus einer anderen Population als die Stadt-Umland-Wanderer, weil die Ziele andere

sind. Für beide Gruppen gilt jedoch, daß es sich eher um jüngere und besser ausgebildete Bevölkerungsgruppen handelt. Sucht die erstere eher einen (besseren) Arbeitsplatz und Wohlstandsgewinn im Westen, so handelt es sich bei letzteren eher um Gruppen mit überdurchschnittlichen Einkommen und sicheren Arbeitsplätzen und mit einer bestimmten Stellung im Familienzyklus. Vorwiegend jüngere Familien mit kleineren Kindern ziehen aus beengenden Wohnverhältnissen der Stadt ins Umland. Wie sich aus verschiedenen Statistiken ergibt, wird der Aderlaß an jüngeren Bürgern, die in den Westen oder ins Umland ziehen, teilweise durch Zuzüge aus dem Umland wieder wettgemacht (Stat.Jb. Halle 1993: 37; Quartalsbericht der Stadt Potsdam II/1995: 5; Abb. 3.2: 1).

Auf diese Fragestellung, die sich am ehesten mit Individualdaten untersuchen läßt, wird Frau Mnich in ihrem Vortrag näher eingehen, die dabei auf die Bürgerumfragen in Halle (Mnich 1993 und 1995), zurückgreifen wird.

3.3 Was sind die Quellorte der Wanderung?

Wenn es um Wanderungen geht, kann man Pusch- und Pull-Faktoren unterscheiden. Z. B. sind sichere Arbeitsplätze, Wohlstandsteigerung, bessere Umweltqualität und attraktive Wohnungsangebote Wanderungsanreize. Nicht nur die Wissenschaft auch der Bürger vergleicht. Gibt es auf den genannten Dimensionen Defizite, wirken sie als Puschfaktoren. Aus den Umfragen, aber auch aus Expertengesprächen (Chemnitz, Potsdam) schält sich heraus, daß die Bereitschaft aus der Stadt in das Umland zu ziehen, bei den Bewohnern von Plattensiedlungen deutlich größer ist als bei den Bewohnern von Stadtvierteln, in denen Altbauten vorherrschen. Inwieweit das jedoch aus der Stellung im Familienzyklus resultiert, wird die vertiefte Analyse von Individualdaten ergeben. Schon jetzt läßt sich jedoch sagen, daß die Bereitschaft die "Platte" zu verlassen, in Siedlungen, die in den letzten zehn Jahren fertiggestellt worden sind (z. B für Halle in Heide-Nord), deutlich höher ist, als in den älteren Teilen von Halle-Neustadt. Die Familienstruktur ist hier anders, die Kinder, die häufig Ursache für die Zuteilung der Wohnung waren, sind längst ausgezogen. Daß der Wunsch auszuziehen, bei den Bewohnern von Plattensiedlungen am weitesten verbreitet ist, schließt nicht aus, daß der tatsächliche Umschlag der Wohnbevölkerung in den ehemaligen Bürgersiedlungen mit repräsentativer Altbausubstanz am größten ist. Die Renovierung erfordert zuerst Kündigung und dann zahlungskräftige Mieter.

4. Der Wechsel der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen führt zu Suburbanisierung und wachsender Entmischung

Es ist nicht verwunderlich, daß die Großstädte mit dem Wechsel der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ihr Gesicht verändern werden. Die jetzt vorliegenden Daten belegen das, was als Trend vorausgesagt werden konnte (Sahner 1995b, zuerst 1993).

Eine weitere Entmischung nach sozialen Merkmalen wird stattfinden. Die Unzufriedenheit mit der augenblicklichen Wohnsituation ist beträchtlich. Die Diskrepanz zwischen der Wichtigkeit von Lebensbereichen auf der einen Seite und der Zufriedenheit damit auf der anderen Seite, ist bei einem großen Katalog von Fragen, bei der Wohnungsfrage am zweitgrößten (Mnich 1995: 18). Ein beträchtlicher Prozentsatz möchte umziehen. 12% beantworten eine entsprechende Frage mit "ja" und 24% mit "möglichereise" (Mnich 1995; Anhang: Frage 13). Vergleichsweise hoch ist dieser Wunsch in den Neubaugebieten, die vor kurzem noch Ziel vieler Wünsche waren: In Halle z. B. auf der Silberhöhe, in Halle-Neustadt und in Heide-Nord. Hier ist auch die Verbundenheit mit dem eigenen Stadtteil besonders gering (Mnich 1995: 27). Wenn man danach fragt, was denn die Gründe für den Umzugswunsch seien, so wird der Wunsch nach einer angemessenen (größeren) Wohnung und nach einer besseren Wohngegend genannt (Mnich 1995; Anhang: Frage 15).

Wer aber möchte umziehen? Es sind vorwiegend jüngere Bürger, die eine überdurchschnittliche Ausbildung haben und auch besser verdienen. Und wo ziehen sie hin? Die Palette ist breit, aber auch das hängt von der familiären Situation ab. Junge Familien zieht es gern in den Saalkreis.

Anhand der für den Saalkreis genehmigten 10 000 Wohneinheiten kann umrissen werden, was in Halle aber ähnlich auch in anderen Großstädten passieren wird:

Erstens wird es einen weiteren Wanderungsverlust für die Stadt geben. Damit gehen ja nicht nur Brüger verloren, sondern mit ihnen auch die Einkommensteuer und weitere einwohnerabhängige Transferzahlungen.

Zweitens wird es die hierzulande bisher nicht gekannten Suburbanisierungsprozesse geben. Die Stadt tritt über ihren Rand. Das Umland wird zersiedelt. Zumindest mittelfristig wird es Infrastrukturprobleme geben (Schulen, Straßen; vgl. hierzu Pkt. 5).

Drittens der Segregationsprozeß wird weiter um sich greifen. Einzelne Stadteile können sich leicht zu Problemzonen entwickeln, wenn die noch gute Durchmischung verschwindet und nur die

Problemgruppen übrig bleiben, für die weiterhin die Stadt die Sorge übernimmt. Könnten sich die Neubauviertel leicht zu Slums entwickeln, wird der innerstädtische Bereich hingegen veredelt. Die wenigen teuren Wohnungen beziehen gut verdienende Singels und Dinkies (Double-Income-No-Kids).

Viertens müßte sich nach den vorliegenden Zahlen der Wohnungsmarkt entlasten. Denn ca. 13 000 Wohnungen stehen z. B. in Halle immer noch leer, die nach und nach renoviert werden. Dagegen haben lediglich 12 000 Bürger augenblicklich einen Wohnberechtigungsschein. Die Bevölkerungsbilanz wird aufgrund der zu erwartenden Stadt-Umland-Wanderung und auch aufgrund der geringen Geburtenquote, die sich schwerlich auf das alte Niveau anheben wird, negativ bleiben. Unter diesen Bedingungen wird sich die Wohnsituation in den Großstädten entlasten.

Schließlich steigt bei aller Differenzierung das Wohnniveau durchgängig.

5. Kooperationsprobleme zwischen Stadt und Umland

Die Wende hat auch die Autonomie der Gemeinden gebracht. Nach dem Grundgesetz Art. 28 Abs.2 haben die Gemeinden das Recht, im Rahmen der Gesetze, ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu regeln. Daraus resultiert ein Fülle von Kooperationsproblemen, wie gleich zu zeigen sein wird. Wo würden wir heute aber stehen, fünf Jahre nach der Wende, wenn es diese Autonomie der Gemeinden nicht gegeben hätte? Die Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse, die damit einhergehende Gestaltungskraft, hat viel bewirkt (Däumer 1995), darauf sei bei allen Kooperationsproblemen hingewiesen.

(1) Ein weiteres Beispiel aus dem Saalkreis mag dies charakterisieren. So wurde in den letzten Jahren im Saalkreis eine Fläche von 874 ha für Gewerbe- und Sondergebiete ausgewiesen. Seit der Spiegelveröffentlichung über das Milliardengrab im Osten glauben wir ja alle zu wissen, daß das Fehlinvestitionen waren. Schaut man sich die Zahlen an, so sieht die Bilanz so schlecht nicht aus. Immerhin waren gegen Ende des Jahres 1994 davon schon 246 ha (= 28%) bebaut (Sahner 1995a; Sahner 1995c).

(2) Die Autonomie der Gemeinden ist aber nicht nur eine notwendige Voraussetzung für einen raschen Aufschwung, sondern sie ist auch bedeutsam für die Integration der Bürger. Gerade im gemeindlichen Kontext sind die Teilnahmemöglichkeiten am demokratischen Prozeß besonders groß, wenn sie auch nicht immer in einem wünschenswerten Maße genutzt werden.

Betrachtet man die Verwaltungsstrukturen der DDR, dann haben die Gemeinden als politische Instanz so gut wie keine Bedeutung gehabt. Von einer selbständigen Politik, von einer autonomen Stellung des Bürgermeisters und einer Mitgestaltung der Bürger konnte kaum eine Rede sein. Das Prinzip war streng hierarchisch. Die Abhängigkeit ging so weit, daß der Rat des Kreises den Bürgermeister bestellte. Aufgrund des vorherrschenden Zentralismus fehlte der Gemeinde die Möglichkeit, das wirtschaftliche und planerische Geschehen effektiv zu beeinflussen. So fehlte der Gemeinde sogar der direkte Einfluß auf das Baugeschehen. Zur politischen Abhängigkeit gesellte sich die ökonomische. Die Gemeinde war im wesentlichen auf Zuweisungen vorgelagerter Instanzen (Bezirk, Staat) angewiesen. Die Steuereinnahmen waren marginal und speisten sich aus der Grund-, Hunde- und Vegnügnungssteuer. Die Einnahmen aus kommunalen Wirtschaftseinheiten (z. B. Gebäudewirtschaft) waren gering.

Der Autonomiezuwachs hat freilich nicht nur Positives bewirkt. Bei der Verfolgung von Eigeninteressen bleibt leicht das Gesamtinteresse auf der Strecke.

Uns allen sind die Schwierigkeiten bekannt, die aus den Einkaufszentren und Gewerbeparks auf der grünen Wiese entstanden sind. Aber an diesen Stellen konnte man rasch - anders als in der Stadt - ohne Einschränkung durch Eigentumsvorbehalte und Denkmalschutz "Hüttendörfer" oder auch "Flachmänner" in einer Größenordnung errichten, die Weststandard schon längst hinter sich gelassen haben. Aber was sich in Westdeutschland über Jahrzehnte hinweg langsam vollzog, drängt sich hier auf wenige Jahre zusammen. Jedoch nicht nur die Geschwindigkeit ist charakterisierend, die Probleme verschärfen sich noch dadurch, daß die Prozesse, so wie wir sie aus dem Westen kennen, sich hierzulande teilweise auf den Kopf stellen. Während im Westen den Suburbanisierungsprozessen - begleitet von einem Ausbau der Infrastruktur, besonders der Verkehrswege - die Einkaufszentren auf der "grünen Wiese" folgten, verläuft die Reihenfolge im Osten umgekehrt. Die Einkaufszentren in Ostdeutschland wurden gebaut, bevor eine hinreichende Infrastruktur gegeben war. Zwar findet man sie an günstigen Stellen, in der Regel im Fadenkreuz überregionaler Autoverkehrswege, dennoch sind das Straßennetz und die sonstigen Zubringer nicht darauf eingestellt. Konnten sich im Westen die Erbauer der Einkaufszentren an einer bereits ausdifferenzierten Verkehrsinfrastruktur orientieren, kann man für den Osten mit einer gewissen Berechtigung behaupten: Verkehrsinfrastruktur folgt den Einkaufszentren - hoffentlich.

Diese Umkehrung hat ihre Nachteile, wie jedermann auf bestimmten Ausfallstraßen zu bestimmten Zeiten beobachten kann. Wenn man dies beklagt, dann bedeutet das freilich noch nicht ein Plädoyer dafür,

daß bestimmte Fehler, die im Westen in der Siedlungs- und Raumordnungspolitik gemacht worden sind, im Osten blind wiederholt werden müssen. Vielmehr ergibt sich immer noch die Chance, aus den Fehlern zu lernen. Vielleicht ist es ja doch möglich - und es gibt einige Regelungen, die diese Hoffnung nähren¹ - auch nach Ladenschluß, eine belebte Innenstadt zu realisieren. So wie die Dinge jetzt aber stehen, werden weitgehend die bekannten fehlerhaften Prozesse (Suburbanisierung, Zersiedelung, Innenstadtverödung, Entblößung der Innenstädte von Wohnungen, schließlich Gentrification) nicht nur im Zeitraffertempo wiederholt, sondern auch noch erweitert. Der sich jetzt abzeichnende Suburbanisierungsprozeß wird die Probleme verschärfen.

Nur ein Beispiel, das sich auf die Schwierigkeit bezieht, die Innenstädte mit einem leistungsfähigen Handel zu beleben. Die Einkaufszentren im Westen entstanden auf der grünen Wiese erst dann, als es einen leistungsfähigen innerstädtischen Handel schon gab. Unter der von Anfang an existierenden Konkurrenz auf der grünen Wiese hat der innerstädtische Handel im Osten Schwierigkeiten, überhaupt zu starten. Das gilt vor allem für kleinere Fachgeschäfte.

Damit diese nachteiligen Prozesse minimiert oder vermieden werden, bedarf es der Kooperation zwischen Stadt und Umland. Freilich ist es dazu schon in mancherlei Hinsicht zu spät. Beide - Stadt und Land - sind aber auch weiterhin aufeinander angewiesen, wie sich leicht zeigen läßt.

(1) *Ansprüche des Umlandes an die Stadt:* Die Nutzung öffentlicher Dienstleistungen der Stadt mit Zuschußbedarf seitens der Bürger des Umlandes ist vielfältig. Man denke nur an folgende Beispiele wie den Personennahverkehr, die Sportstätten und Krankenhäuser, aber auch an den kulturellen Bereich (Theater, Museen).

Ein anderer Problembereich ist der der Schule, der nicht nur den Lokalpolitikern präsent ist, sondern vor allem den betroffenen Bürgern. So besuchten etwa 600 Schüler aus dem Saalkreis im Jahre 1991 hallesche Gymnasien, für die Schulgeld gefordert wurde (Mitteldeutsche Zeitung, 10.12.1991). Halle verlangt ab 1994/1995 Gastschülerbeiträge in der Höhe von 900,-DM (Mitteldeutsche Zeitung, 4.5.1994). Der Saalkreis verweist hingegen auf seine Gymnasien in Wettin und Landsberg und zahlt nicht. Schulgeld darf von den Bürgern aber nicht verlangt werden. Konsequenz: Halle nimmt kein Geld, läßt aber auch keine Schüler zu; die Schüler z.

¹ So gibt es beim Bauen in zwei Teilgebieten des Innenstadtbereiches von Halle Auflagen, einen bestimmten Anteil des Bauvolumens für Wohnungen zu reservieren.

B. aus Sennewitz müssen nach Wettin (Mitteldeutsche Zeitung, 2.6.1994). Den Schülern aus dem "Seepark", der hinter Dörlau in der Gemeinde Salzmünde hart an der Stadtgrenze entsteht, wird es vermutlich nicht anders ergehen.

(2) *Ansprüche der Stadt an das Land:* Die Ansprüche sind wechselseitig. Auch die Stadt hat vielfältige Ansprüche an das Umland. Die Liste ist nicht weniger lang: Ver- und Entsorgung (Wasser, Müll), Naherholung. Ein besonderes Problem ist der Verkehrswegebau, ein Bereich bei dem Wunsch und Wirklichkeit besonders weit auseinanderklaffen (Mnich 1995: 18). Die Westumgehung ist ja nur ein Beispiel für die Kooperationsnotwendigkeit zwischen Stadt und Umland.

Kooperation tut also not. Es dürfte Einigkeit darüber bestehen, daß die Stellung der Gemeinde im Sozialismus keine gute Voraussetzung bot, regionale Kräfte zu aktivieren, Innovationen zu fördern und die Bürger in den demokratischen Prozeß einzubinden. Ein neuer Weg in den Zentralismus verbietet sich deshalb von selbst. Es müssen aber Formen der Kooperation gefunden werden, um die anstehenden Probleme zu bewältigen (vgl. hierzu Sahner 1995a).

Literatur

Franz, Peter 1995: Tendenzen der Abwanderung ins Umland ostdeutscher Städte: die Beispiele Halle und Leipzig. Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Wirtschaft im Wandel 11/1995, S.7-11

Mnich, Eva 1993: Bürgerumfrage Halle 1993. Der Hallesche Graureiher 93-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle

Mnich, Eva 1995: Bürgerumfrage Halle 1994. Der Hallesche Graureiher 95-3. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle

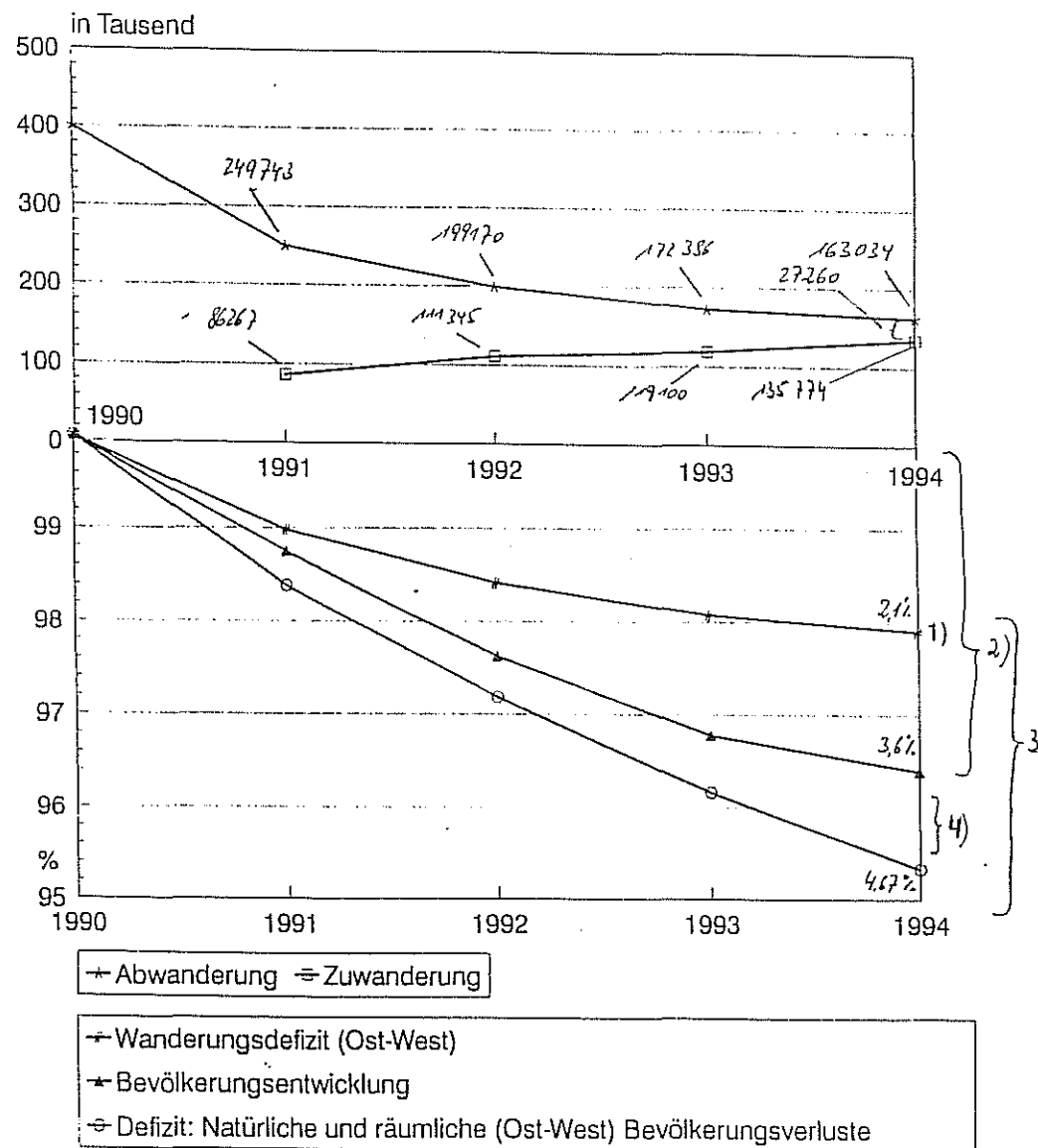
Sahner, Heinz 1995a: Regionale Kooperation im Verdichtungsraum Halle-Leipzig - Chancen, Probleme und Wege. 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie "Gesellschaften im Umbruch". Vortrag, gehalten auf dem Forum mit gleichem Namen. Der Hallesche Graureiher 95-5. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle

Sahner, Heinz 1995b: Leben in Halle. Ergebnisse einer Bürgerumfrage. In: Heinz-Hermann Krüger/Martin Kühnel/Sven Thomas (Hrsg.), Transformationsprobleme in Ostdeutschland. Arbeit, Bildung, Sozialpolitik. Opladen, S.127-149

Sahner, Heinz 1995c: Sozialistische Städte im Umbruch. Das Beispiel Halle. Deutsche Studien 4/95 (im Druck)

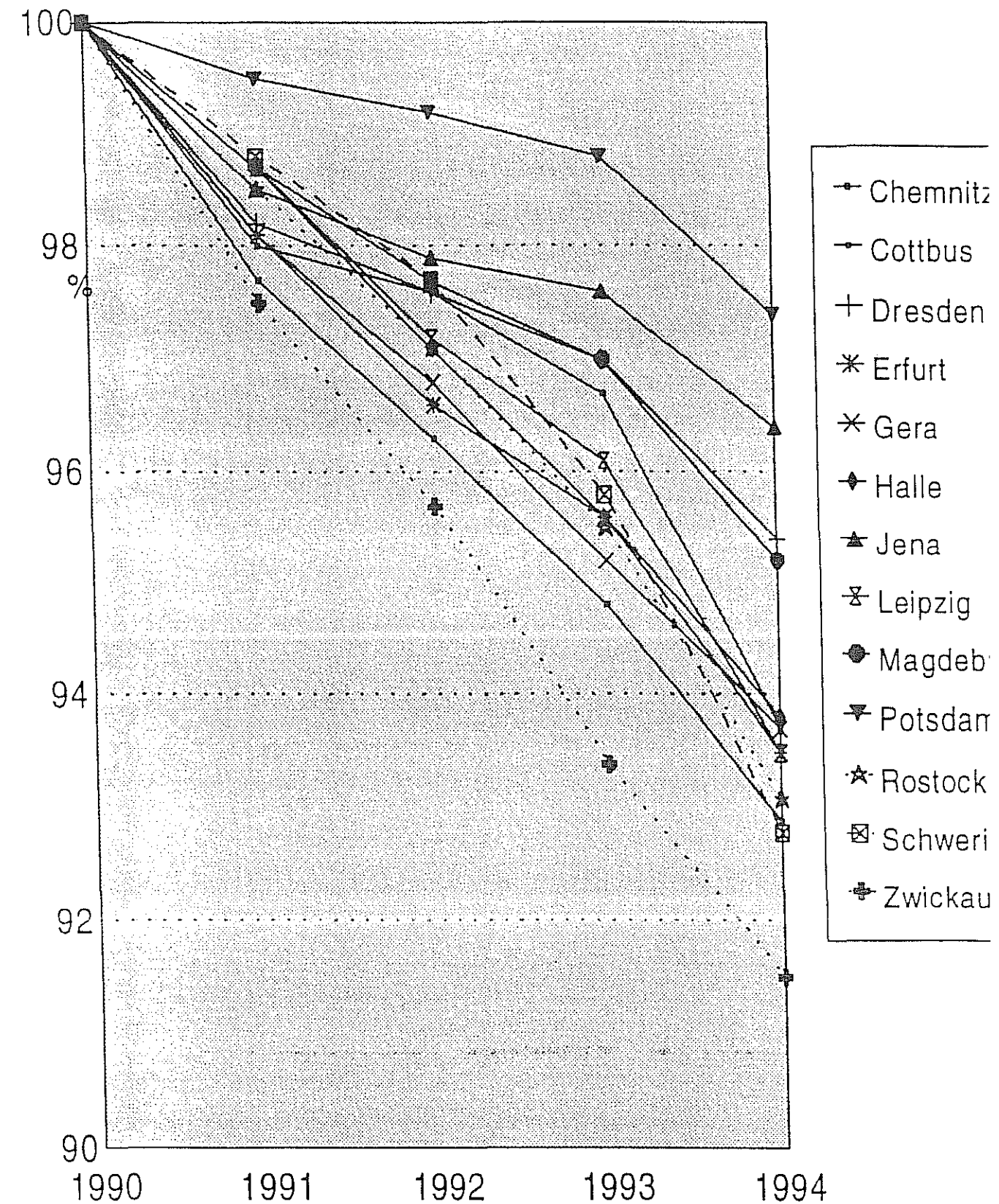
Sahner, Heinz 1995d: Sozialstruktur und Lebenslagen in der Bundesrepublik Deutschland. Der Hallesche Graureiher 95-6. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle. Erscheint in: O. W. Gabriel und E. Holtmann (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. München

Abb 1: 1
Neue Bundesländer: Bevölkerungsentwicklung, regionale und natürliche Bevölkerungsbewegung



- 1) 1994 gibt es gegenüber 1990 ein Wanderungsdefizit von 2,1%.
- 2) Seit 1990 hat die Bevölkerung in Ostdeutschland um 3,6% abgenommen.
- 3) Durch Sterbeüberschuß hat die Bevölkerung gegenüber 1990 um 2,57% abgenommen.
- 4) Außenwanderungsgewinn

Bevölkerungsentwicklung in ostdeutschen Großstädten



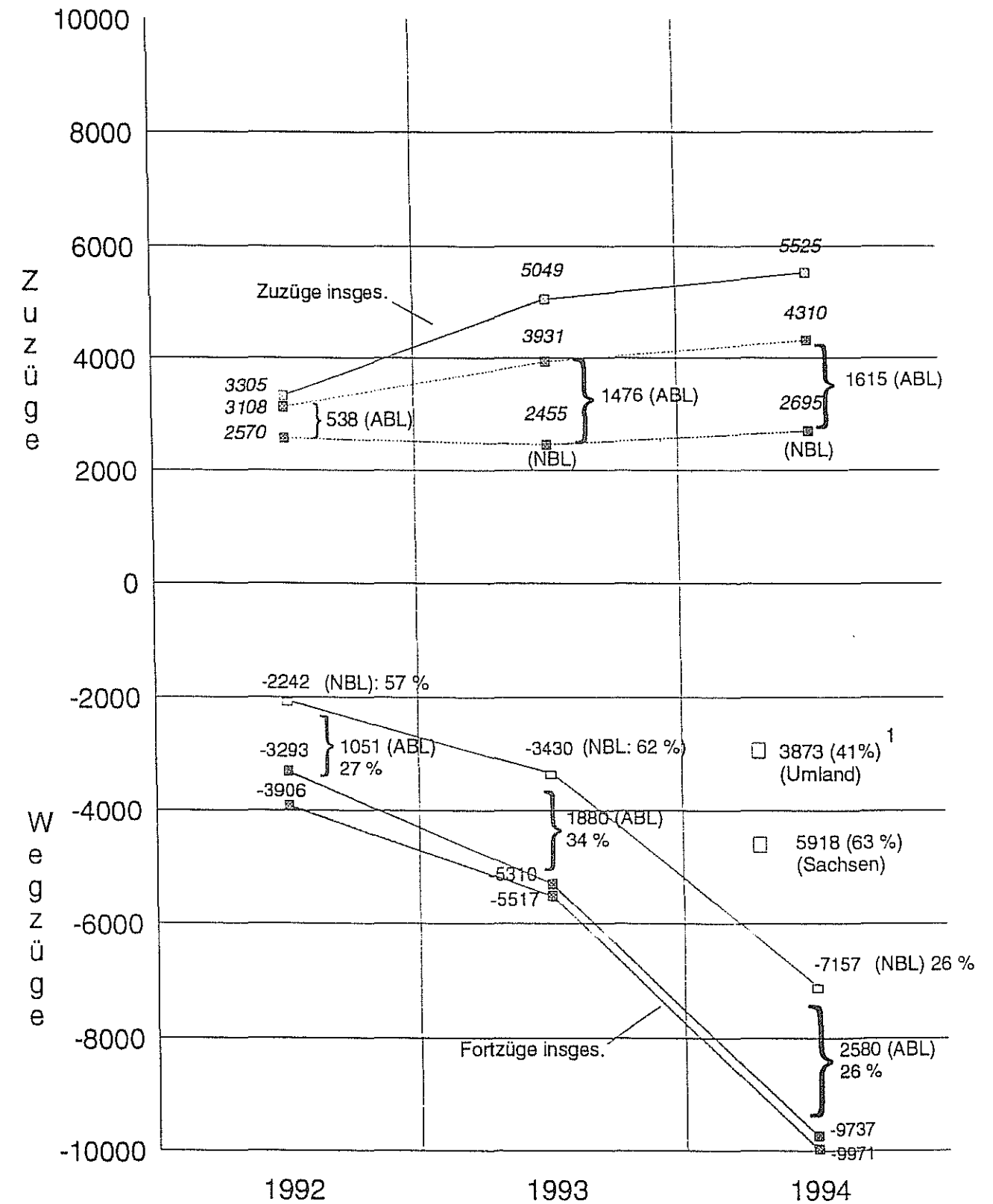
Tab. 2: 1 Bevölkerungsentwicklung in ostdeutschen Großstädten

Stadt	Bevölkerung 1990 absolut	Bevölkerung 1991 absolut	Bevölkerung 1992 absolut	Bevölkerung 1993 absolut	Bevölkerung 1994 absolut	
		% im Vergleich zu '90 (Δ%) ¹	% im Vergleich zu '91 (Δ%) ¹	% im Vergleich zu '92 (Δ%) ¹	% im Vergleich zu '93 (Δ%) ¹	% im Vergleich zu '90 (Δ%) ¹
Chemnitz	294.244	287.511	283.590	279.279	273.234	
		97,7 (2,3)	98,6 (1,4)	98,5 (1,5)	97,8 (2,2)	92,9 (7,1)
Cottbus	125.891	123.321	122.883	121.754	117.916	
		98,0 (2,0)	99,6 (0,4)	99,1 (0,9)	97,0 (3,0)	93,7 (6,3)
Dresden	493.174	484.407	481.588	478.623	470.681	
		98,2 (1,8)	99,4 (0,6)	99,4 (0,6)	98,3 (1,7)	95,4 (4,6)
Erfurt	209.784	205.812	202.787	200.683	196.224	
		98,1 (1,9)	98,5 (1,5)	99,0 (1,0)	97,8 (2,2)	93,5 (6,5)
Gera	129.037	126.521	124.925	122.974	120.968	
		98,1 (1,9)	98,7 (1,3)	98,4 (1,6)	98,4 (1,6)	93,7 (6,3)
Halle	309.406	305.451	300.538	295.888	290.140	
		98,7 (1,3)	98,4 (1,6)	98,5 (1,5)	98,1 (1,9)	93,8 (6,2)
Jena	102.518	100.967	100.390	100.093	98.832	
		98,5 (1,5)	99,4 (0,6)	99,7 (0,3)	98,7 (1,3)	96,4 (3,6)
Leipzig	513.580	507.135	499.749	494.090	480.000	
		98,7 (1,3)	98,5 (1,5)	98,9 (1,1)	97,1 (2,9)	93,5 (6,5)
Magdeburg	278.807	275.238	272.516	270.546	265.379	
		98,7 (1,3)	99,0 (1,0)	99,3 (0,7)	98,1 (1,9)	95,2 (4,8)
Potsdam	139.794	139.025	138.618	138.062	136.202	
		99,5 (0,5)	99,7 (0,3)	99,6 (0,4)	98,7 (1,3)	97,4 (2,6)
Rostock	248.088	244.452	241.106	237.307	230.919	
		98,5 (1,5)	98,6 (1,4)	98,4 (1,6)	97,3 (2,7)	93,1 (6,9)
Schwerin	127.447	125.959	124.586	122.189	118.291	
		98,8 (1,2)	98,9 (1,1)	98,1 (1,9)	96,8 (3,2)	92,8 (7,2)
Zwickau	115.434	112.565	110.583	107.988	105.667	
		97,5 (2,5)	98,2 (1,8)	97,7 (2,3)	97,9 (2,1)	91,5 (8,5)

¹Die Summe der prozentualen Änderungen von Jahr zu Jahr (Δ%) ist ungleich der Gesamtänderung seit 1990 (letzte Spalte), da die Prozentierungsbasis jeweils eine andere ist.

Quellen: Statistische Jahrbücher der einzelnen Städte

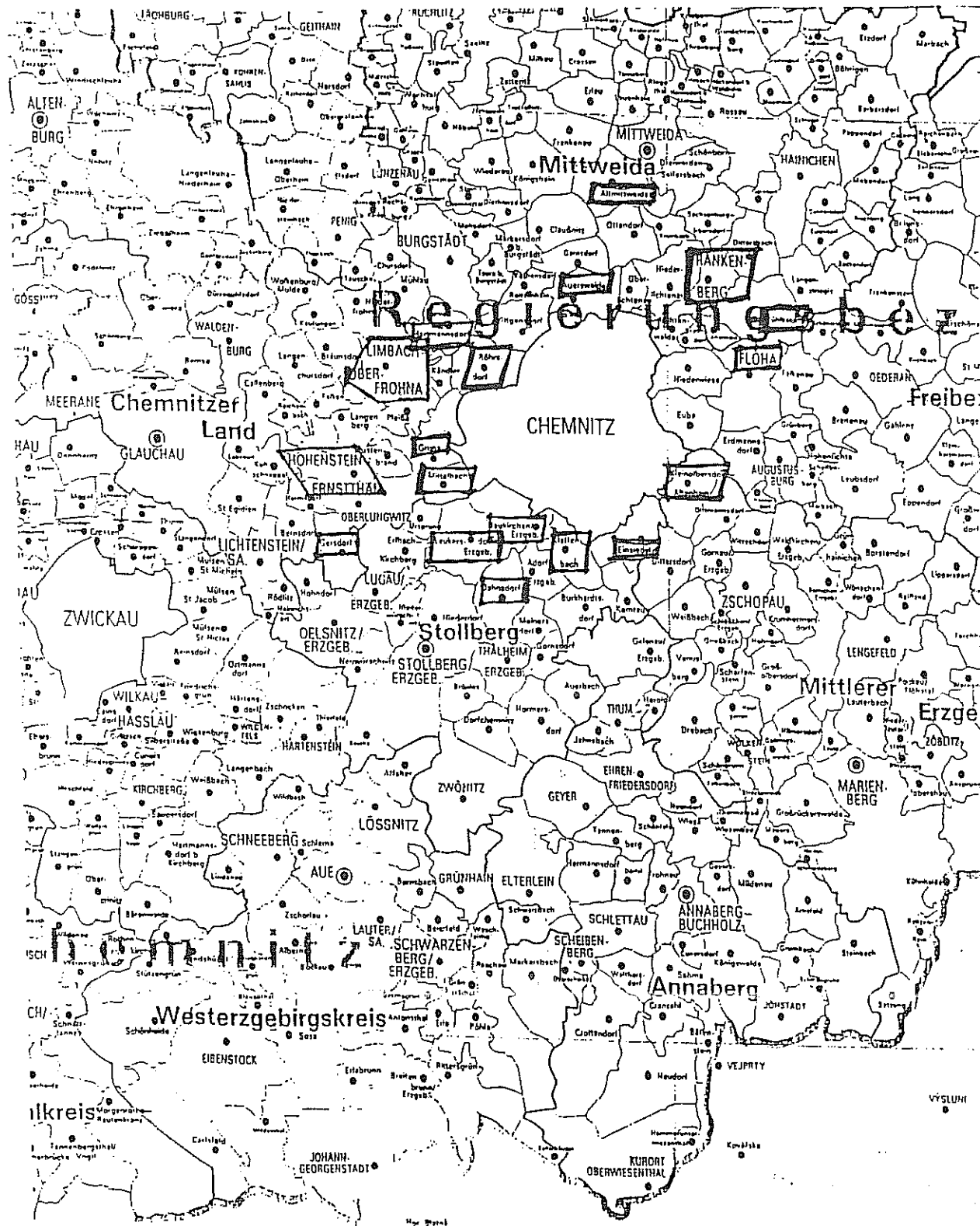
Abb. 3.1:1 Verlagerung der Wanderungströme (Chemnitz)



¹ Statistische Information der Stadt Chemnitz 2/95 vom 16. Januar 1995.

Quellen:
 Stat. Jahresbericht der Stadt Chemnitz (für die Zahlen 1992 + 1993),
 Stat. Landesamt des Freistaates Sachsen, Fax vom 12.10.95 (für das Jahr 1994).

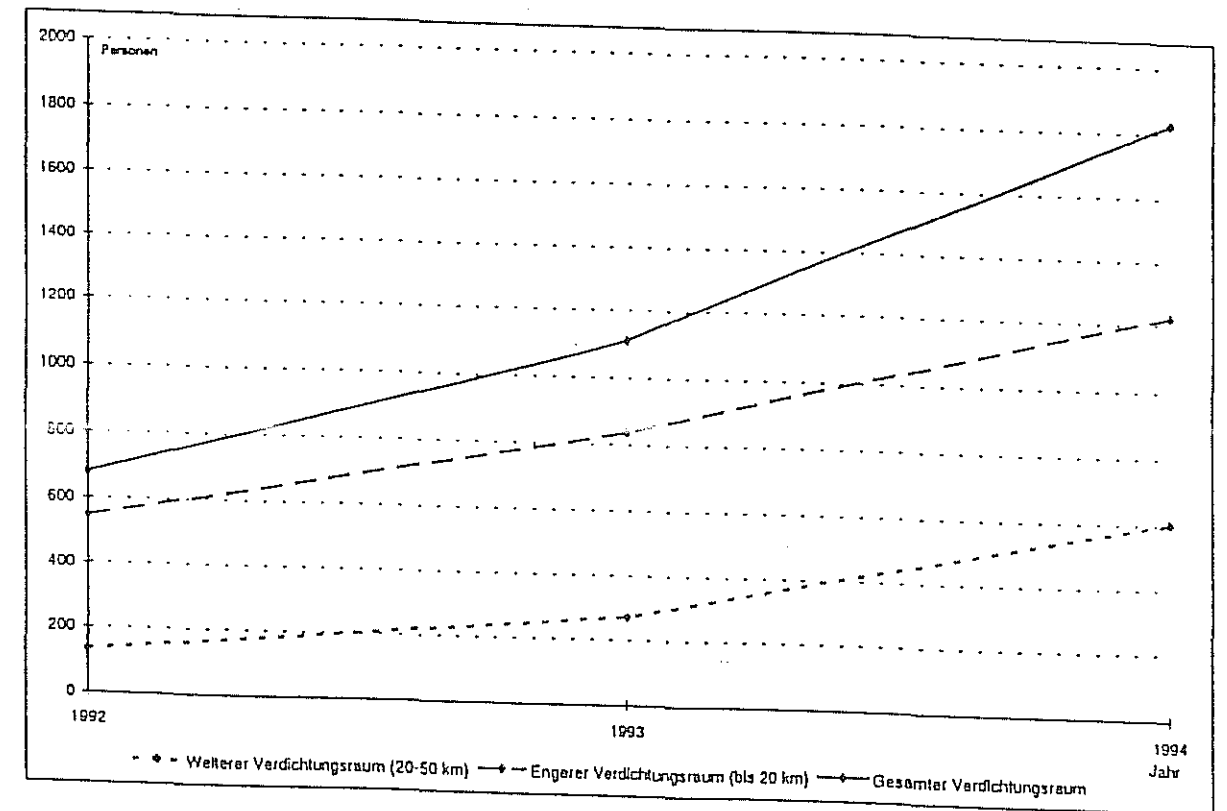
Abb 3.1: 2 Suburbanisierungsprozesse im Raum Chemnitz



Tab. 3.1: 1 Salden der Stadt-Umland-Wanderung von 1992 bis 1994 für Potsdam

	Zuzüge	Wegzüge	Wanderungssaldo
1992	415	678	-263
1993	662	1106	-444
1994	684	1829	-1145
Insgesamt	1761	3613	-1852

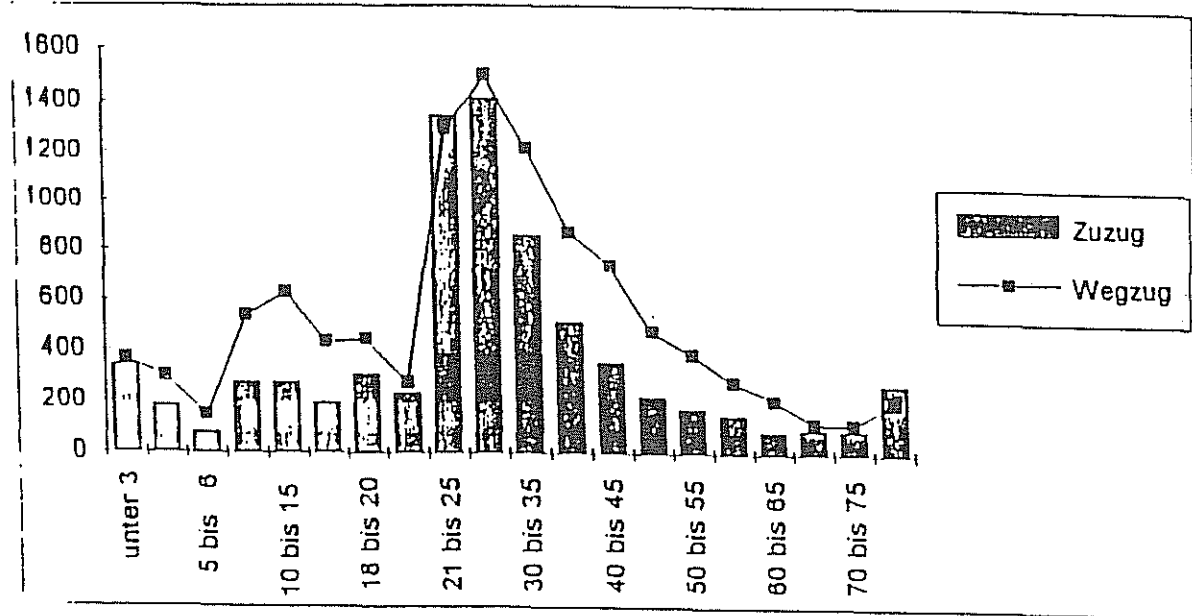
Abb. 3.1: 3 Entwicklung der Stadt-Umland-Wanderung nach Verdichtungsräumen im Raum Potsdam



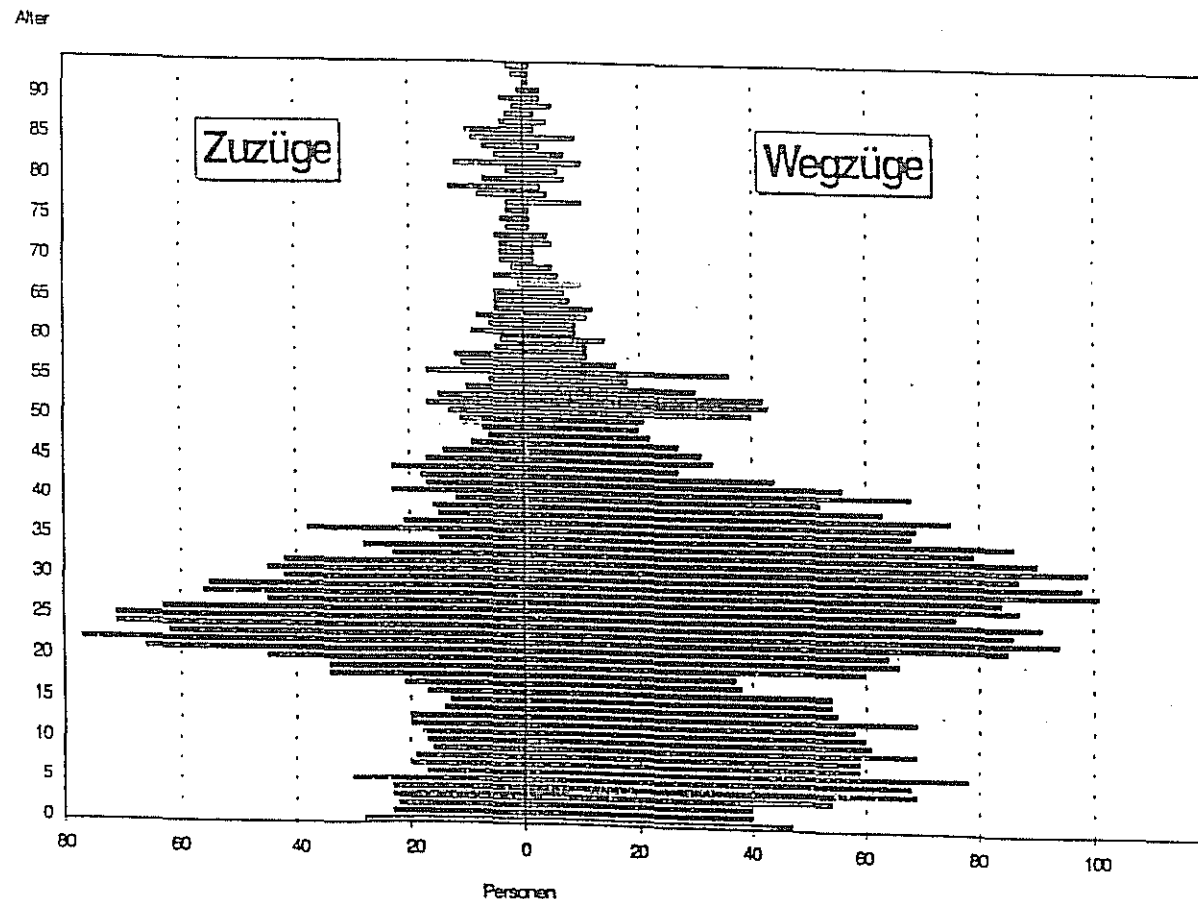
Quelle: Quartalsbericht der Stadt Potsdam; Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen; II/1995

Abb. 3.2: 1 Außenwanderung der Städte Halle und Potsdam nach Altersgruppen

Außenwanderung der Stadt Halle 1993 nach Altersgruppen



Altersgliederung der Zu- und Wegzüge aus/ins Potsdamer Umland



Herbstsitzung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder vom 9.11. bis 11.11.1995

Potentielle Migration und Suburbanisierungstendenzen am Beispiel der Stadt Halle und ihres Umlandes - Quantitative Analysen

Eva Mnich

0. Ausgangslage

In den ostdeutschen Städten nehmen nach der Wende die Suburbanisierungstendenzen einen Verlauf, der von dem üblichen stark abweicht. Folgt man Friedrichs (1995), dann steht zu Beginn eines solchen Prozesses die Suburbanisierung der Bevölkerung bei mehr oder weniger gleichzeitiger Verlagerung von Produktionsstätten. Erst danach setzt die Verlagerung des Handels ein. Während die Verlagerung von Produktionsstätten und des Handels in erster Linie fehlenden Expansionsmöglichkeiten in den Städten geschuldet ist, sieht Friedrichs (1995: 105) die Suburbanisierung der Bevölkerung als eine Reaktion auf den regionalen Wohnungsmarkt. Man versucht zunächst eine Wohnung in der Kernstadt zu finden, stellt dann aber fest, daß die Bedingungen im Umland vorteilhafter sein können. In diesem Zusammenhang betrachtet er Suburbanisierung dann auch nicht als bloße „Stadtflucht“ sondern als „rationales Kalkül“. Gemessen an diesem Modell verläuft der Prozeß im Osten geradezu umgekehrt (vgl. hierzu auch Sahner 1994: 24f).

Fast alle größeren Städte in den neuen Bundesländern hatten nach der Wende erhebliche Probleme, bevölkerungsnah Versorgungseinrichtungen - hier denken wir insbesondere an den Handel - in den Innenstädten zu etablieren. Die Gründe hierfür sind vielfältig und reichen von komplizierten Eigentumsverhältnissen, über kleine und damit unattraktive Flächen bis hin zu denkmalpflegerischen Gesichtspunkten. Dagegen schafften es kleinere Gemeinden relativ schnell, großflächige Gewerbegebiete auszuweisen. Zugleich erfolgte eine schnelle Ansiedlung des Handels im Umland größerer Städte. Allein im Gebiet um

Halle finden wir vier solcher großflächigen Handelseinrichtungen, deren Größen von 10.000 qm (Brehna) bis hin zu rund 100.000 qm (Saale-Park) Verkaufsfläche reichen, und die ein erhebliches Maß an Kaufkraft binden. Der Kaufkraftabfluß ist immens. So schätzt das Handelsgutachten (1993) einen möglichen Nachfrageabfluß aus der Stadt Halle ins Umland von 340 Mio. DM, darüber hinaus entgeht der Stadt ein Zufluß aus der Region von rund 170 bis 180 Mio. DM (GWH-Gutachten 1993: 31). Schon hieraus haben sich erhebliche Probleme für die Kooperation der Stadt mit dem Umland ergeben. Auch in Bezug auf Wohnungsbaustandorte konnten die Gemeinden häufig schneller reagieren als die größeren Städte. Im Saalkreis wurden in den letzten Jahren die Baugenehmigungen für mehr als 5.000 Wohneinheiten erteilt. Hier wäre gleichfalls eine Kooperation zwischen Stadt und Umland notwendig. Wie schwierig sich solche Aushandlungsprozesse gestalten können, wissen wir aus den alten Bundesländern. Während dort jedoch auf gewachsene Institutionen zurückgegriffen werden kann, müssen diese in den neuen Bundesländern erst noch entwickelt werden (Henckel 1993: 113). Dabei darf die gerade neu erlangte Autonomie der Gemeinden nicht verloren gehen. Zur Zeit liegen zwar erste Ansätze vor, doch „die Tagesdiskussion zeigt, daß es nach wie vor einen beträchtlichen Kooperationsbedarf in der Region gibt“ (Sahner 1995: 14).

Während die Abwanderung der Bevölkerung in den Westen im Untersuchungszeitraum abnahm, setzt nun zögernd, aber unübersehbar ein regionaler Wanderungsprozeß ein. Die negativen Folgen solcher Suburbanisierungsprozesse sind im Westen hinreichend diskutiert worden. Besonders das Problem der „Ghettoisierung“ bestimmter Wohngebiete spielte in diesen Debatten eine große Rolle. Dieses Problem wird sich auch für den Osten in nicht unerheblichem Maße stellen, wenn in den Großwohnsiedlungen, in denen momentan noch eine relativ ausgewogene soziale Durchmischung herrscht, die jüngeren und die ökonomisch und sozial besser gestellten Bewohner einen großen Teil der Abwandernden stellen. Die Folgen solcher selektiven Wanderungen sind bekannt.

Darüber hinaus zeichnen sich weitere Probleme ab. Die zu DDR-Zeiten durch die restriktive Wohnungspolitik vermiedene Zersiedlung des Landes wird nun nachgeholt. Darauf ist die Verkehrsinfrastruktur in keiner Weise vorbereitet. Schon eine geringe Erhöhung des Individualverkehrs reicht aus, um das Risiko von Überlastung und Dauerstaus überproportional ansteigen zu lassen. Für die Stadt Halle stellt sich dieses Problem besonders, da hier Umgehungstraßen weitgehend fehlen. Schon heute ist der überregionale Verkehr

auf die Routen angewiesen, die auch der regionale durch die Innenstadt nutzt (Sahner 1995: 7). Bereits kleinste Störungen entfalten große Wirkungen in diesem fragilen Verkehrsgebilde. Bis in den Stundenbereich können sich Wartezeiten erstrecken, wenn eine der wichtigen Straßen zur Baustelle wird.

Um den Prozeß der Suburbanisierung zunächst in seiner Größenordnung zu erfassen, haben wir ausgewählte Wanderungsdaten des Einwohnermeldeamtes der Stadt Halle seit 1993 bis 1995 (1. Halbjahr) analysiert. Uns interessieren dabei folgende Aspekte:

1. Gewinn und Verlust. Wie hat sich der Saldo zwischen den Abwanderungen die in den Saalkreis (und einigen ausgewählten Gemeinden des Kreises Merseburg-Querfurt) und den Zuwanderungen aus diesen Gebieten in die Stadt in den letzten Jahren entwickelt?
2. Aus welchen Stadtvierteln bzw. Bezirken wandern die höchsten Anteile in den Kreis?
3. Wer sind diese Wandernden? Welche Motive sind maßgebliche Mobilitätsursachen?

Damit beschränkt sich dieser Beitrag (vorerst) auf die eine Richtung der Mobilitätsströme, die aus dem Stadtgebiet in das nähere Umland. Dazu werden die aktuellen Meldeamtsdaten herangezogen. Zu den Mobilitätsursachen stehen uns mit den kommunalen Bürgerumfragen, die wir 1993 und 1994 in Halle durchgeführt haben, eine verlässliche und aktuelle Datenbasis zur Verfügung. Unter anderem wurden Fragen gestellt, die die Bereitschaft zur Wanderung und deren Gründe abdecken. Darüber hinaus kann das Potential an Mobilen für die größeren Stadtbezirke in seiner sozialstrukturellen Zusammensetzung beschrieben werden.

1. Gewinn und Verlust

Bereits 1992 stieg der Wanderunssaldo in das Umland sprunghaft an (von - 217 für 1991 auf - 1.236 für 1993; vgl. Franz 1995: 9). Tabelle 1: 1 enthält jetzt den Zeitraum von 1993 bis Mitte des Jahres 1995, wobei hier die Gebietseinteilung ein etwas kleineres Gebiet

umfaßt¹. Die Abwanderung in den Kreis nimmt auch 1994 abermals sprunghaft zu. Für 1995 liegt vorerst nur das erste Halbjahr vor, so daß der Wert für das ganze Jahr hochgerechnet werden muß. Bislang aber zeichnet sich ein eindeutiger saisonaler Effekt ab, der sich in einer Konzentration der größeren Abwanderungsanteile in der zweiten Jahreshälfte niederschlägt² (vgl. Tabelle 1: 1a). Von daher entspricht unsere Schätzung einer unteren Grenze des zu erwartenden Jahreswertes für 1995. Da hingegen die Zuwanderung aus dem Kreis über den Zeitraum nur unwesentlich schwankt, ist davon auszugehen, daß der negative Saldo weiter ansteigt.

hier etwa Tabelle 1:1 und 1:1a

2. Die Außenwanderung nach Stadtbezirken

Um etwas detaillierter nachzuvollziehen, aus welchen Stadtteilen der größte Anteil in den Saalkreis abwandert, haben wir das Gebiet der Stadt Halle in Bezirke eingeteilt. In der Stadt stößt man auf den „Dualismus von vorsozialistischer Stadt mittelalterlicher Prägung und sozialistischem Städtebau in seiner reinsten Form“ (Seeger/Wastl-Walter 1991). Halle setzt sich aus zwei Städten zusammen. Rund die Hälfte der Einwohner ist in der „Platte“ zu Hause. Das größte dieser Wohngebiete mit rund 80.000 Einwohnern ist Halle-Neustadt, das zu DDR-Zeiten als eines der gelungensten Beispiele sozialistischen Städtebaus galt. Diesen Ruf hat sich Halle-Neustadt mit seiner großzügigen Anlage (Licht, Luft und Sonne) und der verhältnismäßig guten Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen verdient. Daher verwundert es auch nicht, daß der ursprüngliche Plan, eine reine Chemiestadt zu errichten, nie ganz verwirklicht wurde. Die Attraktivität dieses Wohngebietes zog auch viele andere Bevölkerungsgruppen aus Halle nach Halle-Neu-

¹ Franz betrachtet in seinen Ausführungen sowohl den Saalkreis als auch dem gesamten Kreis Merseburg-Querfurt und benutzt Daten des Stat. Landesamtes Sachsen-Anhalt. Unsere Tabellen basieren auf den vollständigen Wanderungszahlen für den Saalkreis (Meldedaten des Einwohneramtes der Stadt Halle), während im Kreis-Merseburg-Querfurt nur einige ausgewählte Gemeinden betrachtet werden, die sich durch eine hohe Zahl von Neubaugebieten auszeichnen. Da unser Interesse aber zunächst nur dem Saalkreis gilt, sind im folgenden die Zahlen für den Kreis Merseburg-Querfurt zwar enthalten, aber nicht weiter interpretiert. Diese Beschränkung auf eine kleinere Gebietseinheit im Kreis Merseburg-Querfurt impliziert natürlich, daß der tatsächliche Saldo noch höher liegen kann, als in unseren Tabellen 1: 1 und 1: 1a ausgewiesen.

² Dieser Effekt hat mehrere Gründe. Zum einen resultiert er sicher aus den Arbeitsabläufen in der Baubranche, nach denen Bauvorhaben zu den Wintermonaten hin abgeschlossen werden. Zum anderen aber gibt es Effekte durch staatliche Förderungen wie z.B. Steuerersparnisse, wenn Eigenheime bis zum Jahresende bezogen werden.

stadt. Zunächst als eigenständige Stadt geplant, schloß sie sich im Mai 1990 mit Halle zusammen. Im Süden von Halle liegt eine zweite Großwohnanlage, die rund 35.000 Menschen beherbergt. Die Silberhöhe ist im Gegensatz zu Halle-Neustadt keine Neugründung, sondern entstand im Zuge von Flächensanierungen in den 60er Jahren. Als ein Negativbeispiel einer Siedlungsplanung auf der grünen Wiese muß man Heide-Nord (rund 11.000 Einwohner) bezeichnen. Dieses Urteil fällt zwar etwas unfair aus, da bis zur Wende lediglich die Wohnsubstanz fertiggestellt war, und jegliche Infrastruktureinrichtung bis hin zur Straßenbeleuchtung fehlte. Dennoch erlag man hier - ganz im Gegensatz zu Halle-Neustadt - der Versuchung, auf vergleichsweise geringer Fläche möglichst viele Wohneinheiten zu errichten. Die Karte im Anhang zeigt die Lage dieser Wohnviertel im Stadtgebiet.

Rechts der Saale erstreckt sich das ursprüngliche Stadtgebiet mit seinen Bevölkerungsschwerpunkten nördlich (35.000 Einwohner) und südlich (55.000 Einwohner) des Stadtkerns (35.000 Einwohner). Während den südlichen Rand noch etwa 12.000 Hallenser bewohnen, geht der nördliche Bereich bereits in ländliches, dünn besiedeltes Gebiet über. Der Osten der Stadt ließe sich als traditionelles Arbeitergebiet (Sahner 1994: 11) mit entsprechender Bebauung bezeichnen, das rund 12.000 Einwohner hat. Etwa dieselbe Anzahl verteilt sich im nordwestlichen Bereich, in dem der Hauseigentümeranteil nicht erst in jüngster Zeit erheblich über dem Stadtdurchschnitt liegt.

Um die Größenordnung der Abwanderung zwischen den Bezirken besser vergleichen zu können, haben wir eine „Mobilitätsziffer“ bezogen auf jeweils 1.000 Einwohner gebildet (vgl. Boustedt 1975: 147). Die nachfolgende Tabelle 2: 1 gibt diese Mobilitätsziffern wieder.

hier etwa Tabelle 2: 1

Die zweite Spalte enthält die Mobilitätsziffer für die gesamte Außenwanderung im Jahr 1993 (Anzahl der Fortzüge aus der Stadt bezogen auf jeweils 1.000 Einwohner). Hier fällt insbesondere der äußere Süden durch eine hohe Mobilitätsziffer auf. Allerdings zieht nur ein geringer Anteil dieser Fernwanderer in den Kreis (Spalte 3)³.

³ Wenn später die Mobilitätspotentiale aus den Umfragedaten geschätzt werden, gewinnt man einen Eindruck davon, welche beträchtlichen Zuwachsraten sich für die kommenden Jahre abzeichnen.

Unterdurchschnittliche Abwanderungsraten besitzen 1993 die Bezirke Süd A, Ost und der Nordrand. Dort im dünn besiedelten nördlichen Bezirk erreichen die Anteile derer, die in den Kreis gehen, den höchsten Wert. In den drei Plattenbaugebieten liegen die Quoten der gesamten Außenwanderung 1993 nur leicht über dem Durchschnitt, in Heide-Nord sogar leicht darunter. Hier wird der Kreis jedoch stärker als Wanderungsziel bevorzugt, als dies in den beiden anderen Gebieten der Fall ist.

Nur ein Jahr später sieht die Situation anders aus. Über alle Stadtgebiete hinweg stieg die Mobilitätsziffer leicht an und erreicht nun einen Wert von 38.5. Noch immer hält der südliche Stadtrand die Spitzenstellung (Spalte 5), ohne daß mehr Abwanderer in den Kreis zu verzeichnen sind (Spalte 6). Interessanter sind jetzt aber die Entwicklungen in den Großwohnsiedlungen. Obwohl auf der Silberhöhe die Mobilitätsziffer für die Fernwanderung insgesamt absank, stieg der Anteil der in den Kreis Wandernden beträchtlich an. Damit nimmt dieser Stadtteil nun den ersten Rangplatz (zuvor Rang 7) ein, was das Verhältnis von der Abwanderung in den Kreis zu allen Wegzügen aus dem jeweiligen Bezirk über die Stadtgrenze hinaus anbelangt. In den beiden anderen Gebieten (Heide-Nord und Halle-Neustadt) stieg zwar die Mobilitätsziffer leicht (Heide-Nord) bzw. etwas stärker (Halle-Neustadt), aber in beiden Gebieten ist auch eine verstärkte Abwanderung in den Kreis zu beobachten. Die Liste der Rangplätze wird nun von den drei Plattenbaugebieten angeführt.

Der Anstieg in der gesamten Außenwanderung zwischen 1993 und 1994 (+3.1) ist demnach mit den zunehmenden Wohnortwechseln in den Kreis zu erklären. Diese nehmen in erster Linie Bewohner der Großwohnsiedlungen vor, und ihre Umzüge in den Kreis haben damit 1994 die Marke von 1% der Einwohnerschaft pro Jahr überschritten. Vor allem das einwohnerstarke Gebiet von Halle-Neustadt fällt dabei ins Gewicht.

Für 1995 liegen zur Zeit nur die Zahlen aus dem ersten Halbjahr vor. Führt man sich aber die Größenordnungen der Mobilitätsziffern vor Augen (Spalte 9) und bedenkt, daß in den vorausgegangenen Jahren der größte Teil an Umzügen in die Herbstmonate fiel, so ist damit zu rechnen, daß insbesondere aus diesen Stadtgebieten weitere Wanderungsströme auf den Kreis zukommen werden. Für alle Bezirke - u.U. mit Ausnahme des Be-

zirkes Nord - kann man davon ausgehen, daß die Werte aus 1994 übertroffen werden. Nicht einmal eine Konsolidierung des negativen Wanderungssaldos zwischen der Stadt und dem näheren Umland ist somit in Sicht.

3. Abwanderungspotentiale in Halle

Mit den Daten aus unseren Bürgerbefragungen können wir die Potentiale der Abwanderungswilligen bestimmen und sie hinsichtlich ihrer sozialstrukturellen Zusammensetzung auch verhältnismäßig gut beschreiben. Darüber hinaus ermöglicht uns die Frage nach den Umzugsgründen einen Einblick in die Motivlagen der Befragten. Die Bereitschaft zur räumlichen Mobilität versuchen wir - in Anlehnung an Erhebungen durch die BFLR und in Abstimmung mit anderen Städten - mit folgender Frage zu erfassen: "Haben Sie vor, in den nächsten zwei Jahren aus Ihrer Wohnung auszuziehen?" (Antwortkategorie "ja, möglicherweise, nein"). Damit wird also eine mehr oder weniger feste Verhaltensabsicht erfragt, die durch den kurzen Projektionszeitraum von 2 Jahren auf überschaubare, konkrete Pläne abstellt.

Tabelle 3: 1 enthält die Abwanderungspotentiale, die wir für 1993 bzw. 1994 ermitteln konnten. Verglichen mit den Ergebnissen der BFLR liegen unsere Zahlen weit über dem ostdeutschen Durchschnitt. So weist die BFLR für 1992 und 1993 (Kategorie "ja" und "möglicherweise" zusammengefaßt) ein Mobilitätspotential von jeweils etwa 20% aus⁴. In der Stadt Halle liegen diese Werte beträchtlich höher. Allein für die Befragten, die zu einem Umzug fest entschlossen sind, ergibt sich ein Anteil, der über 10% liegt (nur Kategorie "ja" 1993: 11.8% und 1994: 13.6%). Addiert man für die beiden Jahre die Angaben aus der Kategorie "möglicherweise" hinzu, so ergeben sich Mobilitätspotentiale von 35.4% (1993) bzw. 39.2% (1994). Das sind Werte, die um etwa 17%-Punkte über dem östlichen Durchschnitt liegen. Während die BFLR im Zeitverlauf eher eine Abnahme der Mobilitätsbereitschaft konstatiert, ist in Halle eine - wenn auch leichte - Zunahme zu verzeichnen. Ein Argument, das für diese Abnahme ins Feld geführt wird, hebt auf die Zunahme von Wohneigentum in den östlichen Bundesländern ab. Hier erfuhr der Anteil derjenigen, die angaben in einem eigenen Haus bzw. in einer eigenen Wohnung zu le-

⁴ Zum Vergleich werden hier nicht alle Befragten der BFLR-Umfrage herangezogen, sondern nur die sog. „Kemstädte“, d.h. kreisfreie Städte mit über 100.000 Einwohnern. Für den gesamten Osten weist die BFLR noch geringere Mobilitätspotentiale von 17% (1992) bzw. 16% (1993) aus.

ben, eine Steigerung von 22% (1990) auf 33% (1993)⁵. In Halle beträgt dieser Anteil 1994 knapp 11%. Auch hier geht vom Wohneigentum ein Effekt in die prognostizierte Richtung aus. Unter Eigentümern ist die potentielle Mobilitätsrate weitaus geringer ausgeprägt (8%) als unter Mietern (42%).

hier etwa Tabelle 3: 1

Bezogen auf die einzelnen Stadtbezirke kristallisieren sich, neben dem Stadtzentrum, die Plattenbaugebiete als die am stärksten von der Abwanderung betroffenen Bezirke heraus. Nur jeder zweite erwägt, in Heide-Nord oder auf der Silberhöhe zu bleiben. In Halle-Neustadt liegt dagegen der Anteil der Verbleibenden mit 58.7% nur leicht unter dem städtischen Durchschnitt. Von den älteren Stadtgebieten ist insbesondere die Innenstadt von hohen Abwanderungspotentialen betroffen⁶.

hier etwa Tabelle 3: 2

Betrachtet man das Alter der Abwanderungswilligen, so zeigt sich im Zeitverlauf in der höchsten Altersgruppe eine steigende Tendenz, keinen Wohnortwechsel zu planen (Tabelle 3: 2). Auffälliger ist jedoch die wachsende Mobilitätsbereitschaft in der Altersgruppe der 30- bis 44jährigen. Nur noch jeder zweite von ihnen hegt keine Umzugsabsichten. Vor allem auf der Silberhöhe, in Heide-Nord und im Innenstadtbereich sind große Abwanderungsraten zu befürchten. Auf der Silberhöhe kommt noch hinzu, daß dort auch der Anteil der Abwanderungswilligen in der jüngsten Altersgruppe (17-29 Jahre) überproportional hoch ausfällt, so daß Effekte der Alterssegregation zu befürchten sind. Gleiches gilt ebenfalls für die Innenstadt. Etwas anders sieht die Situation in Halle-Neustadt aus. Hier zeichnet sich diese junge Altersgruppe eher durch eine überdurchschnittliche Verbleiberate aus. Insgesamt zeigen die Ergebnisse jedoch, daß vor allem den Großwohngebieten beträchtliche Anteile an jüngeren Bevölkerungsgruppen verloren gehen werden, sofern die Mobilitätsabsichten wahr gemacht werden.

5 Leider wird hier in der uns vorliegenden BFLR-Studie nicht nach siedlungsstrukturellen Merkmalen unterschieden, so daß ein direkter Vergleich der Stadt Halle mit anderen Städten vergleichbarer Größenordnung nicht möglich ist.

6 Im Bereich der halleschen Innenstadt stößt man auf die älteste Bausubstanz, deren Sanierung häufig dringend nötig ist und große Investitionen erfordert. Von daher wird hier preisgünstiger Wohnraum in Zukunft nicht im bisherigen Ausmaß zur Verfügung stehen. Schon 1993 wurden hier von den Umzugswilligen befürchtete Mietzinssteigerungen als Motiv für einen Wohnortwechsel im Vergleich aller Stadtbezirke am häufigsten genannt.

3.1 Umzugsgründe

Schon 1993 waren wir sehr überrascht, da sich auf die Frage nach den möglichen Umzugsgründen andere Schwerpunkte herauschälten, als wir erwartet hatten. Die Absicht einen Wohnortwechsel vorzunehmen wurde nicht am häufigsten mit ausbildungs- und arbeitsplatzbezogenen Gründen oder mit der Angst vor steigenden Mietkosten begründet. Vielmehr führten die Liste der möglichen Gründe Aspekte an, die mit der Wohnung und der näheren Wohnumgebung zu tun haben. Diese Tendenz verstärkt sich sogar im Zeitverlauf (Tabelle 3.1: 1). 55% nannten die Wohnung als Auszugsgrund, aber auch gut die Hälfte aller Umzugswilligen möchten in einer angenehmeren Wohngegend leben. Dabei spielt offenbar nicht die Stadt selbst eine Rolle, denn die "Atmosphäre" Halles wird nur selten als Wegzugsursache genannt. Im Laufe eines Jahres ist sogar die Angst vor steigenden Mietkosten von 26.8% auf 20.6% gesunken. Ähnliches gilt auch für die Option auf eine mietgünstigere Wohnung (von 14.3% auf 11%). Am meisten wird auf der Silberhöhe⁷, und dies mit einigem Abstand zu allen anderen Stadtvierteln, über die Wohnung bzw. die Wohnumgebung geklagt. Tendenziell trifft dies auch noch auf Neustadt zu, während in Heide-Nord die Gründe etwas breiter streuen. Gerade die Großwohnanlagen sind es also wieder, wo Unzufriedenheiten mit der Wohnung und der wahrgenommenen Qualität des Wohnumfeldes offenbar viel Mobilität auslösen können.

hier etwa Tabelle 3.1: 1

Der Aspekt des Wohnumfeldes spielt für fast zwei Drittel derer eine Rolle, die den Saalkreis zum Ziel eines (möglichen) Wohnortwechsels erklären (ohne Tabelle). Für diese Gruppe ist die Wohnqualität offenbar besonders wichtig. Rund 40% von ihnen befürchten eine Mietkostensteigerung, aber nicht einmal jeder Zehnte würde nach dem Umzug billiger wohnen. Es ist das Eigenheim, das 70% (1993 erhoben) von ihnen vorschwebt. Unter den potentiell Mobilien strebt insgesamt nur ein knappes Viertel diese Variante der Eigentumsbildung an. Hierin liegt also in der Hauptsache die Attraktivität des Saalkreises begründet, und es steht zu befürchten, daß damit ein einkommensstarker Bevölkerungsteil der Stadt verloren geht.

7 Sowie in deren Umgebung im Bezirk Süd B.

3.2 Für wen ist der Saalkreis attraktiv?

Bislang haben wir die Mobilitätsabsicht auf Personenebene analysiert. Jetzt sollen allerdings die zugehörigen Haushaltsmerkmale einbezogen werden. Dabei kann es zu gewissen Unschärfen kommen, weil wir nur die individuelle Umzugsabsicht erfragt haben, nicht aber die tatsächliche haushaltsinterne Konstellation in jedem einzelnen Fall kennen. Berichtet z.B. der 20jährige, er suche z. Zt. eine neue Unterkunft, dann können seine Eltern dennoch in der derzeitigen Wohnung bleiben. Die Aussagen beziehen sich also streng genommen auf Personen und deren Haushaltsmerkmale, nicht aber auf die Haushaltsebene. Bei den Haushalten mit Kindern (unter 18 Lebensjahren) wird allerdings in der ganz überwiegenden Mehrzahl der Fälle der ganze Haushalt von den Mobilitätsabsichten betroffen sein.

Das Umzugspotential (vgl. Tabelle 3.2: 1) in den Familienhaushalten mit mehr als einem Kind liegt sogar über dem des Single-Haushaltes (ohne Rentner). Vor allem in der Standardfamilie mit zwei Kindern hat der Wunsch nach einer Veränderung von 1993 auf 1994 deutlich zugenommen. Ein Großteil der beabsichtigten Umzüge vollzieht sich nach wie vor innerhalb des Stadtgebietes. Bei den Angaben zu den Zielen hat es im Zeitverlauf kaum Veränderungen gegeben (vgl. Tabelle 3.2: 2). In den Kreis zieht es etwa 16% der Umzugswilligen.

hier etwa Tabelle 3.2: 1

Das besondere Interesse gilt jetzt vor allem den Familienhaushalten, denn gerade von ihnen wollen überproportionale Anteile in den Saalkreis abwandern. Diese Tendenz ist am größten, wenn mehr als ein Kind im Haushalt vorhanden ist. Die kinderreichen Familien mit drei oder mehr Sprößlingen sind zwar nicht sehr zahlreich, aber auch 1993 waren es ebenfalls etwa 25%, die in den Saalkreis ziehen wollten. Daraus resultiert - trotz der geringen Fallzahlen für diese Haushaltskategorie in unseren Umfragen - eine gewisse Sicherheit, daß dieser Anteil doch überdurchschnittlich ausfällt.

hier etwa Tabelle 3.2: 2

Bei den durchschnittlichen Haushaltseinkommen fällt auf, daß in den Familien, die den Saalkreis bevorzugen, die durchschnittlichen Einkommen deutlich über denen der Mobilien aus diesen Familienhaushalten im Allgemeinen liegen. Unter den kinderlosen 2-Personen-Haushalten (ohne Rentnerhaushalte) orientieren sich besser betuchte dagegen auch an den Angeboten, die sie im Stadtgebiet zu finden glauben.

4. Resümee

Das Resümee aus dieser Analyse läuft darauf hinaus, daß vor allem einkommensstarke unter den mobilen Bevölkerungsteilen in den Saalkreis streben, und hiervon Haushalte mit Kindern überproportional betroffen sind. Auf der Vorstellung vom eigenen Heim in einer attraktiveren Wohnumgebung beruht der besondere Reiz des Saalkreises, der damit bald die Hälfte der gesamten potentiellen Außenabwanderung zu absorbieren vermag.

Vor dem Hintergrund dieses Potentials nehmen sich die Wanderungsströme der letzten Jahre erst als der Beginn einer quantitativ - und mit Blick auf die sozialstrukturelle Zusammensetzung auch qualitativ - nicht zu unterschätzenden Entwicklung aus, die für die Vitalität der Stadt unangenehme Folgen haben kann. Die Abwanderungswilligen verfolgen dabei ganz rationale Ziele. Die Befürchtung, für die jetzige Wohnung mehr bezahlen zu müssen, läßt sie die Flucht nach vorn antreten. Mehr Geld wollen sie offenbar für das Wohnen ausgeben, dann bestehen sie aber auch auf einem Standard (Wohnung und Wohnumgebung), an den ihr derzeitiges Quartier in ihren Augen nicht heranreicht.

Vielleicht sollte man an dieser Stelle noch einmal hervorheben, wie häufig für die Befragten das Wohnumfeld eine wichtige Rolle spielt. Ein Spezifikum der Stadt besteht ja darin, daß ein Großteil der Einwohner nicht in einem gewachsenen Viertel beheimatet ist. Die relativ kurze Wohndauer wird man dafür verantwortlich machen müssen, daß die Bindungen an den Stadtteil vielfach nur recht dürftig ausgeprägt sind (Mnich 1995: 24ff). Besonders auf die Plattenbausiedlungen trifft das zu. Zum Wohnumfeld gehört aber auch, wie man mit den Nachbarn und Mitbewohnern im Viertel auskommt. Unter diesem Gesichtspunkt fällt auf, daß die Bürger aus den gewachsenen Quartieren zu positiven Ein

schätzungen gelangen, selbst wenn es mit anderen Qualitätskriterien ihres Stadtteils nicht zum Besten steht. Auf eher negative Einschätzungen der Mitbewohner stößt man dagegen häufig dort, wo die Abwanderungsbereitschaft stärker ausgeprägt ist.

Literatur:

Böltken, Ferdinand, 1994: Umzugspläne und Mobilitätspotentiale in Ost- und Westdeutschland. Eine Untersuchung von Umzugsabsichten und -motiven 1990-1993 unter besonderer Berücksichtigung der Wohnsituation. In: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.): Wohnungsbestand, Wohnungsversorgung, Wohnkosten. Informationen zur Raumentwicklung, H. 10.11.1994, S. 759-781.

Boustedt, Olaf, 1975: Grundriss der empirischen Regionalforschung. Teil II: Bevölkerungsstrukturen. Hannover

Franz, Peter, 1995: Tendenzen der Abwanderung ins Umland ostdeutscher Städte: Die Beispiele Halle und Leipzig. In: Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hrsg.): Wirtschaft im Wandel, H. 11/1995, S. 7-11.

Friedrichs, Jürgen, 1995: Stadtsoziologie. Opladen

Gesellschaft für Wettbewerbsforschung und Handelsentwicklung mbH Dr. Lademann und Partner, 1993: Stand und Entwicklung der Einzelhandelsversorgung in der Stadt Halle. Grundlagen und Empfehlungen. Halle

Henckel, Dietrich u.a., 1993: Entwicklungschancen deutscher Städte - die Folgen der Vereinigung. Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik. Bd. 86. Berlin

Mnich, Eva 1993: Bürgerumfrage Halle 1993. Der Hallesche Graureiher 93-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle -Wittenberg. Halle

Mnich, Eva 1995: Bürgerumfrage Halle 1994. Der Hallesche Graureiher 93-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle -Wittenberg. Halle

Sahner, Heinz 1994: Leben in Halle. Ergebnisse der Bürgerumfrage 1993 im Vergleich. Der Hallesche Graureiher 94-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle -Wittenberg. Halle

Sahner, Heinz 1995: Regionale Kooperation im Verdichtungsraum Halle-Leipzig - Chancen, Probleme und Wege. 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie „Gesellschaften im Umbruch“. Vortrag den der Autor auf dem gleichnamigen Forum gehalten hat. Der Hallesche Graureiher 95-5. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle

Seger, Martin/Wastl-Walter, Doris, 1991: Die sozialistische Stadt in Mitteleuropa. Der Modellfall Halle an der Saale. Zustand und Struktur am Ende einer Epoche. In: Geogr. Rundschau, H. 10, S. 570-579

Tabelle 1: 1 Abwanderung in den und Zuwanderung aus dem Kreis

	1993	1994	(1995)*
Abwanderung	1.871	2.775	3.100
Zuwanderung	805	900	900
Saldo	-1.066	-1.875	-2.200

*Schätzung; Quelle: Einwohnermeldeamt der Stadt Halle

Tabelle 1: 1a Abwanderung in den und Zuwanderung aus dem Kreis (halbjährlich)

	1993/1	1993/2	1994/1	1994/2	1995/1
Abwanderung	700	1.171	760	2.015	1.050
Zuwanderung	351	454	478	422	447

Quelle: Einwohnermeldeamt der Stadt Halle

Tabelle 2: 1 Entwicklungen bei der Gesamtabwanderung und der Abwanderung in den Kreis

Bezirk	1993				1994			1995/1		1996*
	Einwohner	Gesamtabwanderung /1000 EW	Abwanderung in den Kreis /1000 EW	relativer Rangplatz (siehe Text)	Gesamtabwanderung /1000 EW	Abwanderung in den Kreis /1000 EW	relativer Rangplatz (siehe Text)	Einwohner	Abwanderung in den Kreis /1000 EW	Abwanderung in den Kreis* /1000 EW
Süd A	55312	23,6	4,5	5	28,5	6,2	7	54340	2,9	5,8
Süd B	11766	110,9	4,3	10	72,2	5,7	10	12116	4,4	8,8
Silberhöhe	37135	38,0	6,7	7	33,9	10,5	1	36435	6,8	13,6
Ost	12214	25,6	3,1	9	37,5	6,1	8	12003	4,4	8,8
Mitte	36395	38,8	8,4	4	42,7	10,4	5	35349	6,1	12,2
Nord	34858	44,3	5,5	8	39,4	8,6	6	34184	3,5	7,0
Nordrand	1381	23,2	10,9	1	27,9	7,9	4	1458	8,2	16,4
Neustadt	83575	37,7	7,2	6	42,1	12,4	3	81878	7,1	14,2
West B	10612	30,1	6,9	3	32,3	4,7	9	10752	4,3	8,6
Heide-Nord	11547	32,9	8,1	2	33,7	10,1	2	11362	5,9	11,8
Insgesamt	294795	35,4	6,4		38,5	9,4		289877	5,4	10,8

*Lineare Hochrechnung aus dem ersten Halbjahr

Tabelle 3: 1 Abwanderungspotentiale in der Stadt Halle

Jahr	ja	möglicherweise	nein
1993	11.8	23.6	64.6
1994	13.6	25.3	61.1

Quelle: Bürgerumfragen Halle 1993, 1994

Tabelle 3: 2 Verbleibende nach Altersgruppen in den Stadtbezirken

	Altersgruppen				Verbleibende in den Stadtbezirken insgesamt
	17-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre u.ä.	
Verbleibende der Altersgruppen insgesamt 1993	34,6	56	74,6	83,6	64,6
Verbleibende der Altersgruppen insgesamt 1994	36,7	49	74,4	90,1	61,1
Verbleibende in den Stadtbezirken 1994:					
Süd A	41,6	56,7	77,4	93,1	69,4
Süd B	37,6	49,7	100	94,1	69,4
Silberhöhe	22,8	43,5	67,1	91,1	50
Ost	49,6	78,9	83,1	94,1	77,6
Mitte	28,3	36,1	67,2	87,1	51,1
Nord	31,8	54,9	74	87,1	62,8
Nordrand*	(50)	(100)	(100)	(100)	(88,9)
Neustadt	43,2	45,9	71,8	86,3	58,7
West B	31,1	74,1	86,5	93	74
Heide-Nord	30,3	42,5	71,6	84,6	50,8

Quelle: Bürgerumfrage Halle 1993, 1994

* Geringe Fallzahlen

Tabelle 3.1: 1 Umzugsgründe nach Stadtbezirken

Umzugsgründe	1993 insgesamt	1994 insgesamt	Stadtbezirke (1994)*							
			Süd A	Süd B	Silberhöhe	Ost	Mitte	Nord	Neustadt	Heide-Nord
habe eine Wohnung nach meinen Vorstellungen am neuen Wohnort	50.8	54.4	52,2	61,2	64,8	33,5	56	40,3	59,1	52,8
möchte in einer angenehmeren Wohngegend leben	40.7	49.1	40,1	51,5	69,9	31,5	52,3	20	55	50,8
Befürchtung vor zu stark steigenden Mietkosten	27.1	20.4	17,9	15,4	22,7	14,3	24,1	22,5	19,9	18
sichere Arbeits-/Ausbildungsstelle am neuen Wohnort	19.2	19.3	17,5	11,3	19,1	7,7	18,6	15,3	23,9	17,4
die neue Wohnung ist mietgünstiger	14.6	10.0	13,3	9,4	10	5,5	10,5	10,7	11,3	10,2
berufliche Perspektive des Lebenspartners	7.1	10.9	11,8	14,5	7,8	0	9,8	13,1	13,2	6,1
Freunde/Verwandte wohnen am neuen Wohnort	9.7	10.4	14,4	6,4	12	14	9,9	5,5	10,3	9,4
schlechte Umweltbedingungen in Halle	14.5	10.1	10,6	6,1	7	8,7	16,8	10,7	9,3	6
besseres Kultur-/Freizeitangebot am neuen Wohnort	7.1	9.9	7,5	8,2	14,2	5,6	8,7	3,4	11,4	15,2
private Gründe (Heirat, Scheidung etc.)	7.0	9.0	11,4	21	6	6,9	7,2	13	8,6	4,3
die Atmosphäre Halles gefällt mir nicht	8.9	7.0	6,7	6,1	8,1	0	6,4	4,6	7,8	10,4
kann am neuen Wohnort mehr Geld verdienen	8.5	7.3	8,6	6,4	9,6	0	5,2	4,1	7,7	5,4
Vermieter will die Wohnung anders nutzen	4.3	4.4	3	6,1	1,7	16,2	8,1	10,2	0,8	1
bessere Versorgung mit sozialen Einrichtungen am neuen Wohnort	2.5	2.3	3,3	4,8	0,7	3,9	2,6	0,6	2	6,2
aus einem anderen Grund	15.1	18.1	18,9	3,2	12,9	25,6	24,9	24	14,7	21

*auf Grund der geringen Fallzahlen ohne die Bezirke Nordrand und West B

Quelle: Bürgerumfragen Halle 1993, 1994

Tabelle 3.2: 1 Umzugsabsicht für ausgewählte Haushaltstypen

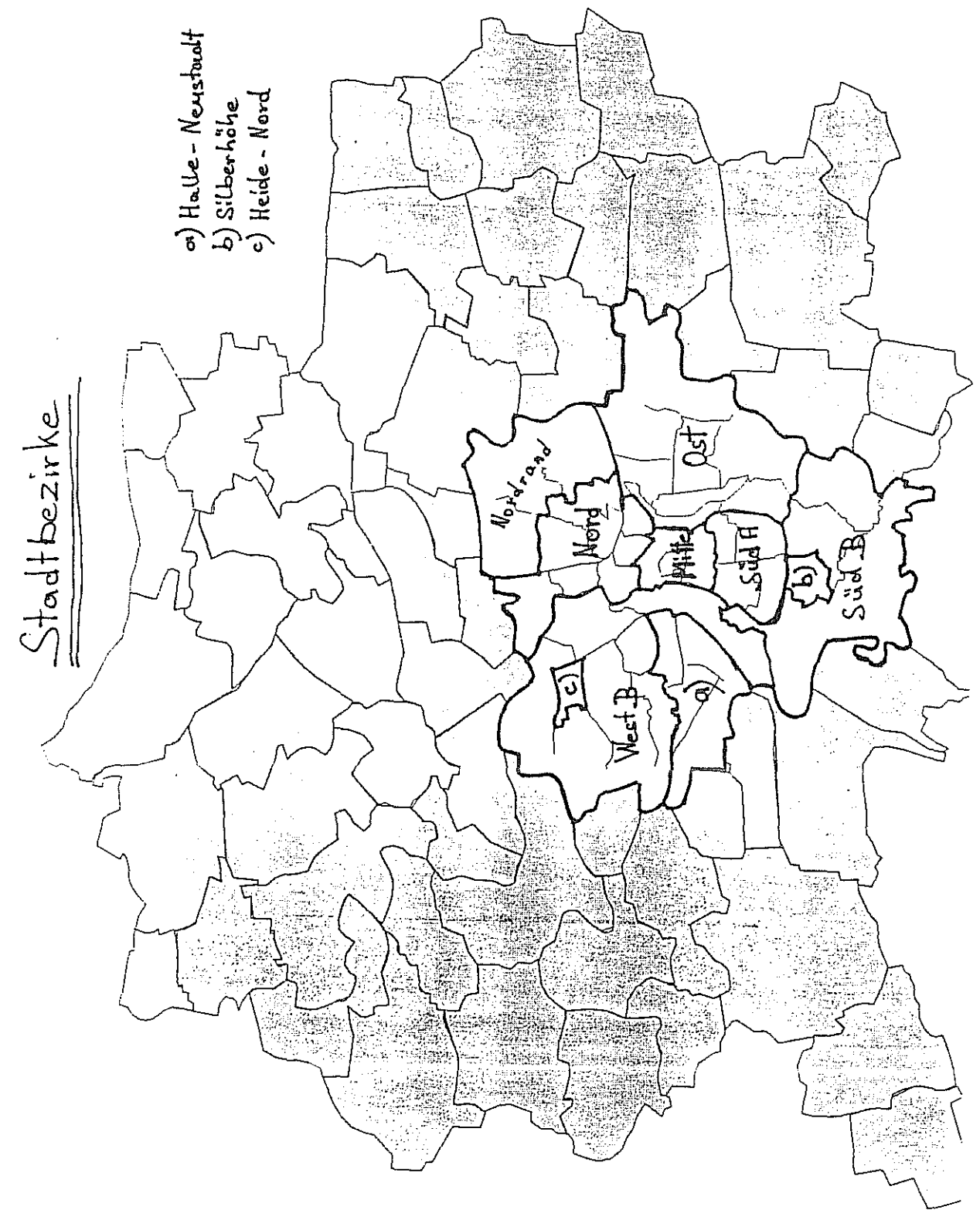
Haushalts-Typen	Umzugsabsicht					
	ja		möglich		nein	
	1993	1994	1993	1994	1993	1994
Haushalte ohne Kinder und ohne Ruhestandseinkommen:						
1-Personen-HH	12.7	18.9	25.1	33.5	61.4	47.6
2-Personen-HH	5.4	16.1	12.2	25.5	81.8	58.4
Haushalte mit Kindern:						
Alleinerziehende	13.8	13.3	37.4	35.3	48.8	51.4
2 Erwachsene und 1 Kind	16.8	15.9	24.5	36.8	53.7	47.3
2 Erwachsene und 2 Kinder	15.7	20.4	24.7	34.9	53.9	44.7
2 Erwachsene und 3 oder mehr Kinder	23.7	21.5	28.4	32.5	47.9	46.1

Quelle: Bürgerumfragen Halle 1993, 1994

Tabelle 3.2: 2 Zielorte der potentiell Mobilien nach Haushaltstypen und deren durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen

Haushalts-Typen	HH-Eink. in %	neuer Wohnort								HH-Einkommen (MW) der potentiell mobilen HH-Typen insgesamt	
		gleiches Wohnviertel		gleicher Stadtbezirk		Saalkreis		über den Saalkreis hinaus		1993	1994
		1993	1994	1993	1994	1993	1994	1993	1994	1993	1994
Haushalte ohne Kinder und ohne Ruhestandseinkommen:											
1-Personen-HH		1360	1670	1600	1710	2260	3250	1730	2140	1570	1880
		40,6	29	33,1	43,6	4,9	1,9	21,4	25,5		
2-Personen-HH		2650	3030	3300	4070	3090	4050	3570	3080	3110	3490
		30,9	42,5	35,7	24,4	17,6	18,6	15,9	14,4		
Haushalte mit Kindern:											
Alleinerziehende		1840	2510	1540	3090	2000	2210	1940	1890	1830	2380
		31,8	36,6	24,7	17,5	13,6	13,6	29,9	32,3		
2 Erwachsene und 1 Kind		3260	3670	3050	3780	3420	3980	3010	3110	3190	3660
		27,6	32,2	32,4	29,6	25	19,5	15	18,7		
2 Erwachsene und 2 Kinder		3860	3580	3390	4200	4240	4600	3960	3850	3900	4100
		17,7	25	23,4	27,9	30,4	28,2	28,6	18,9		
2 Erwachsene und 3 oder mehr Kinder		4150	3690	4840	3960	5250	4200	3010	5560	4370	4160
		38,3	42,2	19	16,6	25,7	23	17	18,3		
HH-Einkommen (MW) nach neuem Wohnort insgesamt (gewichtet für Haushalte)		2510	3000	2740	3260	3630	4170	2950	3010	2850	3271
		32,6	33,3	30,6	29,6	16	16,6	20,6	20,6		

Quelle: Bürgerumfragen Halle 1993, 1994



Wanderungsströme (überproportionale)
in den Saalkreis



Frankfurt/Oder: 10.11.1995

"Transformation der Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern"

Gabriele Sturm (Dortmund):

Zur Wiederbelebung von Privatem und Öffentlichem.

Wenn wir als Stadt- und Regional-SoziologInnen die Umgestaltung der Lebensverhältnisse in Deutschland anschauen, thematisieren wir unter raumfocussierendem Blickwinkel die aktuellen Entwicklungen hin zu einer Ungleichheitsgesellschaft. Dabei dienen Begrifflichkeiten wie die der sozialräumlichen Differenzierung, der Gentrifizierung oder der Segregation in der Regel der ausschließlichen Beschreibung dieser Tendenzen Richtung Ungleichheit - und diese leider häufig ohne eindeutige Definition. Um Ansatzpunkte für planerisches Eingreifen zu gewinnen, wird entsprechend meist danach gefragt, welche Variablen z.B. Wohn- oder Gewerbemobilität auslösen bzw. unterstützen. Das Problem einer Dämpfung negativer Auswüchse solchen Wandels (wer bewertet?) oder einer eventuellen Gegensteuerung (wohin?) wird dann im kommunalpolitischen Alltag auf der instrumentellen Ebene mittels Plänen, Richtlinien und Gesetzen bearbeitet. Dagegen ist zunächst nichts einzuwenden. Wenn ich von der Raumplanung ausgehe, so ist Staatsnähe ein impliziter Bestandteil der Disziplin - schließlich muß die räumliche Ordnung der Organisationsform des öffentlichen Haushaltes bzw. der Gesellschaftsstruktur angemessen sein. Diese Ebene der Bestandsaufnahme und des Reagierens kann allein jedoch nicht ausreichen. Denn zugleich stellt sich in den Sozial- wie den Planungswissenschaften durchgängig die Frage, wie statt bzw. neben Planerfüllung auch Veränderung möglich ist, wodurch diese eventuell steuerbar ist und wer die HandlungsträgerInnen sein können.

Ich gehe bei meiner Betrachtung von Gesamtdeutschland aus, da ich es nach wie vor für ein Unding halte, daß in einer demokratischen Gesellschaft nur eine Seite angepaßt wird! Ein Vergleich DDR - BRD erleichtert zudem den Blick auf die strukturellen Gegebenheiten unserer Gesellschaft, weil er Distanz zum Selbst ermöglicht. Ich möchte im Folgenden versuchen, mittels eines theoretischen Modells des gesellschaftlichen Raumes Denkanstöße zu liefern für eine Einschätzung derzeitiger Transformation bzw. Veränderung. Als theoretisches Konzept verwende ich Ausführungen von Hannah Arendt aus ihrer "Vita activa" (1958). Daher stammt auch mein Sprachgebrauch, daß ich im weiteren Verlauf nach dem Privaten und dem Öffentlichen schaue, um der Verortung politischen Handelns näher zu kommen. Meine empirischen Beispiele spiegeln Aspekte weiblicher Lebenswelten hauptsächlich in

Ostdeutschland: Um mich hier zu beschränken, bitte ich Sie, die entsprechenden westdeutschen Raumerfahrungen dazuzudenken.

Mit dem dualistischen Konzept "öffentlich versus privat" hatten Frauenforscherinnen von Beginn an ihre Schwierigkeiten. Es lieferte - von westeuropäischen Erfahrungen ausgehend - keine adäquate Beschreibung des Spektrums weiblicher Lebenswelten. Zwar verwenden Politik- und Gesellschaftswissenschaften ebenso wie Architektur und Planung die Begriffe öffentlich, halböffentlich, privat wie selbstverständlich als strukturierendes Konzept zur Beschreibung und Ordnung von Raum und Gesellschaft. Selten wird dabei allerdings beachtet, daß Frauen nahezu ausschließlich als Teil der Privatheit vergesellschaftet werden. Die entsprechend produzierte Raumordnung liefert somit allenfalls für westeuropäische männliche Bevölkerung einen angemessenen Rahmen ihrer Lebensrealität. Um die implizierten Potenzen dieser Begrifflichkeit zu de- und zu rekonstruieren, möchte ich - wenn auch sehr kurz - Überlegungen der Philosophin und Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt darlegen, die eine Sichtweise auf die Begriffsentwicklung ermöglichen. In ihrer "Vita activa", die deutsch erstmals 1967 erschien, behandelt sie die drei Tätigkeitsformen arbeiten - erstellen - handeln als aus der Bedingtheit menschlicher Existenz folgernd und als Komplementarität zum Denken als Vita contemplativa. Für meine Themenstellung nehme ich zwei ihrer Gedankenstränge auf, um aus deren Diskussion weiterführende Fragen herzuleiten:

1. Die Ursprungsform der Unterscheidung in öffentlich und privat gründet in der griechischen Polis. Die damalige Organisation menschlichen Lebens trennte das Politisch-Öffentliche vom naturbedingten Haushalt.
2. Zugleich mit neuzeitlicher Staatenbildung kam es zu einem Aufstieg des Gesellschaftlichen aus dem Privaten. Unter den Bedingungen der Moderne folgte daraus ein Zurückdrängen des vormals öffentlichen Raumes wie eine Entwertung der verbliebenen Privatheit.

Zum 1. Diskussionsgang: Die griechische Polis war der historische Ort, mit dem sich vorangegangene Organisationsformen menschlicher Gemeinschaft, die ausschließlich auf Blutsverwandtschaft beruhten, umorientierten. Mit den neuen Ordnungsbegriffen öffentlich und privat wurden die beiden neuen Seinsordnungen bezeichnet, die städtisches Leben - bzw. überhaupt genuin menschliches Leben - kennzeichneten. Deutlich zu unterscheiden ist auf der einen Seite das naturhafte Zusammenleben, in dessen Mittelpunkt das Haus = oikos und die Sippe/Familie einschließlich aller Sklavinnen und Sklaven steht, und andererseits die politische Organisation. Das Leben jeden Bürgers war genau geteilt zwischen dem, was er sein *eigen* nannte, und dem, was *gemeinsam* war. Aus dem Eigenen = idios folgert bis heute, daß der

Idiot der ausschließliche Privatmann bzw. der gewöhnliche Mensch ist: Dieser bleibt immer derselbe, er kann zwar das Haus verlassen, kehrt jedoch unverändert zurück.

Der Seinsordnung des **Privaten** gehörten alle Menschen in der Polis an: Männer wie Frauen wie Kinder, Sklavinnen wie Sklaven. Es ist der Bereich des Wirtschaftens in der Struktur des Oikos. Das Zusammenleben im Haushalt war diktiert von der Sorge um die alltäglichen Bedürfnisse und Lebensnotwendigkeiten. Da es grundlegend um die Erhaltung des Lebens und Ernährung des Körpers ging, galten als natürlichste Funktionen das Arbeiten des Mannes und das Gebären der Frau (Arendt, 1981, S.32f). Das Prinzip der Notwendigkeit durchherrschte alle Tätigkeiten dieses privaten Bereiches. Nach archaischem Recht sind alle Haushaltsmitglieder in eine hierarchische Ordnung eingebunden mit dem Hausherrn als bestimmenden Haushaltsvorstand. Räumlich bezog der Bereich des Wirtschaftens den weitaus größten Teil aller möglichen Orte und auch Ereignisse ein: Haus und Hof, Felder, Gärten, Werkstätten, Straßen und Wege, das Bordell wie die Zuschauertraversen im Theater und sogar die Tempel. Denn auch die Göttinnen und Götter waren zwar mächtiger als Menschen, aber innerweltliche Wesen und auch ihre Orte - der Olymp wie der Orkus - gehorchten den Notwendigkeiten der Welt. Zwar bildete so das Private für alle Menschen die Grundlage des (Über-)Lebens, unterschied sie jedoch nicht von der Natur der übrigen Welt - zeichnete sie nicht als spezifisch menschlich aus. Dies wird besonders am Wort "privat" deutlich, das ursprünglich "beraubt, gesondert" heißt. So kennzeichnet Privatheit einen *Zustand der Beraubung*, "beraubt der höchsten Möglichkeiten und der menschlichsten Fähigkeiten" (ebd., S.39), nämlich der Freiheit und des Logos - also der Möglichkeiten zur Rede, zum Handeln, zum Denken, die als ureigenste menschliche Qualitäten über die notwendige Begrenztheit hinausweisen.

"Im Gegensatz hierzu war der Raum der Polis das *Reich der Freiheit*" (ebd., S.33), für das der Haushalt die Eingangsbedingungen bereitstellte. "Die Polis unterschied sich von dem Haushaltsbereich dadurch, daß es in ihr nur Gleiche gab, während die Haushaltsordnung auf Ungleichheit geradezu beruhte. ... Freisein (dagegen) hieß weder Herrschen noch Beherrschtwerden" (ebd., S.34). Das **Öffentliche** galt als genuin menschliche Möglichkeit, Unsterblichkeit zu erlangen, da nur das bewußte Handeln für das Gemeinwesen über eine naturhafte Vergänglichkeit des einzelnen hinausreicht. Öffentlichkeit bezeichnete somit die alleinige Sphäre der Freiheit von Dinglichkeit und materiellen Zwängen wie Verpflichtungen. Im Bereich der Polis, dem Politischen galt ausschließlich die Überzeugungskraft des Argumentes. Nur darüber regelte sich die immer neu auszuhandelnde Struktur zwischen freien und in ihrer Verschiedenheit ebenbürtigen Bürgern, deren Kardinalstugend *Mut* hieß. Das

Öffentliche konstituierte sich als weltlicher Raum immer neu da, wo "Menschen sich auszeichnen und das Vortreffliche die ihm gebührende Stätte finden kann" (ebd., S.49). Die Orte der Öffentlichkeit waren somit der Platz = die Agora, der denselben Namen trug wie der Bürgerrat selbst, der Garten - wie der Epikur'sche Garten, in dem die Philosophenschule beheimatet war - und es waren flüchtige Orte als Versammlungsorte freier Bürger. In diesem Sinne hatten Despotien keine öffentlichen Orte: Der Königspalast mit seinem Saal zur Präsentation der Herrschaft ist nicht öffentlich! Zugang zum Öffentlichen, zum Politischen hatten ausschließlich Bürger. Die Bürgerrechte konnten nur Haushaltsvorstände erlangen. Als Zugangsbedingungen galt zum einen die Selbstbestimmung über Leib und Leben, was zur grundlegenden Unabhängigkeit vom Naturhaften des Weltlichen stilisiert wurde. Frauen wie Sklavinnen und Sklaven konnten dagegen nur im Verborgenen wirken, "weil ihr Leben arbeitsam war, von Funktionen des Körpers bestimmt und genötigt" (ebd., S.69) (vgl. auch später: proletarii = die Kindererzeuger). Zum anderen war Eigentum in Form von Boden und als Ort der Familie Grundlage der antiken Bürgerrechte. Denn nur der gesicherte materielle Rückhalt verbürgte die Freiheit von den Notwendigkeiten des Lebensunterhaltes. Nicht übermäßig reich mußte der antike Bürger sein, sondern unabhängig und fähig, Eigentümlichkeit auszuprägen.

Damit beende ich diese Kürzestfassung über den Haushalt und das Politische im antiken Griechenland als Räume des Privaten und Öffentlichen, um ein **Zwischenfazit** zu diskutieren:

* Schärfsten Protest erzeugt die Beschränkung irgendeiner Menschengruppe auf das Private, da dieses Verwiesensein den Ausschluß vom Menschsein an sich - nämlich von der Fähigkeit zum Handeln und zur Kontemplation bedeutete. Zu fordern ist statt dessen, daß Handlungsmöglichkeit für alle gleichermaßen gewährleistet ist. Dafür entscheidend ist die Regelung der materiellen Lebensgrundlagen - heutzutage also die Sicherung des Zuhauses (Benhabib, 1994, S.290), Erwerbstätigkeit und Kinderversorgung - sowie die Auflösung ideologischer Barrieren, wie die solch dualistischer Konzepte.

* Weiterhin möchte ich deutlich darauf verweisen, daß der antike Oikos in seiner Struktur uns heute kaum als Vorbild dienen kann: Er funktionierte nur mit archaischem Recht ausgestattet, d.h., nicht der einzelne Mensch war Träger von Rechten und Pflichten, sondern der Familienverband. Darin waren nicht nur Frauen immer patriarchaler Verfügung und Willkür unterworfen. Weiterhin ist zu beachten, daß sich die dem privaten Haushalt zur Verfügung stehenden Ressourcen infolge moderner Kapitalisierung grundlegend geändert haben. Solches bedeutet um so mehr, daß die *Sicherstellung der Lebensnotwendigkeiten geschlechtsunabhängig* neu zu regeln ist.

* Schließlich gefällt mir am antiken Konstrukt die *Vielfalt der Menschen als politische Lebewesen*, die ihre Eigenart gerade in der Öffentlichkeit einsetzen und entfalten. Zur Sicherung des Überlebens dieser Welt, verstanden als Interesse des menschlichen Gemeinwesens, müssen zudem alle fähigen Menschen - Frauen wie Männer - ihre Eigenheit als in die Zukunft weisend einsetzen. Die im Politischen ausgetragene Pluralität der Ebenbürtigen erscheint mir erstrebenswerter und zukunftsorientierter als die langweilige Vervielfältigung, der wir heute in Politik und Öffentlichkeit begegnen, wo allerdings auch ohne zu diskutieren eher ausgemauert wird. In der antiken Polis dagegen folgte Gleichheit aus der Freiheit und produzierte einen Raum, in dem es weder Herrschen noch Beherrschtwerden gab - solches ist heute kaum vorstellbar, war allerdings auch zu Athener Zeiten nur von kurzer Dauer.

Wenn wir die antike Begriffsdefinition von öffentlich und privat auf aktuelle Lebenswelten anwenden, so ist heute Öffentlichkeit als Raum der Freiheit nahezu völlig verschwunden. Ein herrschaftsfreies Handeln ist für Männer wie für Frauen die absolute Ausnahme. Wenn Handeln in Hannah Arendts Verständnis zudem mit Neuanfang, Erschaffung von Freiheit und unberechenbaren Prozeßabläufen zusammenfällt (Arendt, 1981, S.165ff), so weisen derzeit allein *Emanzipationsbewegungen* dieses Moment menschlichen Tätigseins auf. Ich habe anfangs kurz darauf verwiesen, daß für Frauen in Westdeutschland die Raumordnung zwischen öffentlich und privat kaum ihrem Mobilitätsspektrum und ihren Alltagserfahrungen entspricht. Aus dem dargestellten Hintergrund erscheint dies ableitbar; die kulturelle Zuweisung des Weiblichen zum Privaten ist bislang allenfalls durch die Frauenbewegung als Handlungsträgerin aufgeweicht.

Wenn ich weiter davon ausgehe, daß sich die DDR einem anderen Modernisierungsmodell verschrieben hatte, könnten die Widersprüchlichkeiten des Öffentlich-Privat-Dualismus dort entsprechend andere Ausprägungen aufweisen. So möchte ich nun schauen, welche räumliche Lebensrealität für Frauen dort galt:

Obwohl die Wohnungsnot in der DDR bis zur Wende nicht beseitigt werden konnte, gab es in schlechten Wohnungen zwar viele "latent Obdachlose", aber keine Wohnungslosen. Bei durchschnittlich nur 15 qm Wohnfläche, auf die jede Staatsbürgerin und jeder Staatsbürger Anspruch hatte, waren *Wohnungen* klein, voll, vergleichsweise wenige Stunden am Tage genutzt und trotzdem für viele einziger Ort, Eigenheit zu produzieren. Zwar übernahmen auch die ostdeutschen Frauen mehr Reproduktionsarbeit als ihre Lebenspartner, aber viele Tätigkeiten waren ausgelagert: Die Kinder waren in Krippe oder Schule oder Hort bis zu zwölf Stunden täglich versorgt, die Erwachsenen aßen in der Betriebskantine, die Volkssolidarität kümmerte sich um viele Alte, die die wirklich Armen der DDR-Gesellschaft waren. Aus der

Beengtheit der Wohnung und der Monotonie der Plattenbausiedlungen flüchteten die Bewohnerinnen und Bewohner - im Laufe der Jahre zunehmend - in ihrer "freien Zeit" in die Datsche, zumal die Alternativen für Freizeitgestaltung auch räumlich wenige waren. Andererseits gab es im Arbeiter- und Bauernstaat auch wenig Freizeit - egal ob für Frau oder Mann. Denn ein Großteil der nicht mit Erwerbsarbeit verbrachten Zeit wurde zur *informellen Subsistenz- bzw. Gebrauchsarbeit* verwendet, in der all das hergestellt wurde, was nicht geldmarktförmig zu kaufen war.

Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung wurde im erwerbsarbeitsfreien Leben nicht überwunden - weniger als im Erwerbsarbeitsleben. Da waren die DDR-Frauen in nahezu allen Sparten vertreten bei einer Frauenerwerbsquote - bezogen auf die 25 - 60jährigen - von bis zu 92% - in der BRD waren es maximal 60% (Geißler, 1992, S.242f). Trotzdem gab es bei gleicher Qualifikation unterschiedliche Karrierechancen. So betrug der Nettoverdienst der Frauen auch im Osten Deutschlands nur 78% von dem der Männer (in der BRD 64%, ebd., S.244) und die Spitzenpositionen in Industrie und Politik blieben männlichen Kadern überlassen. Die Frauenfrage als Nebenwiderspruch galt als gelöst allein durch die Gleichbeteiligung hinsichtlich Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung. Die *Aufrechterhaltung geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung* wurde nicht thematisiert, auch nicht in der Wissenschaft.

Die Beteiligung beider Geschlechter an subsistenzwirtschaftlichen Aktivitäten sowie die Gleichartigkeit der Warenversorgung und des Dienstleistungsangebotes an allen Orten führte zu einer *Gleichförmigkeit fast aller Orte* mit dem Vorteil, daß nicht nur Wohnung oder Datsche, sondern auch Straßen oder Orte der Kultur oder Demonstrationen für Frauen wie Männer einen ähnlichen Stellenwert einnahmen (vgl. Breckner & Sturm, 1993). Allenfalls Kirchen hatten mehrheitlich weibliche Besucherinnen und vielleicht Kneipen mehrheitlich männliche. Die gesamte Alltagswelt erschien weniger differenziert, Nutzungen waren weniger voneinander abgegrenzt, die Orte weniger von nur einem Geschlecht besucht. Was sich im städtischen Erscheinungsbild unter dem Titel sozialistischen Fortschritts differenzierte, war die alte Stadtstruktur, die dem Verfall anheim gegeben wurde, versus die modernen Plattenbauwohnungen, die bis heute nur als Neubausiedlungen apostrophiert werden. Wenn Öffentlichkeit Auszeichnung, freies Argument, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit bedeutet, so scheint es solche Öffentlichkeit in der DDR kaum gegeben zu haben. Aber war deshalb die DDR einzig ein Raum des Privaten? Solches erscheint mir zu einfach. Obwohl die Geschlechterhierarchie aufrechterhalten wurde - wofür neben den schon aufgeführten Beispielen insbesondere die Gewalt in der Familie spricht, kommt dem dualistischen Konstrukt öffentlich versus privat kaum Erklärungskraft mehr zu - noch nicht einmal mehr für die Lebenswelten der meisten Ost-Männer. Aber das Arendtsche Konzept beschränkt sich gerade nicht auf den antiken Dualismus:

Der **2. Diskussionsgang**, den ich aus Hannah Arendts Schrift herleite, knüpft sich an die *Herausbildung des Gesellschaftlichen*. Sie schreibt: "Der Raum des Gesellschaftlichen entstand, als das Innere des Haushalts ... in das volle Licht des öffentlichen Bereiches trat. Damit war nicht nur die Scheidelinie zwischen privaten und öffentlichen Angelegenheiten verwischt, sondern der Sinn dieser Begriffe wie die Bedeutung, die eine jede der beiden Sphären für den Einzelnen als Privatmensch und als Bürger eines Gemeinwesens hatte, veränderten sich bis zur Unkenntlichkeit" (1981, S.38). Solches geschieht spätestens seit dem 17. Jahrhundert. "Der Besitz bemächtigte sich der Öffentlichkeit in der Form des Interesses der besitzenden Klasse". Das Interesse richtete sich auf eine "Wirtschaft frei von dem Eingriff des Politischen und auf die Wirtschaftenden frei von der lästigen Sorge um öffentliche Angelegenheiten" (ebd., S.65). Damit bleibt dieses Interesse zwar privater Natur, da es nichts Gemeinsames hervorbringt, aber der Konkurrenzkampf, in dem jeder ein Gleiches wollte, schafft mit dem Gesellschaftlichen eine der Privatheit eigene Öffentlichkeit. Was als privateste Privatheit übrig bleibt, ist die Intimität, die historisch im Gegensatz zum Gesellschaftlichen steht. Der Haushalt steigt auf zum Kollektiven, gar zur Nation. Für diesen neuen Zusammenhang wird verlangt, daß sich alle wie Glieder einer großen Familie verhalten - die blutsverwandte Familie darf darüber an Bedeutung verlieren. Aus dem Familienoberhaupt, der Ein-Herrschaft der antiken Privatheit wird mit der Etablierung der Nationalstaaten die *Bürokratie zur typischen Organisationsform des öffentlichen Haushalts*. Eine deren wichtigsten Aufgaben besteht darin, nicht das Eigentum aller ihrer Mitglieder zu wahren, sondern den Reichtum weniger zu schützen. Das Gesellschaftliche weist eine "unwiderstehliche Tendenz zur Expansion" (ebd., S.46) auf, mit der es sowohl die klassische Familie als auch später die sozialen Gruppierungen als auch einen Großteil des Politischen aufgesogen und nivelliert hat. Dem liegt ein modernes Verständnis von Egalität zugrunde, das auf *Konformismus* beruht, statt auf Gleichheit von Nicht-Durchschnittlichen, die gerade aufgrund ihrer Vielfalt Außerordentliches zu leisten vermögen. Da die Gesellschaft wie ehemals die private Familie Handeln als etwas die Alltäglichkeit durchbrechendes ausschließt, tritt an dessen Stelle das *geregelte Sich-Verhalten*. Ein Teil davon, das Arbeiten, das ehemals nur im Verborgenen der Privatheit stattfinden durfte, veröffentlicht sich in der Ausformung der Erwerbsarbeit nun im Gesellschaftlichen. Das Arbeiten konnte sich in der Sphäre der Öffentlichkeit deren Organisationsbedingungen und deren Anspruch an Vortrefflichkeit zunutze machen, erfuhr so revolutionäre Umwandlung und vervollkommnete sich in der Arbeitsgesellschaft auf unerwartete Weise. Dagegen wurde die menschliche Fähigkeit zu handeln auf eine neue Art verprivatisiert. Die Besonderheit und Auszeichnung

von Subjekten als Privatangelegenheit kann auf Dauer jedoch nicht die Qualitäten der klassischen Öffentlichkeit ausgleichen.

Meine **Reflexion** dieses zweiten Gedankenstranges bezieht sich vor allem darauf, daß sich das Gesellschaftliche auch räumlich nahezu überallhin ausgebreitet hat. Insofern war meine eingestreute Deskription, die - zumindest für Frauen - kaum öffentliche oder private Orte mehr identifizieren konnte, adäquat. Der städtische Raum verkommt in einer sogenannten *Halböffentlichkeit* als der Verräumlichung des Gesellschaftlichen. Die Städte dehnen sich unbegrenzt aus, verlieren ihre Form und ihre Eigenheit. Da die Öffentlichkeit des Politischen kaum mehr existiert bzw. ihr in Erscheinung treten oft genug als Bedrohung wahrgenommen wird, definiert sich im Gesellschaftlichen nun das Draußen als nicht-privat und sperrt damit verbliebenes Privatleben hinter Mauern. Städtische Eigenart, die heute eher unter dem Schlagwort Urbanität verregelt werden soll, ist jedoch nur bedingt eine Begleiterscheinung von gläsernen Passagen und Großereignissen, sondern vor allem eine Folge von der Möglichkeit der Freiheit, dem Zulassen von Vielfalt, dem Vertrauen in menschliches Handeln.

Insofern erscheint es auch einleuchtend, daß das Konstrukt "öffentlich versus privat" zur Beschreibung der DDR-Realität gar nicht mehr passen wollte. Unter dem offiziellen Leitbild einer radikalen Moderne hatte aufgrund der Unterdrückung jeglicher politischer Öffentlichkeit das Private als Gesellschaftliches sich dort nahezu überallhin verbreitet. Bei Hannah Arendt finden wir zum Vergleich verschiedener Formen politischer Herrschaft topologische Redefiguren: Eine verfassungsmäßige Regierung verglich sie mit einem durch Hecken geordneten Territorium; die Tyranis wäre wie eine Wüste mit unvorhersehbaren Sandstürmen; der Totalitarismus hat in Hannah Arendts Bildern keine räumliche Topologie - mittels Terror werden Menschen in ihrer Pluralität vernichtet und zu einem überdimensionalen Singular organisiert. Hinsichtlich dieser Kennzeichnung entwickelte die DDR-Führung totalitäre Zielvorgaben: In ihrem Staat hatte *der Haushalt nach und nach alles ergriffen*, auch hinsichtlich der ästhetischen Erscheinung - selbst die Verfassungsrealität funktionierte nach archaischen Recht im Sippenverband. Die Perspektive der gesteuerten Vereinheitlichung und das Bewußtsein der Überwachung waren allgegenwärtig.

Und doch war Veränderung möglich: Die schon nicht mehr vermuteten Reste politischer Öffentlichkeit hatten in privatisierter Individualität überlebt - Menschen mit Mut und gehüteter Eigenheit hatten die Erinnerung einverständigen Handelns bewahrt, woraus bei zunehmendem Verlust der Glaubhaftigkeit des Gesellschaftlichen die sogenannte Wende folgte. Denken und Handeln für das Gemeinwesen verbreitete sich unter dem neu gewendeten Slogan "Wir sind das Volk". Mit der neu gewonnenen Macht konnte veröffentlichte Privatheit verlassen werden in Richtung neuer pro-

vozierender Öffentlichkeit - was die Bürgerrechtsbewegung in ihrer Bedrängnis artikuliert, war der republikanische Anspruch bürgerlicher Selbstregierung. Insofern wurde die Leipziger Ringstraße zu einem spontanen öffentlichen Ort klassischer Prägung, ähnlich dem sich für die Dauer eines Jahres noch zahlreiche über das Land verbreiteten.

Was dieses Modell der sich als Gesellschaftliches veröffentlichenden Privatheit und der sich im Privaten ausagierenden Besonderheit darüberhinaus zur Analyse der DDR-Realität leisten kann, wäre ein in weiterer Diskussion zu verfolgender Gedankenstrang.

Daß die konstatierte Ausdehnung des Gesellschaftlichen für Frauen nicht Gutes bewirkte, kann ich hier in Kurzform nicht ausführen, sondern will abschließend nochmals einige **Kerngedanken** zusammenfassen: Ich hoffe, deutlich gemacht zu haben, daß weder die totale Auflösung im Gesellschaftlichen noch ein Zurück zur Polis sinnvoll sein können, wir jedoch ein Analysemodell brauchen, aus dem heraus sowohl eine kritische Zuordnung räumlicher Sphären als auch Entscheidungen zukünftigen Handelns verortbar sind. Obwohl das Öffentlichkeit-Privatheit-Konstrukt grundlegenden Wandlungen unterworfen war, die das Frauen diskriminierende Muster kulturell verfestigen konnten, führt die Rückbesinnung auf die ursprüngliche Konzeption zu einer hoffnungsvollen Rekonstruktion:

* Beginnend mit dem Privaten erscheint mir wichtig, daß es einen nicht nur auf Intimität beschränkten Raum geben muß zum Zurückziehen, zum allein sein, zum heimlichen Tun nicht vor aller Augen, da solches zur Entwicklung und Aufrechterhaltung **autonomer Subjektivität** gehört. Meines Erachtens stammen die Widerstandspotentiale der DDR-Bürgerrechtsbewegung wie auch der westdeutschen Frauenbewegung aus solcher Ressource.

* Weiter zählt dazu, daß nach wie vor für Frauen die grundlegenden gesellschaftlichen **Bürgerinnen-Rechte** wichtig und noch zu erringen sind, nämlich: Die freie Verfügung über Leib und Leben sowie ausreichende Absicherung materieller Unabhängigkeit, damit dieses Verfügungsrecht nicht aus Notdurft eingeschränkt werden muß. Diesbezüglich erfahren gerade die ostdeutschen Frauen seit der Wende einen schmerzlichen Rückschritt.

* Zu den erhaltenswerten Inhalten ersten Ranges zählt für mich die Vorstellung vom Öffentlichen als **Raum von Gleichen in ihrer Vielfalt**, in dem aus koordiniertem gemeinsamen Handeln Macht erwächst und aus dem heraus ein reflektierter Prozeß der Veränderung der Gesellschaft erfolgen kann. Handeln, im Unterschied zum Denken und Herstellen, kann mensch nur mit der Hilfe der anderen und in der Welt. Nicht die Verschmelzung der Vielen in ein Kollektiv, sondern die verbundene Pluralität aller BürgerInnen wird dabei zur Grundlage von Freiheit.

* Letztlich ist mir wichtig die **Eigenständigkeit** nicht nur **von Handeln**, sondern auch **von Kontemplation**, was sich beides sowohl räumlich wieder stärker ausprägen müßte als auch in der Selbstverständlichkeit und Verbreitung entsprechenden Tuns.

Das viergliedrige Modell, in das ich Hannah Arendts Struktur menschlichen Tätigseins eingeordnet habe, legt nicht nur nahe, daß wir zukünftig eher von Räumen zum Arbeiten, zum Erstellen, zum Handeln und zur Kontemplation sprechen sollten. Es bietet zudem eine Visualisierung weiteren Diskussionsbedarfes: Wenn wir in der Regel nicht mehr von einem Änderungsprozeß der deutschen Gesellschaft reden, sondern von der Transformation ostdeutscher Lebensverhältnisse - Transformationsprozeß ist m.E. ein Widerspruch in sich, da ein zielorientiertes Vorhaben mit unüberblickbarer Dynamik verquickt wird! - haben wir die Hoffnung auf politisches Handeln schon wieder aufgegeben. Aber warum beschränken wir uns auf das Beplanen im Gesellschaftlichen, wo doch die ehemaligen DDR-BürgerInnen schon so schlechte Erfahrungen mit dem Versuch der totalen Vergesellschaftung gemacht haben? Und warum scheuen wir uns nach wie vor vor Veränderung, Partizipationsprozessen, Chaos etc., die in verkürzter Rezeption nur als ungeordnet dargestellt werden, wo doch gerade die gern zitierten historischen Wandlungen unserer Gesellschaft aus Handeln resultieren, das sich voll Mut auf die nicht absehbaren Veränderungsprozesse eingelassen hat?

Literatur

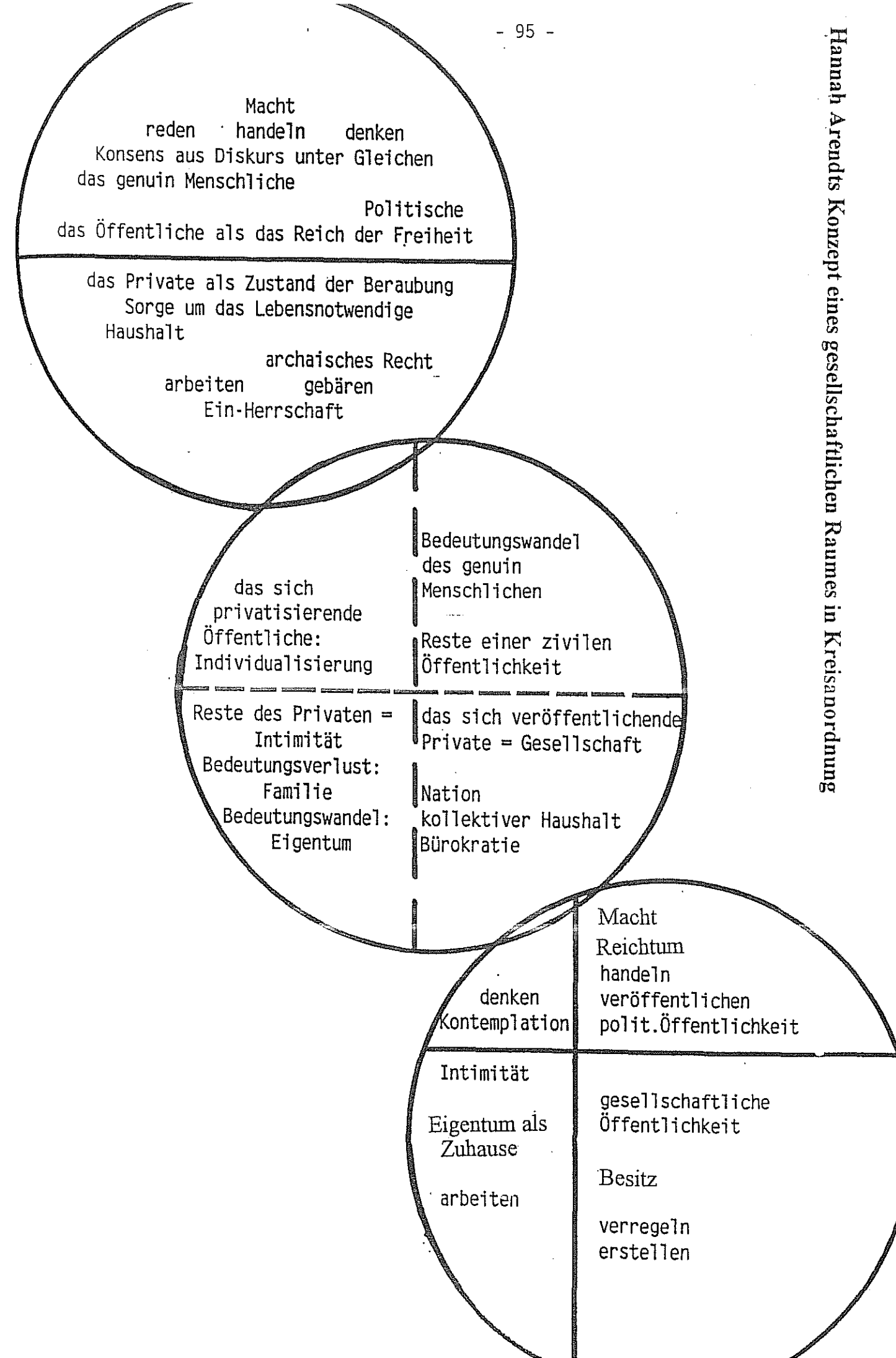
Arendt, Hannah (1981). *Vita activa - oder vom tätigen Leben*. München: Piper (Originalausgabe erschien 1958).

Benhabib, Seyla (1991). Modelle des öffentlichen Raums: Hannah Arendt, die liberale Tradition und Jürgen Habermas. *Soziale Welt*, 42, 147-165.

Benhabib, Seyla (1994). Feministische Theorie und Hannah Arendts Begriff des öffentlichen Raumes. In Margit Brückner & Birgit Meyer (Hg.), *Die sichtbare Frau* (S.270-299). Freiburg: Kore.

Breckner, Ingrid & Sturm, Gabriele (1993). Weibliche Lebenssituationen im Wandel: Gesellschaftliche Entwicklungen verändern die Gestaltungsspielräume von Frauen in räumlichen Strukturen. In BM Bau (Hg.), *Frauen planen die Stadt* (Schriftenreihe Forschung, Heft 493, S.23-45). Bonn: BM Bau.

Geißler, Rainer (1992). *Die Sozialstruktur Deutschlands*. Opladen: Westdeutscher Verlag.



Hannah Arendts Konzept eines gesellschaftlichen Raumes in Kreisordnung

Martina Löw, Halle

Umbruch, Transformation oder alles wie gewohnt?

Kategoriale Überlegungen am Beispiel der Geschlechtertheorie

Vortrag für die Herbstsitzung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie.

10.11.95, Frankfurt/Oder

Stadtsoziologische Bücher, die sich mit den Lebensverhältnissen in den neuen Bundesländern beschäftigen, tragen gerne Titel wie "Ostdeutsche Wohnmilieus im Wandel" (Herlyn/Hunger), "Sozialer Wandel in den neuen Bundesländern" (Lange/Schöber) oder etwas schärfer formuliert "Stadt im Umbruch: Gotha" (Herlyn/Bertels) bzw. "Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch" (Marcuse/Staufenbiel), manchmal auch "Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß" (Thomas). Die Begriffe "Wandel", "Umbruch" und "Transformation" werden häufig synonym verwendet. In den Einleitungen der genannten Bände, aber auch auch in Veröffentlichungen vieler anderer AutorInnen wechseln die Kategorien "Umbruch, Wandel, Transformation" als ginge es einzig darum, Wiederholungsfehler zu vermeiden.

Ich möchte zu Beginn Überlegungen anstellen, welche Entwicklungen in den neuen Bundesländern oder in Deutschland diese Begriffe benennen, bzw. in welche Irrwege unscharfe begriffliche Formulierungen führen können. Daran anschließend werde ich das Verhältnis von Kontinuität und Wandel am Beispiel der Geschlechtertheorie diskutieren.

Umbruch ist die radikalste der genannten Kategorien. Die Vorstellung, daß etwas "bricht", beinhaltet die Dimension eines zeitlich schnellen Vorgangs. Die Vorsilbe "um" stammt aus dem Altgermanischen und verweist auf eine räumliche Dimension im Sinne von "ringsherum" oder "umherum". Im Wort

"Umbruch" verankert ist eine grundlegende Änderung, ein fundamentaler Wechsel aller gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Kategorie "Wandel" ist vergleichsweise vorsichtig gewählt und bezeichnet ganz im Gegensatz zum Umbruch eine sich langsam vollziehende Veränderung. Wandel kann sowohl Veränderungen in Biographien thematisieren als auch in Institutionen. Die Kategorie "Umbruch" ist auf Biographien zwar seltener anwendbar, aber radikale Umbrüche im Leben sind denkbar. Transformation jedoch ist ein rein institutionentheoretischer Begriff.

Transformation ist am exaktesten definiert. Wie auch der Begriff "Umbruch" bezeichnet Transformation einen Veränderungsvorgang, der sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche bezieht (vgl. Hanf 1995). Jedoch im Unterschied zu Umbruch ist ein Transformationsprozeß ein zielgerichteter Vorgang. Etwas wird transformiert in etwas anderes, in diesem Fall wird (bzw. wurde) das Gesellschaftssystem der DDR transformiert in das kapitalistische System der Bundesrepublik. Demzufolge müßte man einen Zeitpunkt bestimmen können, an dem der Transformationsprozeß abgeschossen ist. Wer also von Transformation spricht, so der Hallenser Soziologe Thomas Hanf, "benutzt eine Metapher, die einen Anfang und ein Ende impliziert" (Hanf 1995, 1).

Die Kategorie "Transformation" ist meiner Ansicht nach die problematischste, um die Veränderungen in den neuen Bundesländern begrifflich zu fassen. Zwar ist es ohne Zweifel richtig, daß nahezu alle Institutionen, Organisationen und rechtlichen Strukturen in Ostdeutschland durch westdeutsche ausgetauscht wurden, jedoch geschah dieser Prozeß keineswegs so zielgerichtet und geplant wie der Transformationsbegriff dies nahelegt. In Halle haben wir in einem institutsübergreifenden Buchprojekt versucht, gemeinsam herauszuarbeiten, wie sich die gesellschaftlichen Veränderungen in den einzelnen fachspezifischen Teilbereichen vollzogen haben (vgl. Löw u.a. 1995). Das heißt, die einzelnen Fachvertreter haben den Prozeß der institutionellen Umwandlung für Universität, Schule, Kindergarten und für verschiedene Institutionen der Sozialarbeit rekonstruiert, andere haben die (berufs-) biographische Dynamik analysiert. Verkürzt könnte man als Fazit formulieren, daß die neu gegründeten und neu strukturierten Institutionen gerade im Sozial- und Wohnungsbereich schnell unter enormen Handlungsdruck gerieten, so daß häufig zufällige und spontane Lösungsstrategien verfolgt wurden. Behörden, Schulen oder

Universitäten arbeiten in den neuen Bundesländern zwar auf der Basis westdeutscher Gesetze und Strukturen, die StudentInnenschaft oder SchülerInnenschaft, der Lehrkörper und die Angestellten - und zwar ostdeutsche wie westdeutsche - füllen diese Strukturen aber mit eigenen Inhalten. Mal werden neue Anforderungen mit vertrauten und erlernten Lösungsstrategien ausgeführt, mal fallen erprobte Verhaltensstrategien unbewußten Anpassungsstrategien zum Opfer. Neue institutionelle Strukturen setzen sich zusammen aus vorhandenen und reorganisierten Mustern und fließen in dieser Widersprüchlichkeit ebenso in das Handeln der Menschen ein, wie umgekehrt die Ambivalenz der Akteure zwischen alten und neuen Orientierungen die neuen Strukturen prägt und schafft. Daher zielt der Transformationsbegriff mit seiner Ausrichtung auf die Strukturtransformation von West nach Ost begrifflich an den Entwicklungen in Ostdeutschland vorbei. Ferner unterstellt der Begriff, daß ein Ende dieses Prozesses bestimmbar sei, und nimmt damit vorweg, was eigentlich noch eine offene Frage ist, nämlich ob sich nicht in ostdeutschen Städten und Gemeinden vom Westen abweichenden Entwicklungen durchsetzen.

Auch die Kategorie des Umbruchs ist nur zutreffend für den historischen Zeitpunkt des Aufbegehrens im Jahre 1989, als tatsächlich alle Strukturen und viele persönliche Beziehungen oder Werte unsicher bzw. ungültig wurden. Ansonsten ist die Entwicklung in den neuen Bundesländern von dem, wie Claus Offe (1991) es formuliert hat, "Dilemma der Gleichzeitigkeit" geprägt, in dem sich "Westliches" mit "Östlichem" verbindet, Tradition neben Moderne existiert, Neues entsteht und Altbekanntes wiederentdeckt wird (z.B. die Talare für Senatsmitglieder an der Universität Halle-Wittenberg).

Nun bleibt "Wandel" als einzige Kategorie übrig, die die Gleichzeitigkeit von institutioneller und biographischer Veränderung faßt, die Dauer des Prozesses thematisiert und dessen Ausgang offenläßt. Aber auch hier bleibt das Problem, daß die Frage nach dem Wandel - und das ist in der Regel die Frage, sei es aus forschungsökonomischen, politischen oder fachspezifischen Interessen - den Blick verstellt für lange Traditionslinien oder Persistenzstrukturen (vgl. hier Ipsen/Fuchs 1995), für ostdeutsche Sonderwege und vielleicht auch für die Frage nach Veränderungen im Westen.

Wenn ich hier die Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Wandel betone und mehr noch den Blick auf Gesamtdeutschland und in die Geschichte zurück lenke, so soll dies nicht die gravierenden Veränderungen mildern, mit denen ostdeutsche Frauen und Männer sich auseinandersetzen mußten, v.a. die Zumutung biographischer Ungewissheit (vgl. Rabe-Kleberg 1995). Es soll vielmehr - insbesondere bei westdeutschen Forscherinnen und Forschern - den Blick schärfen, daß viele Entwicklungen mit der eigenen Geschichte, Gegenwart und Zukunft auf das Engste verknüpft sind.

Betrachtet man beispielsweise das Geschlechterverhältnis, so zeigt sich die Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Wandel sehr drastisch. Eine der gravierendsten Veränderungen für ostdeutsche Frauen nach der Wende ist sicherlich der Wegfall der Arbeitsplatzgarantie. Aber erst der Blick auf die Kontinuität der Arbeitsteilung macht verständlich, warum die Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt in dieser Weise möglich war. Oder betrachtet man die Theoriebildung zu Geschlechterverhältnissen, so ist eine Kontinuität frauenpolitischer Ideen nach August Bebel und Clara Zetkin sowohl in der DDR-Politik als auch in der feministischen Politik in Westdeutschland zu verzeichnen, ohne daß die Parallelität des Gedankenguts und dessen Widersprüche bislang systematisch diskutiert wurde.

Hier werde ich ansetzen, um an der Geschlechtertheorie exemplarisch geradezu die Notwendigkeit zu begründen, DDR-Geschichte nicht als eine historisch abgeschlossene Phase zu begreifen, sondern als eine historische Entwicklung, aus der wir Lehren für die Zukunft ziehen können. Lehren, die unterschiedlich sein werden, und über die wir uns streiten können.

Geschlechterverhältnisse in der DDR

In den 50er Jahren formuliert die DDR als frauenpolitisches Leitbild die Integration der Frauen in das Erwerbsleben. Der große Bedarf an Arbeitskräften und der Glaube an Gleichberechtigung durch gleiche Teilhabe an der Erwerbsarbeit sind hierfür ausschlaggebend (vgl. Obertreis 1986).

In den 60er Jahre steht dann verstärkt die berufliche Qualifikation der Frauen im Mittelpunkt. Viele Frauen hatten aufgrund der Dreifachbelastung (Beruf,

Mutterschaft, Haushaltsführung) nicht an Qualifizierungsverfahren teilnehmen können. Das am 23.12.1961 vom Politbüro des Zentralkomitees der SED veröffentlichte Frauenkommuniqué und der daran anschließende Ministerialbeschuß formulierten konkrete Maßnahmen zur Frauenqualifizierung, wozu z.B. auch eine Verbesserung der Krippenerziehung gehörte. Erst 1965 wird mit der Verabschiedung des Familiengesetzbuches Familie als zentrale Lebensform gesetzlich kodifiziert. Eine neue Phase der Familienpolitik setzt ein und rückt in den 70er Jahren die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen in den Vordergrund.

Ziel der Familien- und Frauenpolitik wird es, daß Frauen in die Lage versetzt werden, Mutterschaft, Hausarbeit und Beruf zu vereinbaren. Männer dagegen werden nur aufgefordert, sich etwas mehr an der Hausarbeit zu beteiligen. Dies hat eine Veränderung des Frauenbilds zur Folge, insofern als Erwerbsarbeit in das Konzept von Weiblichkeit integriert werden soll, das Männerbild jedoch bleibt unangetastet. Diese Veränderung in der Konzeptualisierung des Frauseins ist ein langsamer und von Zweifeln und Fragen begleiteter Prozeß.

Beispielsweise müssen DDR-Frauen, die sich "gleichberechtigt" mit dem Mann Beruf und Haushalt teilen, die - um die beliebte Formulierung noch einmal aufzugreifen - "ihren Mann stehen", sich die Frage gefallen lassen, was denn ihre Weiblichkeit noch ausmache? Mir sind keine Schriften bekannt, in denen gefragt wird, wie Männlichkeit neu zu definieren sei. Männer brauchen also nicht die typischerweise von Frauen verrichteten Arbeiten in ihr Verständnis von Männlichkeit zu integrieren. Niemand muß sich ernsthaft die Frage stellen, ob die DDR-Männer wirklich noch Männer sind, wenn sie ein bißchen im Haushalt helfen. Was einen Jungen zum Mann macht, das scheint bekannt zu sein, bzw. es bedarf keiner Legitimation, Männer waren und bleiben die Norm. Ganz anders ist die Lage der Frauen: Z.B. wird in der Broschüre "Junge Frauen heute" (Uta Schlegel, Otmar Kabat vel Job unter Mitarbeit von Barbara Bertram, Arnold Pinther, Monika Reißig 1986³) bereits in einem der ersten Sätze im Geleitwort von Walter Friedrich gefragt "Wie weiblich sind sie? ... In welchen Merkmalen unterscheiden sich Mädchen und Jungen, Frauen und Männer eigentlich?". Die AutorInnen vom Zentralinstitut für Jugendforschung greifen diese Frage in der Broschüre mehrmals auf, ohne eine Antwort darauf zu geben.

Die Schwierigkeit einer Antwort (eigentlich die Unmöglichkeit) entsteht aus der gesellschaftstheoretischen Annahme, daß Geschlechterunterschiede

gesellschaftlich konstruiert und nicht biologisch begründet seien. Uta Schlegel argumentiert in den von ihr verfaßten Passagen:

"Uralt sind mystische Ansichten der angeblich anderen 'Wesensbeschaffenheit' der Frau ... Entscheidendes Kriterium für die unterschiedliche Stellung von Mann und Frau waren die unterschiedlichen Tätigkeiten, deren unterschiedliche Bedeutung für die Gesellschaft" (Schlegel 19863, 10ff).

Gleiche Tätigkeiten, so kann man folgern, führen zum Verschwinden der Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Eine Politik, die von Frauen eine Angleichung an den männlichen Lebensentwurf erwartet und davon ausgeht, daß die biologische Differenz keine gesellschaftliche Bedeutung hat, müßte konsequenterweise in die Eingeschlechtlichkeit, orientiert am männlichen Muster, führen, oder aber mit viel Phantasie an einer Neudefinition der Kategorie Geschlecht arbeiten. Etwas spezifisch Weibliches bei gleichen Tätigkeiten ohne biologische Begründung zu definieren, kann jedoch nur in Widersprüchen enden. In genau jenen Widersprüchen und Paradoxien bleibt die DDR-Gesellschaft befangen, wenn Frauen weiblich und als Frauen erkennbar bleiben sollen, ohne zur Bestimmung von Weiblichkeit biologische Erklärungen heranzuziehen.

Susanne Diemer (1994) verweist auf eine Reihe weiterer DDR-Publikationen, in deren Mittelpunkt immer wieder die Befürchtung steht, Frauen könnten nicht länger weiblich sein, da sie wie die Männer arbeiten. Oder aber es wird mit großem argumentatorischem Aufwand erläutert, daß Frauen trotz ihrer "Männerarbeit" noch weiblich bleiben. Insbesondere bei Frauen, die in technischen Berufen arbeiten, wird, so Diemer, Weiblichkeit immer wieder öffentlich bestätigt. So veröffentlichte z.B. auch die 'Neue Berliner Illustrierte' unter der Überschrift "Was wird mit Lippenstift und Puderdose?" folgenden Text:

"Da ist Liane Heinrich, blond, schlank, modern und geschmackvoll gekleidet. Mit dem Lippenstift abgestimmt ist der Nagellack auf den Fingern des ehemaligen Schlosserlehrlings. Am Abend trug die jetzige Elektromechanikerin zum weißen Perlonkleid nahtlose Strümpfe und weiße Sandaletten mit roten Bleistiftabsätzen" (zit. nach Diemer 1994, 66).

Weiblichkeit wird, so läßt sich schlußfolgern, durch eine expressive Darstellung von Körperlichkeit bewiesen. Frauen sind demnach der Teil der Menschen, die

zusätzlich zur Erwerbsarbeit noch geschmackvoll und erotisch gekleidet sind. Auch das Geleitwort von Walter Friedrich beantwortet die Frage nach der Weiblichkeit der DDR-Frau mit den Worten "Vielleicht sieht der Leser manches an der heranwachsenden Frauengeneration noch deutlicher, bewertet es realistischer und lenkt seine Schritte wohlgesonnener gegenüber dem *schönen Geschlecht*" (Friedrich in Schlegel 1981, 8; Hervorh. ML).

Schönheit also unterscheidet Frauen - bei aller Professionalität im Beruf - von Männern. Zu diesem Ergebnis kommt auch Irene Dölling, die Frauenbilder in der Zeitschrift "Für Dich" analysiert: Das Frauenbild wandle sich in der DDR vom "schwachen Geschlecht" zum "leistungsfähigen". Bilder präsentieren Frauen vordergründig als leistungsfähige Produzentinnen. Ihre Weiblichkeit wird entweder durch die Bildanordnung, die z.B. den Mann als Lehrenden skizziert oder durch Bildunterschriften wie "Konsequenz und Charme" hervorgehoben. Zum Teil wird auch eine Sexualisierung des Körpers eingesetzt. Je qualifizierter die berufliche Tätigkeit sei, desto mehr werden Schönheit und weibliche Körperformen hervorgehoben. Dölling beschreibt z.B. das Photo einer Agraringenieurin: "Sie prüft in anmutiger Haltung - in einem duftigen Sommerkleid, neben sich die hochhackigen Schuhe - mit bloßen Füßen («nach alter Bauernerfahrung» die Lagertemperatur des Getreides in einem Silo" (Dölling 1993, 40).»

Schönheit, gutes Aussehen bzw. betonte Körperlichkeit sind also die Mittel, mit dem sich Frauen unabhängig von ihrem Tätigkeitsfeld als weiblich zu erkennen geben. Die Zuschreibung von Mütterlichkeit ist ein weiteres Mittel, das jedoch in DDR-Publikationen zur Frauenpolitik nur sehr subtil vermittelt wird, da dies der scheinbar überwundenen traditionellen Arbeitsteilung widerspricht. Ich vertrete die These, daß das Festhalten an Weiblichkeitsvorstellungen nicht nur einen Denkfehler offenbart, sondern ganz konkrete historisch gewachsene gesellschaftliche Ziele damit verfolgt werden:

1. Die Vision der Eingeschlechtlichkeit erzeugt die Angst, daß Frauen nicht länger bereit wären, Kinder zu bekommen und damit für den Erhalt der Gesellschaft zu sorgen.
2. Wenn nicht mehr offensichtlich ist, wer Frau und wer Mann ist, könnte Heterosexualität nicht mehr vorausgesetzt werden und herrschende Vorstellungen von Sexualität und Erotik gerieten ins Wanken.

3. Wenn Frauen nicht mehr auf den ersten Blick sicher identifizierbar wären, würden Männer als Gruppe an Macht verlieren.

Susanne Diemer faßt die Frauenpolitik der DDR sehr treffend zusammen, wenn sie schreibt: "Lediglich propagandistisch steht die Frau ihren Mann, faktisch und ideologisch aber muß sie deutlich als Frau erkennbar sein, die ihren Mann steht" (Diemer 1994, 53).

Diemer folgert daraus, daß sich im Festhalten an Weiblichkeit ein Konflikt zwischen dem sozialistischen Frauenleitbild und dem traditionellen Frauenleitbild zeigt. Ich bin der Meinung, daß gar keine andere Lösung denkbar ist innerhalb der gegebenen Prämissen: Wenn die Dualität "Männlich - Weiblich" aufgrund der o.g. Interessen nicht in Frage gestellt werden soll, dann muß Weiblichkeit zum Ausdruck gebracht werden. Und wie anders als durch die dem Weiblichen zugeschriebenen Eigenschaften wie Charme, Schönheit, Mütterlichkeit, Empfindsamkeit soll das geschehen?

Das Frauenbild im Westen

Während die DDR in den 50er Jahren sich um die Integration der Frauen in das Erwerbsleben bemüht, verfolgt die BRD eine Politik der Arbeitsteilung. In den 70er Jahren wiederum, als in der DDR die Vereinbarkeit von Beruf und Familie thematisiert wird, steigt in der BRD die Frauenerwerbsquote an und es entsteht die neue Frauenbewegung. Während im Osten das Frauenbild "berufstätig und Mutter" (Bertram 1994, 211) vorherrscht, muß man im Westen von der Alternative "berufstätig oder Mutter" (Rerrich 1990, 122) sprechen. Frauen sollen berufstätig sein, es sei denn, sie sind Mütter.

Berufstätigkeit ist nun in den 90er Jahren zwar selbstverständlicher Bestandteil der meisten Frauenbiographien geworden, jedoch in ganz unterschiedlicher Ausprägung: von Phasenmodellen über Teilzeitarbeit bis hin zur kinderlosen Karriere.

Die Vielfalt der Frauenbilder und Lebensformen ist ein Grund, warum in der Gesellschaft der BRD nicht so laut darüber diskutiert wird, ob Frauen noch weiblich sind. Es gibt immer noch genug Frauen, die traditionelle Vorstellungen von Weiblichkeit bestätigen. Ein zweiter Grund liegt darin, daß große Teile der Bevölkerung und die staatliche Geschlechterpolitik nach wie vor von einer

biologisch bedingten Differenz ausgehen. Wie die biologische Differenz aussieht, bleibt unklar, aber daß es einen natürlichen Unterschied gibt, ist eine die Gesellschaft durchziehende Grundannahme. Damit wird das theoretische Dilemma, wie denn das Weibliche noch produziert werden könne, umgangen. Bestimmte Eigenschaften können mit Hilfe biologischer Erklärungen ohne theoretische Umwege dem einen oder anderen Geschlecht zugeschrieben werden.

Nach der Vereinigung beider Länder protestierte kaum jemand gegen dieses seit der Industrialisierung existierende, biologisch begründete Geschlechterverständnis. Der fehlende Widerstand verdeutlicht noch einmal, daß die gesellschaftstheoretische Vorstellung einer sozialen Konstruktion "Geschlecht" sich auch in der DDR-Bevölkerung nur begrenzt durchgesetzt hat. Jenseits der sozialistischen Idee von Gleichheit bei gleicher Tätigkeit bleibt die Annahme eines quasi natürlichen Geschlechterunterschieds erhalten. Die Bedeutung, die einer biologischen Differenz im Gesellschaftsmodell des Westens zugeschrieben wird, ist jedoch in vielerlei Hinsicht problematisch. Biologie und Physiologie selbst entwerfen ein sehr viel differenzierteres Bild von Weiblichkeit und Männlichkeit als manches sozialwissenschaftliche Theorem bzw. das Alltagsbewußtsein. Weibliches und männliches Geschlecht "werden nicht mehr als zwei entgegengesetzte, einander ausschließende Kategorien verstanden, sondern vielmehr als Kontinuum, bestehend aus dem genetischen Geschlecht, dem Keimdrüsengeschlecht und dem Hormongeschlecht" (Lorber/Farell 1991, 7; zit. nach Gildemeister/Wetterer 1992, 209). Dabei müssen die einzelnen Teile zur Bestimmung des Geschlechts keineswegs übereinstimmen, d.h. jemand oder etwas kann genetisch weiblich sein und hormonell männlich. Ferner wird in den Naturwissenschaften davon ausgegangen, daß die Wirkungsweise der einzelnen Bestimmungselemente abhängig von der Umwelt ist.

Auch Menstruation oder Gebärfähigkeit eignen sich nicht zur Definition vom Frausein, denn beide treffen nur auf eine Lebensphase und nie auf alle Frauen zu.

Sex und gender in der Frauenforschung

In der Frauenforschung werden biologistische Erklärungen für die Bestimmung des Geschlechts in der Regel abgelehnt. Um gerade die historische Entstehung von Geschlechterunterschieden zu verdeutlichen, wird die Unterscheidung zwischen 'sex' und 'gender', also zwischen "biologischem" und "sozialem" Geschlecht, benutzt. Dabei liegt der Schwerpunkt der Forschung und Politik stets auf 'gender'. Das biologische Geschlecht, bestimmt durch Anatomie, Morphologie, Physiologie und Hormone wird zwar noch benannt, aber in seinem gesellschaftlichen Einfluß für wirkungslos erklärt. Das feministische Konzept von 'sex' und 'gender' stimmt in seiner Betonung der Gesellschaftlichkeit der Individuen mit dem Geschlechterbild der DDR überein, was aufgrund der ideengeschichtlichen Gemeinsamkeit leicht erklärbar ist. Damit bleibt die Frauenforschung aber auch in den gleichen Dilemmata stecken wie die DDR-Frauenpolitik. Wenn Unterschiede gesellschaftlich produziert werden, warum verschwinden sie dann nicht, wenn alle die gleichen Tätigkeiten ausüben? Oder anders gefragt: Warum werden die unterschiedlichen Handlungs-, Denk- und Gefühlswelten mit Frauen- und Männerkörpern verknüpft?

Im Unterschied zur DDR-Politik wird in der feministischen Politik Gleichheit nach dem männlichen Muster abgelehnt. Auch fragt keine Frauenforscherin "wie weiblich sind unsere Frauen?". Aber Forschungsfragen sind: Was macht die Differenz zwischen den Geschlechtern aus? Was ist männlich an den realen Männern? Was wird als Weiblichkeit definiert?

Formale Gleichheit unter Beibehaltung der Differenz ist eine feministische Perspektive. Aber Differenz ist nur über Elemente traditioneller Frauenbilder denkbar. Wenn Frauen sich als weiblich zu erkennen geben sollen, dann müssen sie auf Fürsorglichkeit, Kommunikationsfähigkeit, Gebärfähigkeit, Schönheit u.ä. rekurrieren. Frauen können die genannten Eigenschaften und Fähigkeiten nach eigenen Maßstäben neu bewerten, aber sie können die Verknüpfung nicht auflösen. Weiblichkeit kann beispielsweise nicht durch Aggressivität symbolisch zum Ausdruck gebracht werden, denn diese wird mit Männlichkeit assoziiert.

So zeigt sich auch, daß mit dem veränderten Rollenverständnis von Frauen in der BRD eine verstärkte Betonung von Schönheit/Weiblichkeit einhergeht. Eine Analyse von Heiratsanzeigen (Gern 1992) zeigt, daß Frauenbilder sich seit den 50er Jahren gravierend verändert haben. Die Frauen identifizieren sich nicht mehr über andere, sondern entweder über ihren Beruf (wie Männer) oder über

ihren "Charakter". Sie verdienen eigenes Geld und die institutionelle Einbindung in der Ehe verliert für sie an Bedeutung. Parallel dazu hat sich auch verändert, daß Frauen seit den 50er Jahren stetig zunehmend ihr Schönsein in den Anzeigen betonen. Bei zunehmender Erwerbstätigkeit von Frauen und finanzieller Unabhängigkeit wird Attraktivität als Resource mobilisiert, um zu zeigen, daß Weiblichkeit erhalten bleibt.

Dieses Frauenbild der erwerbstätigen und dabei gutaussehenden Frau dürfte den Frauen in den neuen Bundesländern altvertraut und wohlbekannt sein. Es fragt sich nur, womit sich die Vielzahl jener Frauen identifiziert, die ihre Erwerbsarbeit oft langfristig verloren haben? Die DDR-Frauenzeitschrift "Für Dich", deren Frauenbilder Irene Dölling analysiert, hat nach der Wende noch bis zum Juni 1991 existiert. In dieser Zeit verschwanden die Bilder von berufstätigen Frauen oder Frauen aus der politischen Öffentlichkeit völlig. Dölling resümiert: "An die Stelle der arbeitssamen Frau, die unermüdlich für die Erfüllung der sozialistischen Planziele tätig ist, ist die auf sich, auf ihre Schönheit bedachte Konsumentin getreten" (Dölling 1993, 48).

Gemeinsame Aufgabe ost- und westdeutscher Menschen (auch Männer haben ein Geschlecht) wird es sein, sich Umgangsweisen mit den Widersprüchen der Geschlechtermodelle in der DDR und der BRD zu überlegen. Meiner Ansicht kann Geschlechterforschung nach den Erfahrungen der DDR-Politik nicht weiterhin ungebrochen an den tradierten Idealen festhalten. Die Geschichte der DDR zeigt uns nicht nur, daß Erwerbsarbeit von Frauen allein noch nicht zur Beseitigung der Hierarchien zwischen den Geschlechtern führt, sie konfrontiert uns auch erneut mit der Frage nach der Bestimmung von Weiblichkeit und Männlichkeit.

Ich denke, solange es notwendig ist, sich in irgendeiner Weise als Männer oder Frauen zu erkennen zu geben, werden die einzelnen nicht umhin kommen, dies unter Verwendung von Weiblichkeits- und Männlichkeitsstereotypen zu tun. Wie sonst? Dabei ist das androgyne Einheitswesen für mich keine Perspektive, da mit dieser Vorstellung eine erneute Normierung unter ein Muster einhergeht. Attraktiver erscheint mir Judith Butlers (1991) Vorschlag, vorerst von der Möglichkeit unendlich vieler Geschlechter auszugehen. Dies verschafft die Gelegenheit, auch die vielfältigen Facetten von Weiblichkeit und Männlichkeit nicht länger als sich gegenseitig ausschließende Lebensentwürfe zu betrachten.

Geschlecht wäre nicht als Besitz konstruiert, sondern könne situativ gewechselt werden. Butlers Idee ist ein Gedankenexperiment, das Phantasie zur Befreiung mobilisiert. Gleichzeitig trifft sie eine längst existierende Praxis, denn wer verhält sich schon in jeder Situation als Frau (als Mann)?

Literatur

- Bertram, B.: Pluralisierung oder Traditionalisierung der Lebenskonzepte? In: Bütow, B./ Stecker, H. (Hg.): EigenArtige Ostfrauen. Bielefeld 1994, S. 210 - 237
- Butler, J.: Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt/M 1991
- Diemer, S.: Patriarchalismus in der DDR. Opladen 1994
- Dölling, I.: Gespaltenes Bewußtsein - Frauen- und Männerbilder in der DDR. In: Helwig, G./ Nickel, H. M. (Hg.): Frauen in Deutschland 1945 - 1992. Bonn 1993, S. 23 - 52
- Dölling, I.: "Unsere Muttis arbeiten wie ein Mann" Ein Blick zurück auf Frauenbilder in DDR Zeitschriften der vergangenen Jahren. In: Joester, A./Schöningh, I.: So nah beieinander und doch so fern. Frauenleben in Ost und West. Pfaffenweiler 1992, S. 125-138
- Gern, C.: Geschlechtsrollen: Stabilität oder Wandel? Eine empirische Analyse anhand von Heiratsanzeigen. Opladen 1992
- Gildemeister, R./ Wetterer, A.: Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung. In: Knapp, A./Wetterer, A. (Hg.), Traditionen Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie. Freiburg 1992, S. 201-254
- Haní, T.: Gesellschaftliche Entwicklung und Transformation. Vortrag auf dem 27. Kongreß der DGS. Unveröffentlichtes Manuskript. Halle 1995, 12 S.
- Herlyn, U./Bertels, L. (Hg.): Stadt im Umbruch: Gotha. Wende und Wandel in Ostdeutschland. Opladen 1994.
- Herlyn, U./Hunger, B. (Hg.): Ostdeutsche Wohnmilieus im Wandel. Eine Untersuchung ausgewählter Stadtgebiete als sozialplanerischer Beitrag zur Stadterneuerung. Basel/Boston/Berlin 1994.
- Ipsen, D./Fuchs, T.: Die Zukunft der Vergangenheit. Persistenz und Potential in den Altstädten der neuen Bundesländer., untersucht am Beispiel der Stadt Erfurt. IN: Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie. 2/95, S. 47-50.
- Lange, E./Schöber, P.: Sozialer Wandel in den neuen Bundesländern. Beispiel: Lutherstadt Wittenberg. Opladen 1993.
- Löw, M./Meister, D./Sander, U. (Hg.): Pädagogik im Umbruch. Kontinuität und Wandel in den neuen Bundesländern. Opladen 1995.

- Marcuse, P./Staufenbiel, F. (Hg.): Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch. Perspektiven der Stadterneuerung nach 40 Jahren DDR. Berlin 1991.
- Obertreis, G.: Familienpolitik der DDR 1945 - 1980. Opladen 1986
- Offe, C.: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. IN: Merkur, 4/91.
- Rabe-Kleberg, Ursula: Zwischen Bildung und Beruf - Lebensläufe im Umbruch. unveröffentlichte Antrittsvorlesung. Halle 1995, 20 S.
- Rerrich, M. S.: Balanceakt Familie. Zwischen alten Leitbildern und neuen Lebensformen. Freiburg 1990
- Schlegel, U./Kabat vel Job, O. u.a.: Junge Frauen heute. Was sie sind - was sie wollen. Leipzig 1986³ (1. Auflage 1981)

Dr. Maritta Bernien (SÖSTRA e. V. Berlin)

Zusammenbruch und Verwerfungen des Arbeitsmarktes im Zuge der Transformation in Ostdeutschland - Perspektiven für den Aufbau neuer Arbeitsplätze

Die Jahre 1990 bis 1994 können als eine der entscheidenden Phasen des Transformationsprozesses betrachtet werden, in der der Umbau des ordnungspolitischen Systems und die Schaffung der grundlegenden Voraussetzungen für die soziale Marktwirtschaft im Mittelpunkt standen. Zweifelsfrei muß aus heutiger Sicht eingeschätzt werden, daß dem Szenario dieser gigantischen Aufgabe, die zu Recht als "Jahrhundertexperiment" bezeichnet werden kann, ein Modell zugrunde lag, das in den alten Bundesländern 45 Jahre lang mehr oder weniger gut funktioniert hatte. Politische Eckpfeiler waren die Schaffung der parlamentarischen Demokratie, die die Ein-Parteien-Diktatur ablöste, und die Installierung eines Systems von Rechts- und Sozialstaatlichkeit, das jeden Bürger vor politischer Willkür schützen und vor sozialem Elend bewahren sollte.

In ökonomischer Hinsicht ging es im Transformationsprozeß Ostdeutschlands im Kern um die Beseitigung planwirtschaftlicher dirigistischer Strukturen durch den Aufbau eines Systems, das die uneingeschränkte Initiative einzelner und das freie Spiel der Marktkräfte unter Wettbewerbsbedingungen zur Entfaltung bringen sollte. Als grundlegende Voraussetzung dafür wurde die Privatisierung der gesamten Wirtschaft angesehen, die daher konsequent und mit hohem Tempo durchgesetzt wurde. Die Konzeption der Wiedervereinigung ging davon aus, daß so am ehesten alle Voraussetzungen für einen raschen Aufschwung im Osten Deutschlands und damit auch die volle Akzeptanz des neuen ordnungspolitischen Systems und das schnelle Zusammenwachsen der neuen und alten Bundesländer gewährleistet werden könnte, wobei Zusammenwachsen in der Regel als Angleichen ostdeutscher Verhältnisse an die der alten Bundesländer verstanden wurde.

1. Zusammenbruch des Arbeitsmarktes

Die Wirtschafts- und Beschäftigtenstrukturen in den neuen Bundesländern haben sich in kurzer Zeit gravierend verändert. Auf der einen Seite kam es durch den Umbau der Wirtschaft zu einer radikalen Abnahme von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen. Auf der anderen Seite vollzog sich ein Struktureffekt, der eine Modernisierung und auch eine unbedingt erforderliche "Bereinigung" der veralteten wirtschaftlichen Strukturen der neuen Bundesländer einleitete. Dennoch muß aus heutiger Sicht festgestellt werden, daß die Modernisierung der Wirtschaft bislang nicht in dem Maße gegriffen hat wie ursprünglich angenommen worden war. Der erhoffte Effekt der "schöpferischen Zerstörung" ist weitgehend ausgeblieben. Er zeigt sich lediglich in einzelnen Unternehmen, ansatzweise auch in eng begrenzten Regionen, jedoch nicht flächendeckend und überregional. Auch fünf Jahre nach der Wende zeichnet sich immer noch nicht ab, welche Sektoren in welchem Umfang in Ostdeutschland überlebensfähig sind, in welchem Maße sie in die internationale Arbeitsteilung eingebunden werden können und mit welchen Arbeitsplatzeffekten sie letztlich verbunden sind.

Der starke Beschäftigungseinbruch insbesondere im produzierenden Sektor war Folge des Wegbrechens der Märkte und davon ausgehend eines dramatischen Rückgangs der Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland. So sank die Industrieproduktion auf etwa ein Drittel des Niveaus von 1989. Die Lebensfähigkeit der neuen Bundesländer war unter diesen Bedingungen nur durch umfangreiche Transferzahlungen aus dem früheren Bundesgebiet aufrechtzuerhalten, die in Form von Wirtschafts- und Arbeitsfördermitteln als auch anderen

Sozialleistungen in den Osten Deutschlands flossen. Die Bruttotransfers erreichten bis Ende 1994 bereits einen Umfang von rd. 1.000 Mrd. DM aus. Noch im Jahr 1994 wurde nur die Hälfte des inländischen Verbrauchs Ostdeutschlands durch die eigene Reproduktion erzeugt. Die andere Hälfte kam aus den alten Bundesländern.

Der durch die Wirtschafts- und Währungsunion ausgelöste internationale Konkurrenzdruck auf der Grundlage eines enormen Produktivitätsrückstandes der Unternehmen, verbunden mit dem Wegbrechen der Ostmärkte und die einsetzende Rationalisierung der Produktionsmethoden als Antwort auf die weltweite Wirtschaftskrise Anfang der 90er Jahre führte bislang zu einem rapiden schonungslosen Abbau von Arbeitsplätzen. Nur in wenigen Bereichen zeichnen sich bereits Tendenzen der Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten ab. Gab es Ende 1989 noch etwa 9,8 Millionen Erwerbstätige in der DDR, so waren es 1994 noch rd. 6,3 Millionen. Dies entspricht einer Reduzierung um etwa ein Drittel (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Arbeitsmarktdaten Ostdeutschlands 1989 bis 1994 - Berechnungsstand März 1995 (Jahresdurchschnitt)

	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	Tsd. Personen					
Erwerbspersonen	9.745	9.140	8.503	7.894	7.670	7.735
davon:						
Registrierte Arbeitslose	0	241	913	1.170	1.149	1.142
Auspendlerüberschuß	-2	79	269	338	325	326
Erwerbstätige*	9.747	8.820	7.321	6.386	6.196	6.267
davon:						
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	187	252	371	417	452	478
Beschäftigte Arbeitnehmer	9.560	8.568	6.950	5.969	5.744	5.789
Arbeitslosenquote (Prozent)	0		10,3	16,1	15,8	16,0

* Erwerbstätige am Arbeitsort (Inlandskonzept). Differenzen zu den folgenden Wirtschaftsbereichstabellen sind darauf zurückzuführen, daß den Wirtschaftsbereichstabellen der Berechnungsstand der Statistischen Landesämter vom 8.7.1994 zugrunde liegt.

Quelle: Tabellensammlung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Ausgabe 1/1995, Wiesbaden 1995

Die Zahl der Erwerbspersonen (nur Inländer) ging von rd. 9,7 Mio. im Jahre 1989 auf 7,7 Mio. im Jahre 1994 zurück. Dies erklärt sich einerseits durch die Übersiedlung von Beschäftigten in die alten Bundesländer sowie den Übergang eines großen Teils der Arbeitskräfte in die Rente bzw. in den Vorruhestand. Der Auspendlerüberschuß im Verhältnis zu den alten Bundesländern beschreibt, daß mehr beschäftigte Arbeitnehmer aus - als einpendeln. Dabei wird deutlich, daß die Pendlerzahl in den Jahren 1991 und 1992 bedeutend zugenommen hat. 1993 ist der Auspendlersaldo wieder leicht zurückgegangen und hat sich seitdem auf einem relativ hohem Niveau stabilisiert. Dies ist vermutlich auf die wachsenden Arbeitsmarktprobleme auch in der westdeutschen Wirtschaft zurückzuführen, die mit der wirtschaftlichen Rezession einsetzen und die Arbeitschancen für Pendler aus dem Osten Deutschlands erheblich verschlechterten. Positiv hervorzuheben ist, daß die Zahl der Selbständigen (einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen) über die Jahre 1990 bis 1994 eine kontinuierliche Zunahme ausweist, wenngleich für die nächsten Jahre nicht mehr mit einem ähnlichen Wachstum zu rechnen ist. Bereits 1993 hatte sich im Vergleich zum Vorjahr die Zunahme der Zahl der Selbständigen leicht abgeschwächt. Zumeist handelt es sich bei den neuen Selbständigen um Unternehmen des Dienstleistungssektors und des Handwerks, die vielfach auch durch Ausgründungen aus den ehemaligen Treuhandunternehmen sowie genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetrieben entstanden waren. Dieser Prozeß ist im

wesentlichen abgeschlossen bzw. ein erster Sättigungsgrad in der Versorgung der Bevölkerung im Handwerk und Dienstleistungen unter den gegenwärtigen Kaufkraftbedingungen konnte erreicht werden.

Der Beschäftigungsabbau in Ostdeutschland erfaßte nahezu alle Bereiche und Zweige der Wirtschaft, konzentrierte sich jedoch maßgeblich auf die produzierenden Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Energie- und Wasserversorgung, Bergbau sowie das verarbeitende Gewerbe. Eine Ausnahme innerhalb des produzierenden Gewerbes bildete lediglich das Baugewerbe, das die Zahl der Arbeitsplätze leicht erhöhen konnte (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Erwerbstätige in Ostdeutschland nach Wirtschaftsbereichen 1989 bis 1993 (Jahresdurchschnitt)*

Wirtschaftsbereich	1989	1990	1991	1992	1993
	Tsd. Personen				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	975,6	780,6	454,0	293,0	242,0
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	349,6	337,3	233,0	176,0	142,0
Verarbeitendes Gewerbe	3.408,0	2.978,8	2.049,0	1.330,0	1.135,0
Baugewerbe	627,9	628,0	678,0	776,0	869,0
Handel	850,2	775,0	702,0	674,0	681,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	662,4	629,6	539,0	481,0	449,0
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	58,5	69,8	83,0	93,0	97,0
Dienstleistungsgewerbe	1.935,6	1.822,0	1.783,8	1.787,9	1.736,6
davon:					
Gastgewerbe, Wäschereien, Reinigung	308,5	346,7	401,9	431,8	463,2
Bildung, Wissenschaft, Kultur	854,3	760,6	706,2	671,0	577,5
Gesundheitswesen	434,2	429,4	429,4	420,7	407,6
Beratung und andere Dienstleistungen	338,6	285,3	246,3	264,5	288,2
Organisationen ohne Erwerbszweck	167,8	123,9	96,9	109,4	119,7
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	711,6	674,9	660,3	725,6	770,7
Insgesamt	9.747,0	8.820,0	7.279,0	6.446,0	6.242,0

* Zuordnung der Beschäftigten nach der Systematik der Wirtschaftszweige (WZ) in der Fassung für den Mikrozensus. Anstalten und Einrichtungen der Organisationen ohne Erwerbszweck und der Gebietskörperschaften (vor allem aus dem Bildungs- und Gesundheitswesen) werden dabei nach inhaltlichen Gesichtspunkten den Unternehmen und damit den Dienstleistungen zugeordnet und nicht nach ihrer rechtlichen Stellung eingruppiert.

Quelle: Angaben der Statistischen Landesämter (Berechnungsstand 8.7.1994) und eigene Berechnungen

Den relativ stärksten Abbau an Arbeitsplätzen verzeichnete die Landwirtschaft. Die Zahl der Erwerbstätigen ging in nur 4 Jahren auf weniger als ein Viertel der ursprünglich in diesem Sektor Beschäftigten zurück. Hier trafen sich strukturelle Bereinigungsprozesse in besonderer Weise mit einsetzenden Modernisierungs- und Rationalisierungstendenzen. Weniger dramatisch verlief der Arbeitsplatzabbau in der Energie- und Wasserversorgung sowie im Bergbau. Die Zahl der Beschäftigten reduzierte sich auf etwa 40 Prozent des Niveaus der DDR. In diesem Bereich vollzog sich der Rückgang der Arbeitsplätze kontinuierlich, während in der Landwirtschaft der stärkste Personaleinbruch 1991 und 1992 erfolgte. Dies hängt im primären Sektor vermutlich mit dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz zusammen, das eine Umwandlung der ehemaligen LPGs bis Ende 1992 vorschrieb und so extrem hohen Druck auf Tempo und Konsequenz der Umstrukturierung ausübte.

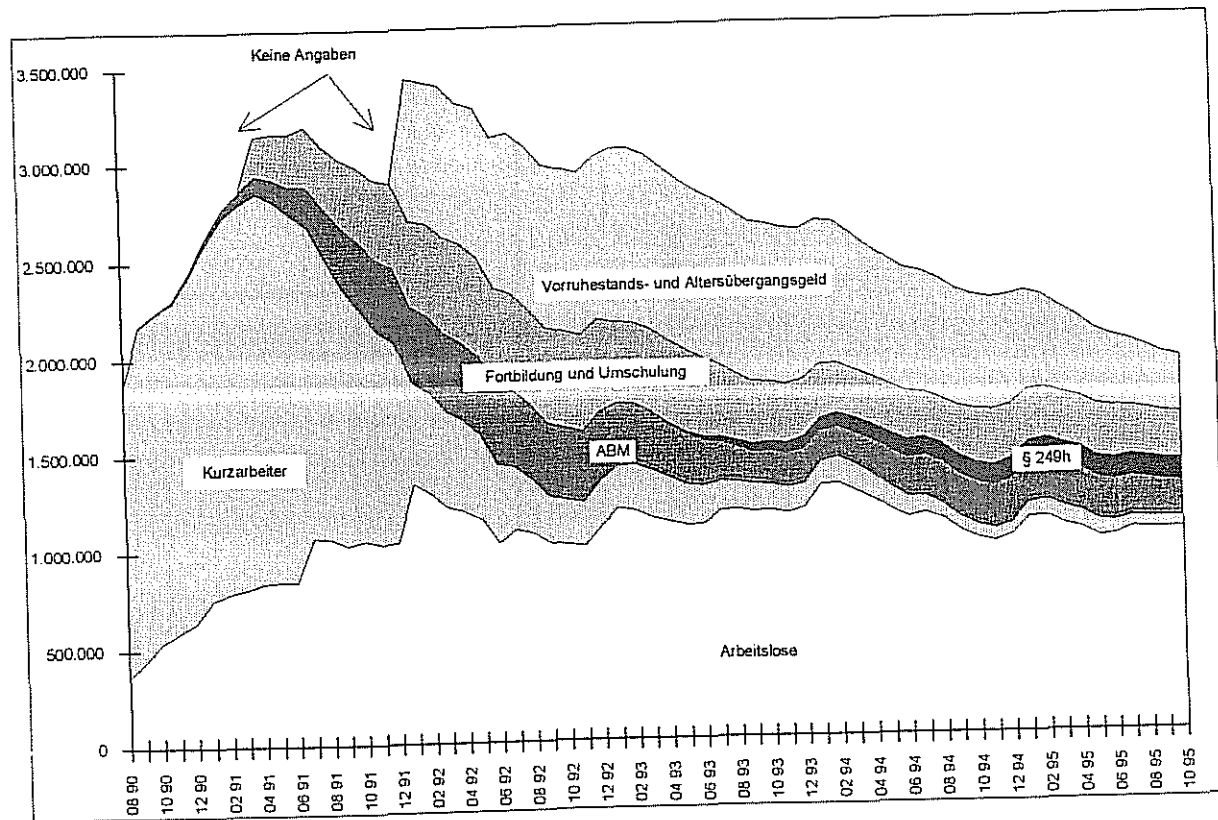
Im verarbeitenden Gewerbe hatte die Beschäftigung 1993 noch ein Drittel des Niveaus von 1989. Die Abbauprozesse waren damit aber längst noch nicht abgeschlossen. Der Bausektor,

der noch bis 1991 eine wenig veränderte Beschäftigungslage aufwies, konnte seit dem Jahr 1992 die Zahl seiner Arbeitsplätze deutlich erweitern. Dies zeigt, daß der Bauboom zunächst aufgrund ungeklärter Eigentumsverhältnisse und anderer Unsicherheiten doch sehr zögernd anlief, 1992 aber an Tempo und Umfang gewann.

Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbszweck waren in den vergangenen Jahren ebenfalls vom Arbeitsplatzabbau betroffen, jedoch fiel er weit geringer aus als in der Landwirtschaft und im produzierenden Gewerbe. In diesen Bereichen ist anzunehmen, daß sich die Beschäftigungssituation allmählich stabilisieren wird, daß aber kurz- und mittelfristig auch mit keinem nennenswerten Zuwachs an Arbeitsplätzen zu rechnen ist. Relativ am günstigsten stellte sich die Arbeitsmarktlage im Bereich der Kreditinstitute und des Versicherungsgewerbes dar. Hier konnte die Zahl der Arbeitsplätze bereits in den Jahren 1990 und 1991 kräftig ausgedehnt werden. Dies erklärt sich vor dem Hintergrund, daß beide Bereiche unter planwirtschaftlichen Bedingungen volkswirtschaftlich weit unterrepräsentiert waren und mit dem Übergang zur Marktwirtschaft enorm an Bedeutung gewannen. Der Auf- und Ausbau dieser Bereiche ist jedoch im wesentlichen abgeschlossen, so daß auch sie keine großen Arbeitsmarktpotentiale mehr enthalten.

Daß das Wegfallen von mehr als einem Drittel aller Arbeitskräfte in Ostdeutschland ohne ernsthafte politische Probleme für die Stabilität des Systems verkraftet wurde, ist vor allem dem massiven Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente zu verdanken.

Abbildung 1: Unterbeschäftigung in Ostdeutschland (einschließlich AFG-gestützter Beschäftigung, ohne stille Reserve)



SÖSTRA-Grafik

In diesem Umfang, der einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist, wurde Arbeitsmarktpolitik offensichtlich nur möglich, weil man von einem "Brückenkonzept" ausgegangen ist. Diesem lag die Annahme einer nur kurzfristigen, relativ schnell zu überwindenden Einbruch der Beschäftigung zugrunde. So erklärt sich, daß im ersten Jahr nach der Wirtschafts- und Währungsunion Kurzarbeit als das eigentlich typische Instrument für vorübergehende kurzfristige konjunkturelle Schwächen zum Hauptinstrument für die Abfederung und Vorbereitung des wirtschaftlichen Umbruchs wurde. Im Jahr 1991 waren in den neuen Bundesländern im Jahresdurchschnitt etwa 1,6 Mio. Kurzarbeiter registriert, im darauffolgenden Jahr war die Zahl bereits auf rd. 370 Tsd. abgefallen. 1994 waren es nur noch 97 Tsd.

Ein weiteres Instrument, das ganz eindeutig auf diese "Brückenfunktion" ausgerichtet war, waren die Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung. Mit Recht mußte davon ausgegangen werden, daß die Installierung eines völlig neuen Wirtschaftssystems mit neuer Rechts- und Sozialordnung, mit neuen modernen Produktionsmethoden, mit neuen Standards und Normen einen hohen Qualifizierungsbedarf und auch z. T. neue Berufsbilder mit sich bringt, die aus der DDR so nicht bekannt waren. Daher wurde mit einem enormen finanziellen und materiellen Aufwand diese Qualifizierung und Umschulung in Angriff genommen, ohne daß dafür im einzelnen bedarfsgerechte Konzepte entwickelt wurden.

Spätestens Ende 1991/Anfang 1992 war jedoch klar, daß das Brückenkonzept nicht aufgeht, daß die Krise des Arbeitsmarktes eine längere Zeit in Anspruch nehmen würde. Mit diesem Zeitpunkt wäre eine konzeptionell neue Beschäftigungspolitik notwendig gewesen, die verstärkt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen setzt. Insgesamt gab es zwar einige Akzentveränderungen in Richtung einer Aufwertung aktiver Arbeitsmarktpolitik. Diese blieben jedoch deutlich hinter den Anforderungen zurück.

Instrumentell schlug sich diese Akzentveränderung in der Arbeitsmarktpolitik darin nieder, daß konjunkturelle Instrumente wie Kurzarbeit deutlich zurückgefahren und Instrumente mit investivem und strukturpolitischem Charakter demgegenüber aufgewertet wurden. Zu diesen zählten zunächst insbesondere ABM, in vielen Fällen organisiert in Form von ABS-Gesellschaften (Arbeitsförderungs-, Beschäftigungs- und Strukturentwicklungsgesellschaften). Obwohl ABS-Gesellschaften bereits im ersten Jahr nach der Wende eine bedeutende Rolle spielten und hier zunächst noch sehr stark den Charakter von sozialen "Auffangbecken" bei Massenentlassungen hatten, entwickelten sie sich mehr und mehr zu einem aktiven strukturpolitischen Instrument. Im Jahre 1994 gab es nach Angaben des DGB in Ostdeutschland insgesamt 400 Beschäftigungsgesellschaften mit rd. 145 Tsd. Arbeitnehmern, die inhaltlich vor allem mit der Schaffung grundlegender infrastruktureller Voraussetzungen für private Investitionen, mit Sanierungsaufgaben und ökologischen Maßnahmen befaßt waren. Eine Bedingung (vielleicht auch ein Dilemma) war stets, daß der Aufgabenbereich nicht die unmittelbaren Interessen der privaten Wirtschaft berühren sollte, d.h., nicht kommerziell ausgerichtet sein durfte, um Wettbewerbsbedingungen nicht zu verzerren.

Diese klassischen Instrumente des AFG wurden ergänzt durch Maßnahmen von Vorruhestands- und Altersübergangsgeld, die erheblich zur Entlastung des Arbeitsmarktes beigetragen haben. Während des Höhepunktes der Inanspruchnahme dieses Instruments Anfang 1993 erhielten fast 900 Tsd. ehemalige Beschäftigte derartige Leistungen. Die Jahresdurchschnittszahl der Empfänger von Vorruhestands- und Altersübergangsgeld betrug 1992 rd. 800 Tsd. Seit Ende 1992 ist die Neuinanspruchnahme von Altersübergangsgeld nicht mehr möglich. Bis dahin konnten Beschäftigte, die das 55. Lebensjahr erreicht hatten, diese Regelung nutzen, jedoch maximal für 5 Jahre. Danach sind sie verpflichtet, einen Antrag auf Altersrente zu stellen. 1994 betrug die Zahl der Personen, die Vorruhestands- oder

Altersübergangsgeld bekamen, noch knapp 650 Tsd. Bis 1997 wird aufgrund der Fünfjahresregelung die Zahl auf Null abgesunken sein.

Alle diese Instrumente funktionieren nur dann als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt, wenn der erste Arbeitsmarkt auch ausreichend, zumindest aber in spürbarem Maße, neue Arbeitsplätze schafft. Dies gehörte zu den Funktionsvoraussetzungen des Arbeitsförderungsgesetzes, wie es Ende der 60er Jahre konzipiert worden war. Wenn er das aber nicht tut, bedeutet ABS und ABM für die Betroffenen vielmehr arbeitspolitische Isolierung, die sich bis zu einem arbeitspolitischen Ghetto ausweiten kann.

Zahlreiche Untersuchungen zu den Wirkungen arbeitsmarktpolitischer Instrumente in den neuen Bundesländern kommen daher zu dem Ergebnis, daß "Unterschiede in den Erwerbchancen zwischen Erwerbspersonen durch aktive Arbeitsmarktpolitik nicht gemildert, sondern in manchen Fällen sogar verstärkt" werden¹. Gleiches stellten auch Stieler-Lorenz und Grimm in einer Analyse der Vermittlungschancen nach arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen fest. Befindet man sich erst einmal in Arbeitslosigkeit, münden die meisten aktiven Maßnahmen meist auch wieder in Arbeitslosigkeit². Die angewandten Arbeitsmarktinstrumente wirkten so nicht unbedingt mobilitätsfördernd, sondern stützten hinter dem Rücken derjenigen, die von ihnen zu profitieren meinten die schnell einsetzenden Selektions- und Selbstselektierungsprozesse. Wenn sich diese Befunde verallgemeinern lassen, dann hat aktive Arbeitsmarktpolitik, die im Kern ja berufliche Mobilitätsförderung sein muß, generell ihre Wirksamkeit unter den spezifisch ostdeutschen Bedingungen eingebüßt.

Wirksame Arbeitsförderung hätte neue ordnungspolitische Regelungsmechanismen erfordert, die über eine inkonsequente Modifikation der alten hätten hinausgehen müssen. Sie hätte eine ganz andere Finanzierungsbasis erfordert unabhängig von den konjunkturellen Schwankungen der Haushaltslage des Bundes und der Bundesanstalt. Sie hätte durch stabile Finanzierungsbasis Langfristigkeit und Planbarkeit in der Arbeitsförderung gewährleisten müssen, statt durch die Stop-and-Go-Politik des Bundes dominiert zu sein. Nicht umsonst wurde gerade im Zusammenhang mit den Problemen der Transformation in Ostdeutschland eine konzeptionelle Neuorientierung des Arbeitsförderungsgesetzes diskutiert. Inzwischen besteht auch Einigkeit darüber, daß auch die Problemlagen der alten Bundesländer nicht mehr mit den traditionellen Förderphilosophien in den Griff zu bekommen sind. Wichtige Forderungen richten sich auf eine Abkehr von der reinen Versorgungsphilosophie hin zu aktiven strukturfördernden Maßnahmen, die sich auch sehr stark an den Interessen der Wirtschaft orientieren müssen. Mehrjährige Maßnahmekomplexe müssen abgesichert werden, die auch Anreize schaffen, Eigenanteile zu erwirtschaften und in reguläre marktwirtschaftliche Unternehmensformen münden können. Darüber hinaus braucht es "institutionelle Kooperationsregeln, also Vorgehensweisen statt Einzelfalllösungen und amtlicher Vorgaben". Die Alleinausrichtung am Individual- und Versicherungsprinzip behindert eher kollektive Beschäftigungssicherung statt sie zu fördern³.

Da jedoch grundlegende Reformen des AFG unterblieben, beschränkte sich Arbeitsförderung mehr und mehr auf eine bloße Auffangfunktion, auf die Rolle eines "Konfliktdämpfers" oder aber auf die Funktion des "Ruhigstellens" der Betroffenen. Das bedeutet aber auch, daß die eigentliche Problemlösung auf dem Arbeitsmarkt der neuen Bundesländer noch bevorsteht.

¹ M. Mätzke, Wirkungen arbeitsmarktpolitischer Instrumente, QUEM-Report, Berlin 1995, Heft 33, S. 48

² E. Grimm, B. Stieler-Lorenz, Qualifikation und Langzeitarbeitslosigkeit, QUEM-Report, Berlin, Heft 32, S. 8

³ Vgl. J. Kühl, Konzeptionelle Überlegungen für die Weiterentwicklung des Arbeitsförderungsgesetzes. In: WSI-Mitteilungen, Düsseldorf, Nr. 7/1992, Seite 402f

2. Längerfristig wirkende Verwerfungen des Arbeitsmarktes durch den spezifischen Verlauf des Transformationsprozesses

Wenn die Lösung der Arbeitsmarktprobleme noch bevorsteht, so betrifft das nicht nur die Kompensation des umfangreichen Abbauprozesses von Arbeitsplätzen. Gleichzeitig kann es auch zu neuartigen Verwerfungen in den Beschäftigungsstrukturen, die durch die spezifische Transformationspolitik, insbesondere durch eine Präferenzierung der Distributions- gegenüber der Allokationspolitik, verursacht wurden.

Da Allokation im Sinne mittelfristig angelegter solider Aufbaufunktionen zunächst unterblieben, mußten Distributionsfunktionen im Sinne des Erhalts der Konsumtion an ihre Stelle treten. Damit war dann auch vorprogrammiert, daß ein (zu) großer Teil der für den Aufbau Ost verwendeten Mittel lediglich für konsumtive und nicht für produktive Zwecke verwendet werden muß. So wurden aber auch die Weichen für eine längerfristige Priorisierung der Konsumtion gegenüber der Produktion gestellt, was sich fünf Jahre nach der Wende immer noch zeigt.

Die vorwiegend konsumtiv ausgerichtete Distributionspolitik orientierte sich darüber hinaus noch an westdeutschen Mustern des Status quo und Besitzdenkens, was auch beinhaltete, daß einmal errungene finanzielle Positionen so schnell nicht mit aufgegeben werden brauchen. Auf diese Weise wurden quasi Rechtsansprüche geschaffen, die durch die Wirtschaft nicht einmal annähernd abgedeckt waren und auch in absehbarer Zeit nicht abgedeckt werden können.

Die Politik war so in einen Handlungskorridor eingetreten, in dem sie nur noch begrenzten und immer enger werdenden verteilungspolitischen Spielraum hatte. Ohne völlig neue Prioritätensetzungen und Strukturveränderungen führte die finanzpolitische Dimension der Einheit Deutschlands folgerichtig dazu, daß nur innerhalb des gegenwärtigen Systems gekürzt wird, was zwangsläufig den Widerstand aller organisierten Interessen herausfordern mußte. Am Anstieg der Staatsverschuldung läßt sich die Immobilität dieser durchorganisierten Gesellschaft ablesen.

Eine Politik der Priorität der Distribution gegenüber der Allokation hat bezüglich der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsverhältnisse zu einer starken Differenzierung der Beschäftigungslagen, zu sehr ungleich verteilten Chancen und Risiken und auch zu neuartigen Phänomenen in den Beschäftigtenstrukturen geführt. Besonders auffällig ist, daß der öffentliche Dienst hinsichtlich der Existenz- und Einkommenssicherheit eine Art Existenzführerschaft übernommen hat⁴. Da das institutionelle System der alten Bundesländer faktisch unverändert übernommen wurde, fielen die öffentlich Bediensteten unter ihr Tarifrecht. Einkommen, Kündigungsschutzregeln, Existenzsicherheiten, die für die alten Bundesländer unter staatshoheitlichen Gesichtspunkten über Jahrzehnte entwickelt worden waren, wurden übernommen.

Ohne Berücksichtigung regionaler Wirtschaft- und Steuerkraft galten diese Einkommensgesetze einer wachstumsfähigen potenten Volkswirtschaft mit zunehmendem Verteilungsspielraum auch für die neuen Bundesländer mit dem Ergebnis, daß diese Einkommen, da sie nicht selbst produziert wurden, aus den Transfermitteln bezahlt werden müssen.

⁴ Vgl. auch, H. Grünert, B. Lutz, Transformationsprozeß und Arbeitsmarktsegmentation, in: Erwerbsarbeit und Beschäftigung im Umbruch, Berlin 1994, S.3f

Da aber nahezu in allen anderen Bereichen der Volkswirtschaft die Beschäftigungslagen der Arbeitskräfte von der Wirtschaftskraft abhängen, entwickelte sich eine völlige Verzerrung und Ungleichheit dieser Beschäftigtengruppe im Umfeld einer allgemeinen hohen und sicher auch noch lang anhaltenden Existenzunsicherheit. Diese deutliche Besserstellung des öffentlichen Dienstes in einem insgesamt beschäftigungslabilen Umfeld kann längerfristig zu neuartigen Konflikten führen, zumindest selektiert es heute schon die Beschäftigungslagen, unabhängig von erworbener Qualifikation und vielfach auch Leistungsfähigkeit.

Innerhalb der produktiven Branchen folgen die Segmentierungslinien ganz wesentlich den Verkaufschancen und dem Verhältnis zwischen Privatisierung und Sanierung der Unternehmen. Der Arbeitsmarktmonitor der Bundesanstalt für Arbeit, der die Erwerbsverläufe in Ostdeutschland in einer Längsschnittuntersuchung verfolgte, kommt zu dem Ergebnis, daß in der Bauwirtschaft der Anteil der Beschäftigten, die seit der Wende 1989 bis 1994 ununterbrochen in ein und denselben Betrieb tätig waren, mit über einem Drittel am höchsten lag, gefolgt vom Sektor Bergbau/Energiewirtschaft mit 28 Prozent, wobei hier für die relativ hohe Stabilität wohl eher die Energiewirtschaft verantwortlich war als der Bergbau. In der Landwirtschaft war der Anteil mit 11 Prozent am geringsten. Innerhalb des tertiären Sektors gab es vor allem im Bereich der Banken und Versicherungen sowie des Verkehrswesens, der Post und Bahn eine vergleichsweise hohe Beschäftigungssicherheit. Im Handel waren demgegenüber nur etwa die Hälfte aller Befragten nach 5 Jahren noch im selben Betrieb tätig.

Stabile Beschäftigungslagen haben auch jene, die in den ersten beiden Jahren nach der Wende in der Zeit eines noch offenen Arbeitsmarktes ihren Arbeitsplatz gewechselt haben. Zahlreiche Untersuchungen bestätigen, daß in den Jahren 1990 und 1991 die beruflichen Positionen neu verteilt wurden, ab 1992/93 der ostdeutsche Arbeitsmarkt jedoch kaum noch Mobilität aufwies, d. h. nahezu geschlossen war. Wer in dieser ersten kurzen Zeit am Verteilungswettkampf nicht teilnehmen konnte oder wollte, hatte danach kaum noch Chancen auf einen stabilen Arbeitsplatz. Das bedeutet dann aber auch, daß arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den ersten Jahren für viele zu einer "Arbeitsmarktfalle" wurden.

Diese sehr ungleich verteilten Chancen und Risiken auf dem Arbeitsmarkt sowie die sehr differenzierten Beschäftigungslagen hinsichtlich Existenzsicherheit und Einkommen werden in Ostdeutschland noch lange nachwirken, da die Perspektiven für den Aufbau neuer Arbeitsplätze in den nächsten Jahren relativ gering sind.

3. Perspektiven für die Schaffung neuer Arbeitsplätze

Wachstumsraten von knapp 10 Prozent in den letzten Jahren dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Wachstum der Industrie von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau ausgeht. Gegenüber dem Stand von 1989 (Ende der DDR) war die Industrieproduktion auf weniger als ein Drittel zurückgegangen. Problematisch ist auch, daß der industrielle Aufschwung in Ostdeutschland wesentliche qualitative Schwächen hat. Er hat bisher nicht in ausreichendem Maße die Branchen erfaßt, die für eine gesunde industrielle Basis und eine sich selbst tragende Wirtschaft erforderlich sind. Dazu gehören vor allem die Investitionsgüter- und Exportindustrien. Die neuen Bundesländer sind nur mit 2 Prozent am gesamten deutschen Industriegüterexport beteiligt. Es gibt im Prinzip also immer noch keine exportfähige Industrie. Damit ist die Branchenstruktur der neuen Bundesländer nicht sehr zukunftssträftig. Die Chemie produziert heute nur etwa zwei Drittel der Güter von 1989, der Schiffbau und der Maschinenbau nicht einmal die Hälfte.

Diese Entwicklung muß zusätzlich vor dem Hintergrund der umfangreichen Transferzahlungen in den Aufbau Ostdeutschlands betrachtet werden. Obwohl jeder Arbeitsplatz mit Milliarden öffentlicher Gelder subventioniert wurde, ist also bislang keine wettbewerbsfähige Wirtschaft entstanden. So wurde beispielsweise im EKO-Stahlwerk rd. 1,2 Mio. DM an öffentlichen Geldern für einen einzigen Arbeitsplatz bereitgestellt. Ähnliche Größenordnungen erreichten die Subventionen in die chemische Industrie. Bedeutsame Unterstützungen erhielten auch der Schiffsbau und der Fahrzeugbau. Die nächste Investitionswelle wird insgesamt mit weniger Einsatz von öffentlichen Mitteln und auch von weniger privatem westlichen Kapital ablaufen müssen. Sie muß also "von innen" kommen, wenn das Wachstum anhalten soll.

Die ostdeutschen Industrieunternehmen haben vor allem dort das Feld räumen müssen, wo sie dem überregionalen und insbesondere dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind. Und sie haben sich nur dort behaupten können, wo der Wettbewerbsdruck vergleichsweise gering war. Die Reindustrialisierung zeigt sich in einem nahezu ausschließlichen Rückzug auf lokale und regionale Märkte. Drei Viertel aller industriellen Arbeitsplätze sind von lokalen Märkten abhängig. Typisch für die gegenwärtige Entwicklung ist dementsprechend, daß die Unternehmen, die auf räumlich nahen Märkten agieren, teilweise schon kräftig expandieren, während Unternehmen, die vorwiegend für den Fernabsatz produzieren, immer noch stagnieren oder sogar weiter schrumpfen. Nach wie vor gilt, daß die ostdeutsche Wirtschaft in der überregionalen Arbeitsteilung nur eine untergeordnete Rolle spielt. Derzeit liegt der Anteil der Exporte an den Umsätzen bis 10 Prozent, verglichen mit etwa 30 Prozent bei der westdeutschen Industrie.

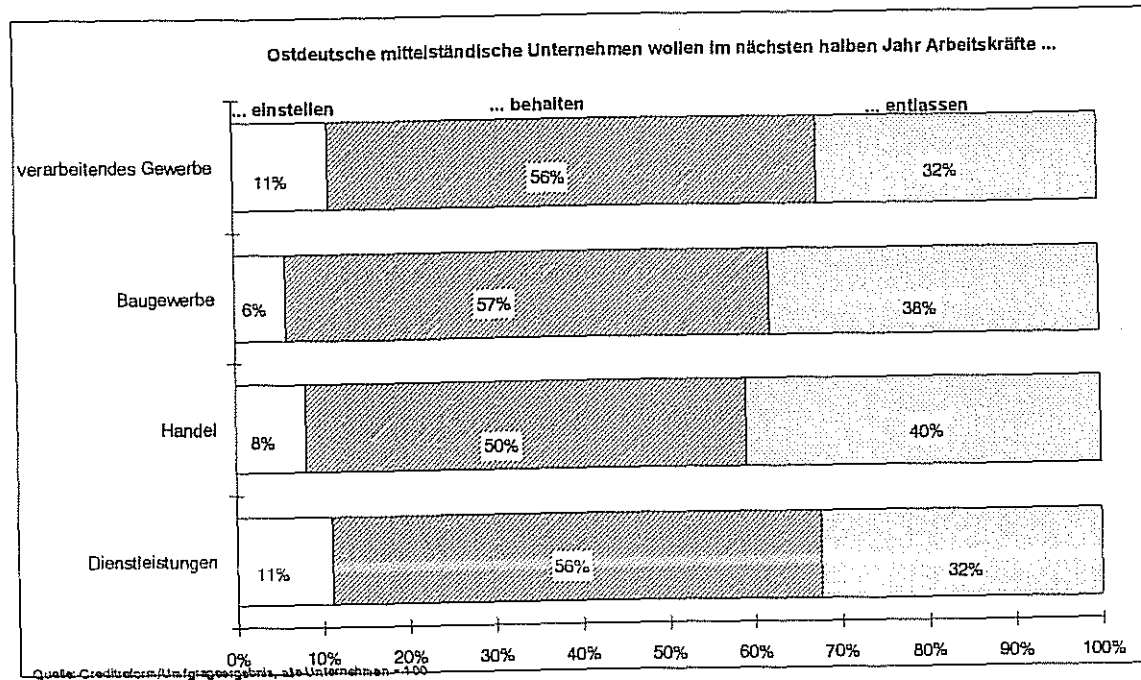
Auch unter Berücksichtigung der kleinen und mittelständischen Unternehmen ist der Besatz mit Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe der neuen Bundesländer nach wie vor sehr schwach. Er erreicht im Durchschnitt gerade mal drei Fünftel des Niveaus der alten Länder. Dabei gibt es noch riesige regionale Unterschiede. In Flächenstaaten wie Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg liegt er bei 50 bis 60 Arbeitsplätzen pro 1.000 Einwohner (in Baden-Württemberg übrigens bei dem Vierfachen). Selbst in Sachsen, als dem traditionellen Industrieland, liegt der Besatz an industriellen Arbeitsplätzen pro 1000 Einwohner gerade auf dem Niveau des ländlich geprägten Schleswig-Holstein. Insofern trug das verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland 1994 nur 19 Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung bei, in Westdeutschland waren es 28 Prozent.

Letztlich läuft diese strukturell problematische Entwicklung trotz hoher Wachstumsraten darauf hinaus, daß der Osten nur etwa zur Hälfte das produziert, was er auch verbraucht. Im Jahr 1994 betrug die Lücke zwischen Produktion und Verbrauch rd. 211 Mrd. DM. Aufgrund der gedämpften Wachstumsaussichten für 1995 infolge dieser strukturellen Schwächen ist zu befürchten, daß sich die Schere zwischen Produktion und Verbrauch nicht schließt, sondern sogar weiter öffnet.

Die Differenz muß durch Transferzahlung aus den alten Bundesländern ausgeglichen werden. Insofern handelte es sich bisher überwiegend um ein transferfinanziertes Wachstum, das sich obendrein noch als "Sackgassenwachstum" erweisen kann, weil es überwiegend durch den Ausbau von Infrastruktur und das lokale Gewerbe getragen ist. Spätestens wenn der Infrastruktur- und Baubedarf infolge der Transformation gedeckt ist und wenn das Wachstum immer mehr von leistungsfähigen Exportindustrien abhängt, werden sich die strukturellen Schwächen dieses Aufschwungs zeigen. Schon 5 Jahre nach der Wende ist erkennbar, daß die Investitionswelle in den bisherigen Wachstumsbranchen wie Bau, Steine und Erden abgeklungen ist. Die Prognosen der Wirtschaftsinstitute für das Wirtschaftswachstum der nächsten Jahre sind daher auch deutlich nach unten korrigiert worden und liegen nicht mehr bei Zuwachsraten um 10, sondern nur noch bei 6 bis 7 Prozent.

Arbeitsmarktpolitisch bedeutet diese Entwicklung, daß bislang mittel- und langfristig keine stabile Grundlage für ein Mehr an Arbeitsplätzen vorhanden ist. Vielmehr besteht die große Gefahr, daß die Arbeitsplätze, die durch das verzerrte Wachstum bisher geschaffen wurden, bei Nachlassen der künstlichen Nachfrage eher wieder wegbrechen. In der Bauindustrie deutet sich dieser Trend bereits an. Jüngste Umfrageergebnissen bestätigen, daß die Zahl der mittelständischen Unternehmen, die im nächsten Jahr Arbeitsplätze abbauen wollen überwiegt gegenüber jenen, die zusätzliche Arbeitskräfte einstellen werden.

Abbildung 2: Beschäftigungsperspektiven in ostdeutschen mittelständischen Unternehmen



Die wirtschaftliche Lage der meisten Unternehmen der neuen Bundesländer ist nach wie vor sehr instabil. Die Aufwärtsbewegung einzelner ostdeutscher Unternehmen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich sehr viele von ihnen noch auf einer langen Durststrecke befindet, deren Ende derzeit nicht abzusehen ist. Eine Hauptfrage bleibt, woher die Absatzmärkte für Ostdeutschlands Industrie kommen sollen. (Es war wohl das 1990 am meisten unterschätzte Problem). Für die Handwerksbetriebe ist dies weniger relevant, da sie nahezu ausschließlich für lokale Märkte produzieren. Das gilt sowohl für die Unternehmen der baunahen Branchen - wie Schlosserei, Tischlerei, Herstellung von Kunststoffen u. a. m. - als auch für die konsumnahen Branchen, wie Kfz-Werkstätten, Bäckereien und Fleischereien.

Bei den Industrieunternehmen stellt sich die Frage der Märkte wesentlich schärfer. Hier konzentriert sich der Umsatz gegenwärtig immer noch zu zwei Dritteln auf die neuen Bundesländer, ein Viertel entfallen auf das frühere Bundesgebiet und etwa 10 Prozent auf das östliche und westliche Ausland. Es fehlt nach wie vor vielfach das Know-how, vor allem aber das Geld für Marktbearbeitung, für den Aufbau von Vertriebsnetzen u. a. m.

Ein zweites Problem ist die Liquidität. Insbesondere viele kleine und mittelständische Unternehmen klagen über finanzielle Schwierigkeiten und das trotz umfangreicher Förderung durch Bund, Länder, Kreditanstalt für Wiederaufbau und z.B. der Deutschen Ausgleichsbank. Dies hängt zusammen mit jetzt fällig werdenden Kreditrückzahlungen, Steuernachzahlungen und dem Auslaufen vieler Begünstigungen. Vielfach sind - auch durch den konjunkturellen

Einbruch - wirtschaftliche Perspektiven überschätzt und dabei auftretende Probleme unterschätzt worden. Das trifft insbesondere für die MBO-Unternehmen zu. Sie stellen jeden vierten Betrieb im industriellen Mittelstand. Für viele wird die nächsten Jahre zum Schicksalsjahre, weil die Erträge die Kosten nicht decken. 12 Prozent sind gegenwärtig in Liquidation. Andere haben den Offenbarungseid schon hinter sich. Die Mittelstandsprogramme sind also dringend nötig, für viele kommen sie zu spät.

Ein großes zentrales Thema in diesem Kontext ist immer wieder das mangelnde Risikokapital. Gerade im Osten ist Neugründung ein Risiko, und es gibt zu wenig Risikokapital, das in diese Unternehmen einfließen kann. Der Banken- und Kapitalmarkt muß seine Funktion, unternehmerische Initiative zu finanzieren, viel stärker erfüllen. Fast jeder zweite Firmeninhaber im Osten beurteilt das Verhalten der Geldinstitute als "zu vorsichtig" und jeder vierte Mittelständler bezeichnet die Kreditvergabe der Geldhäuser als "bürokratisch restriktiv". Im Westen schreiben solche schlechten Noten nur wenige den Banken ins Stammbuch. Offensichtlich muß man hier auch neue Wege gehen, Paketlösungen sind gefordert.

Eine Achillesferse bleibt die mangelnde Forschungs- und Innovationsfähigkeit. Für die ostdeutschen Unternehmen - wenn sie dann auf die überregionalen oder gar internationalen Märkte wollen - reicht es nicht so gut zu sein wie ihre westlichen Wettbewerber. Sie müssen bessere Produkte anbieten, um in besetzte Märkte vorzudringen. Dazu braucht man eine hohe Innovationsfähigkeit. Nach unserem Eindruck gehen die Innovationen über Nachahmungsprodukte nicht hinaus. Der Einstieg in die besetzten Märkte ist aber so auch unter den Bedingungen der Billigkonkurrenz aus dem Osten kaum zu schaffen. Einzige Chance sind wirklich neue Produkte und Dienstleistungen. Der Staat verteilte bisher Geld nach dem Gießkannenprinzip. Eine gezielte Innovationsförderung stand aber bisher nicht auf dem Programm. Wenn die Unternehmen den Sprung von den Nachahmungs- zu den originären Innovationen schaffen sollen, müssen neue Wege gegangen werden.

Bekanntlich ist die Industrieforschung von 90 Tsd. auf 15 Tsd. Beschäftigte abgebaut worden. Zugegeben: viele waren im Rationalisierungsbau beschäftigt, d.h., mußten ihren Geist dafür anstrengen, um die alten Anlagen immer wieder flott zu machen. Es gibt zwar viele pfiffige Ideen, hohe Qualifikationen und auch Motivationen. Was den Kreativen aber fehlt, ist die Einbindung in ein innovatives Umfeld und das Geld für die Umsetzung von Ideen. Die Banken, die durch die hohen Verluste eher noch vorsichtiger geworden sind, schicken die jungen Tüftler mit den guten Ideen dann meist nach Hause. Um so wichtiger ist der Technologietransfer von den Hochschulen, Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen in die mittelständische Wirtschaft. Dies kann natürlich im Osten solange nicht funktionieren, wie Bund und Länder Forschungsmittel nur dann bereitstellen, wenn die industriellen Partner die Drittmittel zur Verfügung stellen müssen. Die meisten ostdeutschen Industrieunternehmen sind dazu nicht in der Lage, und die, die dazu in der Lage sind (jene, die von westlichen Konzernen übernommen wurden), lassen die Forschung mehrheitlich im Westen.

Die Unternehmen der neuen Bundesländer sind in großem Maße unterkapitalisiert. Die durchschnittliche Nutzungsdauer der Maschinen und Anlagen betrug in der DDR 18 Jahre (gegenüber 8 Jahren im ehemaligen Bundesgebiet). Wenn der Durchschnitt 18 Jahre war, schloß das ein, daß auch viele Maschinen 30 Jahre und älter waren. Das Kuriose ist nur, daß die Betriebe, die zu DDR-Zeiten nicht mehr investiert haben oder konnten, heute schuldenfrei dastehen. Auf der anderen Seite sind jene Unternehmen, die investiert haben, heute mit Altschulden belastet, weil jede Investition in der DDR über staatliche Zuteilung, das heißt, über Kredit erfolgte. Am schlimmsten sind die dran, die noch aus dem westlichen Ausland Investitionsmittel erhielten, da diese Investitionen mit dem Faktor 4,8 bewertet wurden. Diese

rein buchungsmäßige, ökonomisch völlig unsinnige Altschuldenregelung behindert den Aufbau eines dringend erforderlichen neuen Kapitalstandes in ganz erheblichem Maße.

Ein weiteres markantes ostdeutsches Problem ist die schlechte Zahlungsmoral privater und auch öffentlicher Auftraggeber. Nur etwa 4 von 10 Kunden der mittelständischen Unternehmen zahlen ihre Rechnungen pünktlich, das heißt, innerhalb von 4 Wochen. Jeder fünfte läßt sich sogar mehr als 60 Tage Zeit. In den alten Ländern sind es übrigens nur halb so viele. Wenn diese hohen Forderungsverluste, eine geringe Eigenkapitalquote und angestaute Investitionen zusammenkommen, dann besteht ein starkes Insolvenzrisiko.

Schwer wiegt auch die rasch wachsende Konkurrenz von Anbietern aus den mittel- und osteuropäischen Staaten, insbesondere aus Polen und Tschechien. War dies noch vor zwei Jahren für einige wenige Branchen - wie der Leder- und Bekleidungsindustrie, der Steine- und Erdenindustrie und den Sägewerken - ein Problem, so tritt Konkurrenz jetzt verstärkt in Bereichen wie den Stahl- und Leichtmetallbau, den Gießereien und den Maschinenbau auf. Viele Anbieter aus Mittel- und Osteuropa, die zum Teil mit westlichen Unternehmen verbunden sind, erweisen sich nicht nur bei Gütern des unteren, sondern häufig auch bei solchen des mittleren Technologieniveaus als wettbewerbsfähig.

Fast 70 Prozent aller Industrieunternehmen sehen nach Umfragen von Wirtschaftsinstituten das Tempo der Lohnerhöhung als Problem an. Es überrascht daher nicht, daß 35 Prozent Löhne zahlen, die unter den Tarifen liegen. Am häufigsten ist dies bei kleinen eigenständigen Unternehmen der Fall. Die finanziell meist besser ausgestatteten Zweigwerke westdeutscher und ausländischer Firmen zahlen in aller Regel Tariflöhne, manche sogar mehr.

Eine große Hürde ist nach wie vor die nur schleppend verlaufende Verwaltungspraxis und die Überbürokratisierung staatlicher Genehmigungsverfahren. Investoren erwarten klare und verlässliche Entscheidungen. Von BMW weiß man, daß die Errichtung des neuen Werkes in den USA nur ganze zwei Jahre von der Planung bis zur Produktion braucht. Wenn in Ostdeutschland jemand ein Unternehmen gründen will, geht die Odyssee los. Flächennutzungspläne lagen lange Zeit nicht vor, viele Bebauungspläne auch nicht. Eigentumsverhältnisse sind vielfach immer noch ungeklärt, Umweltverträglichkeitsprüfungen sind notwendig. Dazu kommt oft die Rechtsunsicherheit vieler Behörden.

Auch die Inanspruchnahme von Fördermitteln läßt viele von vornherein resignieren. Der mit dem Antrag verbundene Aufwand ist - das wissen alle, die in der Beratung tätig sind - extrem hoch: Verlangt werden nicht nur eine ausführliche Beschreibung des Vorhabens mit Aufstellung der einzelnen Wirtschaftsgüter, sondern auch ein Zeitplan für Investitionen, ein von der Hausbank bestätigtes Finanzierungskonzept, verbindliche Arbeitsplatzzusagen, Aussagen zum Absatzgebiet, eine Bescheinigung über Priorität, Eigentumsnachweise u. a. m.. Mann kann sich vorstellen, daß gerade kleine und mittelständische Unternehmen dafür weder Zeit noch Know-how haben und so oft ganz auf Fördermittel verzichten. Wenn man es dann aber doch versucht und endlich den Antrag gestellt hat, dauert es nach Umfragen von Wirtschaftsinstituten bis zu 18 Monaten, bis der Antrag genehmigt ist und das Geld dann endlich fließt. Darüber ist ein Großteil der kleinen und auch mittelständischen Unternehmen längst an seiner Kapitalschwäche verkümmert.

Wenn im produktiven Sektor aufgrund der erheblichen strukturellen Schwächen das Wachstum nicht mit einer Ausweitung der Arbeitsplätze gerechnet werden kann, stellt sich die Frage, inwieweit die Dienstleistungsbranche noch Arbeitsplatzpotentiale enthält. Im Dienstleistungssektor der neuen Bundesländer ist beinahe aus dem Nichts eine breite, sehr vielschichtige Unternehmenslandschaft entstanden.

Die Voraussetzungen dafür waren weitaus günstiger als in der Industrie, denn

- wegen der hohen Einkommenstransfers aus dem Westen gab es von Anfang an vielversprechende lokale Absatzmärkte,
- wegen der geringen Anbieterdichte war die Wettbewerbsintensität zunächst vergleichsweise niedrig,
- wegen des vergleichsweise geringen Kapitalbedarfs bei der Gründung oder Übernahme eines Betriebes waren die Markteintrittsbarrieren niedrig.

Inzwischen gibt es im Dienstleistungssektor Ostdeutschlands ca. 350.000 Unternehmen, gut dreieinhalbmal so viele wie vor der Wende. Gleichwohl sind im Westen bei einer viermal so großen Wohnbevölkerung im Dienstleistungssektor rund 1,9 Mio. Unternehmen. Die bisherige Entwicklung im Dienstleistungssektor war geprägt von Anpassungsprozessen, die aus den Defiziten im Vergleich zum westlichen Standard herrühren. Insofern überrascht es nicht, daß die Freien-Berufe sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe zunächst überaus kräftig expandierten.

Dienstleistungen wie Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsberatung existierten in der DDR faktisch nicht, andere, wie Kreditinstitute und Versicherungen, waren stark unterentwickelt. Im Banken- und Versicherungsgewerbe sind in den letzten Jahren rund 10.000 Unternehmen mit insgesamt 40.000 Arbeitsplätzen entstanden. Dienstleistungen für Unternehmen verzeichnen einen Zuwachs von 25.000 Unternehmen mit 75.000 Arbeitsplätzen.

Damit ist der Anteil der rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Berufe in den neuen Bundesländern gegenwärtig aber immer noch nur halb so hoch, wie in den alten Bundesländern. Während im früheren Bundesgebiet etwa je die Hälfte auf die konsum- und produktionsnahen Dienstleistungen entfallen, dominieren in Ostdeutschland die konsumnahen. Längerfristig wird das Wachstum des Dienstleistungssektors jedoch durch die Entwicklung der produktionsnahen Dienste bestimmt werden.

Exportfähige Dienstleistungen, wie Softwareproduktion, Unternehmens- und Finanzberatung u. ä., steht größtenteils im Zusammenhang mit internationalen Warengeschäften. Mit anderen Worten: der internationale Handel mit Dienstleistungen ist nicht zuletzt das Ergebnis der Internationalisierung der Produktion. Die Industrieunternehmen in Ostdeutschland verfügen jedoch kaum über Produktions- und Vertriebsstätten im Ausland. Ihr Bedarf an derartigen Dienstleistungen ist dementsprechend gering. Folglich sind auch ostdeutsche Dienstleister bisher kaum in die internationale Arbeitsteilung integriert. Dies wiegt deshalb schwer, weil der internationale Handel mit Dienstleistungen zu den besonders dynamischen Wachstumsbranchen gehört.

Ein weiteres Problem ist, daß gerade im Dienstleistungssektor ein großer Teil des zusätzlichen Wachstums eher die Unternehmen aus den alten Bundesländern begünstigt. Viele Aufträge werden an westdeutsche Dienstleister vergeben, weil die Industriebetriebe in Besitz westdeutscher und ausländischer Unternehmen sind und die Geschäftsbeziehungen ihrer Muttergesellschaften an Anbieter aus den alten Bundesländern gebunden sind. Immerhin entfällt auf die Betriebe mit westdeutscher oder ausländischer Beteiligung reichlich die Hälfte der Arbeitsplätze in der ostdeutschen Industrie. Das DIW hat herausgefunden, daß Unternehmen mit Ostmanagement nur zu 35 Prozent Steuerberater aus den alten

Bundesländern in Anspruch nehmen. Unternehmen im Besitz westlicher Gesellschaften jedoch zu zwei Dritteln.⁵

Es ist fast ein Glaubenskrieg darüber entbrannt, ob sich Dienstleistungen auch abgekoppelt von industriellem Wachstum und Potential entwickeln können. Obwohl dieser Zusammenhang noch nicht sauber geklärt ist, so zeigen alle empirischen Untersuchungen zu den Entwicklungsmustern reifer Volkswirtschaften, daß ein enger Zusammenhang zwischen industriellen Produkten und Dienstleistungen besteht, da Dienstleistungen immer sehr stark die lokalen und regionalen Märkte bedient. Auch die Auswertung des Leitungsspektrums auf exportorientierte Dienste ändert daran prinzipiell nichts. Die Perspektiven für den Dienstleistungssektor dürfen daher bei anhaltenden Problemen der Industrialisierung im Osten Deutschlands nicht zu hoch angesetzt werden, so daß auch dieser Sektor kurz- und mittelfristig kaum weitere Arbeitsplatzpotentiale enthält.

Nach allen Einschätzungen wird die Arbeitsmarktkrise daher in Ostdeutschland noch mindestens ein Jahrzehnt andauern. Wissenschaft und Praxis ist daher aufgefordert, nach grundsätzlich neuen Konzepten ihrer Bewältigung zu suchen. Diese müssen berücksichtigen, daß das neue Gesamtdeutschland nicht nur eine erweiterte alte Bundesrepublik ist, sondern viel inhomogener und differenzierter und daß dieses neue Deutschland daher auch nicht mit den institutionellen Mechanismen der alten Bundesrepublik in den Griff zu bekommen ist. Mit den Veränderungen in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt gingen wichtige Bedingungen für die institutionelle Stabilität verloren. Damit geriet das gesamte Ensemble eingespielter Regulierungsformen in Bewegung. Das betrifft nicht nur einzelne Elemente, sondern auch die Zusammenhänge zwischen ihnen. Alle Versuche, mit den Instrumenten von gestern die Probleme von morgen lösen zu wollen, müssen daher scheitern. Charles Montesquieu hatte bekanntlich schon vor 200 Jahren erkannt, daß Institutionen nicht nur durch eine Niederlage, sondern auch durch einen Sieg in Frage gestellt werden können.

⁵Vgl. DIW-Wochenbericht 1994, Nr. 31

Der Wandel des Städteneetzes im östlichen Europa

Dr. Frank-Dieter Grimm
Institut für Länderkunde Leipzig

Aktualisierte Fassung des Beitrages "Zentren als Träger der Raumentwicklung in Mittel- und Osteuropa", veröffentlicht in: "Entwicklungsperspektiven für den größeren europäischen Raum" Europ. Gemeinschaften, Luxemburg 1995

Angesichts der gegenwärtigen Veränderungen in der östlichen Hälfte Europas und ihrer zunehmenden Verknüpfung mit dem westlichen Europa wird es immer wichtiger, diese Entwicklung besser kennen und verstehen zu lernen, um sie nach Möglichkeit im Interesse einer ausgewogenen gesamteuropäischen Entwicklung beeinflussen zu können. Dabei kommt nach allgemeiner Überzeugung den großen Städten und Bevölkerungsagglomerationen bei der Entwicklung der räumlichen Strukturen eine Schlüsselrolle zu.

Städte sind von Bedeutung für die Raumentwicklung, seit es in der Geschichte der Menschheit städtische Ansiedlungen gibt. Dies gilt besonders im 19. und 20. Jahrhundert für Europa, wo mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Städten wohnte. Dies gilt gleichermaßen für das von uns betrachtete östliche Europa. Die folgenden Ausführungen verfolgen – mit besonderer Betonung der Perspektiven der großen Städte – die Rolle der großstädtischen Zentren in einem Raum, der sich aus dem östlichen Mitteleuropa, Osteuropa und Südosteuropa zusammensetzt, durch die Städte Berlin, St. Petersburg, Kiew, Bukarest und Wien begrenzt wird und den wir hier als östliches Europa bezeichnen wollen. Er wurde unter diesem Aspekt unter der Leitung des Instituts für Länderkunde in Leipzig in einem internationalen Projektteam untersucht, an dem Raumforscher und -planer aus 14 Staaten beteiligt waren, Auftraggeber war das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Bonn). Dieses östliche Europa zwischen Oder und Dnjepr, zwischen Finnischem Meerbusen und Schwarzem Meer umfaßt die Staaten Estland, Lettland, Litauen, Weißrußland, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Moldawien, die Westhälfte der Ukraine sowie Grenzgebiete von Deutschland, Österreich und Rußland.

Der so beschriebene Raum nimmt ein Areal von 1,7 Mio. km² ein und wird von 150 Mio. Menschen bewohnt, d.h., seine Fläche kommt derjenigen der Länder der Europäischen Union nahe (Gebietsstand 1994), und seine Einwohnerzahl beträgt annähernd die Hälfte der EU-Bevölkerung.

Das geographische Spezifikum des östlichen im Vergleich zum westlichen Europa besteht in der weniger differenzierten Gliederung des Raumes, in der geringen Bevölkerungsdichte, in der Existenz großer Bevölkerungsagglomerationen, die voneinander durch größere Zwischenräume getrennt sind und daher verkehrsmäßig besser durch Eisenbahn und Flugzeug

als durch Kraftfahrzeuge verbunden werden können. Das politische Spezifikum des östlichen Europa besteht in der jahrzehntelangen Zugehörigkeit zum sowjetischen Machtbereich und in den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen, die durch den schnellen Zerfall der früheren Strukturen und das vergleichsweise langsamere Entstehen neuer demokratisch legitimierter marktwirtschaftlicher Strukturen gekennzeichnet sind. Für die Städte- und Raumentwicklung ist außer der Öffnung des östlichen Europa nach dem Westen vor allem von Interesse, daß im östlichen Europa mehrere Staaten zerfallen und neue Staaten mit neuen Hauptstädten und neuen Grenzen entstanden sind. Jegliche Überlegungen zur Zentren- und Raumentwicklung müssen sich der Tatsache bewußt sein, daß von den obengenannten zehn Staaten des östlichen Europa nur drei Staaten (Polen, Ungarn, Rumänien) länger als fünf Jahre bestehen, daß sieben Staaten erst nach 1990 entstanden sind und daß sich diese Staaten demzufolge noch in der Phase einer elementaren Stabilisierung befinden.

Für die Städte wirken sich die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen im östlichen Europa dahingehend aus, daß

- die politisch-administrative Stellung einer Stadt nicht mehr ganz so ausschlaggebend ist, da der Staat bei den demokratischen, marktwirtschaftlichen Strukturen im Unterschied zur sowjetsozialistischen Plan- und Kommandowirtschaft nicht mehr für die unmittelbare Leitung der Wirtschaft zuständig ist und damit die Kompetenzen der politisch-administrativen Zentren begrenzter sind,
- wegen des zunehmenden Wirkens marktwirtschaftlicher Mechanismen die multifunktionalen und verkehrsgünstigen Städte und Agglomerationen über vorteilhaftere Voraussetzungen als die planwirtschaftlich geförderten monostrukturierten Standorte und Regionen verfügen,
- die in den ehemaligen sowjetsozialistischen Staaten eingesetzten Stabilisierungs- und Fördermaßnahmen für entlegene und rückständige Regionen, sofern sie beispielsweise aus militärischen Gründen oder zur Stärkung der "Arbeiterklasse" vorhanden waren, heute nicht mehr wirksam sind.

Insgesamt zeichnet sich im östlichen Europa eine zunehmende Polarisierung zugunsten der großen, für ausländische Investoren attraktiven Großstädte und einiger weniger verkehrsgünstig gelegener mittelgroßer Städte ab. Die Mehrzahl der Städte und Regionen hat die Last des Zusammenbruchs des politischen und wirtschaftlichen Systems in besonderem Maße zu tragen. Sie sind aus den verschiedensten Gründen für Investoren noch zu unattraktiv, auch gibt es noch keine Raumordnungspolitik, die regional gezielte Entwicklungsförderung betreibt.

Ausgehend von dieser generellen und allgemeingültigen Feststellung erhebt sich aus geographischer Sicht die Frage, welche Größenordnung von Städten und welche konkreten Städte zu den von den Polarisierungstendenzen begünstigten Zentren zu rechnen, welche

Verkehrslagen als günstig zu werten und welche Empfehlungen der möglichen europäischen Raumordnungspolitik von daher zu geben sind.

Die eingangs genannte Untersuchung des Instituts für Länderkunde in Leipzig im Auftrage des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau versuchte, international vergleichend das Potential und die Entwicklungsmöglichkeiten der Großstädte des östlichen Europa einzuschätzen. Ein Kernpunkt der Untersuchung ist die Klassifizierung aller mittel- und osteuropäischen Zentren mit Einwohnerzahlen von mehr als 120 bis 150 000, basierend auf der Ermittlung der Funktionen der einzelnen Städte in Politik und Administration, in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien sowie auf der Bestimmung des Verkehrspotentials der Städte und des Bevölkerungspotentials von Stadt und Dominanzbereich. Sie bildet in Kombination mit zahlreichen qualitativen Experteneinschätzungen die Grundlage der auf die Zukunft gerichteten Überlegungen.

Als die herausragenden Städte – in unserer Klassifizierung als A-Zentren bezeichnet – treten die Hauptstädte der großen und mittleren Staaten des östlichen Europa hervor: Budapest, Bukarest, Kiew, Minsk, Prag, Warschau, Wien. Hinzu kommen Berlin, das seine Hauptstadtrolle bald wieder übernehmen wird, und St. Petersburg, die größte Stadt des von uns betrachteten östlichen Europa und frühere Hauptstadt Rußlands. Die genannten 9 A-Zentren haben Einwohnerzahlen von einer oder mehreren Millionen, verfügen über ein ansehnliches Bevölkerungspotential in ihren Staatsterritorien und Dominanzbereichen und sind in ihren Staaten – mit Einschränkungen bei Berlin und St. Petersburg – die entscheidenden Standorte der staatlichen Legislative und Exekutive, der Wirtschaftsführung, Wissenschaft, Bildung, Kultur und Medien. Die A-Zentren nehmen in besonderem Maße internationale Funktionen wahr, z.B. Prag, Wien und Budapest als Stätten internationaler Kongresse, St. Petersburg als Sitz von kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen mit Ausstrahlung auf die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Die Standortentscheidungen ausländischer Organisationen und Investoren im östlichen Europa sind in erster Linie auf diese Städte gerichtet, so daß mit einem quantitativen und qualitativen Wachstum der genannten 9 A-Zentren zu rechnen ist und diese positive Entwicklung vermutlich dort am ehesten auch auf die angrenzenden Regionen ausstrahlen wird.

Ähnliches, wenn auch in erheblich bescheidenerem Ausmaße, ist für die übrigen Städte des östlichen Europa zu erwarten, die die Rolle als Hauptstadt selbständiger Staaten erst seit wenigen Jahren wahrnehmen, d.h. für Tallinn (Estland), Riga (Lettland), Vilnius (Litauen), Bratislava (Slowakei) und Chisinau (Moldawien). Die Etablierung der erforderlichen Funktionen in diesen Hauptstädten dürfte für längere Zeit die Wirtschaftskraft der kleinen neuen Staaten stark in Anspruch nehmen, d.h. auch innerhalb der kleinen Staaten ist mit einer zunehmenden Polarisierung zwischen der Hauptstadt und dem übrigen Land zu rechnen. Aus raumordnerischer Sicht erscheint eine solche Entwicklung angesichts der geringen Größe

der Staatsterritorien und angesichts der wenigen verfügbaren Mittel vorerst als unumgänglich. Es ist wichtig, daß diese neuen Staaten über ihre hauptstädtischen Zentren in den Leistungsaustausch mit Westeuropa einbezogen werden. Langfristig wäre auch in diesen Ländern eine ausgewogenere Städte- und Raumentwicklung durch nationale Raumordnungspolitik anzustreben.

Mit erheblichen Entwicklungsschwierigkeiten müssen andererseits diejenigen Städte und Regionen rechnen, die durch überdimensionierte monostrukturierte Industrien bestimmt werden und in denen besonders schwerwiegende Umweltbelastungen auftreten. Als Beispiele für die krisenbedrohten Großindustriestandorte seien die Hüttenstandorte Nowa Huta in Polen, Kosice in der Slowakei und Hunedoara in Rumänien genannt. Anzumerken ist, daß durch staatliche Subventionierungen der unvermeidlich bevorstehende massenweise Arbeitskräfteabbau bisher noch hinausgeschoben worden ist. Beispiele für die entwicklungshemmende Umweltbelastungen bieten das oberschlesische Industrie- und Bergbaugesbiet, die nordböhmische Chemie- und Bergbauregion und der von mehr als vier Millionen Menschen bewohnte, durch das Tschernobyl-Unglück strahlungsgeschädigte Raum in der nördlichen Ukraine und im südlichen Belorußland. Eine veränderte Situation ergibt sich für diejenigen Städte und Regionen des östlichen Europa, die durch die mit den neuen Staatenbildungen verbundenen neuen Staatsgrenzen in eine abseitige Lage geraten sind, z.B. Daugavpils im östlichen Lettland. Ihre Entwicklung hängt wesentlich vom Ausmaß einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ab.

Neben den großen Städten mit vergleichsweise positiven Entwicklungsperspektiven – in der Regel den Hauptstädten – verfügen die Städte mit guter Verkehrslage über die günstigsten Aussichten. Dabei ist infolge der Öffnung des östlichen Europa nach dem Westen vor allem für diejenigen Städte mit einem Entwicklungsschub zu rechnen, die eine Vermittler- und Brückenfunktion wahrnehmen bzw. wahrnehmen können. Außer den Hauptstädten selbst sind es in erster Linie die Seehäfen (1.) und die Städte an den kontinentalen Eisenbahnmagistralen (2.):

1. Die mittel- und osteuropäischen Hafencities an der Ostsee und am Schwarzen Meer lassen sich in der aktuellen politischen Situation betreffs ihrer Entwicklungsperspektive in zwei Gruppen einteilen:

- Hafencities, deren Hinterland hauptsächlich im eigenen Staatsterritorium gelegen ist und für die demzufolge eine stabile Entwicklung von Stadt und Hinterland erwartet werden kann: St. Petersburg und Rußland, Gdansk (Danzig) und Polen, Odessa und Cherson und die Ukraine, Constanta (Konstanza) und Rumänien;
- Hafencities, deren Hinterland zu erheblichen Anteilen außerhalb der eigenen Staatsgrenzen liegt und deren Zukunft somit entscheidend von der künftigen außenpolitischen Konstellation abhängig sein wird: die baltischen Häfen von Tallinn, Riga, Ventspils, Lie-

pava, Klaipeda und Kaliningrad in Abhängigkeit vom künftigen Verhältnis der baltischen Staaten zu Rußland, die polnische Hafenstadt Szczecin (Stettin) hinsichtlich der künftigen Beziehungen zu Deutschland und insbesondere zu Berlin.

Die verschiedenen vorstellbaren Szenarien seien am Beispiel der lettischen Hauptstadt und Hafenstadt Riga erläutert: Mit dem Vordringen Rußlands zu Beginn des 18. Jahrhunderts an die Ostsee kam die an der Mündung der Düna (Daugava) gelegene Hafenstadt zum Russischen Reich und wurde bald zu einem der entscheidenden Handelsvermittler zwischen Rußland und dem westlichen Europa. Der Bau der Eisenbahnen im 19. Jahrhundert festigte die Stellung Rigas zu seinem vorwiegend russischen Hinterland durch direkte Bahnlinien mit St. Petersburg, Moskau, Kiew und Minsk, die bis heute das Lagepotential der Stadt entscheidend prägen. Zu Beginn unseres Jahrhunderts war Riga der größte Getreideexporthafen Rußlands und der weltgrößte Hafen für Holzexporte. Ein erster entscheidender Wandel trat mit dem Ersten Weltkrieg ein. In seinem Ergebnis wurde Lettland ein selbständiger, unabhängiger Staat, der sich von dem Nachfolgestaat des Russischen Reiches, der Sowjetunion, bewußt abzugrenzen suchte. Die Handelsbeziehungen Lettlands zum russischen Nachbarn gingen rapid zurück, der Hafen von Riga verlor seine vorherige Bedeutung. Der nächste Einschnitt folgte mit dem Zweiten Weltkrieg. Nach der Einverleibung der baltischen Staaten durch die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg wurde Riga wiederum mit seinem russischen Hinterland verbunden und erfuhr einen erneuten Ausbau, der allerdings von der lettischen Bevölkerung wegen der damit einhergehenden starken Zuwanderung russischer Neubürger und den Stationierungen sowjetischen bzw. russischen Militärs mit gemischten Gefühlen verfolgt wurde. Der Zerfall der Sowjetunion und die erneute Selbständigkeit Lettlands leiten einen neuen Abschnitt ein. Sein Verlauf ist vorerst noch ungewiß. Der historische Vergleich läßt die verschiedenen denkbaren Szenarien erkennen. Für die Zukunft von Riga wäre eine auf den beiderseitigen Wirtschaftsinteressen beruhende lettisch-russische Nachbarschaftsbeziehung wünschenswert, die das Bestreben der Letten nach der Wahrung ihrer nationalen Identität mit dem russischen Interesse an der Gewährleistung des verkehrsgünstigen Zugangs zur Ostsee in Einklang bringen und der Hafenstadt Riga eine gesicherte Perspektive gestatten würde.

2. Der Wegfall des Eisernen Vorhangs und die gemäß den historischen und räumlichen Strukturen Europas nunmehr wieder bedeutsamen West-Ost-Verbindungen bieten außer den Seehäfen all denjenigen Zentren verbesserte Entwicklungsperspektiven, die infolge einer günstigen Verkehrslage als Mittler zwischen Ost und West wirksam werden können. Abgesehen von den unmittelbaren Grenzregionen zur EU sind es vor allem die Zentren, die an den großen ost-westlichen kontinentalen Verkehrsachsen gelegen sind:
- an der europäischen Hauptstadtachse (Paris-Berlin-Warschau-Minsk-Moskau), die durch die Folge großer Bevölkerungsagglomerationen und dazwischen liegender weiter Areale mit geringer Bevölkerungsdichte gebildet wird: die in der Mitte zwischen Berlin und War-

schau gelegene polnische Messestadt Poznan (Posen), das zwischen Warschau und Minsk gelegene westrussische Smolensk;

- an der von Sachsen (Leipzig, Dresden) über Schlesien/Südpolen nach der Westukraine west-östlich im nördlichen Vorland der Mittelgebirge (Sudeten, Karpaten) führenden gewerbereichen und dichtbevölkerten Verkehrs- und Siedlungsachse mit den Städten Wroclaw, Katowice (oberschlesisches Industriegebiet), Krakow, Lublin und Lwow (Lwow);
- an den von Mitteleuropa nach Südeuropa führenden Verkehrsachsen, die zur Zeit des Eisernen Vorhangs in einen westlichen (Österreich-Jugoslawien-Griechenland) und einen östlichen (CSSR-Ungarn-Rumänien-Bulgarien) Zweig gesplittet waren, deren Zusammenführung jetzt vonstatten geht, allerdings gegenwärtig noch deformiert durch den Bürgerkrieg im zerfallenden Jugoslawien.

Zusammenhänge und Auswirkungen der Städte- und Raumentwicklungen des östlichen Europa ergeben sich für Deutschland am deutlichsten bei den großen Städten des östlichen Deutschland und in den unmittelbaren Grenzregionen. Eine besondere Rolle kommt dabei Berlin zu, da von seiner Stabilisierung und möglichen Entwicklung als deutsche Metropole mit europäischer Ausstrahlung entscheidende Impulse und Wechselwirkungen mit dem Städtesystem Polens und des angrenzenden Mittel- und Osteuropas zu erwarten sind. Die Zukunft Berlins wie auch der sächsischen Zentren Leipzig, Dresden und Chemnitz wird zudem in besonderem Maße von den Umstrukturierungsprozessen im östlichen Europa betroffen, die sich derzeit vor allem als Entwicklungshemmnis für die Wirtschaft der neuen deutschen Bundesländer bemerkbar machen.

Die aktuelle Städte- und Regionalpolitik der untersuchten Staaten des östlichen Europa begnügt sich derzeit damit, die geschilderten Prozesse zu begleiten und unerwünschte Extreme zu verhindern. Die neu strukturierten oder sogar meist erst neu geschaffenen Staaten sind im wesentlichen noch mit den elementaren Problemen der politischen Stabilisierung und wirtschaftlichen Umstrukturierung befaßt. Aktuelle Aufgaben sind derzeit die Stabilisierung der qualitativen neuen Funktionen der Hauptstädte für ihre jeweiligen Staatsterritorien, die Einbindung der Hauptstädte in das europäische Städtennetz, die raumordnerische Bewältigung der Auswirkungen der neuen Grenzziehungen und die Begrenzung der schwerwiegendsten Umweltschäden.

Europäische Raumordnungspolitik kann diese Umstrukturierungsprozesse mit ihren spezifischen Maßnahmen begleiten. Sie darf heute nicht auf den Abbau regionaler oder kleinräumiger Disparitäten zielen. Vielmehr gilt es, die geringen vorhandenen Potentiale zu stärken und durch Raumordnungspolitik die Attraktivität geeigneter Standorte zu erhöhen. Dabei sollte das langfristige Ziel der Förderung dezentraler Strukturen des Städtennetzes des östlichen Europa allerdings nicht aus den Augen verloren werden. In der gegenwärtigen Situa-

tion können Elemente einer weiterreichenden Städte- und Raumordnungspolitik am ehesten in den von westlicher Seite initiierten Verkehrsausbauprogrammen zum Tragen kommen.

Eine wichtige und dringliche Aufgabe zur soliden Fundierung der anstehenden Probleme wäre die Erfassung und Sicherung des nutzbaren Wissensfundus der Stadt- und Regionalplanung, der in der gegenwärtigen Umbruchssituation verlorenzugehen droht, beispielsweise der in der Vergangenheit nur intern zugänglichen, meist sehr guten Regional- und Planungsatlanten der einzelnen Länder des östlichen Europa oder des sowjetischen Generalschemas zur Standortverteilung der Produktivkräfte.

Die für die nächsten Jahre zu schaffenden gesamteuropäischen Leitvorstellungen zur künftigen Städte- und Raumentwicklung im östlichen Europa sowie die Politik der einzelnen Staaten sollten davon ausgehen, daß in diesen Ländern eine zunehmende Polarisierung zugunsten der größten und der verkehrsgünstigsten Städte zu erwarten ist, daß dieser Polarisierungsprozeß zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung unerlässlich sein wird, daß die verfügbaren Mittel vor allem zunächst konzentriert zur Förderung dieses Prozesses eingesetzt werden sollten und daß eine räumlich ausgewogene, das gesamte Staatsterritorium flächendeckend einbeziehende Landesentwicklungspolitik erst nach der ausreichenden Festigung der tragenden Großstädte und Verkehrskorridore angestrebt werden kann.

Das derzeitige geringe wirtschaftliche Potential der Staaten des östlichen Europa läßt realistischlicherweise nur eine bescheidene staatliche Einflußnahme zu. Gerade darum aber ist es dringend erforderlich, die verfügbaren Mittel innerhalb der einzelnen Länder räumlich optimiert einzusetzen und den internationalen Zusammenhang in einem zusammenwachsenden Europa weitsichtig zu beachten, wofür eine europäische Raumordnungspolitik den maßgeblichen Rahmen vorgeben sollte.

GRIMM, F. u.a.: Zentrensystem als Träger der Raumentwicklung in Mittel- und Osteuropa. Beiträge zur Regionalen Geographie Bd. 37, Leipzig 1994.

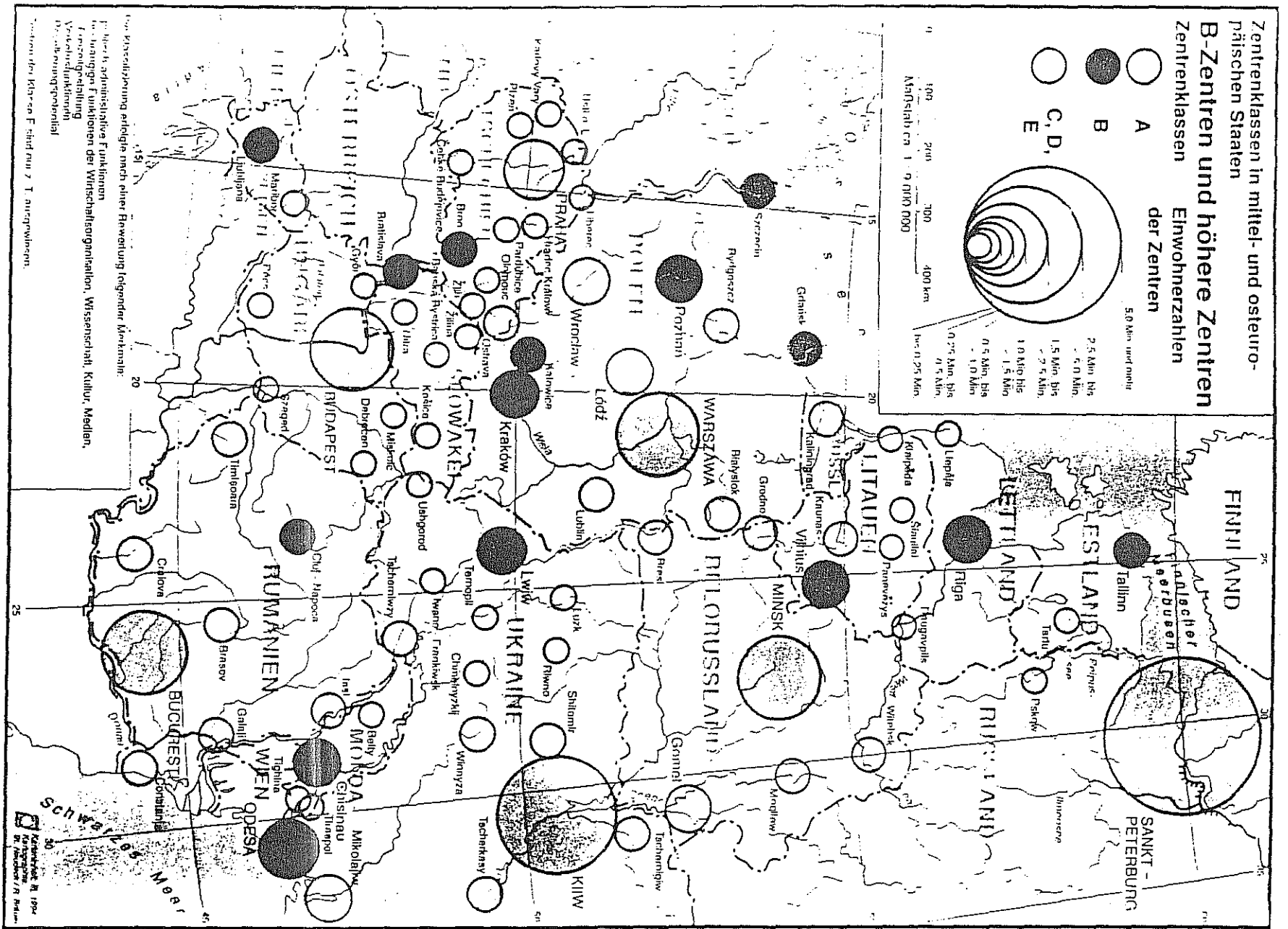


Abb. 10: Zentrenklassen in mittel- und osteuropäischen Staaten: B-Zentren und höhere Zentren

Sektionssitzung Stadt- und Regionalsoziologie, Beitrag F. Hillmann
11.11.1995

Felicitas Hillmann, Berlin

Jenseits der Kontinente - Migrationsstrategien als eine Antwort auf Transformationsprozesse

Vorbemerkung

Anders als in den bisher vorgestellten Vorträgen wird der Terminus „Transformation“ hier nicht in modernisierungstheoretischer Perspektive verstanden. In der Forschung zur Ex-DDR und zu Mittelosteuropa impliziert der Begriff der „Transformation“ i.d.R. einen zielgerichteten Entwicklungspfad („von der Planwirtschaft zu „markets and democracy“). Andere Ansätze zur Transformationsforschung, wie z.B. von Polanyi, wurden in dieser Sektionssitzung nicht aufgegriffen. In meinem Beitrag soll der Begriff „Transformation“ noch ausgedehnt werden: es ist der Versuch, die weltweite Veränderung der aktuellen Wirtschafts, Sozial- und Kommunikationsstrukturen unter einem recht allgemeinen Begriff zu fassen. Betont wird so die Perspektive des Wandels, zielgerichtet ist dieser Prozeß insofern, als daß er auf eine Globalisierung hindeutet, auf eine Tendenz zur Verfestigung von weltweiten Zentrum + Peripheriestrukturen.

Einleitung

Das Bild der europäischen Städte hat sich seit Mitte der 80er Jahre verändert. Einwanderer aus Ländern der sogenannten „Dritten Welt“ gehören inzwischen besonders in den südeuropäischen Ländern zum Stadtbild. In Italien machen Einwanderer aus Nicht-EU- Staaten

mittlerweile 85 Prozent der gesamten ausländischen Bevölkerung aus¹. Die Einwanderung nach Italien weist die Merkmale moderner Migrationsbewegungen auf: diese zeichnen sich zunehmend durch Globalisierung², durch Beschleunigung³, durch Differenzierung⁴ und durch Feminisierung⁵ aus. Abgesehen von diesen Merkmalen, die Castles und Miller (1993: 8f) anführen, sind m. E. noch zwei weitere Charakteristika moderner Migrationsbewegungen erkennbar: erstens eine Tendenz zur Informalisierung von Migrationsprozessen (d.h. die MigrantInnen sind immer weniger institutionell integriert und besitzen oftmals keinen gültigen Aufenthaltsstatus). Zweitens ist eine Ergänzung traditioneller, auf die Niederlassung in einem Zielgebiet gerichtete Migration zugunsten einer stärker kurzzyklischen Migration, also Mobilität, beobachtbar (vgl. Rudolph und Morokvasic 1994: 22ff.).

Ich werde hier aus meinen empirischen Arbeiten zu Immigrantinnen berichten, die aus den sogenannten Entwicklungsländern nach Europa, speziell Italien, gekommen sind. Drei Einwanderungsgruppen wurden für die empirische Untersuchung ausgewählt. Es handelt sich um Immigrantinnen aus den Ländern Philippinen, Somalia und Peru. Innerhalb dieser Einwanderungsgruppen stellten die weiblichen Immigrantinnen einen Anteil von mindestens 60 Prozent an der Gesamtzahl der

¹ Diese Negativdefinition, die alle Nicht-EU-Staatsbürger umfaßt, schließt auch die Einwanderer aus anderen industrialisierten Staaten, wie z.B. die USA, ein.

² Dies bedeutet, daß immer mehr Länder gleichzeitig von Migrationsbewegungen betroffen sind, die Herkunftsregionen der Migrationen immer unterschiedlicher werden. Ebenso vergrößert sich die Spannweite des ökonomischen, sozialen und kulturellen background, dem die MigrantInnen entstammen.

³ Die Autoren umschreiben so die Tatsache des zunehmenden Umfangs von Migrationsbewegungen (und ihre enge Verbundenheit mit zunehmenden politischen Krisen).

⁴ Die Zahl unterschiedlicher Typen von Migration, die sich in einem Land zur gleichen Zeit finden, erhöht sich.

⁵ Frauen migrieren immer stärker nicht nur im Rahmen von Familienzusammenführung und bilden inzwischen in vielen Fällen die Mehrheit bestimmter Wanderungsgruppen.

Gedankt sei an dieser Stelle Hedwig Rudolph für ihre kritische und konstruktive Durchsicht des Manuskriptes.

Einwanderungspopulation. Das Rückgrat der Empirie bilden Expertengespräche, teilnehmende Beobachtung und 20 halbstandardisierte Interviews in jeder Einwanderungsgruppe sowie die Auswertung amtlicher und nicht-amtlicher Statistiken. Die Untersuchung wurde in den Jahren 1992 und 1993 in Mailand durchgeführt.

Analytisch unterscheidet ich mehrere (räumliche) Ebenen, die im Migrationsprozeß interagieren. Ausgangspunkt ist ein Vergleich verschiedener „Entwicklungsländer“ anhand ausgewählter Wirtschafts- und Sozialindikatoren unter besonderer Berücksichtigung ihrer Migrationsgeschichte. Dann werde ich auf das von mir untersuchte Fallbeispiel, Mailand in Norditalien, eingehen und deutlich machen, wie die Stadt und ihre Sozialpolitik die Einwanderung strukturieren. Der Schwerpunkt dieses Beitrages wird jedoch auf der „Binnenperspektive“ der Migration liegen. Ich werde über die Migrationsstrategien, die Wahrnehmung Italiens als Zielland und die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Immigrantinnen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung berichten. Diese Unterscheidung in mehrere Untersuchungsebenen folgt dem von Portes und Rumbaut (1990: 233f.) vorgestellten Ansatz, demzufolge im Migrationsprozeß zuerst makroökonomische Strukturen wirksam werden und später mikroökonomische Prozesse die Migration regulieren. Die neuere Literatur zum Thema Frauen und Migration zeigt, daß in der Migration geschlechtsspezifische Muster besonders deutlich hervortreten und daß diese den Migrationsprozeß wesentlich strukturieren (vgl. Radcliffe 1990, Morokvasic 1993, Lim 1990, Camus-Jacquesz 1990). Auf einige solcher geschlechtsspezifischen Muster, die in den Gesprächen mit den Immigrantinnen erkennbar wurden, werde daher gesondert eingegangen.

Der Auswanderungskontext

Die Kenntnis des makrostrukturellen Hintergrunds in den Herkunftsländern ist Voraussetzung zum Verständnis der sich heute vollziehenden Migrationsbewegungen. Ich werde an dieser Stelle nur auf einige ausgewählte Wirtschafts- und Sozialindikatoren der Herkunftsländer eingehen und diese miteinander vergleichen. Denn zwar liegen die Herkunftsländer der Immigrantinnen - die Philippinen, Somalia und Peru - auf verschiedenen Kontinenten, dennoch sind sie mit ähnlichen Problemen der Unterentwicklung konfrontiert.

Prinzipiell läßt sich seit den 80er Jahren eine weltweite Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen feststellen. Hiervon waren vor allem die Entwicklungsländer betroffen. Trotz der Bemühungen der internationalen Gebergemeinschaften die sog. Entwicklungsländer durch eine gemeinsame Entwicklungspolitik zu unterstützen, nahmen die Verelendungsprozesse dort zu. Die 80er Jahre werden aus diesem Grunde von Experten oft als „verlorenes Jahrzehnt“ für die Mehrzahl der Entwicklungsländer bezeichnet. In vielen Ländern kam es zu anwachsender Massenarmut. Ökologische Probleme und Naturkatastrophen häuften sich. In den Metropolen entstanden aufgrund der rapiden Verstädterung riesige Slums. Parallel öffnete sich die Schere zwischen „armen“ und „reichen“ Ländern innerhalb der „Dritten Welt“⁶ und zwischen dem „Norden“ und dem „Süden“ der Welt. Zugleich kam es weltweit zu einem Prozeß der „Verwestlichung“. Dieser äußerte sich unter anderem als Verlust von (agrarischen) Wissenssystemen, kultureller Identität und Sprachensterben in diesen Ländern (vgl. Sachs 1993). Der industrialisierte Westen, mit seinen Normen und seinem

⁶ Der Begriff der „Dritten Welt“ ist nicht erst seit der Auflösung der „Zweiten Welt“ umstritten. Zu dieser Diskussion siehe vor allem: Menzel 1992 und Nuscheler 1992 sowie Sachs 1993.

marktorientierten Gesellschaftsformen, konnte - auch nach der Implosion der sozialistisch organisierten „zweiten Welt“ - seine Rolle als „Zentrum“ in den letzten Jahren weiter festigen.

Jedes der Länder, aus denen die von mir interviewten Immigrantinnen stammten, hatte in der letzten Dekade eine räumliche und soziale Transformation erfahren, es waren deutliche soziale Polarisierungsprozesse nachweisbar. Das Wechselspiel von historischen Strukturen, und aktuellen Veränderungsprozesse kann als internes Bündel von *push*-Faktoren für die Emigration dieser Frauen aus angesehen werden.

Auf der Basis der offiziellen Daten zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Länder Philippinen, Somalia lassen sich bestimmte makroökonomische Gemeinsamkeiten feststellen: alle drei Länder besitzen eine überwiegend junge Bevölkerung, wie dies für die Bevölkerungspyramide der Entwicklungsländer typisch ist; der Anteil der Bevölkerung unter 15 Jahren, liegt bei mindestens 38 Prozent, der Anteil der Bevölkerung unter 60 Jahren, ist gering. Ebenfalls typisch für diese Länder ist, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln unzureichend ist. Jeweils mindestens ein Drittel der Kleinkinder leidet an durch Mangelernährung hervorgerufenen Wachstumsstörungen

Der Anteil der absolut armen Bevölkerung liegt in allen drei Ländern sehr hoch, teilweise bei über fünfzig Prozent⁷. Die Länder sind zudem durch eine sehr ungleiche Einkommensverteilung gekennzeichnet. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf lag in den 90er Jahren in den Philippinen bei 730 US-Dollar, in Somalia bei 350 US-Dollar und in Peru bei 1.070 US-Dollar (Zum Vergleich Italien: 18.520 US-Dollar). Zwischen 20 und 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erwirtschafteten diese Länder durch ihre

⁷ In der Definition des Weltentwicklungsberichtes wird die Armutsgrenze als Einkommensniveau angesehen, unter dem sich die Betroffenen eine angemessene Mindesternährung und bestimmte lebenswichtige Artikel nicht mehr leisten können.

landwirtschaftliche Produktion (Zum Vergleich Italien: 3 Prozent). Der Energieverbrauch in diesen Ländern liegt niedrig: zwischen 135 und 431 Öleinheiten (Zum Vergleich Italien: 2.756). Zur politischen und sozialen Lage von Frauen liegen nur wenige (statistische) Informationen vor, jedoch ist offensichtlich, daß den Frauen auf den Philippinen, in Somalia und Peru aufgrund ihres Geschlechts nur deutlich eingeschränkte Rechte gewährt werden (vgl. Seager 1986). Die Herkunftsländer der Immigrantinnen haben alle eine koloniale Vergangenheit. Die Philippinen waren für mehrere Jahrhunderte eine spanische Kolonie, bevor sie Anfang des 20. Jahrhunderts bis 1943 den USA unterstanden. Peru war bis 1829 unter spanischer Herrschaft. Beide Länder sind bis heute wirtschaftlich und in ihrem Ausbildungssystem sehr stark an den USA orientiert. Das heutige südliche Somalia war von 1889 bis ca. 1960 zeitweise unter italienischer Verwaltung, auch heute ist es noch stark an die ehemalige Kolonialmacht Italien gebunden, während Nordsomalia britisches Protektorat war. Alle drei Länder verfügen heute über umfangreiche Handelsbeziehungen zu den USA, zu Italien besonders Somalia und Peru, das sogar 44 Prozent aller Importe aus Italien bezieht.

Die Philippinen, Somalia und Peru sind Empfänger von Entwicklungshilfe. In der letzten Dekade haben sich die Zuwendungen der internationalen Gebergemeinschaften an diese Länder erhöht. Die Philippinen, Somalia und Peru gehören überdies zu den "paesi prioritari" des CICS, d.h. zu denjenigen Ländern, die durch die italienische Entwicklungshilfe bevorzugt unterstützt werden⁸. Zusätzlich partizipieren sie an Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank. Es kann angenommen werden, daß durch die Entwicklungshilfe und die Handelsverflechtungen auch „Symbole“ der westlichen Konsumgesellschaft und italienische Produkte in diese Länder transportiert werden. Handelsbeziehungen mit Italien unterhalten alle drei Länder, wobei sie mehr aus Italien importieren als sie dorthin exportieren. Importiert werden durchgängig kapitalintensive Güter wie z.B. Maschinen, exportiert Agrargüter bzw. Rohstoffe. Nur im Falle der Philippinen steht beim Export die Ausfuhr von industriellen Fertigprodukten an der Spitze. Es handelt sich zudem um Staaten, in denen die Mißachtung der Menschenrechte und politische Morde, Entführungen und Folter an der Tagesordnung sind (vgl. Seager 1986). Zum Zeitpunkt der Untersuchung herrschte in Somalia der offene Bürgerkrieg. In Peru terrorisierte die Guerillabewegung *Sendero Luminoso*, "Leuchtender Pfad", und andere bewaffnete Gruppen die peruanische Bevölkerung. Auf den Philippinen bestand eine hohe Militärpräsenz in vielen Regionen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Länder Somalia und Peru sowie die Philippinen (trotz ihrer geographisch

⁸ Das CICS ("Comitato Interministeriale per la Cooperazione allo Sviluppo") förderte im Jahre 1990 als Länder erster Priorität: Jugoslawien, Polen, Ungarn, Algerien, Ägypten, Marokko, Tunesien, Äthiopien, Somalia, Angola, Mosambik, Tanzania, die Philippinen, Argentinien, Bolivien, Chile, Kolumbien, Peru. Länder zweiter Priorität waren: Türkei, Jordanien, Nordjemen, Dschibuti, Senegal, Sudan, Kenia, Zimbabwe, Indien, Pakistan, Vietnam, Brasilien, Costa Rica, Ecuador, Jamaika, Guatemala, Nicaragua, die Dominikanische Republik, Uruguay (vgl. Boscaro 1991).

insgesamt rückläufig ist (1993 waren 987.405 gültige Aufenthaltsgenehmigungen von Ausländern in Italien registriert, 1994 war deren Anzahl auf 922.706 gesunken). Auf die Provinz Mailand trifft dies jedoch nicht zu. Hier kam es zu einem Anstieg registrierter Aufenthaltsgenehmigungen (1993: 140.428 gültige Aufenthaltsgenehmigungen, 1995: 150.752, vgl. Murer 1995).

Mailands starke Position im heutigen Wanderungsgeschehen geht z.T. auch auf dessen Geschichte als *Pull*-Zentrum der internen Wanderungen aus Süditalien in den 60er Jahren zurück: damals hatte die Stadt Tausende von Immigranten aus dem Süden des Landes aufgenommen. Sie fanden entweder in der prosperierenden Industrie der Stadt einen Arbeitsplatz oder wanderten von dort weiter in die industriellen Zentren der nordwesteuropäischen Länder. Damals wurden für die Immigranten aus dem Süden verschiedene Einrichtungen gegründet, die ihnen die Integration in die norditalienische Gesellschaft erleichtern sollten. Für die zahlreichen analphabetischen Immigranten wurden Sprachkurse eingerichtet, verschiedene Vereine halfen den Immigranten bei der Arbeits- und Wohnungssuche. In der Peripherie der Stadt, z. B. in *Quarto Oggiaro*, wurden Wohnsiedlungen für die Zuwanderer gebaut. Die damals entstandene Struktur zur Unterstützung der Immigranten aus dem Süden, besteht zum Teil bis heute weiter und hat die ImmigrantInnen aus den Entwicklungsländern als Zielgruppe. Wer in den 60er Jahren Alphabetisierungskurse für die süditalienischen Zuwanderer anbot, offeriert heute italienische Sprachkurse und eventuell auch Weiterbildungskurse für die „*extracomunitari*". Die seinerzeit für die Immigranten aus dem Süden schnell hochgezogenen Siedlungen in der Peripherie der Stadt, werden heute langsam zur neuen Heimat vieler ImmigrantInnen aus den Entwicklungsländern geworden. Doch während in den 60er Jahren die Zuwanderung durch das Bild des männlichen Immigranten geprägt war, der seine Familie nach der Überwindung der ersten

heterogenen Lage) entwicklungsländertypische Merkmale besitzen. Die Lebensbedingungen verschlechterten sich in den letzten Jahren für weite Teile der Bevölkerung. Politisch und ökonomisch sind die drei Länder historisch und aktuell eng mit den Staaten der Ersten Welt verflochten, bestimmte westliche Konsumtionsmuster haben sich auch in diesen Ländern herausgebildet. Alle drei Länder haben in der jüngeren Vergangenheit starke interne Migrationen in Richtung ihrer Metropolen erlebt. Das Zentrum der philippinischen Binnenmigration stellt die Region Manila dar, das der somalischen Binnenmigration Mogadischu und in Peru hat Lima in den letzten 30 Jahren eine sehr starke interne Zuwanderung erfahren. Ziele internationaler Migrationen sind für die Philippinen vor allem Nordamerika und die ölexportierenden Staaten, seit etwa 1980 auch zunehmend europäische Länder. Der Trend zur Auswanderung aus den Philippinen ist ungebrochen und nach Schätzungen von Nicht-Regierungsorganisationen halten sich etwa 3,5 Millionen Philippinos und Philippinas außerhalb des Landes auf. Die internationale Migration aus Somalia richtete sich in der Vergangenheit besonders auf die Golfstaaten. Durch den Bürgerkrieg ist es zu einer Massenflucht in die an Somalia angrenzenden Staaten gekommen. Peru hingegen war bis zum Anfang dieses Jahrhunderts noch ein Einwanderungsland. Neben den USA und Chile ist Bolivien eines der wichtigsten Migrationsziele der grenzüberschreitenden peruanischen Migration (vgl. Segal 1993).

Der Einwanderungskontext: die Stadt Mailand

Mailand, die Industriemetropole im Norden des Landes, ist heute diejenige Stadt Italiens, in der (im Vergleich zu den anderen italienischen Städten) die meisten Zuwanderer aus den Entwicklungsländern leben. Zwar zeigen die neuesten Statistiken, daß die (offiziell dokumentierte) Einwanderung nach Italien

Schwierigkeiten nachholte, ist die Zusammensetzung der heutigen Zuwanderung wesentlich heterogener. Die Fixierung der Sozialpolitik auf das tradierte Bild des männlichen Migranten der 60er Jahre, benachteiligt die Immigrantinnen. Die städtische Migrationspolitik, die von den italienischen Experten selbst als eine „*politica d'emergenza*“ beschrieben wird, als eine Notstandspolitik, die kurzfristig extreme Mißstände abfedert, übersieht die Probleme der Immigrantinnen. Für sie standen Anfang der 90er Jahre - anders als für die Immigranten - keine städtischen Bettplätze in sogenannten „*Centri di accoglienza*“, Aufnahmezentren (oftmals Container), bereit. Von den mehr als 2000 Bettplätzen waren nur knapp 3 Prozent für Immigrantinnen vorgesehen. Aufgrund dieser Marginalisierung durch die städtische Hilfspolitik waren die Immigrantinnen stärker auf private Lösungen angewiesen. Die so entstandene Eigeninitiative wiederum beförderte bei den Institutionen den Eindruck, daß die Immigrantinnen keinerlei Hilfe bräuchten.

Eine besondere Rolle nahmen in Mailand die nicht-staatlichen Organisationen und die kirchlichen Einrichtungen ein, die durch ihre ehrenamtlichen Mitarbeiter und ihren Umgang mit der Einwanderung „*all'italiana*“ dazu beitrugen, daß die in vielen Bereichen mit der Einwanderung verbundenen Probleme für die Stadt nicht völlig eskalierten. Inzwischen bestehen spezielle (ehrenamtlich organisierte) Zentren, die sich um die medizinische Versorgung der ImmigrantInnen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung kümmern. Durch die Bereitstellung von mehreren „*case di accoglienza*“ trägt die katholische Kirche dazu bei, daß wenigstens eine geringe Anzahl von Immigrantinnen in Notsituationen eine (vorrübergehende) Bleibe findet und die Immigrantinnen nicht völlig auf sich selbst gestellt sind.

Die räumliche Verteilung der ausländischen Bevölkerung in Mailand zeichnet sich durch eine geschlechtsspezifische Verteilung

der ImmigrantInnen in der Stadt und einen geringen Grad an sozialräumlicher Segregation aus. Die Einwanderer wohnen über die Stadt verteilt, nur in einigen Wohnblöcken oder kleineren Bereichen ist es zu einer starken Konzentration von ausländischer Bevölkerung gekommen („ghetto diffuso“). Wesentlich mehr Frauen als Männer aus den Entwicklungsländern leben in den „besseren“ Vierteln der Innenstadt. Dies kann auf deren stark monostrukturierte Eingliederung in den mailändischen Arbeitsmarkt zurückgeführt werden. Die ImmigrantInnen aus den Entwicklungsländern sind zum größten Teil in den Teilarbeitsmarkt der Reproduktion integriert⁹. Die von mir in Mailand interviewten ImmigrantInnen wiesen ein sehr heterogenes Ausbildungsniveau auf (Nicht wenige besaßen einen Hochschulabschluss). Trotzdem waren sie fast alle als Hausarbeiterinnen, Alten-, Kinder- und Krankenpflegerinnen tätig. Der überwiegende Teil meiner Gesprächspartnerinnen arbeitete als Hausarbeiterin „rund um die Uhr“ bei den mailändischen Familien und lebte auch dort. Ihre Arbeitgeber waren der oberen Mittel- bzw. Oberschicht der italienischen Gesellschaft zuzurechnen. Die Integration der ImmigrantInnen in dieses Segment des Arbeitsmarktes ist auf mehrere Gründe zurückzuführen: erstens war (und ist) die Beschäftigung von Hausarbeiterinnen in Italien traditionell wesentlich üblicher als z.B. in Deutschland und besitzt eine gesellschaftliche Bedeutung als Statussymbol, zweitens ist die

⁹ Die ImmigrantInnen aus der Dritten Welt gliedern sich zu großen Teilen in den informellen Arbeitsmarkt Italiens ein. Als Straßenhändler sind sie in allen Teilen Italiens anzutreffen. Im Süden des Landes arbeiten sie häufig bei der Tomatenernte als Erntehelfer. Die ImmigrantInnen finden ansonsten im Baugewerbe und in den marginalen Bereichen der industriellen Produktion Beschäftigung. Besonders für die prekären und gefährlichen Beschäftigungen in den Gießereien der metall- und keramikverarbeitenden Industrie werden oftmals bevorzugt ImmigrantInnen aus der Dritten Welt eingestellt. Der überwiegende Teil der ImmigrantInnen aus der Dritten Welt ist als Hausarbeiterin in Italien tätig. Diese sehr homogene Eingliederung der ImmigrantInnen aus der Dritten Welt scheint sich neuerdings langsam abzubauen. Panorama (38/95: 62ff.) berichtet von einigen „Erfolgsgeschichten“: inzwischen übernehmen Einwanderer aus der Dritten Welt auch andere Positionen auf dem Arbeitsmarkt, z.B. als Anwälte oder Fernsehmoderatoren. Hierbei handelt es sich jedoch zur Zeit noch um Einzelfälle.

Bekanntem nach Italien ausgereist. Sie hatten noch in der Schule Italienisch gelernt. Ein solcher direkter Kontakt zum ehemaligen Mutterland Italien ergab sich in zwei Fällen durch die medizinische Versorgung in Somalia. Eine der älteren somalischen Gesprächspartnerinnen, die seit 22 Jahren in Mailand lebte, begründete ihre Ausreise aus Somalia folgendermaßen:

„Es gab in Somalia zwei oder drei italienische Frauen, die ich kannte, die in der medizinischen Versorgung arbeiteten. Sie waren von der italienischen Regierung geschickt worden, sie arbeiteten in einem Krankenhaus dort. Zwei Hebammen und eine Radiologin. Sie kannten mich und meinen Bruder, sie haben ihm geholfen, er ist Krankenpfleger geworden. Sie sagten mir: in Italien ist das Leben billig, in Italien geht's einem gut. Sie haben mir eine Gehirnwäsche verpasst.“

Die jüngeren somalischen ImmigrantInnen, die meisten von ihnen Jahrgang 1968, waren mit Italien hauptsächlich über dessen Symbole und das Ausbildungssystem vertraut: „Italien ist immer „nahe“ bei uns in Somalia. Ganz Europa ist uns nah, aber das Land, das uns am nächsten steht, ist Italien“. Die Tatsache, daß viele der Dozenten an der Universität italienische Staatsbürger sind, hatte viele der jüngeren ImmigrantInnen zu der Annahme verleitet, daß auch sie - einmal in Italien angekommen - ihre Studien dort fortsetzen könnten. Die peruanischen ImmigrantInnen hingegen bezogen ihre Vorstellungen von Italien hingegen hauptsächlich aus den Erzählungen anderer (zurückkehrender) Migranten, aus dem Kontakt mit italienischen Touristen und aus (Schul)Büchern und Zeitschriften. Von einigen Gesprächspartnerinnen wurde der italienischen Mode (die in Peru sehr verbreitet sei) ein hoher Stellenwert beigemessen. Bei den philippinischen Einwanderern schien weniger die Vorstellung vom Land Italien als das Wissen um gut ausgebaute verwandtschaftliche Migrationsnetzwerke die Wahl Italiens als Zielland zu beeinflussen. Typisch für die Gespräche mit den philippinischen ImmigrantInnen waren Aussagen wie diese:

staatliche Versorgung der italienischen Bevölkerung mit sozialen Dienstleistungen mangelhaft (vgl. Macioli und Pugliese 1991). Die private Einstellung einer Immigrantin als Alten- oder Kinderpflegerin erwies sich in Mailand als billiger und „schneller“ als die Inanspruchnahme staatlicher Institutionen für die ArbeitgeberInnen.

Die Migrationsstrategien

Bisher wurde gezeigt, wie der Auswanderungskontext und der städtische Einwanderungskontext die Migration beeinflussen. An dieser Stelle werde ich aus der Sicht der ImmigrantInnen berichten, aus deren „Binnenperspektive“. Ich konzentriere mich besonders auf drei Punkte: a) auf die Wahrnehmung Italiens als Zielland, b) auf Migrationsstrategien und ihre Geschlechtsspezifität und c) auf die Situation von ImmigrantInnen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung.

Die Wahrnehmung des Ziellandes Italien

Die in der Studie befragten Einwanderinnen lebten größtenteils vor ihrer Auswanderung bereits in den großen Städten. Die Vorstellungen über Italien waren deutlich vom Bild der europäischen Stadt geprägt, vom Mythos Europa: „irgendwie fortschrittlicher“ so hieß es in den Interviews und versprach „die grünere Weide“ zu sein. Italien gehörte in den Vorstellungen der ImmigrantInnen zur „Ersten Welt“, bzw. war ehemalige Kolonialmacht gewesen. Wirklich genaue Vorstellungen von dem, was sie im Zielland Italien erwarten würde, hatte keine meiner Gesprächspartnerinnen. Der „Mythos“ vom Land Italien war auf je nach Herkunftsland auf unterschiedliche Weise bis zu den ImmigrantInnen vorgedrungen: die schon länger sich in Italien aufhaltenden Somalierinnen hatten zum Teil noch direkten Kontakt zu in Somalia lebenden Italienern gehabt und waren durch die diplomatische Vermittlung von italienischen

„Ich habe mich für Italien entschieden, weil...alle meine Verwandten hier leben. Sie arbeiten schon seit mehr als 15 Jahren hier. Es sind alles Frauen. Eine lebt in Rom, eine hier in Mailand - sie ist aber mit einem Italiener verheiratet.“

Manche der philippinischen Einwanderinnen sagten, daß sie besonders von den zum Urlaub in die Philippinen zurückkehrenden Migranten ermutigt worden seien, nach Italien auszureisen. Neben der Vorstellung vom Zielland Italien war es die Gebundenheit der ImmigrantInnen an den Heimathaushalt und dessen sozioökonomische Situation, die die Entscheidung für die Auswanderung leiteten. Nur einige wenige ImmigrantInnen, hoben in den Gesprächen hervor, daß der Entschluß zur Migration, dem Wunsch „die Welt kennenzulernen“ entsprungen sei. Die ImmigrantInnen hatten bestimmte Strategien entwickelt, mit deren Hilfe die Auswanderung gestaltet wurde.

Die Migrationsstrategien und ihre Geschlechtsspezifität

Die Migrantinnen - dies ließ sich an den von mir durchgeführten Gesprächen erkennen - verfügten meist nicht über eine wirklich langfristige „Strategie“, sondern reagierten eher kurzfristig auf die aktuelle soziale, politische und ökonomische Situation in ihren Herkunftsländern. Bis auf wenige Ausnahmen waren die ImmigrantInnen - unabhängig von ihrem Herkunftsland - Teil von Familienstrategien.¹⁰ Ziel der Migration war für sie alle die

¹⁰ Der Terminus „Familienstrategie“ wird dem in der Literatur häufig verwandten Begriff der „Haushaltsstrategien“ vorgezogen. Denn die Untersuchung zeigte, daß familiäre Bindungen und Verpflichtungen in der Migration eine entscheidende Rolle spielen. Der Begriff des „Haushaltes“ unterstellt eher eine räumliche Einheit, die durch soziale, kulturelle und politische Einflußgrößen eher strukturiert wird als durch verwandtschaftliche Verbindungen. Der Begriff der „Familie“ impliziert m.E. viel stärker die Einbeziehung von Normen und Erwartungen aufgrund von verwandtschaftlichen Beziehungen innerhalb einer Haushaltseinheit, betont deren emotionalen Aspekte (die im Migrationsprozeß grundlegend sind). Darüberhinaus

Überweisung von Geld an die Heimatfamilie, z.T. wurde die Hälfte des in Italien erwirtschafteten Gehaltes in das Heimatland gesandt. Etwa fünfzig Prozent der befragten Einwanderinnen hatte eigene Kinder im Heimatland und diese bei Verwandten in Obhut gegeben. Waren es nicht die eigenen Kinder, die durch die Auswanderung unterstützt werden sollten, so waren es häufig die Eltern oder die Geschwister, die von der Auswanderung eines Familienmitgliedes profitierten. Ermöglicht wurden viele Migrationsstrategien erst durch die Existenz von transnationalen Haushalten und bestehende Migrationsnetzwerke. Diese hatten vorrangig die Aufgabe die Kosten, Risiken und Unannehmlichkeiten, die der Migrantin durch die Migration entstanden, zu minimieren, und durch Informationen und Hilfestellungen die Eingliederung in Mailand zu erleichtern.

Die Familienstrategien waren geschlechtsspezifisch: im Falle der Somalierinnen war es z.B. teilweise zu einer intrafamilialen Arbeitsteilung in der Migration gekommen. Während die Männer aus Somalia Italien als Transitland ansahen, blieben die somalischen Immigrantinnen langfristig in Italien und unterstützten durch ihre Remissen die in Somalia verbliebenen Familienangehörigen. Zu den Migrationsstrategien zählte auch die geplante Rotation der Migrantinnen im Familienverband. Oftmals „teilten“ sich die Migrantinnen die Migration: die eigene Position in Italien wurde durch das Nachholen einer Schwester ersetzt. Viele der peruanischen Immigrantinnen waren in Peru alleinerziehende Mütter gewesen. Sie überließen ihre Kinder in der Regel der eigenen Mutter. Das Geld zur Ausreise hatten sie oft von Freundinnen oder Kolleginnen geliehen.

Besonders die Peruanerinnen betonten in den Gesprächen, daß sich durch die Wirtschaftskrise ihre beruflichen

ist eine Familie nicht notwendig an einen gemeinsamen Ort gebunden, sie kann auch transnational miteinander in Beziehung stehen.

Handlungsspielräume zu Hause eingengt hatten und daß sie sich stärker als zuvor von Gewalt betroffen sahen:

„Für eine Frau ist es jetzt vielleicht schwieriger als für einen Mann in Peru. Die Gewalt der Gesellschaft trifft uns mehr. (...) Als Frau bist du gezwungen in einer Gesellschaft zu leben, in der du dich einschließen mußt. Hier in Italien kannst du wenigstens entscheiden, ob du alleine weggehst oder nicht.(...) Dann ist da noch das politische Problem: wenn das Militär dich anhält als Frau, dann bist du fällig. Wenn du ein Mann bist, riskierst du, daß du ins Gefängnis kommst, als Frau riskierst du, daß sie dich vergewaltigen.“ (zit. nach Hillmann 1995: 223)

Die Emigration aus Peru war - nach Ansicht privilegierter Beobachterinnen - vor allem für die jüngeren Frauen, eine Möglichkeit, gesellschaftlichen Zwängen und einem für sie geschlossenen Arbeitsmarkt zu entkommen.

Die Situation von Immigrantinnen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung

Zahlreiche von mir interviewte Immigrantinnen besaßen zum Zeitpunkt des Gesprächs keine gültige bzw. eine bereits verfallene Aufenthaltsgenehmigung.

Sie standen - aufgrund der extremen Verschuldung und der Lebenssituation ihrer Familie im Heimatland - unter großem Handlungsdruck. Die eigene „Illegalität“ in Italien wurde von ihnen daher in Kauf genommen, das eigene Verhalten als gesetzeskonform empfunden: *„If you don't make problems, why the police should come and catch you?“*. Überwiegend waren sie durch ihre Tätigkeit als Hausarbeiterin in den informellen Arbeitsmarkt eingegliedert und hatten keine wirklichen Probleme, sich in Italien „illegal“ aufzuhalten¹¹. Viele von ihnen hofften, irgendwann ihren

¹¹ Teilweise war es für die Immigrantinnen leichter, im informellen Sektor eine Arbeit zu finden. Nicht wenige Arbeitgeber bevorzugten die Beschäftigung illegaler Immigrantinnen wegen der geringeren Kosten.

Aufenthaltsstatus durch ein viertes Amnestiegesetz legalisieren zu können¹². Die meisten von ihnen waren über ehemalige Ostblockstaaten wie z.B. die damalige Tschechoslowakei oder Ungarn nach Italien eingereist. Der Weg über die italienische Grenze wurde dann entweder zu Fuß, mit dem Zug oder im Taxi zurückgelegt. Das Geld für die Ausreise wurde in den meisten Fällen von Verwandten geborgt, oftmals wurde auf internationale Ressourcen zurückgegriffen: etwa jede zweite peruanische Einwanderin hatte das Geld zur Ausreise von im Ausland lebenden Verwandten, Kolleginnen oder FreundInnen erhalten. Der genaue Ablauf einer solchen illegalen Ausreise wurde in den Gesprächen nur in Ausnahmefällen geschildert. Es blieb fast immer bei allgemeinen Aussagen, wie z.B.:

„Wir waren mehr als sechs Personen, allesamt Frauen. Und wir haben uns erst im Flugzeug getroffen. Wir waren keine Freunde. Aber, natürlich, wenn du im Flugzeug sitzt, dann mußt du dich unterhalten. Besonders, wenn du Angst hast.“

Die Preise, die von den Immigrantinnen für die Reise nach Italien bezahlt wurden, sind in den letzten Jahren angestiegen. Was in den 70er und 80er Jahren teilweise noch über die institutionelle Vermittlung der Kirche geschah, nämlich die Einreise aus den Philippinen nach Italien als „domestica“ mit einem geregelten Visum, Arbeitsvertrag und Rückflugticket, wurde Anfang der 90er Jahre durch die illegale Vermittlung von Agenturen bewerkstelligt. Dies schien sich parallel zur Verschärfung der italienischen (und europäischen) Migrationspolitiken in den 80er und 90er Jahren zu vollziehen. Die Vermittlungspraktiken und -kanäle legaler und illegaler Migration veränderten sich. Die Preise, die für eine illegale Ausreise gezahlt werden mußten, haben sich in diesem Zeitraum

¹² Drei Amnestiegesetze, „sanatorie“, hat es bereits gegeben: 1981, 1987 und 1990. Ein viertes Amnestiegesetz wird seit diesem Sommer auf höchster politischer Ebene (wieder) diskutiert.

deutlich erhöht. Die philippinischen Immigrantinnen hatten 1986/87 durchschnittlich etwa 3.000 US-Dollar für ihre Ausreise aufbringen müssen, 1991 durchschnittlich 7 - 8.000 US-Dollar. Im Falle der peruanischen Immigrantinnen konnte parallel zur Abschaffung des Touristenvisums ein Anstieg des für die Ausreise bezahlten Preises nachgewiesen werden: statt durchschnittlich 2300 US-Dollar (1991 und 1992), mußten 1993 durchschnittlich 3500 US-Dollar für die Emigration bezahlt werden.

Doch die Investition schien sich oft zu lohnen. Manchen der von mir interviewten Immigrantinnen war zwei Jahre nach unserem Gespräch der Sprung in ein legales Arbeitsverhältnis gelungen. Andere hatten ihren Aufenthaltsstatus immer noch nicht geregelt, konnten jedoch durch ihre Arbeit im informellen Sektor ausreichend Geld nach Hause schicken und ihre Situation in Italien stabilisieren.

Schlußbetrachtung

Einerseits geben Globalisierung (hier verstanden als die zunehmende internationale Vernetzung von Wirtschafts- und Kommunikationsstrukturen) und die Transformation der Entwicklungsländer in Richtung auf das „Zentrum“ hin, Anreize zur Auslösung von Migrationsprozessen. Andererseits beförderten die über „Europa und Italien“ in die Entwicklungsländer transportierten Bilder (und Produkte) bei den Immigrantinnen eine Entscheidung für die Emigration. Internationale Migrationsnetzwerke und die Chance des Zugriffs auf internationale finanzielle Ressourcen strukturierten die Migration. Die Möglichkeiten der (illegalen) Immigrantinnen zumindest auf dem informellen städtischen Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden, schufen Voraussetzungen für den Aufenthalt von Immigrantinnen in Italien. Das hier beschriebene Zusammenspiel von Bedingungen auf verschiedenen (räumlichen) Ebenen und die Verwobenheit von Handlungsstrategien auf der

Mikroebene mit globalen Transformationsprozessen sind kennzeichnend für die modernen Migrationen. Anders als noch im „Gastarbeitersystem“ vollziehen diese sich oftmals außerhalb eines institutionellen und rechtlichen Rahmens und gliedern sich in eine „neue internationale Arbeitsteilung“ ein. Die Immigrantinnen in Mailand übernahmen im Rahmen dieser internationalen Arbeitsteilung die Reproduktionsarbeiten für die italienische Gesellschaft - was in vielen Fällen für gut ausgebildete italienische Frauen erst die Voraussetzungen für Erwerbstätigkeit schuf.

Literatur:

- Boscaro, A. (1991): La cooperazione Italiana. Materiali COSV. Mailand.
Camus-Jacquesz, G. (1990): Refugee women - the forgotten Majority. In: Refugees and International Relations. Hg. von Gil Loescher. New York.
Castles, S. und Mark J. Miller (1993): The age of migration. Basingstoke.
Hillmann, F. (1995): Jenseits der Kontinente - Migrationsstrategien von Frauen nach Europa, Reihe: Stadt und Raum, Pfaffenweiler.
Lim, L. L. (1990): The Status of Women and International Migration. United Nations Expert meeting on International Migration Policies and the Status of female Migrants. San Miniato, Italy. Genf.
Maciotti, M. I. und E. Pugliese (1991): Gli immigrati in Italia. Rom.
Menzel, U. (1992): Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie. Frankfurt.
Morokvasic, M. (1993): „In“ and „out“ of the labour market: Immigrant and minority women in Europe. In: New Community, Bd. 19, S. 459 - 483.
Morokvasic, M. und H. Rudolph (1994): Wanderungsraum Europa. Berlin.
Murer, Bruno (1995): Aggiornamento sull'immigrazione straniera a Milano. Hg. von Comune di Milano - Centro Stranieri. Mimeo. Mailand.
Nuscheler, F. und D. Nohlen (1992): Ende der Dritten Welt? In: Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, S. 14 - 54.
Panorama (1995): Rapporto sull'immigrazione in Italia“, Heft 39, September, S. 62 - 75.
Poianyi, K. 1995): The Great Transformation. Frankfurt a. Main.
Portes, A. und R.G. Rumbaut (1990): Immigrant America. Berkeley.
Radcliffe, S. (1990): Ethnicity, Patriarchy and Incorporation into the Nation: Female migrants as domestic servants in Peru. In: Environment and Planning D, Society and Space, Bd. 8, S. 379 - 393.
Sachs, W. (1993): Wie im Westen so auf Erden. Reinbek.
Seager, J. und A. Olson (1986): Der Frauenatlas. Frankfurt.
Segal, A. (1993): An Atlas of International Migration. London.

✉ Felicitas Hillmann
c/o WZB, Abteilung Arbeitsmarkt und Beschäftigung
Reichpietschufer 50
10785 Berlin
Tel.: 030 - 25491-110
email: Felix@medea.wz-berlin.de

II. Berichte / Informationen

D. Läßle, W. Siebel, Sektion Stadt- und Regionalsoziologie, DGS
Wolfgang Krumbein, Sektion Politik und Ökonomie, DVPW
Hellmut Wollmann, Lokale Politikforschung, DVPW

Call for Statements zur Tagung Industrieregionen in Europa

Die Sektionen Stadt- und Regionalsoziologie (Soziologie), Politik und Ökonomie sowie Lokale Politikforschung (Politikwissenschaft) organisieren eine gemeinsame Veranstaltung über Industrieregionen in Europa.

Termin: 15./16.02.1996

Ort: Internationale Bauausstellung Emscher-Park, Gelsenkirchen, Zeche Rhein-Elbe

Dauer: 2 Tage ohne An- und Abreise

Ablauf: Am ersten Halbtage wird von der IBA eine Exkursion zu ausgewählten Projekten der IBA organisiert. Drei Halbtage sind für ausführliche Diskussionen auf der Basis von max. 6 Referaten vorgesehen. Zu diesen sechs Referaten sollen Voten aus den Sektionen vorbereitet werden.

Gegenstand der Tagung: Alte und neue Industrieregionen, in der BRD etwa Stuttgart und das nördliche Ruhrgebiet. Möglich außerdem: Eine west- und eine osteuropäische Region, zu denen fundierte Untersuchungen und fortgeschrittene Planungen vorliegen.

Fragestellungen: Im ersten, theoretischen Teil sollten die **theoretischen Konzepte** der Regionalwissenschaft im Mittelpunkt stehen: In welchen Kategorien wird das Problem der Regenerationsfähigkeit von Regionen erfaßt? Wie kommt es, daß Regionen ihre Regenerationsfähigkeit verlieren? Was heißt Regenerationsfähigkeit? Welche Ansatzpunkte zur Stärkung der Erneuerungsfähigkeit lassen sich aus diesen Theorien ableiten? Das Spektrum der Diskussion könnte in diesem Schwerpunkt umfassen:

Lebenszyklen-These (J. van Duijn, M. Marshall), innovationstheoretische Ansätze (Mensch, Heuß), These der "institutionellen Sklerose" (Kindelberger), "Schrumpfungspol"-These (Hamm-Schneider), "sklerotische Milieus" (Läßle), Netzwerk-Ansatz ("weakness of strong ties" (Grabher), Wirtschafts- und Arbeitskultur (Miegel), innovative Milieus, industrial distrikts.

Die Referate/Statements sollten sich schwergewichtig auf

- sozio-ökonomische, sozio-kulturelle sowie politisch institutionelle Erklärungsansätze konzentrieren;

- Erklärungen des Niedergangs und Erklärungen des Erfolgs von Regionen vergleichen
- die Rolle der Region angesichts der Globalisierung der Märkte diskutieren

Im zweiten Teil der Tagung sollten **Strategien der Erneuerung** von Industrieregionen diskutiert werden. Auch hier sind ökonomische, städtebauliche, soziale, kulturelle und ökologische Ansätze in ihrer gelungenen/mißlungenen Verflechtung zu diskutieren.

Welche Strategien gibt es in den Beispielsregionen?

Wie sind die Planungsprozesse organisiert?

Was sind die Nebenfolgen der Erneuerung?

Am Schluß müßte eine theoretisch angeleitete Kritik empirisch vorfindlicher Strategien formulierbar werden.

Programm:

- 1. Halbtage:** Exkursion
- 2. Halbtage:** Theoretische Konzepte der Regionalwissenschaft
Zwei Referate mit Voten
- 3. Halbtage:** Institutionell-politische Bedingungen regionaler Politik
formulierung
Zwei Referate mit Voten
- 4. Halbtage:** Strategien zur Erneuerung von Industrieregionen
Zwei Referate mit eingeladenen Voten

Bisher angefragte Referenten:

G. Colletis, Frankreich: Innovative Milieus

D. Läßle, BRD: Theoretische Erklärungsansätze regionaler Entwicklung

W. Siebel, BRD: Strategien der Erneuerung, das Beispiel Internationale Bauausstellung Emscher-Park

G. Tichy, Österreich: Das Altern von Industrieregionen

F. Tödting, Österreich: Innovative Regionalentwicklung

Call for Statements

Beabsichtigt ist eine diskutierende Tagung. Deshalb sind nur maximal sechs Referate vorgesehen, die den Teilnehmern vorher zugeschickt werden sollen. Interessenten melden sich bitte unter Angabe, ob sie zu einem vorbereiteten Statement (max. 10 Minuten) bereit sind, bei einer der folgenden Adressen an:

Prof. Dr. Wolfgang Krumbein

Institut für Regionalforschung e.V.

Goßlerstr. 10

37073 Göttingen

Tel.: 0551/485363

FAX: 0551/487512

Prof. Dr. H. Wollmann

Institut für Politikwissenschaft

Humboldt-Universität

Unter den Linden 6

10099 Berlin

Tel.: 030/2848-1533/1532

FAX: 030/2843 1500

E-mail: Hellmut=Wollmann@sowi.hu-berlin.de

Prof. Dr. W. Siebel

Institut für Soziologie

AG Stadtforschung

Universität Oldenburg

Postfach 2503

26111 Oldenburg

Tel.: 0441/9706-369/365

FAX: 0441/798 2919

E-mail: siebel@psychologie.uni-oldenburg.de

UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH
Permoserstr. 15
04318 Leipzig
Dr. Sigrun Kabisch

UFZ-Sommerschule '96

Thema: Umweltverhalten und Lebensqualität in urbanen Räumen

Ziel: Ein Ziel besteht in der Zusammenführung von Wissenschaftlern, die sich mit **umweltrelevanten** Forschungsfragen in **stadtregeralem Kontext** beschäftigen, um damit den Austausch zu intensivieren und offene Forschungsfragen zu benennen. Dabei soll insbesondere die Praktikabilität der Leitidee Sustainable Development (SD) anhand konkreter Vorhaben in urbanen Räumen diskutiert werden.
Im Rahmen der Sommerschule wird Nachwuchswissenschaftlern die Möglichkeit eröffnet, ihre Qualifizierungsarbeiten vorzustellen und sie in längerfristige Forschungslinien einzuordnen.
Die Schärfung des wissenschaftstheoretischen Profils der soziologischen Forschung am UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle ist ein spezifisches Ziel dieser Sommerschule.

Forschungsfragen: Ist das Sustainable-Development-Konzept eine ausreichende wissenschaftstheoretische Grundlage, um die Verträglichkeit menschlicher Eingriffe in die urbane Umwelt zu erklären und zu bewerten?
Gibt es kulturell definierte Standards, mit denen das Maß der Eingriffe festgelegt werden kann?
Mit welchen Instrumenten ist die Leitidee der SD auf konkrete Vorhaben auf regionaler und lokaler Ebene umzusetzen?
Welche Indikatoren haben sich bei der Operationalisierung von SD bewährt?
Was sind konkrete Beispiele dafür, daß sich Umweltverhalten in mehr Lebensqualität „ausgezahlt“ hat?
Wie sind notwendige Verhaltensänderungen zu stimulieren und wie werden sie belohnt?
Welches Umweltwissen existiert und wer wacht über die Qualität der Umweltinformationen und ihre Weitergabe?
Ist aus soziologischer Sicht das Maß der ökologischen Tragfähigkeit unserer Städte überhaupt abzuschätzen, da i.d.R. immer nur Segmentanalysen möglich sind?
Wie sieht die ökologische Stadt der Zukunft aus?
Ist nachhaltige Stadtentwicklung nur in der Relation Stadt und Umland möglich, oder können auch innerstädtische Teilräume nachhaltig gestaltet werden?

Zeit: 24.6.1996 (18 Uhr) - 28.6.1996 (12 Uhr)

Ort: UFZ Leipzig, Permoserstr. 15

Finanzierung: UFZ und Friedrich-Ebert-Stiftung
Die Reisekosten und die Kosten für die Unterkunft werden den auswärtigen Teilnehmern erstattet.

organisatorischer Ablauf: Die Sommerschule beginnt am 24.6.95 mit einem Empfang der Geschäftsführung des UFZ, auf dem Prof. Fritz (wissenschaftlicher Geschäftsführer des UFZ) in einem Vortrag die Erwartungen der Umweltforschung im Allgemeinen und des UFZ im Besonderen an die sozialwissenschaftliche Forschung formuliert.
An den folgenden drei Arbeitstagen ist ein intensiver Austausch über wissenschaftstheoretische Fragestellungen, konkrete Fallbeispiele und wissenschaftliche Begleitprojekte vorgesehen. Die Arbeit im UFZ wird durch Exkursionen zu konkreten Vorhaben und Diskussionen mit den dafür Verantwortlichen ergänzt (z.B. Ostraum-Projekt in Leipzig, Stadtssanierung oder Bergbaufolgelandschaft).
Am Abschlußtag (28.6.95) werden die einzelnen Positionen zusammengefaßt, die Diskussionen ausgewertet und Vorschläge für weiterführende Arbeiten, möglicherweise eine Fortsetzung der Sommerschule beraten.

Teilnehmerzahl: insgesamt auf höchstens 30 begrenzt, davon ca. 12 aus dem UFZ

Vorbereitung: Verschicken von Papieren der Referenten an alle Teilnehmer zwecks Vorbereitung auf die Diskussionen

Nachbereitung: Veröffentlichung in UFZ-Bericht

Verantwortung: Dr. S. Kabisch, Tel.: 0341-235 2366, Fax: 0341-235 2511,
e-mail: kabisch @ aloef.ufz.de

technische Mitarbeit: B. Klaus, Tel.: 0341-235 2600

Interessenten melden sich bitte an der o.g. Adresse.
Das entgeltliche Programm der UFZ-Sommerschule '96 wird im April 1996 verschickt.

Weiterbildungsprogramm der Universität Hannover: „Moderation in der Umwelt- und Raumplanung“

Die Universität Hannover bietet ab Januar 1996 eine einjährige, berufsbegleitende Weiterbildung für Planerinnen und Planer mit abgeschlossenem (Fach)Hochschulstudium an. Die Weiterbildung umfaßt 220 Unterrichtsstunden (neun Wochenendseminare (Do.-Sa.) und fünf Supervisionssitzungen (Sa., ganztägig). Da die Bedeutung von Konsens- und Beteiligungsverfahren in der Planung ständig wächst, müssen Planer/innen zunehmend moderierende Tätigkeiten übernehmen, wenn der Planungsprozeß nicht ins Stocken geraten soll. Das Weiterbildungsprogramm vermittelt die dazu notwendigen kommunikationstheoretischen und psychologischen Kenntnisse und bietet die Möglichkeit, durch die Verknüpfung mit dem Berufsalltag eigene Erfahrungen zu sammeln, die in den Supervisionssitzungen unter fachkundiger Anleitung reflektiert werden.
Teilnahmevoraussetzungen: abgeschlossenes (Fach)Hochschulstudium und die Bereitschaft spätestens zu Beginn des Weiterbildungsprogrammes im Rahmen der eigenen Berufstätigkeit moderierende Tätigkeiten zu übernehmen.

Anmeldeschluß: 1.11.95

Informationen Frau B. Claussen 0511-7624745 (inhaltlich), Frau W. Blume (Anmeldung), Zentrale Einrichtung für Weiterbildung der Universität Hannover, Lange Laube 32, 30159 Hannover

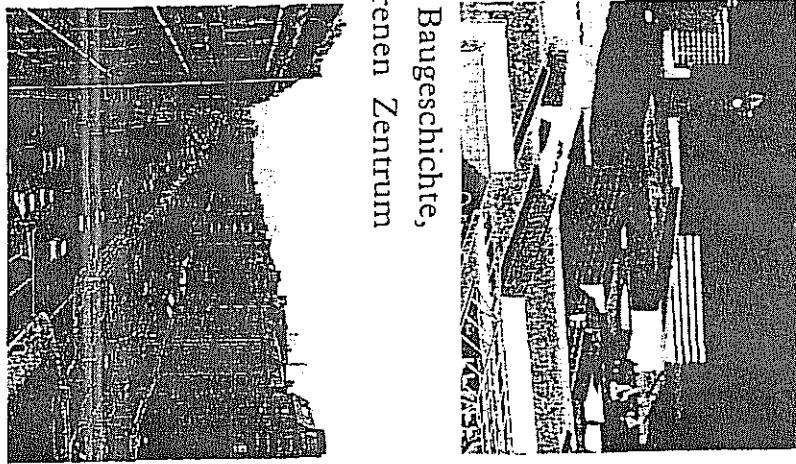
III. Literaturhinweise

Harald Bodenschatz mit Hans-Joachim Engstfeld
und Carsten Seifert

BERLIN – Auf der Suche nach dem verlorenen Zentrum

Hrsg. von der Architektenkammer Berlin

Keine andere Stadt in Deutschland trägt die Spuren der Teilung und die Probleme der Wiedervereinigung so unmittelbar wie Berlin mit seinem alten und neuen Zentrum. Zu den wichtigsten städtebaulichen Aufgaben der Hauptstadtplanung gehört daher die Neugestaltung der Dorotheen- und Friedrichstadt und der Straßenzüge zwischen Potsdamer Platz, Pariser Platz und Alexanderplatz. Blickt man zurück in die Baugeschichte, so wird die Suche nach dem verlorenen Zentrum immer schwieriger. Zahlreiche Orte der Stadt waren bereits früher Gegenstand von Umbauplanungen, deren Folgen heute kaum noch bewußt wahrgenommen werden. Die Autoren zeichnen die wichtigsten Entwicklungsstränge und Plannungen der Vergangenheit nach und liefern damit eine Interpretationsfolie für die heutigen Planungen und Projekte. Deutlich wird dabei, wie die historische »Westwanderung« des Zentrums erst langsam einer nach Osten gerichteten Perspektive weicht.



272 Seiten mit 260 Abbildungen

Klappenbrochure

ISBN 3-88506-255-0

BERLIN AUF DER SUCHE NACH DEM VERLORENEN ZENTRUM

Inhaltsverzeichnis

7	Vorbemerkung von Nicolette Baumeister	84	Gescheiterte Kahlschlagmodernisierung in der Weimarer Republik Erneuerung des Alexanderplatzes • Im Schatten der Ost-West-Hauptstraßen: Der Fischerkiez	146	Rekonstruktion, Neugestaltung und Vernachlässigung: Die Zeit der DDR	215	Der Kampf um ein Leitbild für das Zentrum von Berlin
9	Vorwort von Bruno Flierl	90	Ein zweiter Erneuerungsschub in der nationalsozialistischen Zeit	154	Ein Zentrum Gesamt-Berlins: Die Zeit nach 1989 Städtebaulicher Strukturplan • Pariser Platz • Unter den Linden • Friedrichstraße • Leipziger Straße • Wilhelmstraße	219	Kritische Rekonstruktion der Stadt?
11	Einleitung	97	Die Altstadt auf der Schlachtbank: Nachkriegszeit und fünfziger Jahre	169	Ausblick	221	Berlinische Architektur?
17	Westwanderungen des Zentrums: Zwei Schritte vorwärts, ein Schritt zurück	101	Der Bau des Zentrumsbandes seit den sechziger Jahren Ostorientierung des ehemaligen Schloßbereichs • Der neue Alexanderplatz • Die Anlage des großen Freiraums zwischen Marx-Engels-Platz und Alexanderplatz • Der Kahlschlag auf der südlichen Spreeinsel und dem Friedrichswerder	171	Vom Windschatten in den Sturm: Spandauer Vorstadt und Königstadt	223	Ein Regelwerk für den Städtebau, eine Streitkultur für die Architektur
17	Die Herausbildung des Zentrums in der Kaiserzeit	108	Das Zentrumsband nach 1989 Wettbewerb Alexanderplatz • Wettbewerb Spreeinsel • Der Freiraum zwischen Alexanderplatz und Schloßplatz	171	Ein hierarchischer, unregelmäßiger Stadtteilgrundriß	223	Perspektiven
29	Große Pläne für ein radikal modernisiertes Zentrum in der Zwischenkriegszeit	123	Ausblick	172	Soziale und kulturelle Mischung	227	Berlin – eine europäische Stadt? Das in Baublöcken organisierte Parzellensystem • Die Silhouette • Stadtstraße und Stadtplatz • Europäische Stadt – ein kultureller Kampfbegriff
38	Das teilerstörte, gesplante und geschrumpfte Zentrum nach dem Zweiten Weltkrieg	125	Die alte und neue City: Dorotheenstadt und Friedrichstadt	173	Erneuerungsprojekte bis zur nationalsozialistischen Zeit	227	Besonderheiten des Berliner Zentrums Der Gegensatz zwischen östlichem und westlichem Teilzentrum • Ein Zentrum ohne zentralen Punkt • Die großen Ost-West-Hauptstraßenzüge • Die Hauptstadt Deutschlands • Das bauliche Erbe
49	Das Ringen um ein neues Zentrum Gesamt-Berlins Akteure des Zentrumsbaus • Städtebauliches Regelwerk • Städtebaulicher Ideenwettbewerb • Umsetzung privater Projekte • Umsetzung der Hauptstadtprojekte • Verkehrsplanung • Unsicherheiten jenseits der Euphorie	125	Planmäßige Gründung vor den Toren der Altstadt: Das 17. und 18. Jahrhundert	177	Die stadträumliche Barriere im Süden der Vorstadt	239	Ein stadterträglicher Zentrumsverkehr
67	Ein städtebauliches Dauerproblem: Die (ehemalige) Altstadt Berlin	131	Bürgerliche Überformung und Citybildung: Das 19. und frühe 20. Jahrhundert	179	Stadtteilerneuerung in der DDR-Zeit	240	Aufbau neuer Identitäten
67	Berlin-Cölln vor dem Dreißigjährigen Krieg	138	Stagnation und Planerträume: Die Zeit der Weimarer Republik	180	Aufwertungsdruck nach 1989	241	Schutz der Cityrandzonen
69	Berlin-Cölln im Gefüge der barocken Residenzstadt	142	Zentrum der Gewalt Herrschaft: Die Zeit des „Dritten Reiches“	183	Ausblick	242	Mehr Nüchternheit, mehr Bescheidenheit, mehr Realismus
75	Ein erster Erneuerungsschub bis zum Ersten Weltkrieg Ost-West-Passage • Halte-Plätze • Altstadt am Wasser • Im Schatten der Ost-West-Hauptstraßen: Die Museumsinsel	145	Trümmer und Pläne: Die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg	185	Versuch um Versuch: Zentrumsverweiterung West	243	Organisation und Verfahren der Zentrumsplanung
				185	Erste Konturen bis zum Ersten Weltkrieg	244	Ein Zentrum mit Profil!
				192	Planerische Offensiven in der Weimarer Republik		ANHANG
				198	Vorbereitungen für ein neues Zentrum in der Zeit des Nationalsozialismus	248	Der Stadtgrundriß des historischen Zentrums 1748, um 1910, um 1940 und um 1990
				202	Randlage an der Sektorengrenze	259	Literatur
				205	Nach 1989: Mit neuem Schwung voran? Bereich Potsdamer Platz • Bereich Spreebogen • Bereich Lehrter Bahnhof	270	Bildquellen
				213	Ausblick	272	Autoren

Mythos Metropole

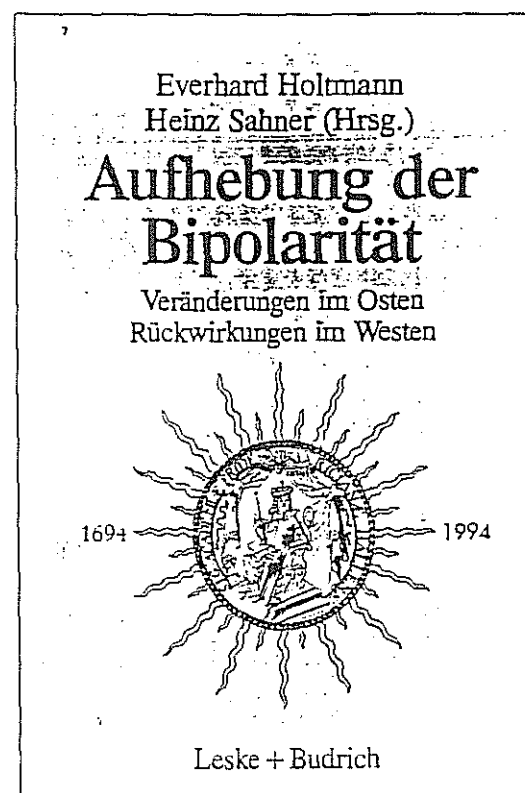
Herausgegeben von
Gotthard Fuchs, Bernhard Moltmann
und Walter Prigge

Inhalt

Gotthard Fuchs, Bernhard Moltmann Mythen der Stadt	9
<i>Stadt/Mythen</i>	
Gerwin Zohlen Metropole als Metapher	23
Sigrid Weigel Zur Weiblichkeit imaginärer Städte	35
Uli Exner Heterarchie. Zur Befreiung der Metropolen-Architektur ..	46
Dieter Hoffmann-Axthelm Das Einkaufszentrum	63
Walter Prigge Mythos Architektur. Zur Sprache des Städtischen	73
<i>Kultur/Gesellschaft</i>	
Paul Virilio, Marianne Brausch Randgruppen. Ein Gespräch	89
Bazon Brock Zivilisationsraum und Kulturghetto	98
Walter Amann, Wolfgang Schikora, Ulrich Zierold Mobilität, Zeichen, Begrenzungen	104
Andreas Kuhlmann Kultur und Krise. Zur Inflation der Erlebnisse	115
Diedrich Diederichsen Wie aus Bewegungen Kulturen und aus Kulturen Communities werden	126
<i>Zentrum/Peripherie</i>	
Edward W. Soja Postmoderne Urbanisierung	143
Saskia Sassen Metropole: Grenzen eines Begriffes	165
Roger Keil Globalität: Lokalität – Frankfurter Verhältnisse	178
Florian Rötzer Urbanität in den Netzen. Vom Take-Over der Städte	195
Peter Weibel Die virtuelle Stadt im telematischen Raum	209
Friedrich A. Kittler Die Stadt ist ein Medium	228

es 1912
edition suhrkamp
Neue Folge Band 912

Neuerscheinung



Everhard Holtmann/
Heinz Sahner (Hrsg.)
Aufhebung der
Bipolarität

Veränderungen im Osten,
Rückwirkungen im Westen
88 Seiten.
Kart.
ISBN 3-8100-1432-X

Es geht um eine Zwi-
schenbilanz der Vereini-
gung von Ost- und West-
deutschland. In welchen
Bereichen ist sie gelun-
gen? Wo blieben Defizite?
Wie hat sich die Bundes-
republik insgesamt verän-
dert?

Der Vereinigungsprozeß ist
bis heute in verschiedenen
Bereichen in einem unter-
schiedlich hohen Maß ge-
lungen. Er kann in manchen
Bereichen als nahezu abge-
schlossen betrachtet werden
(Institutionenebene, Siche-
rung individueller Freihei-
ten). Im wirtschaftlichen
und sozialen Bereich ist
man davon noch weit ent-
fernt. Die Hoffnungen, daß
sich mit der Vereinigung
auch im Westen manches
verändern werde, blieben
weitgehend unerfüllt.

Aus dem Inhalt:
Heinz Sahner: Aufhebung
der Bipolarität – Verände-
rungen im Osten, Rückwir-
kungen im Westen
Reinhard Kreckel: Laudatio
zur Ehrenpromotion von
Prof. Dr. M. Rainer
Lepsius, Martin-Luther-
Universität Halle-Witten-
berg, 26.10.1994
M. Rainer Lepsius: Das
Legat zweier Diktaturen für
die demokratische Kultur
im vereinigten Deutschland
Klaus von Beyme: Verfehlte
Vereinigung – verpaßte Re-
formen?
Wolfgang Zapf: Zwei Ge-
schwindigkeiten in Ost- und
Westdeutschland
Everhard Holtmann: 'Wei-
marer Verhältnisse' vom
Osten her?

Die Herausgeber:
Dr. Everhard Holtmann,
Professor für Politikwissen-
schaft; Dr. Heinz Sahner,
Professor für Soziologie,
beide am Fachbereich Ge-
schichte, Philosophie und
Sozialwissenschaften der
Martin-Luther-Universi-
tät Halle-Wittenberg.

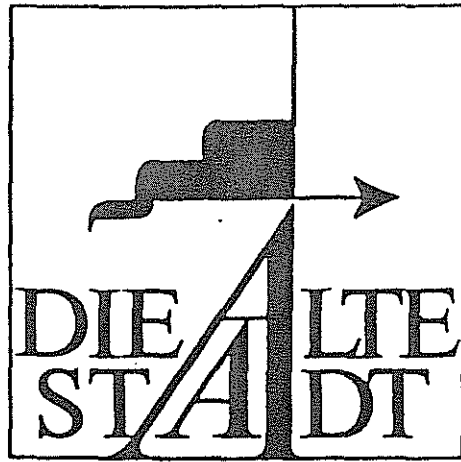
Bestellung:

Ich/Wir bestellen aus dem Verlag Leske + Budrich, Postfach 300551, 51334 Leverkusen

_____ Exemplar(e) des Buches Holtmann/Sahner, Aufhebung der Bipolarität

Name/Anschrift: _____

Datum/Unterschrift: _____



Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte,
Stadtsoziologie und Denkmalpflege: Heft 3/1995

**Berlin - Hauptstadt
zwischen Aufbruch
und Abbruch**

Heide Berndt/Harald Bodenschatz:
City in Motion

Hartmut Häußermann:
Berlin vor und nach der Vereinigung

Dorothee Dubrau:
Abrisse in Berlin Mitte

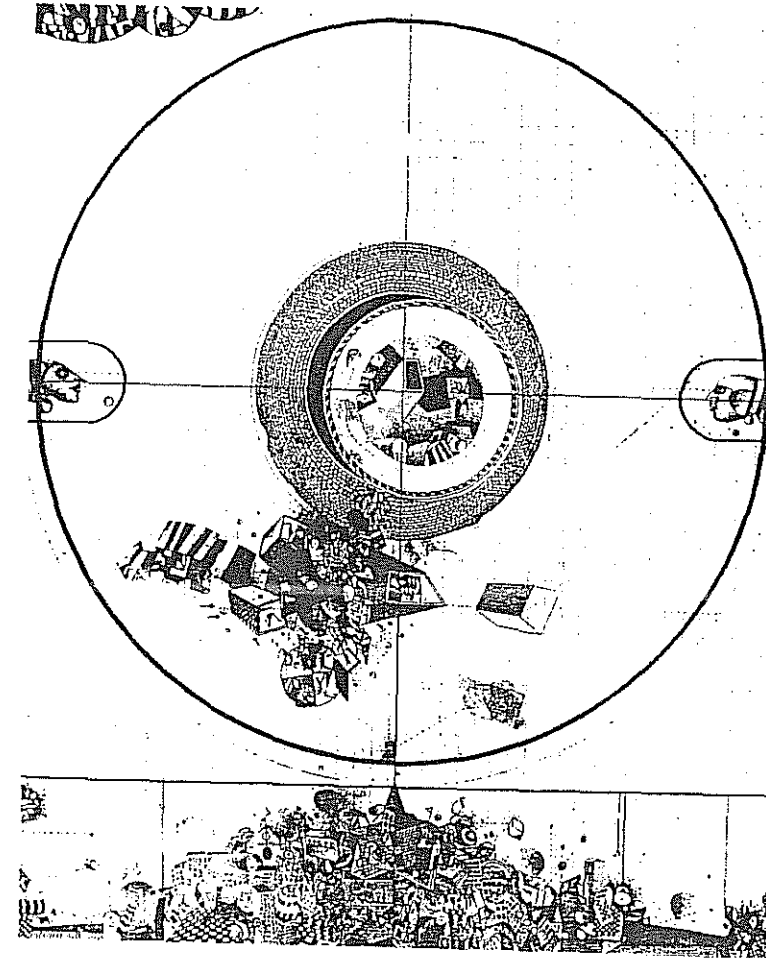
Theo Winters:
Stadterneuerung in Prenzlauer Berg

Harald Bodenschatz/Hans-Joachim Engsfeld:
Abschied vom Flughafen Tempelhof

Heide Berndt:
**Die Alice-Salomon-Fachhochschule und
Planung des Hellersdorfer Zentrums**

Verlag W. Kohlhammer
70549 Stuttgart
T.: 0711/78 36 - 290
F.: 0711/78 36 - 430

Jürgen Friedrichs
**STADT-
SOZIOLOGIE**



Leske + Budrich

ISBN: 3-8100-1409-5

© 1995 by Leske + Budrich, Opladen

Verzeichnis der Tabellen 7
 Verzeichnis der Abbildungen 9
 Glossar 11
 Vorwort 13

1. *Gesellschaft – Stadt – Individuum* 15
 1.1 Stadtsoziologie, Allgemeine Soziologie und angrenzende Disziplinen 15
 1.2 Definition der Stadt 17
 1.3 Theoretischer Ansatz: Ökonomische und soziale Differenzierung 18
 1.4 Das Makro-Mikro-Problem 21

Makroebene

2. *Theorien der Stadtentwicklung* 29
 2.1 Dimensionen der Analyse: Ökonomie, Demographie und Technologie 29
 2.2 Phasenmodelle der Stadtentwicklung 33
 2.3 Stadtentwicklung und Stadtstruktur 38
 2.4 Die räumliche Verteilung sozialer Probleme 42

3. *Stadtentwicklung in Ostdeutschland* 45
 3.1 Rahmenbedingungen 45
 3.2 Prognosen der Entwicklung einzelner Städte 46
 3.3 Regionale Disparitäten 50
 3.4 Folgerungen 57
 3.5 Zusammenfassung 58

4. *Wohnungsmarkt und soziale Ungleichheit* 59
 4.1 Der Wohnungsmarkt und seine Teilmärkte 59
 4.2 Der Wohnungsmarkt in Ostdeutschland 66
 4.3 Künftige Entwicklungen 70
 4.4 Die Filtering-Theorie 72

Struktur und Wandel städtischer Teilgebiete

5. *Segregation* 79
 5.1 Beschreibungen der Segregation 79
 5.2 Empirische Beispiele 84
 5.3 Erklärungen der Segregation 90
 5.4 Ein makrosoziologischer Erklärungsansatz: „Globalisierung“ 94
 5.5 Ein mikrosoziologisches Modell der Segregation 95

6. *Suburbanisierung* 99
 6.1 Prozeß und räumliche Einheiten 99
 6.2 Die Bedeutung des Prozesses 101
 6.3 Verlauf der Suburbanisierung 103
 6.4 Beispiel: Suburbanisierung in der Region Hamburg 108
 6.5 Zusammenfassung 114

7. *Wandel von Wohngebieten* 115
 7.1 Modelle des Wandels von Wohngebieten 115
 7.2 Der Invasions-Sukzessions-Zyklus 118
 7.3 Gentrification 119
 7.4 Wandel peripherer Neubausiedlungen 123

8. *City und Innenstadt* 125
 8.1 Die Struktur der City 125
 8.2 City und Subzentren 130
 8.3 Ostdeutsche Innenstädte 137
 8.4 Zusammenfassung 140

Mikroebene

9. *Mikrosoziologische Ansätze* 143
 9.1 „Die Kreuzung sozialer Kreise“ 143
 9.2 „Urbanism as a Way of Life“ 145
 9.3 Zusammenfassung und weiterführende Überlegungen 149

10. *Soziale Netzwerke* 153
 10.1 Gemeinde in der Stadt? 153
 10.2 Netzwerkanalyse 155
 10.3 Die räumliche Struktur sozialer Netzwerke 156
 10.4 Entstehung von Netzwerken 169
 10.5 Wohndauer und Bindung an die Stadt 170
 10.6 Zusammenfassung 172

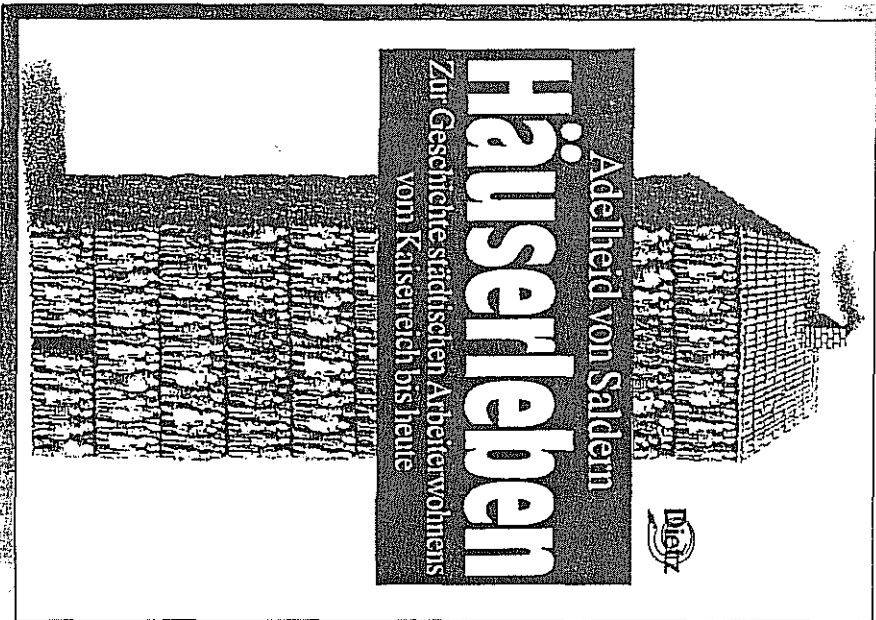
Literaturverzeichnis 173

Adelheid von Saldern
Häuserleben
 Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens
 vom Kaiserreich bis heute

Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 38
 Etwa 536 Seiten mit zahlr. Abb., Hardcover,
 ISBN 3-8012-4058-4 - Auslieferung: April 1995

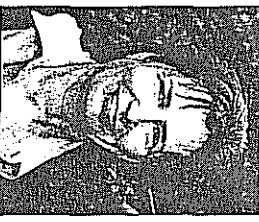
Mit dieser sozial- und kulturgeschichtlichen Studie wird eine umfassende Längsschnittanalyse über den Zusammenhang von Arbeiterwohnquartieren und gesellschaftlicher Modernisierung seit dem Kaiserreich vorgelegt. Dabei wird jede Zeithaube aus doppelter Perspektive betrachtet: Zum einen werden Entstehung und Entwicklung der Arbeiterquartiere, Mietskasernen und Wohnungselend, Kleinhauseinsiedlungen und hochgeschossige Großwohnanlagen, Sanierungen und sozialer Wohnungsbau sowie Asyle und Lager beleuchtet. Zum anderen wird - auch unter geschlechtsspezifischen Aspekten - die subjektive Aneignung der Wohnquartiere durch die Bewohnerinnen und Bewohner dargestellt. Darüber hinaus geht es um diverse kulturelle Wohnkonzepte und Praxisformen, soziale Modernisierung und Rationalisierung ebenso wie quartiergebundene Initiativen und Aktivitäten, Politikverständnis und Kommunikationsnetze sowie Ordnungsvorgaben und Kontrolle. Durch diese doppelte Perspektive werden gesamtgesellschaftliche Strukturen und soziokulturelle Alltagswelten eng miteinander verbunden, so daß die Janusgesichtigkeit der Moderne in den Blick gerät und sich zugleich die Potentiale menschlicher Selbsttätigkeit besser einschätzen lassen.

Deutlich wird: Erst die vielfältige Aneignung des Quartiers durch Bewohnerinnen und Bewohner, erst die vielen Facetten des Arbeiterwohnens, die in historischer und aktueller Perspektive nachgezeichnet werden, erfüllen die Häuser mit Leben.



Kurztext
 In diesem Buch wird die vielseitige und wechselhafte Geschichte von Häusern und Quartieren, in denen überwiegend Angehörige der Arbeiterschaft lebten, nachgezeichnet. Dabei geht es zum einen um Entstehung und Entwicklung der „Arbeiterviertel“, die den Wandel des Spannungsfeldes von Markt, Politik und gesellschaftlichem Wertesystem widerspiegeln. Zum anderen werden die vielfältigen Aneignungsformen des Quartiers durch die Bewohnerinnen und Bewohner als eine kulturelle Leistung gewürdigt, die erst die Häuser mit Leben erfüllt.

Die Autorin
 ADELHEID VON SALDERN, Dr. phil., ist Professorin für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Universität Hannover, zahlreiche Veröffentlichungen zur Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.



Inhalt
Adelheid von Saldern: Häuserleben

Einleitung

A Die Zeit des Kaiserreichs

I Arbeiterquartiere im Kontext der Urbanisierung

- 1. Urbanisierung
- 2. Der Umbau der Innenstadt: „Zonen in Transition“
- 3. Neuartige Arbeiterquartiere: Die großen Mietshausviertel
- 4. Werksiedlungen
- 5. Reformwohnungsbau: Garten(vor)städte und Genossenschaftsbauten
- 6. Absonderung: Massenunterkünfte, Baracken und Asyle
- 7. Arbeiterquartiere als Objekt der Stadtplanung
- 8. Zunehmende Trennung von Erwerbsarbeit und Wohnen im Zeichen des kommunalen Verkehrsausbaus
- 9. Zusammenfassung

II Akkulturation und Aneignung

- 1. Das Arbeiterquartier als Sozialmilieu
- 2. Umzüge: Mobilität und Selbsthaftigkeit
- 3. Alltagsleben in den „Zonen der Transition“
- 4. Die andere Arbeiterquartierskultur:
Zum Alltagsleben in Mietshausvierteln
- 5. Frauen im Quartier
- 6. Lebenszyklen und Quartier
- 7. Alltag in Werksiedlungen
- 8. Obdachloses Leben
- 9. Exmittierungen und Mietprobleme
- 10. Lohnkonflikte vor der Haustür
- 11. Frauenaktivität und Lebensmittelsicherung
- 12. Arbeiterbewegung und Wohnquartier
- 13. Zusammenfassung

Die Zeit der Weimarer Republik

Wohnungspolitik im Zeichen des sozialen Wohnungsbaus

- Sozialer Wohnungsbau: Reformen und ihre Grenzen
- Die „rasende Stadt“ und die selbsthafte Kleinfamilie
- Der Reformwohnungsbau: Leitbild für zukünftiges Arbeiterwohnen
- Nebenschauplätze: Arbeiteraltbauquartiere
- Zukunftsträchtige Randerscheinungen:
Arbeiterkleinhaussiedlungen in städtischen Außenbezirken
- Vor Ort: Obdachlosenquartiere
- Zusammenfassung

Wohnen im Kontext neuer Kulturmuster

- Alte und neue Kommunikationstypen
- Demokratie und Selbstverwaltung
- Politikverständnis und politische Praxisformen
- Erziehung zur modernen Wohn- und Quartierskultur
- Zu den Alltagsdeutungen Obdachloser
- Zusammenfassung

Die Zeit des „Dritten Reiches“

Nationalsozialistische Arbeiterwohnungs- und Quartierspolitik im Zeichen sozialräumlich-rassistischer Neuordnung

- Allgemeine Grundzüge der nationalsozialistischen Wohnungs- und Quartierspolitik
- Altstadtsanierung und Menschensortierung
- Kleinhaussiedlungen, städteplanerische Konzepte
- und Volksgemeinschaftsideologie
- Aussonderung und Lagersystem
- Quartierszerstörungen und sozialräumliche
- Zusammenwürfelung durch Kriegseinwirkung
- Zusammenfassung

Wohnen und Quartiersleben unter dem Hakenkreuz

- Nationalsozialistische Machtübernahme und Machtsicherung
- 1. Arbeiterquartieren
- Wohn- und Siedlungsalltag im „Dritten Reich“
- Nationalsozialistische Erziehung im Wohnbereich
- Quartierszerstörungen und sozialräumliche
- Zusammenfassung

D Die westdeutsche Aufbaugesellschaft: Vom Kriegsende bis in die sechziger Jahre

I Stadtentwicklung, sozialer Wohnungsbau und sozialräumliche Verteilungsmuster

- 1. Die Ausgangssituation: Schutt und Asche, Lager und Notwohnungen
- 2. Stadtentwicklung im Zeichen von Brüchen und Kontinuitäten
- 3. Sozialer Wohnungsbau
- 4. Die alten Arbeiterquartiere
- 5. Die Neubauquartiere im Kontext räumlicher und sozialer Auflockerung
- 6. Flüchtlinge und Vertriebene: Wohnquartiere für den „fünften Stand“
- 7. Zusammenfassung

II Die ersten zwanzig Jahre: Quartiersleben nach dem Zweiten Weltkrieg

- 1. Die Not- und Rationengesellschaft
- 2. Politik in Stadtvierteln und Wohnquartieren: Die Antifaschistischen Ausschüsse
- 3. Den „richtigen Abstand halten“: Moderne Kommunikationsbeziehungen
- 4. Wohnkulturelle Zeittendenzen
- 5. Zusammenfassung

E In der DDR

I Grundzüge der Wohnungspolitik in der DDR

- 1. Langsame Steigerung des Wohnungsneubaus
- 2. Das neue Wohnmodell: DDR-Satellitenstädte
- 3. Migration und sozialräumliche Segregation
- 4. Vergleich der Wohnverhältnisse: DDR - Bundesrepublik
- 5. Zusammenfassung

II Wohnen in der DDR

- 1. Wohnzufriedenheit und Wohnwünsche
- 2. Kommunikation im Wohnbereich
- 3. „Sozialistische Demokratie“ im Quartier
- 4. Zusammenfassung

F Die bundesrepublikanische Reform- und Modernisierungsära von 1966 bis 1974/76 und ein Ausblick auf die achtziger Jahre

I Problembeladene Wohnungspolitik im Zeichen des Fortschrittsglaubens

- 1. Allgemeine Grundzüge der Wohnungspolitik
- 2. Neue Großwohnanlagen am Stadtrand
- 3. Sanierung und Modernisierung der alten Arbeiterquartiere
- 4. Verbliebene Arbeiterquartiere: Strukturen und Typen
- 5. Segregierte Armut: Gastarbeiterlager, Obdachlosensiedlungen und Lager für Asylsuchende
- 6. Zusammenfassung

II Wohnquartier und Lebenszusammenhang

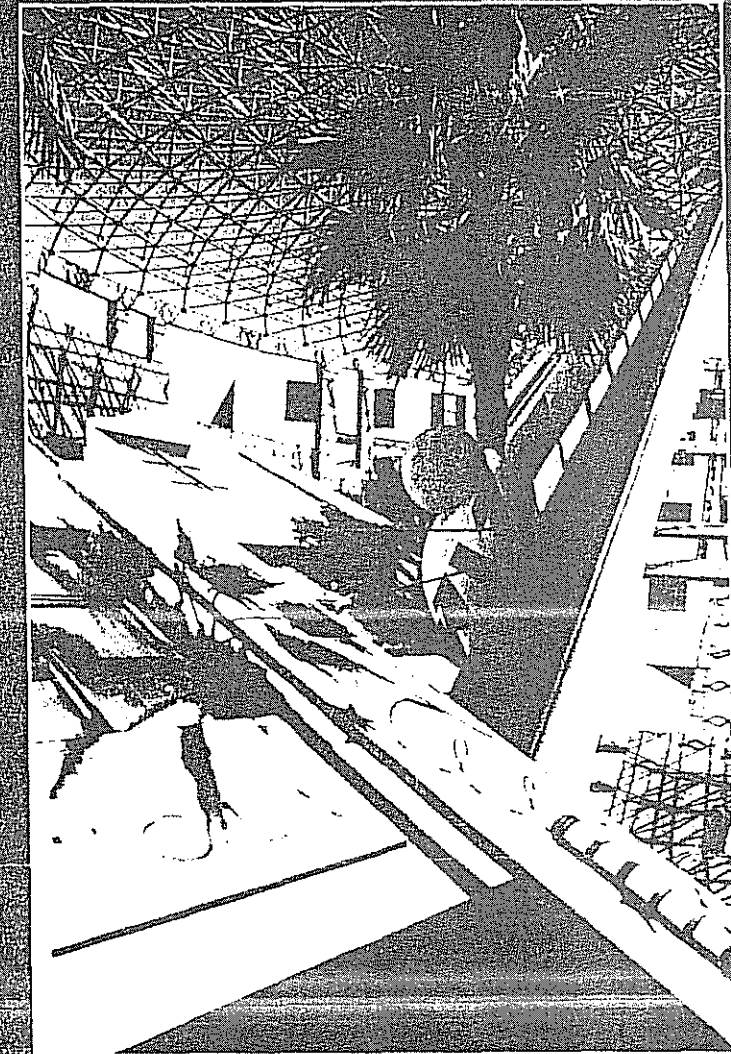
- 1. Leben in Neubauvierteln
- 2. Sozialmilieus in Altbauquartieren
- 3. Kulturelle Praxisformen in Arbeiterkleinhaussiedlungen
- 4. Reformdiskussionen und -initiativen
- 5. Geschlecht, Lebenszyklen und neue Wohnformen
- 6. Wohnkultur im Spannungsfeld von Markt und Milieu
- 7. Ghettos ohne Mauern: Ethnische Minderheiten und soziale Randgruppen
- 8. Zusammenfassung

Zusammenfassung der historiographischen Befunde und aktuelle Standortsuche

- 1. Zusammenhang
- 2. Literaturverzeichnis
- 3. Abkürzungsverzeichnis
- 4. Personenregister
- 5. Ortsregister
- 6. Die Autorin

FRANK STRÄTER (HG.)

LOS ANGELES BERLIN



STÄDTER
ZUKUNFT
ZUKUNFT
DER STADT

Copyright für die Beiträge: bei den AutorInnen
 Copyright für die gesamte Ausgabe: bei Frank Sträter
 Herausgeber: Frank Sträter
 Anschrift:
 context
 Information - Dokumentation - Redaktion
 Spemannstraße 41, 70186 Stuttgart
 Umschlag: context
 Satz: context
 Belichtung: Oktoberdruck, Berlin
 Druck: Oktoberdruck, Berlin
 Auslieferung: context
 ISBN: 3-00-000175-1

Inhaltsverzeichnis

Frank Sträter: Los Angeles - Berlin

VORWORT	5
FRANK STRÄTER: »Where are you from?« Globalisierung und lokaler Raum	10
MICHAEL DEAR: Urbanität in der Postmoderne Eine Annäherung	18
»Unser Vokabular städtischen Denkens greift nicht mehr« Interview mit EDWARD SOJA	31
ROGER KEIL: Von Blade Runner zu Pulp Fiction? Die Wiederaneignung des Politischen durch die Organisation des städtischen Raums	42
EZEKIEL C. MOBLEY: Gemeinnützige Wohnungsbau-Initiativen in South Central	54
»Ein Spielbetrieb wäre da goldrichtig« Interview mit EZEKIEL C. MOBLEY	61
JENS SAMBALJE: »Racism comes in Birkenstocks« - Städtischer Umweltschutz und ethnische Risikodiskriminierung	66
»Wir brauchen vor allem eine militantere Praxis« Interview mit ANTONIO REA	78

»Gangs sind ebenso Teil amerikanischer Mythologie wie Cowboys und Kommunisten« Interview mit MARTÍN SÁNCHEZ JANKOWSKI	85
»Das Potential existiert auf jeden Fall« Interview mit MICHAEL ZINZUN	92
MARGIT MAYER: Los Angeles und Berlin im Vergleich	98
NORBERT CYRUS: Zwischenwelten - Polnische ArbeitsmigrantInnen in Berlin	112
»Es ist allen klar, daß Änderungen nötig sind« Interview mit SAFTER ÇYNAR	123
VOLKER EICK: »Berlin wird Hauptstadt - aber sicher...«	129
»Vom Kamealismus zum Budgetierungsprinzip«: Sozialarbeit im wieder groß gewordenen Berlin Interview mit HARALD EHLERT	143
GLOSSAR	150
LITERATUR	152

- 156 -

Stadtforschung aktuell

- 157 -

Stefan Krätke

• Stadt
• Raum
• Ökonomie

Einführung in aktuelle Problemfelder
der Stadtökonomie und Wirtschafts-
geographie

Birkhäuser

EIN LEHRBUCH

© 1995 Birkhäuser Verlag, Postfach 133, CH-4010 Basel, Schweiz
Camera-ready Vorlage durch den Autor erstellt
Gedruckt auf säurefreiem Papier, hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff
Umschlaggestaltung: Markus Etterich, Basel
Printed in Switzerland
ISBN 3-7643-5192-6
9 8 7 6 5 4 3 2 1

Inhalt:

Einleitung 1

1. Wirtschaftsraum und Stadtentwicklung aus geographischer und ökonomischer Perspektive 4

Basiskonzepte der Wirtschafts- und Sozialgeographie 4

Stadtökonomie: Gegenstand und Problemfelder 10

Wirtschaftlicher Strukturwandel und Stadtentwicklung 16

2. Unternehmerische Standortwahl und regionaler Wirtschaftsraum 23

"Standortfaktoren" und unternehmerische Standortwahl 23

Die Stadtökonomie als Kreislaufzusammenhang 37

Das Export-Basis-Konzept 41

Standortmuster in wirtschaftlichen Regionalsystemen 48

3. Raumentwicklung im Zeichen neuer Technologien und industrieller Organisationsbeziehungen 55

Zur Bedeutung von Branchenstrukturen in der städtischen Wirtschaftsentwicklung 57

Das regionalökonomische Polarisations-Konzept: Theorie der Entwicklungspole 60

High-Tech-Industrien als Hoffnungsträger der Stadtentwicklung ? 64

Industrielle Arbeitsteilung in räumlicher Perspektive 67

Neue Produktionskonzepte und Strategien der "internen" und "externen" Flexibilisierung 70

Das Konzept der "regionalen Produktions-Milieus" 79

Regionale Produktionsstrukturen und Regulationssysteme 84

4. Dienstleistungen und metropolitane Komplexe strategischer Unternehmensaktivitäten 100

Funktionale Beschäftigungsstrukturen und Stadtentwicklung 101

"Global Cities": Städte als raumübergreifende Direktionszentren der Produktion und Finanzwirtschaft 105

Kontroll-Verflechtungen und monetäre Transfer-Verflechtungen im Städtesystem 112

Die Transfer-Verflechtung zwischen Stadtregionen 114

5. Polarisierung der Städte im neuen Europa 126

Das Konzept des "Städtesystems" 126

Das Städtesystem im Prozeß der europäischen Integration 130

Strukturwandel des europäischen Städtesystems als Prozeß der ökonomisch-funktionalen Hierarchisierung 137

Auf dem Weg zu einer qualitativ neuen Polarisierungsstruktur ? 144

6. Die vielfach geteilte Stadt: Sozialökonomische Spaltungen im Innern der Städte 158

Innerstädtische Raumstruktur aus der Sicht der "Sozialökologie" und Sozialraumanalyse 158

Sozialökonomische Spaltungen im Innern der Städte 163

Polarisierung städtischer Arbeitsmärkte 165

Auf dem Weg zu einer vielfach geteilten Stadt 174

Neue Inseln für funktionale Eliten: Die gentrifizierte Stadt und die Ausdifferenzierung von Lebensweisen 176

Zur Ökonomie "aufgegebener" Stadtquartiere 182

7. Der städtische Wohnungsmarkt 192

Das Marktmodell und die Besonderheiten des Wohnungsmarktes 194

Das "Filtering-Konzept": Sicker-effekte des Wohnungsmarktes 200

Das Konzept des segmentierten Wohnungsmarktes 206

8. Bodenmarkt und städtische Raumnutzung 211

Grundrente und Stadtentwicklung 211

Theorien der städtischen Grundrente 213

Stadträumliche Verteilung von Nutzungen unter dem Regulator der Grundrente 217

Städtischer Bodenmarkt und aktuelle Veränderungen des Immobiliengeschäfts 222

Wachsende Aneignung von Monopolrenten im Städtesystem 225

Vom Immobilienboom zur Immobilienkrise 228

9. Stadtpolitik und regionale Entwicklungsstrategie 233

Stadtpolitik und kommunale Handlungskapazität 233

Stadtverkehr und städtische Verkehrsinfrastruktur 241

Wirtschaftspolitische Steuerung der Städte im Rahmen einer "unternehmerischen Stadtpolitik" 246

Entwicklungsstrategien für Stadtregionen 249

Konzepte der "endogenen Entwicklung" für periphere Regionen und Städte 254



Reinhard Köhler/Tilman Schiel (Hrsg.)

Nationalstaat und Ethnizität

Die gegenwärtige Ethnisierung des Politischen ist eine Herausforderung an die Politik, aber auch an die sozialwissenschaftliche Analyse. Der Sammelband präsentiert unterschiedliche Sichtweisen und Fallstudien aus Indien, Afrika, Lateinamerika und Mitteleuropa; der Umgang mit Ethnizität und ethnischem Nationalismus im neu vereinigten Deutschland wird in besonderer Weise berücksichtigt. Es entsteht ein umfassender Überblick, der eine differenzierte Einführung in eines der drängendsten Problemfelder der Weltpolitik bietet und innovative Anstöße zur aktuellen Diskussion liefert.

Umbrüche der Moderne - Arbeit-Staat-Kultur, Band 5
1994, 240 S., ISBN 3-88939-364-0

IKO - Verlag für Interkulturelle Kommunikation
Postfach 900 421
D-60344 Frankfurt

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an!

Die Herausgeber:

Reinhard Köhler: apl. Professor am Institut für Soziologie der Universität Münster, Redaktionsmitglied der Peripherie, im Vorstand der Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA), Bonn, zahlreiche Publikationen zu Entwicklungssoziologie und Entwicklungstheorie, zum Südlichen Afrika, zu Ost- und zur politischen Soziologie.
Tilman Schiel: Privatdozent an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld, z.Z. Professor für Entwicklungssoziologie an der Universität Bayreuth, Redaktionsmitglied der Peripherie; zahlreiche Publikationen zu Entwicklungssoziologie, Entwicklungstheorie, politischer Ethnologie und Sozialanthropologie sowie zu Südostasien.

Umlinien der Moderne - Arbeit-Staat-Kultur: Herausgegeben von Reinhard Köhler/Tilman Schiel

Bisher erschienen:

Band 1
Marcelo Gomes
Die bittere Gefangenschaft des Zuckers
Zur Organisation des wirtschaftlichen Lebens der Landarbeiter und Kleinproduzenten und ihrer politischen Vertretung im Nordosten Brasiliens
1992, 230 S. ISBN 3-88939-360-8

In Vorbereitung:
Titel 2
Reinhard Köhler/Tilman Schiel
Auf dem Weg zu einer kritischen Theorie der Modernisierung
ca. 300 S. ISBN 3-88939-361-6
erschient Frühjahr 1995

Band 3
Hildegard Scheu
Entwicklungsziel: Frauenmacht!
Frauenarbeit und Frauenorganisationen in Indien
310 S. ISBN 3-88939-362-4
erschient Frühjahr 1995

Aus dem Inhalt:

Vorwort der Herausgeber
Reinhard Köhler/Tilman Schiel
Nationalstaaten und Grundlagen ethnischer Identität
Eckard Dittich/Arnold Lenz
Die Fabrikation von Ethnizität
Christian Sigrist
Ethnizität als Selbstorganisation
Elisabeth Rohr
Ethnizität und kulturelle Symbolbeiträge
Shalini Randeria
Hindu-Nationalismus:
Aspekte eines Mehrheits-Ethnizismus
Ulrich Schiefer
Geister und Gewehre -
Ethnen, Macht und Staat in Guinea Bissau
Reinhard Köhler
Ethnizität und Selbstbestimmung:
Zum Beispiel Südafrika
Ivo Bayer/Nauscha Bayer
Der Zerfall der CSFR
Ursula Apitzsch
Migration und Ethnizität
Michael Bommes
Migration und Ethnizität im nationalen Sozialraum
Thomas Blanck/Peter Schmidt
Ethnizität, Nationalstolz und nationale Identifikation in Ost- und Westdeutschland
Zu den Autorinnen und Autoren

Band 4
Bärbel Braun
Nationalstaat als politische Fiktion und als Realität
Antikoloniale Nationalbewegung, koloniale und postkoloniale Staatensformationen in Indonesien
ca. 260 S. ISBN 3-88939-363-2
erschient Frühjahr 1995

**ISSA - Wissenschaftliche Reihe
der Informationsstelle Südliches Afrika:
Herausgegeben von Reinhard Köhler/Hildegard Scheu**
Band 22
Marina Durr
Bildungspolitik in Zimbabwe 1899 - 1990
Von "Industrial Training" zu "Education with Production":
Erfahrungen mit einem praxisorientierten Bildungskonzept
1993, 252 S. ISBN 3-88939-085-4

Band 23
Helke Becker
From Anti-colonial Resistance to Reconstruction
Nambian Women's Movement 1980 to 1992
ca. 350 S. ISBN 3-88939-086-2
erschient Frühjahr 1995

**Preisänderungen und Irrtümer vorbehalten.
Im Rahmen unserer wasserempfindlichen Rollen bieten wir Autorinnen
der Möglichkeit, ihre Arbeiten zu verfügbaren
Büchern für Sie unter Informationsmaterial an.
Hiermit bestelle ich aus dem IKO - Verlag für Inter-
kulturelle Kommunikation die unten angegebenen Titel.
Der Versand ist kostenfrei!**

Ex. Titel/ISBN Preis

(Datum) (Unterschrift)

Adresse (bitte in Druckschrift):

**“Systemtheoretische Ansätze
in der Geisteswissenschaft”**

Mit besonderer Berücksichtigung von
Johann Wolfgang v. Goethe und Rudolf Steiner

Der systemtheoretische Ansatz in der Wissenschaft impliziert einen veränderten Blick auf die gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklungen. Anknüpfend an die Relativitätstheorie und Quantenmechanik, die mit einer neuen Sicht von der Welt begonnen haben, betrachtet die Systemtheorie das Universum als ungeteiltes Ganzes, in das Beobachter und Instrument gleichermaßen eingeschlossen sind. Darin liegt die Verbindung zur naturwissenschaftlichen Vorgehensweise Johann Wolfgang von Goethes. Die Studie setzt sich mit den systemtheoretischen Ansätzen in der Methodik Goethes und der daraus entwickelten Erkenntnistheorie Rudolf Steiners auseinander und stellt dabei insbesondere die Frage, inwieweit hier Ideenkonzepte entwickelt sind, die zu Lösungen für die derzeit immer dringlicher werdenden gesellschaftlichen Probleme beitragen können.

1993, 75 S. ISBN 3-88939-273-3

IKO - Verlag für Interkulturelle Kommunikation
Postfach 90 09 65
D - 60449 Frankfurt

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an!

Die Autorin:

Christa Weber, Dr. phil., Lehrerin; Studium der Kunstgeschichte, Kunstpädagogik und Pädagogik. Derzeit verschiedene Lehrtätigkeiten in Frankfurt am Main: im Schuldienst mit Schwerpunkt "Deutsch als Fremdsprache", im Hochschuldienst mit Lehrveranstaltungen in Kunstpädagogik sowie im Rahmen der Erwachsenenbildung in der Vermittlung künstlerischer Theorie und Praxis.

**Aus dem IKO - Verlag
für Interkulturelle Kommunikation:**

- Christa Weber
Vom "erweiterten Kunstbegriff" zum
"erweiterten Pädagogikbegriff"
Versuch einer Standortbestimmung von Joseph Beuys
IKO-Wissenschaft und Forschung, Band 15
1991, 181 S. ISBN 3-88939-215-6
- TheorieWerkstatt Frankfurt (Hrsg.)
Physikalisation des Lebens
Interpretationen und Quellen zur wissenschaftskritischen
Rekonstruktion des "Lebens"-Begriffs
1992, 254 S. ISBN 3-88939-420-5
- Institut für sozial-ökologische Forschung
Egon Becker (Hrsg.)
Jahrbuch 2 für sozial-ökologische Forschung 1991/92
1992, 180 S. ISBN 3-88939-252-0
- Thomas Jahn
Krise als gesellschaftliche Erfahrungsform
Umriss eines sozialökologischen Krisenkonzepts
1991, 136 S. ISBN 3-88939-251-2
- Michael Weingarten
Evolutionäre Erkenntnistheorie und neue Weltbilder
Arbeitspapier des Instituts für sozial-ökologische
Forschung Nr. 33
2. Aufl. 1990, 86 S. ISBN 3-88939-333-0
- Egon Becker
Systemdenken in der wissenschaftlichen Ökologie und in
der politischen Ökologiebewegung
Arbeitspapier des Instituts für sozial-ökologische
Forschung Nr. 7
2. Aufl. 1990, 76 S. ISBN 3-88939-307-1

Aus dem Inhalt:

- Veränderung der Wissenschaften
Einleitung
Die theoretischen Grundlagen des systemischen Denkens
Grundzüge der Systemtheorie
- Johann Wolfgang v. Goethe
Goethe als Wissenschaftler
Goethes Farbenlehre
- Rudolf Steiner
Steiners Lebensweg
Steiners Erkenntnistheorie
Anthroposophie
Soziale Dreigliederung
Konsequenzen?
- Zusammenhänge
Neue Begrifflichkeit
Goethe und die moderne Physik
Erweiterter Wissenschaftsbegriff
Folgerungen
- Nachwort
- Literatur

- Walter Sülberg (Hrsg.)
"Fortschrittstechnologien" und ihre Auswirkungen auf
Erziehung und Identitätsbildung
Jahrbuch "Pädagogik : Dritte Welt" 1984
1985, 200 S. ISBN 3-88939-126-5
- Egon Becker (Hrsg.)
Umwelt und Entwicklung
Jahrbuch "Pädagogik : Dritte Welt" 1989/90
1992, 362 S. ISBN 3-88939-173-7
- Johannes Hoffmann (Hrsg.)
Ethische Vernunft und technische Rationalität
Interdisziplinäre Studien
Ethik-Gesellschaft-Wirtschaft, Band 1
1992, 294 S. ISBN 3-88939-245-8

Preisänderungen und Irrtümer vorbehalten.

Im Rahmen unserer wissenschaftlichen Reihen bieten wir AutorInnen
die Möglichkeit, ihre Arbeiten zu veröffentlichen.
Bitte fordern Sie unser Informationsmaterial an.

Hiermit bestelle ich aus dem IKO - Verlag für Interkulturelle
Kommunikation die unten angegebenen Titel.
Der Versand ist kostenfrei!

Ex.	Titel / ISBN	Preis
(Datum)	(Unterschrift)	
Adresse (bitte in Druckschrift):		

Rassismus

Über die Genese einer
europäischen Bewußtseinsform

Aufklärung über rassistisches Fühlen, Denken
und Handeln beginnt als Selbstaufklärung über die
Hintergründe der eigenen politischen Identität.

Die vorliegenden Studien legen offen, daß der
Rassismus seine Wurzeln tief in der europäischen
Geschichte hat und ein konstitutives Element euro-
päischen Denkens ist. Sie spannen einen geschicht-
lichen Bogen von der Ausbreitung des Christen-
tums in der Antike zur Zerstörung der islamisch -
maurischen Kultur durch die christlich - kastili-
schen Ritter im mittelalterlichen Spanien und von
dort über den Humanismus, die Reformation in
Deutschland, über die europäische Aufklärung bis
zur Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie
des 19. und 20. Jahrhunderts.

1994, 220 S. ISBN 3-88939-118-4

IKO - Verlag für Interkulturelle Kommunikation
Postfach 900 965
D - 60449 Frankfurt

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an!

Der Autor:

Manfred Kappeler, geb. 1940, Dr. phil., Professor für Er-
ziehungswissenschaften / Sozialpädagogik, Direktor des
Instituts für Sozialpädagogik an der Technischen Uni-
versität Berlin

Vom gleichen Autor ist erschienen:

Manfred Kappeler
Drogen und Kolonialismus
Zur Ideologiegeschichte des Drogenkonsums
Kritische und selbstkritische Forschungsberichte zur
Dritten Welt,
Band 3
1990, 400 S. ISBN 3-88939-102-8

Aus unserem Verlagsprogramm:

Thomas Fillitz, Andre Gingrich,
Gabriele Rasuly-Palaczek (Hrsg.)
Kultur, Identität und Macht
ethnologische Beiträge zu einem Dialog
der Kulturen der Welt
1993, 330 S. ISBN 3-88939-030-7

Kum'a Nduembe III
Was wollte Hitler in Afrika?
NS-Planungen für eine faschistische
Neugestaltung Afrikas
Kritische und selbstkritische Forschungsberichte
zur Dritten Welt, Band 7
1993, 300 S. ISBN 3-88939-104-4

Amt für multikulturelle Angelegenheiten
der Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.)
Begegnen - Verstehen - Handeln
Handbuch für Interkulturelles Kommunikationstraining
1993, 200 S. ISBN 3-88939-292-X

Aus dem Inhalt:

Über die Genese einer Bewußtseinsform

- Vom edlen Blut, von Urvätern, Theologen, Philo-
sophen und Naturwissenschaftlern
- Blutvergiftung
- Der Kult um den Stammbaum oder: Genealogie
als praktischer Abstammungswahn
- Der große Blonde mit den blauen Augen: Ideal-
bild des Herrenmenschen mit der nordischen
Rassenseele
- Hier stehe ich, ich kann nicht anders! - Der Bei-
trag Martin Luthers zur Entwicklung des Rassis-
mus in Deutschland
- Das Objekt des Rassismus: Die jüdischen Ge-
meinden in Deutschland

Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit

Die Problematik der Menschenrechte und ihre gleichzei-
tige rassistische Negation durch die Philosophen der
Aufklärung

Wie Robinson war, soll Emile werden

Über Aufklärung, Rassismus und Erziehung

**Die Deutsche Arbeiterbewegung
und der Kolonialismus**

- Von der Berliner Konferenz zum Ersten Welt-
krieg: Das Scheitern des proletarischen Interna-
tionalismus
- Rosa Luxemburg - Das verdrängte Gewissen der
Partei der Arbeiterklasse
- Die deutsche Sozialdemokratie in der Marokko-
Krise
- Rassismus und Kolonialismus führen zum Krieg:
Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Ent-
scheidung zum Ersten Weltkrieg

**Kleff/Broszinsky-Schwabe/Albert/Marburger/Karsten
BRD - DDR**

Alte und neue Rassismen im Zuge der deutsch-deut-
schen Einigung
Werkstatt-Berichte der Interkulturellen Forschungs- und
Arbeitsstelle am Fachbereich Erziehungswissenschaften
der Technischen Universität Berlin, Band 1
1990, 90 S. ISBN 3-88939-013-7

Renate Nestvogel (Hrsg.)
Interkulturelles Lernen oder verdeckte Dominanz?
Hinterfragung "unserer" Verhältnisse
zur 'Dritten Welt'
1991, 220 S. ISBN 3-88939-045-5

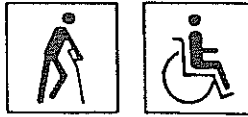
Rainer Brähler / Peter Dudek (Hrsg.)
Fremde - Heimat
Neuer Nationalismus versus interkulturelles Lernen -
Probleme politischer Bildungsarbeit
1992, 228 S. ISBN 3-88939-169-0

Preisänderungen und Irrtümer vorbehalten.

Im Rahmen unserer wissenschaftlichen Reihen bieten wir AutorInnen
die Möglichkeit, ihre Arbeiten zu veröffentlichen.
Bitte fordern Sie unser Informationsmaterial an.

Hiermit bestelle ich aus dem IKO - Verlag für Inter-
kulturelle Kommunikation die unten angegebenen Titel.
Der Versand ist kostenfrei!

Ex.	Titel/ISBN	Preis
(Datum)	(Unterschrift)	
Adresse (bitte in Druckschrift):		



Baut behindertengerecht!

Leitung der Arbeitsgemeinschaft:
Interdisziplinäre Behindertenforschung
und Integrationspädagogik - IBI

Universitätsstraße 65-67, A-9022 Klagenfurt
Tel: 0463/2700-553 od. 523 / 563, Fax: 0463/2700-562
Mail-Adresse: Hans.Hovorka@uni-klu.ac.at

INTEGRATIONSPÄDAGOGIK



Klagenfurt/Wien, im Februar 1995

Neuer Fachschwerpunkt:

INTEGRATIONSPÄDAGOGIK
AN DER UNIVERSITÄT KLagenfurt

Die Integration behinderter Menschen ist eine große gesellschaftliche Aufgabe. Die Universität Klagenfurt stellt sich ihr mit der Einrichtung eines neuen Fachschwerpunktes, der auch SchülerInnen mit besonderen Bedürfnissen sowie deren Angehörigen, LehrerInnen, Schulleitungen und Schulbehörden zugute kommen soll. Neu an der Universität Klagenfurt ist, daß sie den Studierenden die Möglichkeit bietet, im Rahmen des Pädagogikstudiums den Schwerpunkt "Pädagogik und Integration" zu wählen. Professor Dr. Hans Hovorka hat mit seinen integrationsorientierten Konzept für Sonderpädagogische Zentren österreichweite Maßstäbe gesetzt.

Rechtzeitig vor Schulbeginn konnte im Sommer 1994 am Institut für Schulpädagogik und Sozialpädagogik der Universität Klagenfurt ein Forschungsprojekt zur schulischen Integration behinderter Kinder erfolgreich abgeschlossen werden. Univ. Prof. Dr. Hans Hovorka, der seit Ende 1993 bemüht ist, den lange verwäist gewesenen Bereich der Sonder- und Heilpädagogik zu einer umweltorientierten Integrationspädagogik aufzubauen, kann nun seine Forschungsergebnisse dem professionellen Aufbau regionaler "Sonderpädagogischer Zentren (SPZ)" zugute kommen lassen.



Vielfalt statt Einfalt

Bekanntlich sieht die mit der 15. Schulorganisationsgesetz-Novelle 1993 festgeschriebene Neuordnung der sonderpädagogischen Förderung in Österreich neben dem „Elternrecht“ auf Integration behinderter Kinder in allgemeinen Schulen auch die regionale Einrichtung „Sonderpädagogischer Zentren“ vor. Diese „Zentren sind Sonderschulen, die die Aufgabe haben, durch Bereitstellung und Koordination sonderpädagogischer Maßnahmen in anderen Schularten dazu beizutragen, daß behinderte Kinder in bestmöglicher Weise auch in allgemeinen Schulen unterrichtet werden können“ (15. SchOG-Novelle 1993, § 27 a). Mit dem Ziel, die Ghettoisierung behinderter Kinder langsam zu überwinden. Anstatt eine Pädagogik der Aussonderung weiterzubetreiben, sieht der Integrationspädagoge die Notwendigkeit, eine Pädagogik der Vielfalt zu installieren, um damit einen Grundstein zum gleichberechtigten Zusammenleben Behinderter und der sogenannten "Normalen" zu erreichen.

Pädagogik der Nichtaussonderung

Unterstützt durch den Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank war es Professor Hovorka gemeinsam mit seinen wissenschaftlichen MitarbeiterInnen Gabriele Gerhardter und Ursula Filipic seit Anfang 1993 fast einhalb Jahre lang möglich, Aufbau, Betrieb und die wechselvollen Erfahrungen mit SPZ insbesondere in Österreich zu untersuchen. Dabei wurde auch auf die länder- und regionenspezifischen Unterschiede bei der Einrichtung und organisatorischen Handhabung der SPZ eingegangen. Schon im Jahre 1992 hatte Prof. Hovorka im Zuge seiner Studie „Schulische Integration und soziales Umfeld“ ein Kontaktnetz aller beteiligten Personen und Institutionen aufbauen können, das nun engermaschiger gestaltet und schulübergreifend erweitert werden soll.

Der Grundtenor des intensiven Dialogs zum integrativen Auftrag von Sonderpädagogischen Zentren, bestätigt die der Untersuchung zugrunde gelegte Annahme, daß schulische Integration nur ein Segment von sozialer Integration darstellt. Zur vollen gesellschaftlichen Teilhabe behinderter Menschen stellt die (sonder-) schulpädagogische Förderung zwar eine wichtige Voraussetzung dar. Sie muß jedoch stärker als bisher sozial orientiert auf die vorschulischen und auf die nachschulischen Lebensphasen ausgeweitet werden.

Integration ist unteilbar

Immerhin bekennt sich auch die österreichische Bundesregierung in den Zielsetzungen ihres Anfang 1993 vorgestellten Behindertenkonzeptes eindeutig zu einem gesamtheitlichen Prinzip der Integration behinderter Menschen, das alle Lebensbereiche umfaßt. Damit unterstreicht sie den we-



INTEGRATIONSPÄDAGOGIK

sentlichsten integrationspädagogischen Grundsatz: „Integration ist unteilbar!“ Denn Ziel der Behindertenintegration ist es, die Sonder- und Heilpädagogik nicht mehr isoliert in Spezialeinrichtungen anzubieten, sondern auch die jeweilige Lebenswelt des Behinderten miteinzubeziehen.

„Elternrecht auf Integration“

Prof. Hovorka beabsichtigt, seinen universitären Arbeitsbereich „Integrationspädagogik und Soziales Umfeld“ noch weiter den Praxisbedürfnissen zu öffnen. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die Durchsetzung des „Elternrechts“ auf wohnortnahe schulische Integration sowie auf die Aus- und Weiterbildung von IntegrationspädagogInnen gelegt werden.

In Forschung und Lehre werden von ihm aber auch Probleme in der vor- und nachschulischen Lebensphase behinderter Menschen bearbeitet, „weil vor allem die erfolgreiche berufliche Eingliederung in Hinkunft immer schwieriger zu bewerkstelligen sein wird“, warnt der Integrationsexperte. In seinen Bemühungen wird er seit kurzem von drei jungen Kärntner MitarbeiterInnen unterstützt, „mit denen ein engagiertes Integrationsteam gebildet werden konnte“, freut sich Hovorka.

Nach mehreren Praxisjahren ist Frau Mag. Marion Sigot seit Anfang Februar 1995 als Universitätsassistentin an den Ort ihres Pädagogikstudiums zurückgekehrt. Das wissenschaftliche und administrative Sekretariat wird durch den querschnittgelähmten Völkermarkter Ernst Kocnik (Behindertenarbeitsplatz) gemeinsam mit der Klagenfurterin Eveline Kaplenig betreut, die auch Pädagogik im zweiten Studienabschnitt studiert. Um „die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung jeder Art und jeden Alters“ besser unterstützen zu können, hat Prof. Hovorka die Grün-

dung der Arbeitsgemeinschaft des Universitätssenats „Interdisziplinäre Behindertenforschung und Integrationspädagogik - IBI“ mitinitiiert und auch deren Leitung übernommen. Diese fachübergreifende Arbeitsplattform soll mithelfen, die behindertenspezifische Schwerpunktsetzung der Universität Klagenfurt zu vertiefen und praxisnahe zu gestalten.

Hinweise zum Forschungsprojekt:

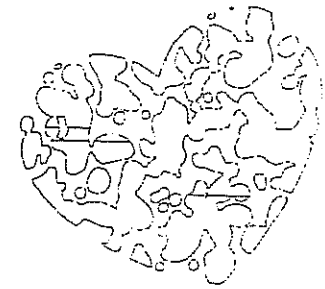
Hovorka, H. (Hg.): Sonderpädagogische Zentren als Kooperationsbeispiele netzwerkorientierter Gemeinwesenarbeit. Forschungsprojekt gefördert vom Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank (Projektnummer: 4527) Jänner 1993 bis Juni 1994. Der dreibändige Forschungsbericht umfaßt 550 Seiten (Berichtband A. Umfeldorientierter Analyseraster B. Kurzfassung) und kann gegen Kostenersatz bestellt werden.

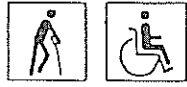
Bestelladresse: Univ.-Prof. Dr. Hans Hovorka
Institut für Schulpädagogik und Sozialpädagogik
der Universität Klagenfurt
Universitätsstraße 65-67
A-9022 Klagenfurt

Kontakt: "IBI" - Institut für Schul- und Sozialpädagogik, Universität Klagenfurt, Univ.-Prof. Mag. Dr. Hans Hovorka, Universitätsstraße 65-67, 9022 Klagenfurt.

Univ.-Prof. Mag. Dr. Hans Hovorka

geb. 1946 in Wien, Univ.-Prof. für Sonder- und Heilpädagogik am Institut für Schul- und Sozialpädagogik der Universität Klagenfurt (Schwerpunkt: Integrationspädagogik und Soziales Umfeld), Leiter der universitären Arbeitsgemeinschaft "Interdisziplinäre Behindertenforschung und Integrationspädagogik - IBI" Ausbildung als Industriedesigner an der Hochschule für Angewandte Kunst und als Soziologe/Pädagoge an der Universität Wien, Habilitation an der TU Berlin und 1992 an der Universität Graz in Erziehungswissenschaften/Sozialpädagogik. Mitbegründer des Wiener Instituts für Soziales Design (1975) und seit über 20 Jahren intensiv mit integrations- und umfeldbezogenen Forschungs- und Lehraufgaben befaßt. Zahlreiche einschlägige Publikationen und Projektarbeiten. Zuletzt abgeschlossenes Forschungsprojekt: Sonderpädagogische Zentren als Kooperationsbeispiele netzwerkorientierter Gemeinwesenarbeit, Wien/Klagenfurt 1994





Baut behindertengerecht!

Leitung der Arbeitsgemeinschaft: Interdisziplinäre Behindertenforschung und Integrationspädagogik - IBI
Universitätsstraße 65-67, A-9022 Klagenfurt
Tel: 0463/2700-553 od. 523/563, Fax: 0463/2700-562
Mail-Adresse: Hans.Hovorka@uni-klu.ac.at

STANDPUNKT. Jugendwohlfahrt im Hinblick auf die Öffnung bzw. Einigung Europas. Graz, 6. April 1995

Hans Hovorka: SOZIALPLANUNG IN DER JUGENDWOHLFAHRT

Sozialarbeit/Sozialpädagogik ist professionelles Handeln zur Unterstützung von Menschen in sozialen Notlagen mit den Mitteln der sozialarbeiterischen Methodik. Sozialarbeiterisches Ziel ist, den Alltag für ihr Klientel bewältigbar zu machen.

Nach dem reform- und sozialfreundlichen Klima der 70er Jahre sieht Sozialarbeit/Sozialpädagogik heute zunehmend vor dem Dilemma "Integration versus Armutsverwaltung" und wird mit Phänomenen der neuen Armut, der Dauer- und Masserbeitslosigkeit, mit ansteigender Drogenabhängigkeit sowie mit Krankheit und Behinderung konfrontiert.

Bestehende soziale Leistungssysteme zeigen hinsichtlich: Reichweite und Qualitätsniveau eine Abwärtsentwicklung, die insgesamt auf eine Deregulierung und Flexibilisierung sozial- und bildungspolitischer Standards abzielt.

Auch in der Jugendwohlfahrt lassen sich Tendenzen zu: kostengünstigen "Auslagerung" des besonders unattraktiven Klientels in den privaten Anbietermarkt erkennen.

Denn mit dem im Entstehungsvorfeld nicht unumstrittenen Gesetzeswerk wurde immerhin das Jugendwohlfahrtsrecht an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse und an gravierende familienrechtliche Änderungen der letzten Jahre angepaßt.

Während beispielsweise in Niederösterreich alle im JWG-Bereich tätigen privaten Einrichtungen vom öffentlichen Träger anerkannt sein müssen, wird in der Steiermark deren Heranziehung ausdrücklich für den jeweiligen Einzelfall verstanden.

Der komplexe und einer fachlich adäquaten Entwicklung der Jugendwohlfahrt oft hinderliche Aufbau der behördlichen JW macht eine bereichs- und ressortübergreifende Jugendwohlfahrtsplanung notwendig.

örtlicher sozialer Netze, die verstärkte Einbindung von lokal akzeptierten freien Trägern sowie den Auf- und Ausbau situationsgerechter prophylaktischer Angebote und legen die verbindliche Einbeziehung von qualifizierten SozialarbeiterInnen in den Bezirksjugendämtern sowie in den freien Trägern in die laufenden Planungsvorhaben zwingend nahe.

Eine von den Gemeinden betriebene vorausschauende Jugendwohlfahrtsplanung muß immer auch als Teil einer gesellschaftsbezogenen umfassenden Sozialplanung und als Prozeß verstanden werden, dessen Zweck es insbesondere ist, die Lebensqualität der Mehrheit der Bevölkerung zu verbessern.

Nicht nur für die Jugendwohlfahrt sind deshalb sowohl theoretisch als auch praktisch Neuansätze von Sozialplanung zu entwickeln, die an den Bedürfnissen der planungsbetroffenen Jugendlichen und ihrem sozialräumlichen Umfeld anknüpfen und sozialplanerische Prävention bzw. vorausschauende "Reparatur" als gemeinsamen Lernprozeß zur Mitbestimmung der Planungsbetroffenen und -beteiligten als leitendes Handlungsprinzip respektieren.

Auch in der Theoriediskussion sozialer Jugendarbeit werden daher in den letzten Jahren zunehmend lebenswelt- und alltagsorientierte Handlungskonzepte thematisiert, die in Rückbesinnung bzw. Weiterentwicklung des Methodeninstrumentariums der Gemeinwesenarbeit, ein sozialraumbezogenes Stadtteilmanagement akzentuieren.

Es verwunden deshalb nicht, wenn auch in der praktischen Jugendarbeit öffentlicher und privater Trägerorganisationen Themen der Sozialökologie und Netzwerkförderung, der Marktorientierung, des Sozialmanagements, des Case- und Unterstützungsmanagements, der Organisationsentwicklung und Sozialplanung vermehrt angesprochen werden.

Wird anerkannt, daß sich Sozialplanung in der öffentlichen und privaten Jugendwohlfahrt bedarfsgerecht immer nur an konkreten Orten und sozialen Umfeldern entwickeln kann, wird klar, daß die Sicherstellung sozialer Dienstleistungen insbesondere über innovative Projektzusammenhänge nur dann gewährleistet ist, wenn sich "Marktorientierung" über die genauen Kenntnisse des Arbeitsumfeldes und der jeweiligen institutionellen Stärken und Schwächen definiert.

Wir sprechen in diesem Zusammenhang heute von einer stärkeren "Sozialpolitisierung" von Sozialarbeit/Sozialpädagogik bzw. von einer stadtteil- und gemeinwesenorientierten "Einmischungsstrategie", mit der die wohnortnahe Versorgung junger Menschen mit sozialen Unterstützungssystemen erreicht bzw. abgesichert werden sollte.

(1) vgl. dazu: Scheipl, J./Enzenhofer, R./Haider, B./Streicher, H.: Die gehobene Bedeutung der freien Träger im Jugendwohlfahrtsgesetz 1989. In: BMUJF (Hg.): Zweiter Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Wien 1993, S. 349-364

Hans Hovorka Klagenfurt/Wien, April 1995

Privat: Czerningasse 12/14, A-1030 Wien, Tel.: (0223) 216-76-09
Bankverbindung: Z-Länderbank Bank Austria AG
BIC: 20151, BIC-Nr.: 197261302

Textbook Information

Managing Cities The New Urban Context

Edited by PATSY HEALEY, STUART CAMERON, SIMIN DAVOUDI, STEPHEN GRAHAM and ALI MADINI-POUR
Centre for Research in European Urban Environments, Department of Town and Country Planning, University of Newcastle upon Tyne, UK

Policy makers and researchers are increasingly concerned with the quality of urban areas, their local economies and their difficult social conditions, yet they often encounter major problems in understanding the nature of the economic, social and political changes that affect cities.

CONTENTS: Please see overleaf..

0471949221 332pp March 1995
0471955337 332pp March 1995

This book is available to bona fide lecturers for inspection. Please see the order form below for further details.

Managing Cities The New Urban Context

CONTENTS:

- Introduction: The City - Crisis, Change and Invention
Part I: Reading the City • Prolegomena to a Postmodern Urbanism • Collective Emotion and Urban Culture • A Civilised Retreat? Anti-Urbanism, Rurality and the Making of an Anglo-Centric Culture
Part II: The City Economy • Globalisation, Institutional "Thickness" and the Local Economy • Creating Discourses Rather Than Jobs: the Crisis in the Cities and the Transition Fantasies of Intellectuals and Policy Makers • Urban Redevelopment and Public Policy in London and New York
Part IV: Infrastructure, Technology and Power • Information Systems and Territorial Administration: a New Power Struggle, or Multi-Actor Rational Organisation • More than Ducts and Wires: Post-Fordism, Cities and Utility Networks
Part V: Households Coping With Change • Social and Employment Change in the Urban Arena • Household Responses to Urban Change: the Clash between Incentives and Values
Part VI: Dilemmas of Urban Governance • Urban Governance in the Post-Fordist City • Discourses of Integration: Making Frameworks for a Democratic Urban Planning • Challenges for Urban Management

ORDER FORM

Please send me ___ copies of:
[] HEALEY: Managing ci 0471949221
[] HEALEY: Managing pr 047155337
[] I am a teacher/lecturer and wish to consider the above book for course use. Please send me the book on an INSPECTION basis.
[] I enclose a cheque/bank draft for _____ in UK,
[] Please charge my credit card account:
[] Mastercard [] American Express
[] Visa [] Diners Club [] JCB
Card No. _____ Expiry Date: _____

Please send an invoice (postage will be added) Telephone our Customer Service Dept with your cash or credit card order on 01243 829121 or dial FREE on 0800 243407 (UK only)
[] If you do not wish to receive mailings from other companies, please tick this box or notify the Marketing Services Department at John Wiley & Sons Ltd.

We will refund your payment without question if you return any unwanted book to us in re-salable condition within 30 days. Your order will be despatched promptly but please allow 21 days for delivery. All prices correct at time of going to press but subject to change.
Return to: Rachel Green by fax: 01243 770225 or by post: John Wiley & Sons Ltd, Baffins Lane, Chichester, West Sussex, PO19 1UD, UK

Special 10% discount offer for EASOP members

Urban Design: Ornament and Decoration

Professor J C Moughtin, Emeritus Professor of Planning, University of Nottingham
Dr T Oe, Director, Institute of Planning Studies, University of Nottingham
S A Tiesdell

Published as a companion volume to *Urban Design: Street and Square*, this new book focuses on decorating the city; how ornament has been used to bring delight to the urban scene.

The authors show how the pattern and distribution of street and square and other major elements in the city can be enhanced by the judicious use of decorative surface treatment and by the careful placing of hard and soft landscape features. Case studies of city decoration are outlined to bring together the ideas discussed and to show how ornament and decoration can be used to emphasise the five components of city form: the path, the node, the edge, the landmark and the district.

CONTENTS: Theory and philosophy of ornament and decoration; The facade; The corner, Skyline and roofscape; The city floor; Landmarks, sculpture and furniture; Colour in the city; The city of today and tomorrow: ornament and decoration; Bibliography; Index.

May 1995, 224pp, 210 x 210mm, 202 b&w tone, 24 line, 18 colour, HARDBACK, 0 7506 0792 0

Also of Interest

URBAN DESIGN: Street and Square

Professor J C Moughtin, Emeritus Professor of Planning, University of Nottingham

'This book offers a detailed analysis of urban design, covering the streets, squares and buildings that make up the public face of towns and cities. It includes the arrangement, design and details of these elements and the roles they play in city planning. Superb examples of streets and squares are examined in their historical context.'

URBAN DESIGN QUARTERLY

CONTENTS: Urban design and people; Basic design concepts; Towns and buildings; The Square of Plaza; Streets; Case studies in urban design.

1992, 224pp, 220 x 220mm, HARDBACK, 0 7506 0416 6



Linacre House,
Jordan Hill,
Oxford OX2 8DP,
Tel: (0865) 310366
Telex: 03111 BHPOXF G
Fax: (0865) 310698

NEW BOOK

Order Form

Books may be ordered from your usual bookseller, or in case of difficulty from: Claire Johnson, Butterworth-Heinemann, Linacre House, Jordan Hill, Oxford OX2 8DP, UK. Orders can be placed direct by telephoning our Customer Services Department on (01933) 414000. Guarantee: If you are not completely satisfied, books may be returned within 30 days with the invoice for a full refund. Method of Payment: Overseas customers: please pay by credit card or by cheque drawn in sterling on a UK bank.

Please supply the following titles:

Qty	Title	ISBN	Price*
—	Urban Design: Ornament and Decoration	0 7506 0792 0	(inc. 10% discount)
—	Urban Design: Street and Square	0 7506 0416 6	(inc. 10% discount)

- Please add for UK and European surface post delivery
 Please add for air mail delivery

In Europe add VAT at local rate (for rates see below)
NB. ZERO RATE FOR UK AND EIRE

TOTAL: _____

Business Purchase: Please send me the books listed with an invoice. I will arrange for my company to pay the accompanying invoice within 30 days. I attach my business card/letterhead and have signed the form below.

Remittance enclosed £_____. Cheques should be made payable to **Reed Book Services Ltd.**

Please debit my credit card as follows:

Access/Mastercard Barclaycard/Visa American Express Diners Club

Credit Card No: _____ Expiry Date: _____

NAME (PLEASE PRINT): _____

JOB TITLE: _____

ORGANIZATION: _____

STREET: _____

TOWN: _____

COUNTRY: _____ POSTCODE: _____

COUNTRY: _____ TELEPHONE NUMBER: _____

SIGNATURE: _____ DATE: _____

VAT RATES FOR BOOKS
Belgium 6%, Denmark 25%, Eire 0%, France 5.5%, Germany 7%, Greece 4%, Italy 4%, Luxembourg 3%, Netherlands 6%, Portugal 5%, Spain 3%, UK 0%. FOR COMPANIES REGISTERED FOR VAT, PLEASE SUPPLY YOUR REGISTRATION NUMBER BELOW (customers outside the EC should leave this part blank). VAT NUMBER: _____

*Please arrange for me to be kept informed of other books, journals and information services on this and related subjects (*delete if not required). This information is being collected on behalf of Reed International Books Ltd and may be used to supply information about products produced by companies within the Reed International Books group.

Orders are normally despatched within 5 days of receipt of the order, however, if the book(s) are not available within 28 days your money will be refunded. Where books are not yet published, they will normally be despatched within 5 days of publication. All publication dates, prices and other details are correct at time of going to press but may be subject to change without further notice. Enquiries about late publication dates should be addressed to: Claire Johnson, Butterworth-Heinemann, Linacre House, Jordan Hill, Oxford, OX2 8DP, UK. Tel (01865) 310366. Fax (01865) 314519.

Butterworth-Heinemann Limited - Registered Office: Michelin House, 81 Fulham Road, London SW3 6RB. Registered in England: 194771. VAT number GB: 340 2429 92



Orders to: Reed Book Services Ltd, PO Box 5, Rushden, Northants, NN10 6YX
Tel: (0933) 58521 Fax: (0933) 50284 Telex: 312504

Butterworth-Heinemann Ltd, Registered in England No. 194771 Registered Office: Michelin House, 81 Fulham Road, London SW3 6RB

© Butterworth-Heinemann 1995



FOR EVERY BOOK PURCHASED WE DONATE ONE TREE TO THE NATIONAL TREE TRUST. CONTACT: NATIONAL TREE TRUST, 26 BRISTOL SQUARE, LONDON W1A 1DF

Housing in Sweden in an international perspective

Housing in Sweden in an international perspective

Table 3.4 Housing consumption in proportion to total private consumption

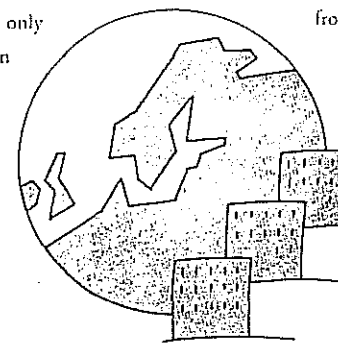
Country	Housing consumption in per cent of private consumption 1980	1985	1990
Belgium	16.7	16.9	14.8
Denmark	21.0	19.2	20.0
France	18.1	16.7	14.2
Germany	11.6	11.9	11.9
Italy	8.9	11.1	11.1
Japan	12.3	12.3	12.3
Latvia	20.6	20.6	20.6
Spain	15.1	15.1	15.1
Sweden	15.0	15.0	15.0
UK	13.4	13.4	13.4
USA	17.9	17.9	17.9
OECD average	16.3	16.3	16.3
EC total	16.3	16.3	16.3

Figure 2.4 Number of room units per dwelling in the 1980 housing stock as well as in new production 1980 and 1990.

CONTENTS
Introduction Purpose, choice of countries and methodology
Current European housing - some examples
The housing stock - age, quality and forms of tenures
Households and space standards
Housing expenditure
Housing and the national economy
Housing construction
Building costs
Housing construction in the near future
Housing subsidies and policy instruments
The volume of housing subsidies
Placing housing in Sweden in an international perspective

UNITED KINGDOM
Area: 244 800 sq km
Population: 23 million
GDP: £145 billion
Economic structure:
Agriculture: 3.1%
Industry: 38.0%
Services: 58.9%
Distribution of population:
Over 50% live in conurbation
Over 10% live in rural areas
Over 20% live in semi-rural areas

This study is of interest not only to those who want to learn about housing and housing policy in Sweden, but also to those interested in international comparisons in general. By adopting a thematic rather than a country-by-country approach this study sheds new light on housing policy and housing markets across Nordic, EU and OECD countries. In doing so, the study identifies methodological problems in making international comparisons and presents new analyses drawn



from OECD and UN statistics. A review of trends in housing stocks and construction, tenures and household standards is supplemented by overviews of housing expenditure, investments and policy instruments and a discussion of the structure and volume of housing subsidies and tax support. The report concludes by summarising similarities and differences across the countries studied to place Sweden in an international housing perspective.

157 pages | Illustrated in black
164 x 240 mm | ISBN: 917147 903-1



Box 534, S-371 23 Karlskrona, Sweden. Tel int: +46 455 53000, Fax int: +46 455 53100

The Swedish Board of Housing, Building and Planning is a national government agency in the field of housing and the environment. The Board's main responsibilities are the built environment and the management of natural resources, physical planning, building and housing.



Box 534, S-371 23 Karlskrona, Sweden. Tel int: +46 455 53000, Fax int: +46 455 53100

HOW TO ORDER
Please complete this form and return it to the address given below. You can also order on fax int: +46 455 81927.

Please send me copy(ies) of
Housing in Sweden in an international perspective.

Price: Excluding postage and packing

Name: _____
Institution: _____
Address: _____
Post code: _____
Country: _____
Tel int. (Exchange): _____
Fax: _____

SWEDISH BOARD OF HOUSING,
BUILDING AND PLANNING
Publikationsservice
Box 534
S-371 20 Karlskrona

EDITOR
Malcolm Criss

EDITORIAL MANAGER
Le-Johst

EDITORIAL BOARD
European Research Centre on Migration and Ethnic Relations (COMER), University of Utrecht, The Netherlands

BOOK REVIEW EDITOR
Steven Vertovec

EDITORIAL ADVISORY COMMITTEE AT THE UNIVERSITY OF UTRECHT
Professor Hans Adriaansens
Professor Frans Dieleman
Professor Godfried
Professor Han Entzinger
Professor Louk Hagendoorn
Robert Kloosterman
Michael Verkuylten
Lietke van Vucht-Tijssen

EDITORIAL BOARD
Professor Joaquín Arango, Universidad Complutense de Madrid, Spain
Professor Klaus J. Bade, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, Universität Osnabrück, Germany
Rainer Bauböck, Institut für Höhere Studien, Wien, Austria
W.R. Böning, Geneva, Switzerland
Professor Stephen Castles, Centre for Multicultural Studies, University of Wollongong, Australia
Professor Robin Cohen, Department of Sociology, University of Warwick, UK
Professor György Csepeli, Eötvös Loránd University, Budapest, Hungary
Professor Jürgen Friedrichs, Forschungsinstitut für Soziologie, Universität Köln, Germany
Yulian Konstantinov, Bulgarian Society for Regional and Local Studies, Sofia, Bulgaria
Professor Zigi Layton-Henry, Centre for Research in Ethnic Relations, University of Warwick, UK
Professor Guido Martinotti, Istituto Superiore di Sociologia, Università degli Studi di Milano
Professor Rainer Münz, Heilbronn Universität, Heilbronn, Germany
Professor Bhikhu Parekh, Department of Politics, University of Hull, UK

Professor Rinus Penninx, Institute for Migration and Ethnic Studies, University of Amsterdam, The Netherlands
Professor Thomas Pettigrew, University of California, Santa Cruz, USA
Professor Frank-Olaf Radtke, Universität Frankfurt, Germany
Dr Deo Ramprakash, Eurostat, Luxembourg
Professor Eugen Roasens, Centrum Sociale en Culturele Anthropologie, Katholieke Universiteit Leuven, Belgium
Professor Peter Rose, Department of Sociology, Smith College, Northampton, USA
Dr John Salt, Migration Research Unit, Department of Geography, University College London, UK
Professor Saskia Sassen, Graduate School of Architecture, Planning and Preservation, Columbia University, New York, USA
Professor Carl-Ulrik Schlerup, Department of Sociology, University of Umeå, Sweden
Professor Dominique Schnapper, Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris, France
Professor Krystyna Skarzynska, Institute of Psychology, Polish Academy of Science, Warsaw, Poland
Professor Carlota Solé, Departament de Sociologia, Universitat Autònoma de Barcelona, Spain
Dr Pierre-André Taguieff, CNRS and Institut d'Etudes Politiques de Paris, France
Professor Charles Westin, Centre for Research in International Migration and Ethnic Relations, University of Stockholm, Sweden
Professor Michel Wieviorka, Centre d'Analyse et d'Intervention Sociologiques, Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris, France
Professor Giovanna Zincone, Università di Torino, Italy
Professor Else Öyen, Department of Health and Social Policy Studies, University of Bergen, Norway
Dr Aleksandra Ålund, Department of Sociology, University of Umeå, Sweden

New Community

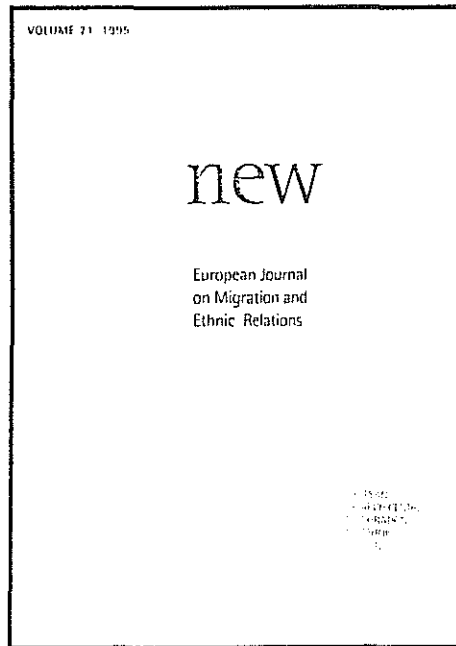
EUROPEAN JOURNAL ON MIGRATION AND ETHNIC RELATIONS

In 1995 *New Community* celebrates its 21st Volume with a major relaunch. For more than 20 years it has been the leading UK journal in the field of ethnic and racial studies and is now extending its coverage to include the rest of Europe.

New Community is set to become the leading European journal on migration and ethnic relations. It is committed to publishing the results of the finest research on all forms of migration, whether for work, family reunion or the search for asylum, and on issues of ethnic conflict, nationalism, discrimination, racism and policies of integration. *New Community* is especially interested in the results of comparative research from any branch of the social sciences (including law). The geographical focus is not confined to Europe, and the latter is defined to include the countries of Central and Eastern Europe.

New Community has a long standing interest in the development of informed policy debate and contributions are welcomed which seek to develop the implications of research for policy innovation, or which evaluate the results of previous initiatives. The journal is also interested in publishing the results of theoretical work.

New Community publishes two special issues and two general issues each year. In 1995 the special issues will include one on *British National Identity in a European Context* (guest editor Professor Bhikhu Parekh) and another on *Racial Violence and Political Extremism in Europe*. The journal includes expert reports on European migration and on international policy developments. It contains a section for academic debate and aims to provide the best reviews in the field of all newly published books.



SOME VIEWS ON THE JOURNAL...

"New Community is an essential resource for all who are interested in the scholarly study of international intergroup relations"

Professor Thomas Pettigrew, Department of Social Psychology, University of California, Santa Cruz, USA

"For anyone interested in the theory or practice of race relations both in Britain and in the west in general, New Community is indispensable. It is theoretically stimulating and rich in empirical material and contains both analytical and policy related articles. I cannot imagine a library without it"

Professor Bhikhu Parekh, Department of Politics, University of Hull, UK

"New Community has attracted wide interest in Continental Europe because of the scholarly contributions it contains, and because the JER is a fascinating laboratory for policies and studies which are about a generation ahead of other European countries"

Dr Roger Bohning, Unit, Migration and Employment Rights, ETH Zurich, Switzerland

"Under Malcolm Criss's editorship New Community has gained in authority and influence. It is now one of the leading journals in ethnic relations and migration in the world. Its enhanced European focus will make the journal even more attractive to libraries and documentation centres"

Professor Robin Cohen, Department of Sociology, University of Warwick, UK



NEW COMMUNITY
EUROPEAN JOURNAL ON MIGRATION AND ETHNIC RELATIONS

LIBRARY RECOMMENDATION FORM

Make sure your colleagues and students have access to *New Community* by recommending the journal to your departmental or college library:

TO THE LIBRARIAN

I recommend that we subscribe to *New Community*, Carfax Publishing Company
ISSN 0947-9386

Name:

Department:

Signature:

Date:

Full details on *New Community* are available from the Publisher

Carfax Publishing Company

Carfax Publishing Company
PO Box 25, Abingdon, Oxfordshire OX14 3UE, UK
875 St Massachusetts Avenue, Cambridge MA 02139, USA

Locked Bag 25, Deakin, Vic 3608, Australia
Tel: +44 (0) 1235 721134 (worldwide, 24 hours, 7 days/week) 1 800 354 1420 (USA and Canada)
Fax: +44 (0) 1235 533759 (UK)
+1 617 354 6875 (USA and Canada)
+61 (0) 6 282 3299 (Australia)

Standort München

Sozioökonomische und räumliche Strukturen der Neo-Industrialisierung

IMU Studien 20

Inhalt

2.4	Zur Spezifik der Münchner Wirtschaftsstruktur: Konglomerat oder Komplex?	103
2.4.1	Neue Muster regionaler Wirtschaft	104
2.4.2	Eher traditioneller Komplex um die Fahrzeugindustrie	107
2.4.3	Moderner Komplex um Luft- und Raumfahrtindustrie und Mikroelektronik.....	111
2.4.4	Meß- und Regeltechnik als »Scharnier« und Mikroelektronik als »Medium« der Wirtschaftskomplexe in München ..	120
2.4.5	Resümee.....	124
2.5	Die Infrastruktur-Ausstattung in der Region München	125
2.5.1	Zusammenhang von Infrastruktur und Strukturwandel in München seit dem Kriegsende.....	127
2.5.2	Flächenangebot für Unternehmen und Betriebe.....	129
2.5.3	Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen in der Region München.....	129
2.5.4	Kommunikations-Infrastruktur	131
2.5.5	Die »weichen« Standortfaktoren.....	135
2.5.6	Resümee.....	136
2.6	Zusammenfassende Charakterisierung des Wirtschaftsstrukturwandels	136
3	<i>Sozialstrukturwandel: Zusammenhänge von wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in der Entwicklung der Region München</i>	
3.1	Die Entwicklung der Bevölkerungszahl in der Region München.....	141
3.1.1	Untergeordnete Bedeutung der natürlichen Bevölkerungsbewegung für das Bevölkerungswachstum	144
3.1.2	Wanderungsgewinne als wesentlicher Faktor des Bevölkerungswachstums	145
3.2	Die Veränderung der sozialen Verhältnisse in der Region München.....	146
3.2.1	Zur Erwerbstätigkeit der Münchner Bevölkerung	146
3.2.1.1	Die Entwicklung der Erwerbsbereiligung in der Region München.....	146
3.2.1.2	Die Bevölkerung nach ihrer Stellung im Beruf.....	149
3.2.1.3	Teilzeitarbeit in der Region München	151
3.2.2	Soziale Merkmale der Münchner Bevölkerung	156
3.2.2.1	Bevölkerungsstruktur	157
3.2.2.2	Haushaltsstruktur	159
3.2.2.3	Einkommen, Wohnen und Armut	160
3.3	Innerregionale Veränderungen in der Bevölkerungs- und Sozialstruktur.....	164
3.3.1	Bevölkerungswachstum und Bevölkerungsdichte.....	165

1	<i>Warum München untersuchen? Und wie?</i>	
1.1	Veränderungen im Städtesystem.....	21
1.2	München als Typ eines »kombinierten Industrie- und Dienstleistungsstandorts« – in »postfordistischer« Ausprägung?	29
1.3	Fragen an München – als Standort-Typ	34
2	<i>Wirtschaftsdynamik und Wirtschaftsstruktur im Raum München</i>	
2.1	Ausgangslage nach dem zweiten Weltkrieg und Erklärungs- ansätze für den wirtschaftlichen Erfolg Münchens	39
2.2	Sektorale Wirtschaftsdynamik und Wirtschaftsstruktur in der Region München.....	45
2.2.1	Beschäftigungsentwicklung und Tertiärisierungsprozeß seit 1950	45
2.2.2	Wirtschaftliche Entwicklung und Strukturwandel seit 1970	49
2.2.2.1	Zur Struktur des Verarbeitenden Gewerbes	56
2.2.2.1.1	Elektrotechnik.....	59
2.2.2.1.2	Straßenfahrzeugbau	61
2.2.2.1.3	Maschinenbau.....	62
2.2.2.1.4	Weitere wichtige Investitionsgüterindustrien	64
2.2.2.1.5	Besonderheiten wichtiger Branchen außerhalb des Investitionsgüterbereichs	67
2.2.2.2	Zur Struktur der privaten Dienstleistungen 1987	68
2.2.2.2.1	Besonderheiten bei den Dienstleistungen für Unternehmen (Wirtschaftsunterabteilung 78).....	70
2.2.2.2.2	Weitere unternehmensbezogene Dienstleistungen	73
2.2.3	Resümee.....	74
2.3	Dynamik und Struktur der Wirtschaftstätigkeiten und Unternehmensfunktionen in der Region München	75
2.3.1	Funktionale Tertiärisierung.....	79
2.3.2	Dienstleistungsorientierung des Verarbeitenden Gewerbes	81
2.3.3	Technikorientierung auch im tertiären Sektor	86
2.3.4	Externalisierung von Tätigkeiten.....	89
2.3.5	»Akademisierung« der Tätigkeiten.....	95
2.3.6	Selektive Zentrumsorientierung wirtschaftlicher Aktivitäten	97
2.3.7	Resümee.....	102
3.3.2	Bevölkerungsuburbanisierung.....	168
3.3.3	Gentrifizierung	169
3.3.4	Segregationstendenzen in der Region und in München.....	170
3.4	Zusammenfassende Charakterisierung des Sozialstrukturwandels	172
4	<i>Räumliche Struktur der Entwicklung wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten in der Region München</i>	
4.1	Einführung.....	175
4.2	Historischer Überblick über die räumliche Entwicklung der Region München.....	176
4.2.1	Die Entwicklung bis zum zweiten Weltkrieg	176
4.2.2	Die Entwicklungstendenzen seit dem zweiten Weltkrieg im Überblick	180
4.3	Wirtschaftliche Aktivitäten in ihrer räumlichen Entwicklung und Struktur.....	181
4.3.1	Die räumliche Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivitäten seit 1961.....	181
4.3.1.1	Die Entwicklung in der Landeshauptstadt München	181
4.3.1.2	Die Entwicklung im Umland.....	183
4.3.2	Die räumliche Struktur der wirtschaftlichen Aktivitäten	188
4.3.2.1	Die räumliche Struktur der wirtschaftlichen Aktivitäten im Umland 1987	188
4.3.2.2	Räumliche Differenzierung von Unternehmensfunktionen (Tätigkeiten) in der Region (1991)	193
4.3.2.3	Die räumliche Struktur der wirtschaftlichen Aktivitäten in München (1987)	196
4.4	Räumliche Tendenzen der Nutzungsänderungen in München.....	201
4.4.1	Neubewertete Mikrostandorte	201
4.4.1.1	Arbeitsstandorte.....	201
4.4.1.2	Wohnstandorte	204
4.4.1.2.1	Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen in der Region zwischen den Volkszählungen	204
4.4.1.2.2	Verteilung der Wohnbevölkerung in München.....	206
4.4.2	Rahmenbedingungen der sich verändernden Flächennutzung.....	208
4.4.2.1	Wohnungsbau	208
4.4.2.2	Gewerbeflächen	208
4.4.2.3	Verkehrerschließung	210
4.5	Zusammenfassende Charakterisierung des Nutzungsstrukturwandels	215

5	München: postfordistischer Standort – am Scheideweg?	
5.1	Standort München	217
5.1.1	München – ein Beispiel für den Typ eines kombinierten Industrie-Dienstleistung-Standorts	217
5.1.2	Neo- oder postfordistischer Standort?	219
5.2	Räumliche Aspekte postfordistischer Entwicklung	223
5.3	Standortgenese	228
5.4	Perspektiven der Standortentwicklung	231
5.4.1	Aktuelle Entwicklungsaspekte der Münchner Wirtschaft ...	231
5.4.2	Absehbare Probleme	232
5.4.3	Ausblick	234
	Quellenverzeichnis	237
	Anhang	245



Cartoon: Klaus Puth

Wohnpark Empelde

- Betroffenenbeteiligung bei bewohnten (Rüstungs-) Altlasten

Projektleitung:

Dr. Christine Mussel
Dipl.-Ing. Jasmin Scheidig

Bearbeiterin:

Dr. Christine Mussel

Auftraggeber:

Land Niedersachsen
vertreten durch das Niedersächsische Umweltministerium

Dezember 1994

Inhaltsverzeichnis

1	Empfehlungen zur Betroffenenbeteiligung im Wohnpark Empelde im Rahmen des Forschungsberichts der GhK 1993	1
2	Typen kommunikativer Problembearbeitung	7
3	Betroffenenbeteiligung Wohnpark Empelde	10
	3.1 Die prozeßbegleitende Arbeitsgruppe	10
	3.2 Der vorläufige Projektbeitrag	16
	3.3 Der Projektbeitrag (Modell)	20
	3.4 Der Runde Tisch	27
4	Schlussfolgerungen	27

Anlagen

Anlage 1 Geschäftsordnungsentwurf für den Projektbeitrag Wohnpark Empelde

Anlage 2 Geschäftsordnung Osnabrück-Wüste

Auszug aus den "Schnellinformationen" der BfLR über neu erworbene Literatur

Weeber, Rotraut; Blankenfeld, Christine; Buhtz, Martina; Becker, Ruth
Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Hrsg., Auftr.); Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Auftr.)
Obdachlosigkeit in den neuen Bundesländern.
Bonn 1993. 67 S., Lit.=Mater.z.Raumentwickl. H.55
Obdachlose, Wohnungsversorgung, Wohnungsmarkt, Wohnungspolitik, Sozialpolitik, Sozialhilfe, Regional
Leipzig, Chemnitz, SN, Halle/Saale, ST, Frankfurt/Oder, Brandenburg/Havel, BB, Erfurt, Erfurt/Kreis, TH
BfLR, C 23 291

Nijkamp, Peter; Lasschuit, P.; Soeteman, Frits
Sustainable development in a regional system.
In: Sustainable development and urban form. Hrsg.: M.J. Breheny. London: Pion 1992. S. 39-66, Abb.; Tab.; Lit.=Eur.Res.in regional Sci. 2
Regionalentwicklung, Wirtschaftsentwicklung, Umweltverträglichkeit, Bevölkerungsstruktur, Einkommen, Investition, Wohlfahrtsökonomie, Institutionen
BfLR; B 12 526

Boesch, Hans
Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung, Nationales Forschungsprogramm "Stadt und Verkehr", Zürich (Hrsg.)
Stadt als Heimat. Schriftsteller u. Schriftstellerinnen äußern sich zu Stadtgestalt, Geborgenheit u. Entfremdung.
Zürich 1993. XI, 192 S., Lit.=Ber.d.NFP"Stadt und Verkehr". 46
Stadtgestalt, Stadtplanung, Räumliche Identität, Kind, Medien, Befragung
Schweiz
BfLR; C 23 248

Weimer, Karl-Hans; Malik, Reinhard
Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsinstitut, Abteilung Wirtschaftspolitik, Bonn (Hrsg., Verant.)
Sozialverträgliche Sanierung ostdeutscher Innenstädte. Konsequenzen für die Versorgung mit Wohnraum und Gewerbeflächen. Eine Tagung am 9. Dez. 1992 in Kleinmachnow.
Bonn 1993. 51 S., Abb.; Tab.; Lit.=Wirtschaftspolit.Diskurse. Nr.45
Stadterneuerung, Stadtsanierung, Innenstadt, Altstadt, Wohnungsbau, Wohnungsversorgung, Gewerbliche Baufläche, Regional, Sozialverträglichkeit, Wohnungspolitik, Städtebaupolitik
Ostdeutschland
BfLR; A 12 340

Grandes villes et ports de mer. Themenheft.
In: Ann.de la Rech.urbaine, Paris 55/56(1992/1993), S.3-214, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Hafenstadt, Großstadt, Seehafen, Seeschiffsverkehr, Wirtschaftsentwicklung, Regional, Kommunale Wirtschaftspolitik, Städtebaupolitik, Stadterneuerung, Immobilienmarkt, Arbeitsplatz, Stadtgestalt
Europa/West, Quebec, Kanada, Tokio, Japan
BfLR; Z 2659

Veith, Karin (Red.)
Ausländer und Aussiedler. Anforderungen an die Bundesrepublik Deutschland. Themenheft.
In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1994) H.5/6, S. 303-426, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Ausländer, Ausländische Arbeitnehmer, Ausiedler, Volksgruppe, Bevölkerungswanderung, Sozialbeziehung, Gesellschaft, Segregation, Arbeitsmarkt
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; Z 703

Breheny, Michael J. (Hrsg.)
Sustainable development and urban form.
London: Pion 1992. 292 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=Eur.Res.in regional Sci. 2
Stadtentwicklung, Stadtstruktur, Umweltverträglichkeit, Umweltbelastung, Umweltpolitik, Regionalentwicklung, Wohlfahrtsökonomie, Energieversorgung, Flächennutzung, Städtebaupolitik, Verkehrsplanung, Geoinformationssystem
Großbritannien, Niederlande, Schweden, USA
BfLR; B 12 526

Stadt- und Raumplanung. Konzepte im Laufe dieses Jahrhunderts. Themenheft. Dt.; engl.; franz. =Housing and planning concepts throughout the century; Paralleltitel, engl.
In: Prospect. -IVWSR-, Den Haag(1993)3, S.1-110, Kt.; Abb.; Lit.
Stadtplanung, International, Raumplanung, Wohnungsbau, Stadterneuerung, Städtebaupolitik, Architektur, Verkehrsplanung, Telematik, Stadtstruktur, Geschichte, Zukunft
Europa, Kanada, Indien, Japan
BfLR; Z 2605

Dieleman, Frans (Hrsg.); Priemus, Hugo (Hrsg.); Blauw, Wim (Hrsg.)
European cities: changing urban structures in a changing world. Themenheft.
In: T.voor econ.en soc.Geogr., Amsterdam 84(1993) Nr.4, S.241-311, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Stadtentwicklung, International, Wirtschaftsentwicklung, Regional, Wirtschaftskooperation, Sozialwandel, Bevölkerungsentwicklung, Sozialstruktur, Miete, Stadterneuerung, Wohngebiet
Europa
BfLR; Z 2427

Noller, Peter (Hrsg.); Prigge, Walter (Hrsg.); Ronneberger, Klaus (Hrsg.)
Frankfurt/Main, Dezernat Planung (Hrsg.)
Stadt-Welt. Über die Globalisierung städtischer Milieus.
Frankfurt/M.: Campus Verl. 1994. 281 S., Abb.; Tab.; Lit.=Zukunft d.Städtischen. Frankfurter Beitr. Bd. 6
Stadtentwicklung, Kooperation, International, Sozialwandel, Kultur, Regional, Lebensstil, Theorie, Raumstruktur, Zentralität, Stadtökonomie, Stadtgestalt, Sozialstruktur, Kommunalpolitik
Frankfurt am Main, HESS
BfLR; C 23 808

Herlyn, Ulfert; Scheller, Gitta; Tessin, Wulf
Neue Lebensstile in der Arbeiterschaft? Eine empirische Untersuchung in zwei Industriestädten.
Opladen: Leske u.Budrich 1994. 253 S., Abb.; Tab.; Lit.
Lebensstil, Arbeiter, Industriesiedlung, Sozialwandel, Befragung, Familie, Wohnen, Arbeit, Freizeit, Verbrauch
Wolfsburg, NDS, Hamm, NRW
BfLR; A 12 398

Herlyn, Ulfert (Hrsg.); Hunger, Bernd (Hrsg.)
Ostdeutsche Wohnmilieus im Wandel. Eine Untersuchung ausgewählter Stadtgebiete als sozialplanerischer Beitrag zur Stadterneuerung.
Berlin: Birkhäuser 1994. 360 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Stadtforsch.aktuell. Bd.47
Wohnumfeld, Wohnsiedlung, Stadviertel, Wohnquartier, Sozialbeziehung, Wohnwert, Partizipation, Befragung, Stadtplanung, Stadterneuerung, Sozialplanung
Halle/Saale, Wittenberg, ST
BfLR; A 12 403

Strubelt, Wendelin
Probleme und Entwicklung von Verdichtungsräumen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Skizze.
In: Frankfurter statist.Ber., Frankfurt/M. 55(1993) H.4, S.142-148, Lit.
Siedlungsentwicklung, Stadtentwicklung, Verdichtungsraum, Bevölkerungsentwicklung, Regional, Sozialwandel, Typisierung
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; St Frankfurt

Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V. -IRS-, Berlin (Hrsg., Verant.)
Vom Expertenwissen zum Orientierungswissen: Verständniswandel der wissenschaftlichen Politikberatung.
Materialien zum IRS Workshop vom 30.9.1993.
Berlin 1994. 70 S. Abb.; Lit.=Graue R. Mater.d.IRS. 6
Wissenschaft, Forschung, Politik, Kooperation, Sozialwissenschaft
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; C 23 823

European cities: Growth and decline. Themenheft
In: Urban Stud., Abingdon 30(1993)Nr.6, S.877-1080, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Stadtentwicklung, International, Wirtschaftsentwicklung, Gesellschaftsordnung, Raumtheorie, Verkehrsinfrastruktur, Wettbewerb, Attraktivität, Problemraum, Unternehmenskooperation, Raumstruktur, Innovation, Regionalpolitik
Europa
BfLR; Z 2457a

Univ. of Liverpool, European Institute of Urban Affairs (Bearb.); European Communities, Commission, Directorate-General for Regional Policies, Brussels (Hrsg.)
Urbanisation and the functions of cities in the European Community.
Luxemburg: Amt f.Amtl.Veröff. 1992. 230 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Regional Dev.Stud.4
Stadtentwicklung, International, Wirtschaftsentwicklung, Verstädterung, Bevölkerungsentwicklung, Arbeitsmarkt, Sozialstruktur, Infrastruktur, Kommunale Wirtschaftspolitik, Städtebaupolitik, EG, EU, Zukunft
BfLR; C 23 208

Behring, Karin; Karl, Hans-Dieter; Dullinger, Peter (Mitarb.); Goldrian, Georg (Mitarb.); Nienhaus, Karl-Heinz (Mitarb.)
Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung e.V., München (Bearb., Hrsg.); Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Auftr.)
Wirkungen einer CO2-Minderungspolitik auf die Wohnungsversorgung.=CO2-Minderungspolitik; Rückentitel
Berlin: Duncker u. Humblot 1994. XXXVI, 332 S., Abb.; Tab.; Lit.=Schriften.d.Ifo-Inst.f.Wirtschaftsforsch. Nr. 136
Umweltpolitik, Emission, Schadstoff, Wohnungsversorgung, Wohnungsmarkt, Wohnungspolitik, Wirkungsanalyse, Regional
Bundesrepublik Deutschland, Ostdeutschland
BfLR; B 12 564

Miegel, Meinhard; Wahl, Stefanie

Das Ende des Individualismus. Die Kultur des Westens zerstört sich selbst. 2. Aufl.

München: Verl.Bonn Aktuell 1994. 207 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.

Kultur, Sozialwandel, Sozialbeziehung, Geschichte, Philosophie, Wertvorstellung, Bevölkerungsentwicklung, Bevölkerungspolitik

Europa, Bundesrepublik Deutschland, Deutschland

BfLR; B 12 605

Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V., Berlin (Bearb., Verant.); Bundesministerium für Raumordnung,

Bauwesen und Städtebau (Hrsg., Auftr.); Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Auftr., Verant.)

Internationales Forschungsseminar Große Neubaugebiete. Berlin, 1.-3. Dez. 1992. Dokumentation.

Bonn 1992, 168 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Wohnsiedlung, Neuer Stadtteil, Trabantenstadt, Wohnungsbau, Regional, International, Städtebau, Stadterneuerung, Modellvorhaben, Stadtplanung, Wohnungsmodernisierung, Gemeinwesenarbeit

Ostdeutschland, Europa/Mitte, Europa/Ost

BfLR; B 12 546

Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter

Neue Formen der Stadt- und Regionalpolitik.

In: Arch.f.Kommunalwiss., Stuttgart 33(1994)Bd.1, S. 32-45, Lit.

Städtebaupolitik, Regionalpolitik, Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Städtebauziel, Kommunale Wirtschaftspolitik, Privatisierung, Sozialwandel

Bundesrepublik Deutschland

BfLR; Z 55a

Sen Faruk (Proj.-Ltg.)

Zentrum für Türkeistudien, Essen (Hrsg.)

Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch.

Opladen: Leske u.Budrich 1994. 532 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=Schriften.d.Zentrums f. Türkeistud. Bd.10

Ausländer, Bevölkerungswanderung, International, Öffentliches Recht, Öffentliche Sicherheit, Konfession, Ausländische Arbeitnehmer, Bildung, Familie, Verein, Medien, Nachschlagewerk

Bundesrepublik Deutschland

BfLR; B 12 688

Häußermann, Hartmut; Küchler, Manfred

Wohnen und wählen. Zum Einfluß von Hauseigentum auf die Wahlentscheidung.

In: Z.f.Soziol., Stuttgart22(1993)H.1, S. 33-48, Tab.; Lit.

Wohneigentum, Wahlen, Verhalten, Sozialstruktur, Wohnungspolitik, Regressionsanalyse

England, Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland

BfLR; Z 110a

Walther, UweJens (Red.)

Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Hrsg.)

Wohnsituation Alleinerziehender. 2.: Dokumentation europäischer Beispiele - Wohn- und Lebenssituation in den neuen Bundesländern. Materialien zum Forschungsfeld "Wohnsituation Alleinerziehender u. alleinstehender Schwangerer in Notlage" des Experimentellen Wohnungs- u. Städtebaus.

Bonn 1994. V, 140 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Mater.z.Raumentwickl. H.62

Wohnen, Familie, Familienstand, Wohnungspolitik, Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Städtebau, Wohnungsbau, Soziale Dienste, Modellvorhaben

Dänemark, Großbritannien, Frankreich, Ostdeutschland

BfLR; C 22 136/2

Rupprecht, Roland

Lebensqualität, Theoretische Konzepte und Ansätze zur Operationalisierung.

Nürnberg 1993. 261 S., Abb.; Tab.; Lit. Phil.Diss.; Nürnberg 1993

Lebensqualität, Sozialwissenschaft, Theorie, Indikator, Bewertung

BfLR; A 12 342

Wentz, Martin (Hrsg.)

Frankfurt/Main, Dezernat Planung (Hrsg.)

Region.

Frankfurt/M.: Campus Verl. 1994. 228 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Zukunft d. Städtischen. Frankfurter Beitr. Bd. 5

Stadtentwicklung, Regionalentwicklung, Stadtregion, Räumliche Identität, Wirtschaftsstruktur, Wettbewerb, Siedlungsstruktur, Regionalverkehr, Stadtplanung, Regionalplanung, Kommunale Zusammenarbeit.

Frankfurt am Main, Rhein-Main-Gebiet, HESS, Berlin, Wien, Österreich, Zürich, Schweiz

BfLR; C 23 807

Tank, Hannes

Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsinstitut, Abteilung Wirtschaftspolitik, Bonn (Hrsg.)

Großsiedlungen. Risikofaktor oder Bauelement für die Entwicklungspolitik in den Städten der neuen Bundesländer?

Bonn 1993. 43 S., Abb.; Tab.; Lit.

Wohnsiedlung, Neuer Stadtteil, Stadterneuerung, Kommunale Wirtschaftspolitik, Gewerbegebiet, Einzelhandel, Regional, Infrastruktur, Städtebaupolitik, Modellvorhaben

Ostdeutschland, Bundesrepublik Deutschland

BfLR; C 23 699

Meyer, Sibylle (Hrsg.); Schulze, Eva (Hrsg.)

Ein Puzzle, das nie aufgeht. Stadt, Region u. Individuum in der Moderne. Festschrift für Rainer Mackensen.

Berlin: Ed. Sigma 1994. 398 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Stadt, Stadtentwicklung, Stadtregion, Stadtplanung, Regionalplanung, Stadtökologie, Kultur, Stadtökonomie, Stadterneuerung, Sozialwissenschaft, Soziologie

BfLR; A 12 389

Fehl, Gerhard (Hrsg.); Rodrigues-Lores, Juan (Hrsg.)

TH Aachen, Lehrstuhl für Planungstheorie (Hrsg.)

Stadt-Umbau. Die planmäßige Erneuerung europäischer Großstädte zwischen Wiener Kongreß u. Weimarer Republik.

Berlin: Birkhäuser 1995. 349 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Stadt, Planung, Gesch. Bd. 17

Stadtentwicklung, Städtebau, Stadtplanung, Geschichte, Großstadt, Städtebaupolitik, Stadtansanierung, Stadterneuerung, Stadtwachstum, Stadtstruktur, Bodenrecht, Städtebaurecht

Europa, Deutschland, Bundesrepublik Deutschland, Paris, Straßburg, Frankreich, Brüssel, Belgien, Rom, Italien, Glasgow, Großbritannien, Wien, Österreich, Köln, NRW, Mannheim, BADW, Hamburg, Berlin

BfLR; B 12 802

Field, Brian G.; Mac Gregor, Bryan D.

Forecasting techniques for urban and regional planning. 3rd. impr.

London: UCL Press 1993. 238 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.

Prognosemethode, Bevölkerungsprognose, Wohnungsmarktprognose, Tertiärer Sektor, Verkehrsprognose, Stadtplanung, Regionalplanung

BfLR; B 12 838

Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V. -IRS-, Berlin (Hrsg.)

Regionen im Umbruch. Dokumentation eines deutsch-mexikanischen Symposiums.=Regiones en transicion; Paralleltitel, span.

Berlin 1995. 229 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Regio. Beitr.d.IRS. Nr.6

Regionalentwicklung, International, Regionalwissenschaft, Regionalpolitik, Grenzüberschreitend, Kooperation, EU, Grenzraum, Wirtschaftsentwicklung, Wettbewerb, Innovation, Raumplanungsziel, Siedlungsstruktur, Geoinformationssystem

Bundesrepublik Deutschland, Ostdeutschland, Jalisco/Bundesstaat, Mexiko

BfLR; C 24 151

Kreutz, Henrik (Hrsg.)

Das Leben als schöne Kunst. Die Lebensstilforschung in methodenkritischer Perspektive. Themenheft.

In: Angew. Sozialforsch., Wien 19(1995)H.1, S. 3-147, Abb.; Tab.; Lit.

Lebensstil, Gesellschaft, Wertvorstellung, Sozialstruktur, Typisierung, Lebensqualität, Sozialwissenschaft

Hamburg, Ostdeutschland, Bundesrepublik Deutschland, Wien, Österreich

BfLR; Z 2609

Network on Urban Research in the European Union (Bearb., Hrsg.)

Atlas of agglomeration in the European Union. Part of an integrated observation system. Volume 1: Preface, foreword. Introduction. List of N.U.R.E.C. agglomerations. Maps and data: Belgique/Belgie, Danmark, Deutschland, Estada. Volume 2: Maps and data: Espana, France, Ireland, Volume 3: Maps and data: Italia, Luxembourg, Nederland, Portugal, United Kingdom. References.

Duisburg 1994. 973 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Themenatlas, Stadtregion, Verdichtungsraum, Abgrenzung, Geoinformationssystem, EU, Städtestatistik

BfLR; C 23 983/1-3

Breckner, Ingrid (Hrsg.); Kerscher, Karola (Hrsg.)

Georg-von-Vollmar-Akademie, Kochel (Verant.); Wohnforum München gGmbH (Verant.)

Armut und Wohnungsnot. Von der Ohnmacht zu praktischen Handlungsalternativen. Denkanstöße u. Handlungsanregungen von einer gemeinsamen Tagung im Frühjahr 1993 in der Stadthalle Rosenheim.

Münster: Votum Verl. 1994. 169 S., Abb.; Tab.; Lit.

Wohnungsversorgung, Armut, Wohnungspolitik, Sozialer Wohnungsbau, Stadterneuerung, Stadtquartier, Kommunalpolitik, Modellvorhaben

Bundesrepublik Deutschland

BfLR; B 12 579

Espaces et styles de vie. Themenheft.

In: Espaces et Soc., Paris 73(1994), S. 7-189, Abb.; Tab.; Lit.
Lebensstil, Stadtsoziologie, Wohnen, Architektur, Sozialstruktur, Regional, Segregation, Stadtentwicklung, Kleinstadt, Städtebaupolitik
Frankreich, Niederlande
BfLR; Z 2680

Herlyn, Ulfert (Hrsg.); Bertels, Lothar (Hrsg.)

Stadt im Umbruch: Gotha. Wende u. Wandel in Ostdeutschland.
Opladen: Leske u. Budrich 1994. 407 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Stadtentwicklung, Stadtstruktur, Strukturwandel, Sozialwandel, Stadtgeographie
Gotha, DDR, Thüringen
BfLR; A 12 409

Maretzke, Steffen (Bearb.)

Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.)
Regionalbarometer neue Länder. 2. zusammenfassender Bericht.
Bonn 1995. 126 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Mater.z.Raumentwickl. H. 69
Regionalentwicklung, Regionale Disparität, Geoinformationssystem, Indikator, Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftsentwicklung, Arbeitsmarkt, Infrastruktur, Miete
Ostdeutschland
BfLR; C 24 445

Friedrichs, Jürgen

Stadtsoziologie
Opladen: Leske u. Budrich 1995. 182 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Stadtsoziologie, Wohnungsmarkt, Segregation, Sozialbeziehung, Verstädterung
Bundesrepublik Deutschland, Ostdeutschland
BfLR; B 12 869

Hamm, Bernd

Neue Entwicklungen in der Stadt-Sozialwissenschaft.
In: Arch.f.Kommunalwiss., Stuttgart 34(1995) Bd. 1, S. 1-29, Lit.
Stadtforschung, International, Sozialwissenschaft, Stadtentwicklung, Kooperation, Forschungspolitik
BfLR; Z 55a

Monzel, Sylvia

Univ. Zürich, Geographisches Institut, Abteilung Anthropogeographie (Hrsg.)
Kinderfreundliche Wohnumfeldgestaltung!? Eine sozialgeographische Untersuchung als Orientierungshilfe für Politiker u. Planer.
Zürich 1995. XIV, 142 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.Geogr.
Diplomarbeit; Münster 1994=Anthropogeographie. Vol. 13
Kind, Umwelt, Wohnumfeld, Aktionsprogramm, Sozialgeographie, Befragung, Stadtplanung, Stadtgestaltung, Wohngebiet, Baukosten, Flächenbedarf
Münster, NRW
BfLR; A 12 637

Musterd, Sako (Hrsg.)

A rising European underclass? Themenheft.
In: Built Environ., Oxford 20(1994)Nr. 3, S. 181-268, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Sozialstruktur, Regional, International, Sozialwandel, Großstadt, Segregation, Sozialgruppe, Sozialwissenschaft, Städtebaupolitik, Sozialpolitik
London, Großbritannien, Brüssel, Belgien, Paris, Frankreich, Berlin, Amsterdam, Niederlande, Stockholm, Schweden
BfLR; Z 2374

Vester, Michael; Oertzen, Peter von; Geiling, Heiko; Herman, Thomas, Müller, Dagmar

Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration u. Ausgrenzung.
Köln: Bund-Verl. 1993. 423 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Gesellschaft, Sozialwandel, Sozialstruktur, Regional, Sozialmobilität, Wertvorstellung, Sozialökologie
Bundesrepublik Deutschland, Reutlingen, BADW, Oberhausen, NRW, Hannover, NDS
BfLR; A 12 457

**Ausgewählte Veröffentlichungen
der Bundesforschungsanstalt für
Landeskunde und Raumordnung**

**Informationen zur
Raumentwicklung**

Raumordnungsprognose 2010
Erste Ergebnisse: Bevölkerung, Haushalte und
Erwerbspersonen
Heft 12.1994, 8,-- DM

Frauen in Europa
Heft 1.1995 8,-- DM

Hauptstadtregionen in Europa
Heft 2/3.1995, 16,-- DM

Regionalisierung raumwirksamer Mittel
Heft 4/5.1995, 16,-- DM

**Materialien zur
Raumentwicklung**

Laufende Raumbbeobachtung
Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise
und Gemeinden 1992/93
Heft 67, 28,-- DM

Regionalbarometer neue Länder
Heft 69, 18,-- DM

Wohneigentum in den neuen Bundesländern
Heft 70, 18,-- DM

Laufende Raumbbeobachtung Europa
Daten zur Struktur und Entwicklung der Regionen
der Europäischen Union
Heft 71, 18,-- DM

Städtevernetzung
Heft 72, 18,-- DM

Die Veröffentlichungen sind über den Buchhandel zu beziehen oder beim Selbstverlag der BfLR,
Postfach 20 01 30, 53131 Bonn.